



Nr. 99, September 2014

Kapitalismus in Osteuropa

Becker - **Muster kapitalistischer Transformation in Osteuropa/Gräfe - Herausbildung des oligarchischen Kapitalismus in Russland/Plank - Ukraine: Politische Ökonomie der Oligarchen/Roesler - Ostdeutschland seit 1990/Pilawski - Polens Weg in den Kapitalismus/Švihlíková - Der Übergang zum Kapitalismus in der Tschechischen Republik/Noack - Slowakei: Über Umwege zum neoliberalen Musterland/Benyik - Entwicklung des Kapitalismus in Ungarn/Crome - Der Osten Europas und die NATO**

EU-Krise - nach den Europawahlen

Chwala - **Der FN in Frankreich/Dräger - Bundesverfassungsgericht - heimlicher Machtfaktor in der Eurokrise?/Krämer - Lohnpolitik und gewerkschaftliche Alternativen**

Marx-Engels-Forschung

Musto - **Anmerkungen zur Geschichte der Internationale Und: Hooge und Gehring - Türkei/Ewald-Wehner - „Konfiskatorische Steuern“?**

Sowie: Berichte; Buchbesprechungen

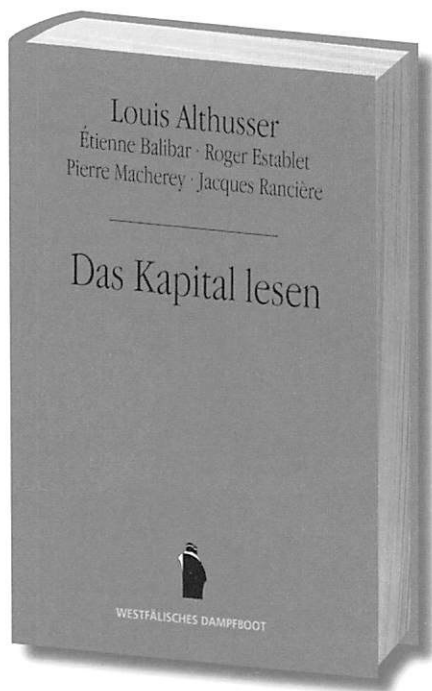
30 Jahre Dampfboot

30 Jahre Verbreitung kritischer Gesellschaftstheorien

*Das epochale Werk
von Althusser und
seinen Mitarbeitern
erstmalig vollständig
auf Deutsch!*

Vollständige Ausgabe
Herausgegeben von
Frieder Otto Wolf
September 2014 - ca. 800 Seiten

Subskriptionspreis € 39,90
(gültig bis 3 Monate
nach Erscheinen)
späterer Ladenpreis: € 49,90
ISBN: 978-3-89691-952-6



*Dieses Buch bedeutete einen radikalen Neubeginn
für die Debatte über Marxismus!*

**Jetzt zum Subskriptionspreis vorbestellen
und Geld sparen!**

Bestellen Sie jetzt Ihr Exemplar zum Subskriptionspreis von 39,90 €
und sparen Sie 10,00 € im Vergleich zum späteren Ladenpreis von 49,90 €!
Frage Sie in Ihrer Buchhandlung!



ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift

25. Jahrgang

Heft 99 (September 2014)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff

Prof. Dr. Dieter Boris

Prof. Dr. Frank Deppe

Prof. Dr. Werner Goldschmidt

Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling

Dr. Harald Werner

Redaktion:

Dr. Jörg Goldberg, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch,

Dr. David Salomon, Alan Ruben van Keeken, Dr. Gerd Wiegel

5 Editorial

Kapitalismus in Osteuropa

Joachim Becker

8 Muster kapitalistischer Transformation in Osteuropa

Karl-Heinz Gräfe

31 Die Herausbildung des oligarchischen Kapitalismus in Russland

Christina Plank

44 Ukraine: Die Politische Ökonomie der Oligarchen

Jörg Roesler

53 Ostdeutschland seit 1990

Vom sozialistischen Industriestaat zur verlängerten Werkbank im Hauptland des europäischen Kapitalismus

Krzysztof Pilawski

64 Polens Weg in den Kapitalismus

Ilona Švihlíková

72 Der Übergang zum Kapitalismus in der Tschechischen Republik

David X. Noack

81 Slowakei: Über Umwege zum neoliberalen Musterland

Matyas Benyik

92 Die Entwicklung des Kapitalismus in Ungarn nach 1990

Zum Typ des Kapitalismus in Ungarn heute und seinen wichtigsten Widersprüchen

Erhard Crome

103 Der Osten Europas und die NATO

EU-Krise – nach den Europawahlen

Sebastian Chwala

113 Der FN in Frankreich – auf dem Weg zur „Neuen Arbeiterpartei“?

Klaus Dräger

122 Das Bundesverfassungsgericht – heimlicher Machtfaktor in der Eurokrise?

Ralf Krämer

134 Lohnpolitik und gewerkschaftliche Alternativen in der Euro-Krise

Marx-Engels-Forschung

Marcello Musto

- 145 **Anmerkungen zur Geschichte der Internationale**
-

Weitere Beiträge

Dieter Hooge

- 163 **Solidarität mit den Opfern des Grubenunglücks in Soma – Für eine Türkei ohne Erdogan**

Axel Gehring

- 166 **Die Türkei zwischen dem Grubenunglück von Soma und den Parlamentswahlen**

Thomas Ewald-Wehner

- 168 **„Konfiskatorische Steuern“?**
Anmerkungen zu den chronisch niedrigen Körperschaftssteuern und zur Besteuerung der großbetrieblichen Einheiten
-

Berichte

Nico Biver

- 176 **Die Linke in Europa nach den EU-Wahlen**
Berlin, 21. bis 23. Juli 2014
-

179 Buchbesprechungen

- Eine Hochburg demokratischer Bewegungen (Jürgen Hofmann zu Walter Schmidt)
1914: Der Weg in den Krieg (Reiner Zilkenat zu Stefan Bollinger)
Welcher Kapitalismus? Was für eine Krise? (Jürgen Leibiger zu Wolfgang Krumbein u.a.)
Landnahme-Theorem (Jörg Goldberg zu Maria Backhouse u.a.)
Krisen in der Türkei (Joachim Becker zu Ilker Ataç)
Politische Trends in Lateinamerika (Regine Meyer zu Dieter Boris)
Autoritärer Kapitalismus (David Salomon zu Frank Deppe)
Georg Klaus – der wirksamste Philosoph der DDR (Werner Röhr zu Michael Eckardt [Hrg.]
Materialistische Kunsttheorie (Edgar Radewald zu Thomas Metscher)
Neoliberaler Antifaschismus (John Lütten zu Michael Sommer/Susann Witt-Stahl [Hrg.]
Historisierung der Energiefrage (Rolf Czesleba-Dupont zu Bent Sørensen)
Gute Arbeit als demokratische Arbeit (Rolf Schmucker zu Klaus Pickshaus)
Ökonomie – Staat – Demokratie (Siegfried Prokop zu Axel Weipert [Hrg.]

222 Autorinnen und Autoren, Übersetzer**4 Impressum**

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Dr. Jörg Goldberg, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch, Dr. David Salomon, Alan Ruben van Keeken, Dr. Gerd Wiegel.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648.

Redaktionsschluss: 30.07.2014.

Editorial

Ein Vierteljahrhundert nach den Schlüsseljahren 1989/1990, nach dem Scheitern der Perestrojka und dem Zerfall der Sowjetunion zeigt sich, dass die Restauration des Kapitalismus in den sozialistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas auch dessen Gebrechen zurückgebracht hat: Krieg, soziale Spaltung, Armut und Nationalismus. Sie hat, wie der zum Bürgerkrieg eskalierte Konflikt in und um die Ukraine zeigt, zugleich ein neues imperiales Powerplay um die Vorherrschaft in der Region ausgelöst. Die Beiträge zum thematischen Schwerpunkt dieses Heftes sind der Frage nach dem Charakter des neuen Kapitalismus in Ost- und Mitteleuropa gewidmet. *Joachim Becker* (Wien) ist dabei herzlich für seine redaktionelle Beratung zu danken.

Kapitalismus in Osteuropa: In seinem Überblick beschreibt *Joachim Becker* die Veränderungen seit 1989 als einen Prozess der Peripherisierung und der gestiegenen Weltmarktabhängigkeit. Fast überall ist eine Regression der industriellen Strukturen zu beobachten. Es gibt aber auch wichtige Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, insbesondere was Entstehung und Rolle der Bourgeoisie betrifft: Während in einigen Ländern das Auslandskapital dominiert, wird in anderen versucht, den Vorrang der nationalen Bourgeoisie zu sichern. Diese wird meistens von kleinen oligarchischen Gruppen beherrscht, die eng mit der politischen Klasse verbunden sind. Ökonomisch sind die neuen Akkumulationsmodelle kaum effizienter als der durch sie ersetzte Staatssozialismus, bei großen sozialen Gegensätzen, die durch nationalistische Diskurse überdeckt werden. Die Herausbildung des oligarchischen Kapitalismus in Russland analysiert *Karl-Heinz Gräfe*. Er geht davon aus, dass dieser Prozess durch die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre beginnende Entstaatlichung des Eigentums in der Perestrojka-Periode und den Versuch, in Anlehnung an die NEP-Periode marktwirtschaftliche Strukturen aufzubauen, möglich wurde. Die heute die wichtigsten Finanz- und Industriesektoren des russischen Kapitalismus repräsentierende Spitzengruppe der Oligarchen stammt aus diesem Milieu. Der eigentliche Privatisierungsschub erfolgte erst später in den Jahren 1992 bis 1994, nach Auflösung der UdSSR. Das Land wurde dem internationalen Kapital geöffnet und auf den Status eines peripheren Entwicklungs- oder Schwellenlandes zurückgestuft. *Christina Plank* zeichnet die durch Krisen markierte Entwicklung der Ukraine nach, die mit einem massiven Verarmungsprozess großer Teile der Bevölkerung verbunden ist. Im Kern ist dies ein Konflikt zwischen jenen Gruppen, die auf Auslandskapital und verstärkte Westorientierung setzen, und Teilen der Oligarchie, die eine stärkere Rolle der nationalen Bourgeoisie anstreben. Die sozialen Gegensätze werden auf allen Seiten durch nationalistische Diskurse aufgeladen. *Jörg Roesler* widerspricht der Ansicht, dass die kapitalistische Umgestaltung der DDR wegen des Anschlusses an Westdeutschland eine Ausnahme darstellt: Er zeigt, dass die heute zu besichtigende „branch plant economy“ der Neuen Bundesländer Ergebnis einer Schocktherapie ist, die die alten industriellen Strukturen fast völlig zerstört hat. Neu entstanden sind ab-

hängige Bereiche in den wenig werthaltigen Teilen der Wertschöpfungskette, während alle wichtigen und profitablen Unternehmensfunktionen in den west-deutschen oder internationalen Zentralen verbleiben.

In Polen setzte die „Liberalisierung“ der Wirtschaft in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ein. Wie *Krzysztof Pilawski* zeigt, führte die 1989 nach Stichworten der Weltbank und des IWF durchgesetzte neoliberale „Schocktherapie“ zu massiven Preisanstiegen, Verarmung, Arbeitslosigkeit und Deindustrialisierung. Die 1994 bis 1998 durchgesetzte Betriebs-Privatisierung erfolgte über die Ausgabe von „Anteilsscheinen“, die in großem Stil von Investitionsfonds aufgekauft wurden. Wichtige Industriebranchen werden vom Auslandskapital kontrolliert. Der EU-Beitritt 2004 hat jedoch zu einer deutlichen Verbesserung der Wirtschaftslage geführt; 2012 war das BIP doppelt so groß wie 1989. Dies dürfte auch der Hintergrund für die im Vergleich zu Tschechien, Ungarn oder der Slowakei wesentlich positivere Einstellung der Bevölkerung zum Systemwechsel sein. *Ilona Švihliková* bezeichnet die Veränderungen in der Tschechischen Republik als misslungene Transformation: Ein industriell und bildungsmäßig vergleichsweise hoch entwickeltes Land wurde dank der neoliberalen Orientierung der verschiedenen Regierungen in einer nachteiligen Position in den kapitalistischen Weltmarkt integriert. Die hohe Arbeitsproduktivität und der hohe Bildungsstand der Arbeitskräfte schlagen sich nicht in einem entsprechenden Lebensstandard der Bevölkerung nieder. Die kapitalistische Transformation in der Slowakei (*David X. Noack*) folgte zuerst einem anderen Muster als in Tschechien: Unter öffentlichem Druck konnten in einer „sozialnationalen Dekade“ nach 1989 ein starker Staat, die Förderung einer heimischen Bourgeoisie und Abgrenzung gegen den Neoliberalismus durchgesetzt werden. Darauf folgte jedoch eine radikal-neoliberale Schocktherapie, die die Weltmarktintegration der Slowakei zu IWF-Konditionen vorbereitete. Den heutigen Versuchen, den Neoliberalismus einzudämmen, sind unter den Bedingungen von Euro- und EU-Mitgliedschaft jedoch enge Grenzen gesetzt. Ungarn stellt *Matyas Benyik* zufolge eine gewisse Ausnahme dar, weil die politischen Eliten schon lange vor 1989 – in engem Kontakt mit den Spitzen der internationalen Finanzierungsinstitutionen – mit der Umsetzung marktwirtschaftlicher Reformen begonnen hatten. Die ungleiche Integration in weltwirtschaftliche Abhängigkeiten führte dazu, dass die Krise von 2008ff. dort besonders stark zu spüren war. Die eng mit den multinationalen Institutionen verbundenen Eliten folgten einer Strategie, bei der die Kombination von Auslandskapital mit niedrigen Lohnkosten zur sozialen Desintegration führte.

Erhard Crome geht den machtpolitischen Weichenstellungen seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und der strategischen Kontinuität der NATO-Politik gegenüber Osteuropa und Russland nach. Sie ist wesentliches Instrument der USA, Einfluss auf Europa zu nehmen. Dazu gehört die „Neuordnung“ Europas einschließlich der Herauslösung der Ukraine aus dem Einflussfeld Russlands.

EU-Krise – nach den Europawahlen: Die Europawahlen zeigten, dass es insbesondere der politischen Rechten gelang, von der noch immer andauernden

Krise zu profitieren. *Sebastian Chwala* untersucht die Hintergründe für den Wahlerfolg des Front National in Frankreich. Er zeigt, wie der FN mit aufstiegsbezogenen Teilen der Arbeiterschaft und Mittelschichten gerade solche sozialen Gruppen zu mobilisieren weiß, die ein Interesse an einem nationalliberalen Kurs haben und sich seit langem im rechten Spektrum verorten. *Klaus Dräger* analysiert die Rolle des Bundesverfassungsgerichts im Kontext der europäischen Krisenpolitik. Er fragt, ob das deutsche Verfassungsgericht den europäischen Demokratieabbau eher bremst oder fördert. Seine Untersuchung der Rechtssprechungspraxis des Gerichts zu „Rettungsmaßnahmen“ und EU-Verträgen lässt ihn urteilen, dass „die Oligarchie der EU von diesem deutschen Verfassungsgericht wohl keinen ernsthaften Widerstand zu befürchten“ hat. *Ralf Krämer* untersucht die Bedeutung der stagnierenden Entwicklung deutscher Löhne für das bundesrepublikanische Exportmodell und fragt nach gewerkschaftlichen Alternativen. In den Kontext dieses Themenblocks gehört auch der Bericht von *Nico Biver*, der darauf aufmerksam macht, dass die in den europäischen Kernländern ohnehin schwache Linke bei den EU-Wahlen Stimmen verloren hat, dass sie in den osteuropäischen Erweiterungsländern kaum präsent ist und ihre besten Ergebnisse in den südlichen Krisenstaaten erzielt hat.

Marx-Engels-Forschung: Vor 150 Jahren wurde die Internationale Arbeiterassoziation (IAA) gegründet. *Marcello Musto* erzählt nicht nur die Geschichte der „Ersten Internationale“ (1864-1872), sondern analysiert zugleich die Rolle von Marx und Engels bei der Formulierung und Schärfung ihrer Programmatik in den zahlreichen Richtungskämpfen. Er wendet sich dabei gegen allzu einfache Erklärungen, die das Ende der IAA letztlich auf den Streit zwischen Marx und Bakunin zurückführen, und schildert die historischen Bedingungen stärker werdender Klassenorganisationen in den einzelnen Ländern, was die alte Konzeption der IAA untergrub, ohne die Bedeutung des Internationalismus zu vermindern.

Weitere Beiträge: *Dieter Hooge* und *Axel Gehring* gehen anhand der Hintergründe des Soma-Grubenunglücks in der Türkei auf die politische und ökonomische Konstellation im Vorfeld der türkischen Präsidentschaftswahlen ein. Den „chronisch niedrigen Körperschaftssteuern“ in Deutschland wendet sich *Thomas Ewald-Wehner* zu. Er behandelt sowohl legale Praktiken der Steuervermeidung wie die Steuersenkungspolitik, die in den vergangenen Jahren die steuerstaatlichen Grundlagen des Sozialstaats unterminierte.

Der Schwerpunkt des Dezember-Heftes 2014 (Z 100) ist dem Thema „1974-2014 – Epochenbruch“ gewidmet.

Joachim Becker

Muster kapitalistischer Transformation in Osteuropa

Vor 25 Jahren begann ein rascher Prozess kapitalistischer Transformation in der Sowjetunion und den staatssozialistischen Ländern Zentralost- und Südosteuropas. Dieser Transformationsprozess führte in allen Fällen zur Etablierung kapitalistischer Ökonomien. Die entstandenen Eigentumsverhältnisse und Akkumulationsmodelle unterscheiden sich jedoch in wichtigen Details. Den unterschiedlichen Mustern der Herausbildung einer Bourgeoisie und des Verhältnisses zwischen einheimischem und ausländischem Kapital sowie der Akkumulationsmodelle im (post-)sowjetischen Raum und in Zentralost- und Südosteuropa soll in diesem Beitrag nachgegangen werden. Zum Verständnis dieser Prozesse ist es aber unerlässlich, zunächst einen Blick auf die Krise der staatssozialistischen Länder der 1970er Jahre und die Reaktionen auf diese Krise durch innere und äußere Akteure zu werfen.

Krise des Staatssozialismus und pro-kapitalistische Weichenstellungen

Die staatssozialistischen Länder zeichneten sich durch ein tendenziell eher extensives Wachstumsmuster aus. Das heißt, das Wachstum beruhte stark auf einem quantitativen Wachstum der Grundfonds an vergegenständlichter Arbeit (des „Kapitalstocks“) und der Arbeitskräfte. In den weniger industrialisierten Ländern waren im Rahmen dieses Wachstumsmusters – z.B. in der Sowjetunion selbst, aber auch in den südosteuropäischen Ökonomien – anfänglich sehr hohe Wachstumsraten möglich. In den bereits 1945 relativ hoch industrialisierten Ländern – so in der Tschechoslowakei und der DDR – war hingegen die Wachstumsdynamik geringer und wurden Grenzen des Wachstumsmodells teils schon Ende der 1950er Jahre sichtbar. Bei Produktionsformen und Produktdesign wurden vielfach Anleihen bei den kapitalistischen Ländern genommen. Dies war einerseits Ausdruck der – trotz des Prozesses relativen Aufholens – tendenziell peripheren Stellung der staatssozialistischen Länder in der internationalen Wirtschaft, andererseits der Grenzen und Ausrichtung der technischen Innovation. Speziell in der Sowjetunion – dem staatssozialistischen Kernland – wurden unter den Bedingungen des Kalten Krieges die qualitativ hochwertigsten Ressourcen und Arbeitskräfte im militärisch-industriellen Komplex konzentriert, während sich speziell die Konsumgüterindustrie mit qualitativ bescheidenen Ressourcen begnügen musste und auch oft Güter relativ geringer Qualität produzierte. Damit war die sowjetische Produktionsstruktur sehr heterogen (Dzarusov 2014: 59). Zwar wurden Grenzen des Planungsmodells verschiedentlich diskutiert und begrenzte Reformen eingeleitet, diese ignorierten jedoch ein Kernproblem der sowjetischen Planung und des staatssozialistischen Systems, den Mangel an Demokratie. Kam diese Frage, wie in den 1960er Jahren in der Sowjetunion selbst, aber

deutlicher noch in der Tschechoslowakei, auf die Tagesordnung, wurde der Prozess unter dem Druck der „partei-bürokratischen Elite“, wie sie Kagarlicki (2012: 411) nennt, abgebrochen. Konsensgewinnung über verbesserte Konsummöglichkeiten rückte zunehmend in den Vordergrund. Gleichzeitig wurden die Entfaltungsmöglichkeiten der Konsumindustrie durch die starke Konzentration von Ressourcen in der Rüstungs- und allgemeiner in der Schwerindustrie deutlich beschränkt.

In den 1970er Jahren begann sich der relative technologische Rückstand zu den kapitalistischen Zentrumsländern zu verstärken. Um den Produktionsapparat zu modernisieren und das zu Legitimierungszwecken wichtige Konsumgüterangebot zu verbessern, verlegten sich die staatssozialistischen Führungen in der Sowjetunion, aber auch in anderen osteuropäischen Staaten (z.B. Ungarn, Polen, Rumänien, Jugoslawien, mit Sonderbedingungen durch deutsch-deutsch Kreditabkommen auch in der DDR) in den 1970er Jahren auf den kreditfinanzierten Import (vgl. z.B. Kagarlicki 2012: 414 ff.). Die internationalen Zinsen waren zunächst niedrig, so dass die Verschuldungsoption attraktiv erschien. Gleichzeitig wurde versucht, den Westexport anzukurbeln, um auch auf diesem Weg an Devisen zu kommen. Der Anteil des sowjetischen Außenhandels mit den westlichen Ländern stieg allein zwischen 1970 und 1976 von 21,3 auf 32,9 Prozent (ibid.: 415). Die ökonomische Extraversion nahm zu. Aber sie entwickelte sich nicht so, wie die Führungen der staatssozialistischen Länder es sich erhofft hatten. Die Krise Westeuropas und der USA setzte dem Westexport klare Grenzen. Ende der 1970er Jahre erhöhte die US Federal Reserve den Leitzins drastisch, was auch auf den Schuldendienst der osteuropäischen Länder voll durchschlug.

Eine Reihe osteuropäischer Länder sahen sich Anfang der 1980er Jahre mit einer Verschuldungskrise konfrontiert und reagierten mit einer Austeritätspolitik. Im Kontext dieser Austeritätspolitik ist auch die Entstehung von *Solidarność* in Polen, einer in den Anfängen stark egalitär ausgerichteten Gewerkschafts- und breiteren Volksbewegung (vgl. Modzelewski 2013: 274 ff., Magala 2012: 12, 17, 349 ff.), die sich als erste anerkannte autonome Gewerkschaft in den staatssozialistischen Ländern etablieren konnte, zu sehen. Dies stellte eine erste politische Zäsur dar. In den verschuldeten zentralost- und südosteuropäischen Ländern gewann der Westexport ökonomisch immer mehr an Bedeutung und band zunehmend Ressourcen, da sich die Austauschverhältnisse rasch verschlechterten (vgl. z.B. zum Fall der DDR Roesler 2012: 91 f.). In der Sowjetunion gewann der Öl- und Gasexport nach Westen immer mehr an Bedeutung (vgl. Kagarlicki 2012: 426). In einem Teil, aber nicht in allen osteuropäischen Ländern wurden als weitere Maßnahme ökonomische Liberalisierungsschritte ergriffen, welche die Stellung des Managements in den Staatsunternehmen stärkte und deren Handlungsspielräume erweiterte. Dies war nicht allein in Ungarn und Polen, sondern letztlich auch in der Sowjetunion selbst der Fall (Dzarasov 2014: 64 ff.). Auch wenn die eher planlos angegangene Perestroika zunächst auf systemimmanente Reformen ausgerichtet war (vgl. Kagarlicki 2012: 427), gewann sie mit der Zeit eine pro-

kapitalistische Dynamik. Dzarasov (2014: 63 ff.) sieht im Management der Staatsbetriebe, das zunehmend an Spielräumen gewonnen hatte, eine zentrale Kraft bei der Privatisierung und der Durchsetzung einer pro-kapitalistischen Transformationsdynamik in der Sowjetunion. Zu diesem Block zählt er aber auch eine Gruppe von Intellektuellen und ÖkonomInnen. Entscheidende politische Durchschlagskraft gewannen sie dadurch, dass eine starke Fraktion in der Partei- und Staatsführung sich auf ihre Seite schlug. Die entscheidenden Weichenstellungen erfolgten in der Sowjetunion (und dann in Russland) in der Staats- und Parteispitze.

Mit der Krise der Sowjetunion verloren die staatssozialistischen Regime in Osteuropa die frühere Form des äußeren Rückhalts, gleichzeitig erodierte mit den ökonomischen Stagnations- bzw. Krisentendenzen auch die Legitimierung nach innen. Innerhalb der regierenden Parteien differenzierten sich die Positionen aus, teils reagierten sie auf die dramatische Veränderungen im internationalen Umfeld und steigenden Druck im Inneren der Gesellschaft mit völliger Ratlosigkeit, was auch damalige Spitzenfunktionäre heute einräumen (z.B. Krejčí 2009: 118 ff.). In den beiden osteuropäischen Ländern, in denen die oppositionellen Kräfte am stärksten und die liberalen Wirtschaftsreformen am weitesten vorangeschritten waren, in Polen und Ungarn, kam es als erstes zu Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition, die einen Macht- und letztlich auch Systemübergang einleiteten (vgl. Wiatr 2006: 71 ff.). Schrittmacher war hierbei Polen, in dem als einzigem osteuropäischem Land die organisierte Opposition deutlich über die Kreise der Intellektuellen hinausreichte. Die polnischen Mehrparteienwahlen im Juni 1989, bei denen die Opposition alle für sie verfügbaren Mandate in der Abgeordnetenversammlung und – bis auf einen – alle Senatorensitze errang, zeigte sehr augenscheinlich die schwache Unterstützung, über welche die regierende Partei noch verfügte. In den Folgemonaten kam es vor allem in der ČSSR und der DDR zu großen Demonstrationen, im Fall der DDR auch zur Massenauswanderung. In diesen beiden Fällen kam es im Prinzip zum Abtreten der Staatsführung und einem ausgehandelten Übergang (ibid.: 74 ff.). In der DDR mündete der Übergang binnen Monaten in eine Integration in die BRD. In Südosteuropa (Bulgarien, ein Teil der Nachfolgestaaten Jugoslawiens) konnten die bisherigen Regierungsparteien die Modalitäten des Übergangsprozesses stark selbst bestimmen und als sozialliberale oder sozialdemokratisch transformierte Gruppierungen auch noch für einige Zeit die Regierungsmacht ausüben. In Rumänien gab es als einzigem Land einen gewaltsamen Regierungswechsel, bei dem bislang marginalisierte Kräfte aus dem Umfeld der Kommunistischen Partei und sich gegen den damaligen Parteichef Ceaușescu stellende Kräfte im Sicherheitsapparat die maßgebliche Rolle spielten (vgl. Durand/Hoedts 2009: 62 ff., 137 ff.).

Nur in Polen hatte die Opposition in den 1980er Jahren weit über intellektuelle Kreise hinausgereicht und sich zeitweise eine starke gewerkschaftliche Bewegung herausgebildet. Insofern gingen in Polen die sich im Übergangsprozess organisatorisch und politisch ausdifferenzierenden Oppositionskräfte aus der relativ stärksten Position heraus in die Systemveränderung. Durchaus typisch waren

die polnischen Oppositionskräfte insofern, als sie sich in den 1980er Jahren vielfach, wenn auch nicht durchgängig, in eine neo-liberale Richtung bewegt hatten (vgl. Skórzyński 2005: 129 ff., 240 ff., Modzelewski 2013: 275, 340 f.). Das galt auch für große Teile des Beraterkreises von Solidarność. Die Gewerkschaft war durch das Kriegerrecht der 1980er Jahre stark geschwächt. Sie orientierte sich in der Transformationsphase stark auf die Gruppe der besser ausgebildeten Facharbeiter und stützte die neo-liberalen Reformen der neuen Regierung. In Jugoslawien, wo ArbeiterInnen größere Spielräume für eine offensive kollektive Interessenwahrnehmung offen standen, kam es zwar in den späten 1980er Jahren angesichts der tiefen sozialen Krise zu starken Streikbewegungen, doch nur in Slowenien vermochten die Gewerkschaften über soziale Mobilisierung in den frühen 1990er Jahren erheblichen Einfluss auf den Transformationsprozess zu nehmen. Slowenien war dann auch das einzige Land in der Region, in dem die Gewerkschaften ein neo-korporatistisches System mit starker Rolle der Gewerkschaften durchzusetzen vermochten (Bohle/Greskovits 2012: 187). In der ČSSR kam es Ende 1989/Anfang 1990 nicht nur zu Demonstrationen, sondern auch zur Mobilisierung in den Betrieben. Verschiedentlich wurden Teile der bisherigen Unternehmensleitungen ausgetauscht. Wie der US-Historiker Krapfel zeigt (2009: 129 ff.), gab es in der Tschechoslowakei bei den Protesten – primär außerhalb der Metropolen – neben der Forderung nach tiefgreifender Demokratisierung auch positive Bezüge auf einen erneuerten Sozialismus. Allerdings setzten sich diese Bezüge nicht in konkrete Politik um. Als Erbe des Staatssozialismus, der keine autonomen sozialen Bewegungen zugelassen hatte, fehlten der Arbeiterschaft im Übergangsprozess fast durchgängig organisatorische Strukturen, die ihr eine wirkungsvolle Intervention in den Transformationsprozess ermöglicht hätte.

Im Inneren der osteuropäischen Gesellschaften waren es vor allem Angehörige der oberen Ränge des Staatsapparates (allerdings nicht der Parteiführung), leitende Funktionäre und Manager der Staatsbetriebe sowie Angehörige der Intelligenz, die den Transformationsprozess maßgeblich gestalteten. Sie nahmen vielfach auch in den neuen Staatsstrukturen und wirtschaftlichen Schlüsselfunktionen zentrale Positionen ein (vgl. Eyal et al. 2000: 128 ff.). Aus diesen Gruppen rekrutierten auch die neuen Parteien, inklusive der neuen Rechtsparteien, vielfach ihre Kader. Außer in Polen und Ungarn wurden die meist kleinen Kerne der Dissidenz der staatssozialistischen Zeiten recht rasch politisch – bis auf einzelne Ausnahmen – marginalisiert (vgl. zum Fall der Tschechischen Republik Měchyř 1999: 7).

Die zweite ursprüngliche Akkumulation

Die Durchsetzung kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse – eine zweite ursprüngliche Akkumulation – war die Priorität sowohl der neuen dominanten Kräfte im Inneren wie auch internationaler Finanzinstitutionen und westlicher Regierungen. Über die Modalitäten, Geschwindigkeit und Umfang gab es Differenzen. In den meisten Fällen setzten sich Varianten einer raschen und ziemlich umfassenden Privatisierung in Verbindung mit einer makro-

ökonomischen Schocktherapie durch. Zwischen den neuen Staatsspitzen, westlichen Beratern und internationalen Finanzinstitutionen herrschte insofern eine Interessenkonvergenz. Westlichen Beratern und internationalen Finanzinstitutionen kam in dieser ersten Transformationsphase primär eine legitimierende und abstützende Funktion zu (vgl. Kagarlicki 2011: 435 f., Myant/Drahokoupil 2011: 84 ff., Kowalik 2009: 73 ff.) – auch im Hinblick auf konkurrierende, gradualistischere Konzepte, die es in den Ländern zum Teil auch gab (vgl. z.B. zum polnischen Fall Kowalik 2009). Interessendifferenzen gab es allerdings auch in der Frage, wem die Privatisierung zu Gute kommen sollte – einer neu zu bildenden einheimischen Bourgeoisie oder eher transnationalem Kapital. Hier ist auffällig, dass in der ersten Phase der Transformation eher ersteres gefördert wurde. In den multinationalen Föderationen – UdSSR, Jugoslawien und Tschechoslowakei – war das Streben nach Kontrolle des Prozesses der ursprünglichen Akkumulation in der jeweiligen Teilrepublik ein wesentliches Moment bei der – im Fall der UdSSR und Tschechoslowakei (weitgehend) friedlichen, im Fall Jugoslawiens gewaltsamen – Aufspaltung der Föderationen (vgl. z.B. Duleba 1998: 27 ff., Studenna-Skruckwa 2014: 154 ff. 222 ff., Samary 2008: 56). Allerdings gab es bei der Orientierung auf die prioritäre Förderung einer einheimischen Bourgeoisie in dieser frühen Phase zwei bedeutsamen Ausnahmen – das im Ausland hochverschuldete Ungarn und die in die BRD integrierten DDR, wo jeweils die externen Restriktionen deutlich stärker als in anderen Ländern zum Tragen kamen.

Mit dem nach Überwindung der Transformationsdepression Ende der 1990er Jahre zunehmenden Interesse westeuropäischer Konzerne an Osteuropa und der großen Druckmittel der EU im Rahmen der Beitrittsgespräche der zentralost- und südosteuropäischen Länder nahm die EU ab den späten 1990er Jahren vermehrt Einfluss, um eine den Auslandsunternehmen genehme Privatisierungs- und Regulierungspolitik durchzusetzen (Becker 2006: 403 f.). In den Beitrittsländern – außer Slowenien – kam es damit zum Aufstieg eines „Kompradoren-Dienstleistungssektors“ („comprador service sector“), wie ihn Drahokoupil (2007: 101, Drahokoupil 2009: 124 ff.) nennt. Er „umfasst Staatsbedienstete, die mit ausländischen Direktinvestitionen befasst sind, lokale Ableger von globalen Consulting- und Rechtsberatungsfirmen und ihre lokalen Konkurrenten sowie andere Firmen, die Dienstleistungen für Auslandsinvestoren anbieten“ (Drahokoupil 2007: 101).

Privatisierungsprozesse in den einzelnen Ländern

Die Privatisierungsprozesse und Eigentumsstrukturen in Russland, der Ukraine und Belarus einerseits und den zentralost- und südosteuropäischen Ländern andererseits sollen nun vergleichend etwas detaillierter skizziert werden.

Russland

Erste Schritte in Richtung auf eine Privatisierung wurden in der Sowjetunion bereits ab 1988 gemacht und in dieser Phase legten spätere wichtige russische,

aber auch ukrainische Oligarchen – speziell über die Gründung von Banken – bereits den Grundstein für ihren Aufstieg in den Folgejahren (Pirani 2010: 18, Studenna-Skruckwa 2014: 255). Die entscheidenden Privatisierungsmaßnahmen erfolgten erst nach der Auflösung der Sowjetunion. Im Fall Russland war das 1992 der Fall, als ein radikales Privatisierungsprogramm von der Regierung lanciert wurde. Dieses stieß sowohl bei der Bevölkerung als auch beim damaligen Kongress der Volksdeputierten auf Ablehnung (Nekipelov 2012: 78). Bei der wichtigsten Privatisierungsentscheidung umging die Regierung Jelcin das Parlament. Parlamentarische Hürden gegen ihre radikale Privatisierungspolitik räumte die Regierung Jelcin dann 1993 durch eine Entmachtung des Parlaments – de facto ein Staatsstreich von oben – und eine extreme Machtkonzentration in der Exekutive aus dem Weg. Akzeptanz bei der Bevölkerung suchte sie über eine „Volkspriatisierung“ – mittels Privatisierungscoupons – herzustellen. „Hinter dem blumigen Wortvorhang über eine ‚Volkspriatisierung‘ setzte man in Rekordzeit eine umfassende Enteignung des kollektiven Eigentums zugunsten einer begrenzten Gruppe von Individuen ins Werk.“ (Nekipelov 2012: 78, vgl. auch Pirani 2010: 25 f.). Damit schuf die Regierung eine gesellschaftliche Kraft, eine Klasse von eng mit dem Regime verbundenen Kapitalisten, welche sich als solide Stütze ihrer Macht herausstellen sollte. Kernanliegen der Privatisierungspolitik war nicht wirtschaftliche Entwicklung, sondern ein irreversibler Sieg der pro-kapitalistischen Kräfte (Ivanter 2012: 48, Dzarasov 2014: 70). Aus der Privatisierung resultierte eine sehr avancierte Form der privaten Kapitalzentralisation. Allerdings zeichnen sich die Eigentumsstrukturen, wie Dzarasov (2014) herausarbeitet, bis heute durch einen oftmals erheblichen Grad der Instabilität aus, was zu eher kurzfristig orientierten Investitionsentscheidungen führt. Besonders lukrativ war bis zur russischen Finanzkrise von 1998 der Bankensektor, der durch hohe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland und eine staatliche Hochzinspolitik alimentiert wurde. Durchgängig besonders einträglich war die Kontrolle von Unternehmen im Rohstoffbereich. In den frühen 2000er Jahren veränderte die Regierung Putin das Verhältnis Regierung-Oligarchie etwas. Erstere gewann gegenüber einzelnen Gruppen in Maßen an Autonomie und stärkte die staatliche Rolle im Öl- und Gassektor (Pirani 2010: 70 ff.). Dabei setzte die Regierung Putin die Privatisierungspolitik weiter fort, wenn gleich in etwas geordneteren Bahnen. Die Bildung von Allianzen mit Auslandskapital förderte sie ebenfalls und erneut im Kontext einer präziser als zu Jelcins Zeiten definierten Politik. Im Bankensektor stieg der Anteil des Auslandskapitals beispielsweise zwischen 2001 und 2007 von 9 auf 20 Prozent (Pirani 2010: 98). Außenpolitisch und außenwirtschaftlich verfolgt die russische Regierung im letzten Jahrzehnt eine klarer definierte Linie, die unter anderem auf die Bewahrung einer Interessensphäre im post-sowjetischen Raum zielt und damit in Konflikt mit der Ausbreitung der EU-Interessensphäre gerät. Institutionell findet die russische regionale Integrationspolitik in der Eurasischen Union, zu deren Kern außer Russland Belarus und Kasachstan gehören, ihren Ausdruck (vgl. Ehlers 2014).

Ukraine

Der Prozess der Herausbildung einer neuen Klasse von Kapitalisten zeigte in der Ukraine große Ähnlichkeiten mit Russland. Im Gegensatz zur Russland kam es zur stärkeren Herauskristallisierung einer neuen, mit der Staatsführung engstens verbundenen Bourgeoisie erst Ende der 1990er bzw. zu Beginn der 2000er Jahre während der Amtszeit von Leonid Kučma, der außenpolitisch zwischen Russland und der EU lavierte (vgl. Matuszak 2012: 13 ff., Bojcun 2011: 153 ff.). Zentraler Bestandteil der Strategie Kučmas war es, „eine starke nationale Kapitalistenklasse zu schaffen und ausländisches Eigentum in strategischen Industrien, dem Bankensystem und dem Öl- und Energiesektor zu beschränken“ (Bojcun 2011: 154). Die entstehende einheimische Kapitalistenklasse war und ist in regionalbasierte Gruppen – mit teils unterschiedlichem Branchenschwerpunkt – gegliedert (vgl. Matuszak 2012: 13 ff.). Im Osten bildet die Schwerindustrie einen Schwerpunkt, während in der Zentral- und Westukraine der Leichtindustrie bzw. Dienstleistungen besondere Bedeutung zukommt. Besonders große Vermögen konnten einerseits in der Metallindustrie, andererseits im Gasimportgeschäft angehäuft werden. Aus der Branchenstruktur, aber auch aus dem Kampf um einen privilegierten Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren ergaben sich politische Konflikte zwischen den verschiedenen Kapitalgruppen. Auf Ebene der Parteien wurden diese Differenzen auf einem anderen Feld – der Berufung auf unterschiedliche Konzeptionen der ukrainischen Nation, aber auch in unterschiedlichen außenpolitischen Orientierungen – ausgefochten (vgl. Studenna-Skruckwa 2014: 89, 157). Die außenpolitischen Orientierungen hatten aber auch reale wirtschaftliche Konnotationen. So ist beispielsweise für den ostukrainischen Maschinenbau der Export nach Russland besonders wichtig.

Vor dem Hintergrund eines starken Rückgangs des Lebensstandards der Bevölkerung und weit verbreitetem Unmut über die engen Bindungen zwischen Oligarchen und den politischen Spitzen kam es zu einer ersten starken sozialen Mobilisierung in der Bevölkerung und einer Zuspitzung des Konfliktes zwischen Kapitalgruppen in der sogenannten orangenen Revolution von 2004/2005. Mit Viktor Juščenko ging der Präsidentschaftskandidat des pro-westlichen Lagers, das sich vor allem auf Kapitalgruppen aus der Leichtindustrie und dem Dienstleistungssektor stützte und von den westlichen Ländern stark gefördert wurde, siegreich aus dem Konflikt hervor. In der Regierungszeit von Juščenko kam es zu einer verstärkten Öffnung gegenüber dem Auslandskapital, speziell im Bankensektor, wo der Anteil der von Auslandsbanken gehaltenen Kapitalanteile zwischen 2004 und 2007 von 13 auf über 50 Prozent stieg (Bojcun 2011: 162). Mit der großen Wirtschaftskrise und der starken Rezession in der Ukraine schlug das elektorale Pendel dann allerdings wieder zurück zu einer stärker multi-vektoralen, also einer auf die EU und Russland orientierten Außenpolitik und zur Schwerindustrie im Osten des Landes. Dieses Lager übernahm mit Viktor Janukovyč 2010 erneut das Ruder. Janukovyč setzte die extrem kapitalfreundliche Politik fort, forcierte dabei allerdings vor allem die Interessen der Schwerindustrie und begünstigte Kapitalgruppen aus

seinem engsten Umfeld (Matuszak/Sarna 2013). Als Janukovyč im Herbst 2013 die Unterzeichnung eines fertig ausgehandelten Assoziationsabkommens mit der EU, das die ökonomische Situation absehbar weiter verschlechtern würde und auf starke russische Widerstände stieß, absagte, löste dies eine weitere, von westlichen Ländern unterstützte Protestwelle aus, die im Sturz Janukovyčs mündete. Damit kamen pro-westliche Parteien mit stark oligarchischem Hintergrund sowie faschistische Kräfte an die Regierung, der es allerdings im Osten des Landes an Legitimität fehlt. Der von Außen und Innen angeheizte Konflikt ist bis zum Krieg eskaliert, ein Teil der paramilitärischen Gruppen hängt direkt von großen Kapitalgruppen/Oligarchen ab. Auch wenn die Proteste 2013/2014 eine generell anti-oligarchische Stoßrichtung hatten, dürfte die Militarisierung des Konfliktes zu einer Verfestigung oligarchischer Strukturen in der Ukraine führen (Becker 2014a).

Belarus

Einen post-sowjetischen Kontrastfall zu den Transformationsstrategien in Russland und der Ukraine stellt Belarus dar. Hier wurde ein stark etatistisches Wirtschaftsmodell etabliert, in dem Staatsbetrieben weiter hin eine zentrale Rolle zukommt. Jene Kräfte aus der früheren Parteiführung, die auf ein „Aufrechterhaltung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten“ (Neunhöffer 2001: 102) setzten, erhielten mit dem Wahlsieg Alexander Lukašenkos in den Präsidentschaftswahlen von 1994 Auftrieb. Das Gewicht des belarussischen Privatsektors ist zwar graduell gewachsen, aber starke, politisch gut vernetzte große Kapitalgruppen – die für die post-sowjetischen Ökonomien sonst charakteristischen Oligarchen – sind nicht entstanden. Allerdings sind die privatisierungsorientierten Kräfte im Laufe der Jahre stärker geworden, was sich auch in einer privatisierungsfreundlicheren Gesetzgebung niedergeschlagen hat. Entsprechend der langsamen Privatisierungspolitik blieb auch die Rolle von Auslandskapital in der belarussischen Ökonomie beschränkt, wenngleich die Auslandsinvestitionen unmittelbar vor der aktuellen globalen Krise (u.a. durch eine große Investition der Telekom Österreich) sprunghaft zunahm (Lindner 2008: 3). Durch die Krise ist das exportorientierte, partiell aber auch finanzialisierte belarussische Wirtschaftsmodell unter Druck geraten. Russische Stützungsmaßnahmen hatten ihren Preis: Russland baute seine ökonomische Stellung in Belarus aus, vor allem im Energiesektor, speziell durch die Beteiligung an Bieltransgaz (Wierzbowska-Wiazga 2013: 18 ff.). Sehr stark ist auch die Stellung russischer Banken im belarussischen Bankensektor, von dem sie etwa 25 Prozent kontrollieren (ibid: 24).

Zentralost- und südosteuropäische Länder

In den zentralost- und südosteuropäischen Ländern lassen sich zwei Phasen der zweiten großen ursprünglichen Akkumulation unterscheiden. Bis Ende der 1990er Jahre stand in den meisten Staaten die Schaffung einer einheimischen Bourgeoisie im Vordergrund, während mit den Verhandlungen über einen EU-Beitritt westeuropäischem Kapital in fast allen Ländern die Übernahme

der wirtschaftlichen Schlüsselsektoren ermöglicht wurde und sich einheimisches Kapital auf relativ geschützte Bereiche wie Immobilien, Handel, Landwirtschaft und teils auch Nahrungsmittelindustrie konzentriert.

Ähnlich wie in den post-sowjetischen Staaten dominierten auch in den zentralost- und südosteuropäischen Staaten die Modalitäten der Privatisierung die wirtschaftspolitische Agenda. Die Direktoren der Staatsbetriebe hatten ein Interesse an einer Privatisierungspolitik zu ihren Gunsten. Das Interesse des Auslandskapitals an Kapitalbeteiligungen in Osteuropa war abgesehen von einigen besonders interessanten Objekten (wie beispielsweise den Škoda-Werken in der Tschechoslowakei) angesichts der tiefen Transformationsdepression Anfang der 1990er Jahre zunächst relativ beschränkt. In diesem Kontext verfolgten die meisten Regierungen in der Region zunächst eine Politik, die auf die Schaffung einer einheimischen Bourgeoisie gerichtet war (vgl. Hofbauer 2003: 71, Becker 2004: 8 f., Drahekoupil 2009: Kap. 3 & 4). Die Methoden variierten – von der Coupon-Privatisierung, von der vor allem große Finanzholdings profitierten, bis hin zu Direktverkäufen. Besonders intransparent lief die Privatisierung unter Kriegsbedingungen in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens ab (vgl. z.B. Musić 2013: 17 ff.).

Gestützt wurden die Unternehmen der neuen Bourgeoisie durch die oftmals weiterhin staatlichen Banken, denen dies Engagement oft einen hohen Anteil problematischer Kredite eintrug (vgl. Myant/Drahekoupil 2011: 220 f. Myant 2013: Kap. 8). Die Weiterführung der Betriebe erwies sich häufig als kompliziert. Industriebetriebe waren nicht nach einer exportorientierten kapitalistischen Logik geschaffen worden, sondern hatten unter Bedingungen des Staatssozialismus eher einen hohen Grad der Importsubstitution zu erbringen und wiesen oft ein breit gefächertes Produktspektrum auf. Auf den Binnenmärkten waren sie durch die Schocktherapien mit einem starken Einbruch der Nachfrage konfrontiert, während mit der Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) viele etablierte Außenhandelsverbindungen auseinanderbrachen und die Verbindungen zu internationalen Distributionsstrukturen in den kapitalistischen Ländern in der Regel schwach waren (vgl. Myant 2013). Eine staatliche Industrie- oder Strukturpolitik, welche die Konsolidierung der privatisierten Unternehmen ermöglichen hätte, fehlte (Myant/Drahekoupil 2011: 221). Günstiger waren die Ausgangsbedingungen in Slowenien, wo die Betriebsgrößen kleiner waren und sich bereits zur Zeit des Staatssozialismus ein relativ substanzieller Westexport entwickelt hatte (Klemenčič 2013: 37 ff.). Hier entstand auch tatsächlich eine einheimische Industriebourgeoisie. Ansonsten war teils bereits schon in den 1990er Jahren eine Verschiebung des Aktivitätsschwerpunktes einheimischer Kapitalgruppen vom Industrieengagement zu stärker diversifizierten Finanzholdings festzustellen (vgl. Brzica 2006).

Sonderentwicklung Ungarn und DDR

Es gab allerdings zwei Ausnahmen von diesem Grundmuster: Ungarn und die DDR. In beiden Fällen erfolgte die rasche Orientierung auf Auslandskapital (im Fall der DDR/Ostdeutschlands auf westdeutsche Kapitalinteressen). In

Ungarn hatte es bereits vor 1990 einige substanzielle Auslandsinvestitionen gegeben. Auslandsunternehmen hatten durchaus ein Interesse am Ausbau ihrer Positionen in Ungarn. Zudem wurde die ungarische Politik durch die hohe ungarische Auslandsverschuldung und die Entscheidung, diese Schulden auch zu bedienen, konditioniert. Die Zahlungsfähigkeit setzte den Zufluss von Auslandskapital voraus. In dieser Konstellation orientierte sich die damalige ungarische Rechtsregierung József Antalls, die auf die politische Wende folgte, von Anfang an auf eine Wirtschaftsstrategie, die auf Auslandsinvestitionen basierte (Drahokoupil 2009: 102 ff.). Im Fall der DDR verlor der Staat – angesichts des Legimitätsverlustes im Inneren und des starken Bonner Drucks – sehr rasch an Autonomie. Bereits im Februar 1990 wurden die Weichen Richtung Währungsunion und Integration in die BRD gestellt (vgl. Wenzel 2000: 96 ff.). In diesem Kontext wurde die Treuhandanstalt gegründet, unter deren Regie die Privatisierung erfolgte. Für den DDR-Bürgerrechtler, der ihre Gründung ursprünglich vorgeschlagen hatte, sollte sie „zur Wahrung des Anteilsrechts der Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft am Volkseigentum der DDR“ dienen (zit. n. Wenzel 2000: 128). Faktisch gelangte sie rasch unter westdeutsche Kontrolle. „Aus einer Anstalt zur Wahrung des Volkseigentums wurde eine zu seiner entschädigungslosen Enteignung“, resümiert die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2010: 62) das Wirken der Treuhand. Während unter der Leitung Rohwedders der Sanierung bestehender Unternehmen noch ein relevanter Stellenwert zukam, setzte seine Nachfolgerin Birgit Breuel völlig auf Privatisierung – primär zugunsten westdeutscher Unternehmen (vgl. Wenzel 2000: 135 ff.). Die Treuhandpolitik führte in Verbindung mit der raschen Realisierung der Währungsunion und dem Wegbrechen der osteuropäischen Exportmärkte nicht nur zu einer radikalen Veränderung der Eigentumsstruktur zugunsten westdeutscher Interessen, sondern auch zu einer rapiden Deindustrialisierung (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2010: 58 ff.).

Auslandskapital und EU

In den meisten zentralost- und südosteuropäischen Ländern erfolgte die Reorientierung auf Auslandskapital hingegen erst gegen Ende der 1990er Jahre. Nach der Überwindung der Transformationsdepression der osteuropäischen Länder stieg das Interesse westeuropäischer Unternehmen an einer Expansion Richtung Osteuropa. Mit dem Beginn der EU-Beitrittsgespräche gewann die EU an Interventionsmöglichkeiten in den potenziellen Beitrittskandidatenländern. Sie förderte konsequent die Interessen westeuropäischer Konzerne, u.a. durch ein starkes Insistieren auf einer radikalen Privatisierungspolitik. Sie stärkte in den auf einen EU-Beitritt orientierten Staaten die politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die eine rasche Privatisierungspolitik zugunsten des Auslandskapitals und allgemeiner eine neo-liberale Regulierungspolitik befürworteten (vgl. Vachudova 2005, Becker 2008: 6 ff.).

In praktisch allen Staaten übernahmen westliche Unternehmen den Bankensektor und wichtige Infrastrukturmonopole (z.B. im Telekommunikations- und Energiesektor). In den Visegrád-Länder (Polen, Slowakei, Tschechische

Republik, Ungarn), Slowenien und Teilen Rumäniens (Transsylvanien) wurden Teile der exportorientierten Produktion ausgegliedert und die industriellen Sektoren stark in das deutsche exportorientierte Produktivsystem eingegliedert (vgl. Becker 2008: 8 ff., 17 ff.). Im Fall der Banken kontrollieren Auslandsbanken fast den gesamten Sektor in den zentralost- und südosteuropäischen Ländern – mit Ausnahme Sloweniens und, eingeschränkter, Polens (Frangakis 2009: 72, Tab. 3.14, Četković 2011). Mit Ausnahme von Slowenien, Polen und, bezogen auf die eher binnenorientierte Industrie, auch Serbien ist die externe Kontrolle auch im Bereich der verarbeitenden Industrie, speziell der Exportindustrie, sehr weitgehend. Studien zur aktuellen Rolle des einheimischen Kapitals fehlen vollständig. Verfolgt man die einschlägige Wirtschaftspresse, so schälen sich Finanzholdings, Immobilien, bestimmte Bereiche der materiellen bzw. sozialen Infrastruktur sowie speziell in verschiedenen Nachfolgestaaten Jugoslawiens auch der Einzelhandel als Aktivitätsschwerpunkte heraus. Es handelt sich überwiegend um Sektoren, die außerhalb der materiellen Produktion liegen und einer Außenhandelskonkurrenz nicht unterliegen. Substanziellere inländische Kapitalinteressen gibt es noch in Slowenien und Polen. Hierbei unterliegen einheimisches Privatkapital und die verbliebenen Staatsbeteiligungen in Slowenien im Gefolge der aktuellen Krise einem starken Privatisierungsdruck seitens der Europäischen Kommission, der intern die dem Auslandskapital relativ nahestehenden Kräfte stärkt (vgl. Becker 2013: 122).

Ungarn bildet in den letzten Jahren erneut eine Ausnahme. Die nationalkonservative Fidesz-Regierung holt in gewisser Weise die Politik der Regierungen der anderen Visegrád-Staaten aus den frühen 1990er Jahren nach: die Förderung einer einheimischen Bourgeoisie. Dies betrifft vor allem geschützte Sektoren (öffentliche Versorgungsunternehmen, Einzelhandel, Bereiche, die von öffentlichen Aufträgen abhängen; vgl. Tóth 2014: 220). Vereinzelt stärkte Fidesz auch den Staatssektor.

Fazit: Unterschiede kapitalistischer Transformation

Im Vergleich zwischen Russland, der Ukraine und Belarus einerseits und den zentralost- und südosteuropäischen Ländern andererseits ergibt sich, dass in ersteren das einheimische Kapital vergleichsweise stärker ist und auch im produzierenden Bereich eine relevante Stellung hat, während die Schlüssel-sektoren der zentralost- und südosteuropäischen Länder weitgehend von Auslandskapital kontrolliert werden. In den zentralost- und südosteuropäischen Ländern liegt damit der Aktivitätsschwerpunkt des einheimischen Kapitals in bestimmten Bereichen der Infrastruktur, bei Immobilien u.ä. Besonders eng sind die Verbindungen zwischen großen einheimischen Kapitalgruppen und dem Staatsektor in Russland und der Ukraine – speziell letztere wird daher als „oligarchische Demokratie“ (Matuszak 2012) gekennzeichnet. Belarus stellt durch den großen Staatssektor, starke etatistische Elemente sowie die Legitimierung eines politisch autoritären Regimes durch Sozialpolitik und die Schaffung von Aufstiegschancen auch für die gehobene Mittelschicht (vgl. Brzezicki/Nocuń 2014: 199f.) einen Sonderfall dar. Die politischen Freiheiten

sind in den zentralost- und südosteuropäischen Ländern stärker als in diesen drei Nachfolgestaaten der Sowjetunion gegeben. Im Gefolge der EU-Beitrittsprozesse sind jedoch die autonomen nationalstaatlichen Entscheidungsspielräume geringer geworden und – mit Ausnahme Ungarns unter der nationalkonservativen Fidesz-Regierung – tendenziell die mit dem Auslandskapital liierten Sektoren gestärkt worden.

Wege abhängiger Entwicklung

Gegenüber der Privatisierungspolitik war für die Regierungen die Frage des Entwicklungsweges in den 1990er Jahre völlig zweitrangig. Vielfach wurde gar suggeriert, mit Markt und Privatisierung komme die Prosperität. Doch das Gegenteil trat ein – eine tiefe Transformationsdepression, die in den zentralosteuropäischen Ländern nur bis zu den frühen 1990er Jahren, in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und den südosteuropäischen Ländern hingegen oft bis weit in die 1990er Jahre hinein andauerte (vgl. Myant/Drahokoupil 2011: 49 ff.).

Russland

Die radikalliberale Schockpolitik in Russland führte zu einem Kollaps der staatlichen Regulierung, der von den Architekten dieser Politik als quasi unvermeidlich dargestellt wird (Gajdar 1999: 108 ff.), zu Hyperinflation und Barterhandel (bargeldlose Verrechnungssysteme), starken Realeinkommensverlusten und einem starken Niedergang der binnenorientierten Wirtschaftsbranchen. Besonders stark waren die Hochtechnologiesektoren betroffen. Die Arbeitskräfte erfuhren sowohl einen extremen Rückgang des Lebensstandards als auch vielfach eine Entwertung ihrer Qualifikationen (vgl. Nekepilov 2012: 71 ff.). Neben dem Rohstoffexportgeschäft wurde aufgrund der staatlichen Hochzinspolitik, die zur Bekämpfung der Inflation verfolgt wurde, auch der Bankensektor zu einem lukrativen Geschäft. Die Banken nahmen Kredite im Ausland auf und liehen das Geld zu höheren Zinsen im Inland (v.a. an den Staat) weiter. Diese Politik konnte nur so lange gut gehen, wie der überbewertete Rubelkurs stabil gehalten werden konnte. Doch Ende 1997/Anfang 1998 brach das finanzielle Kartenhaus unter seinen inneren Widersprüchen und unter den Rückwirkungen der Asienkrise zusammen. Der Rubel musste stark abgewertet werden, wodurch der in US-Dollar hoch verschuldete Bankensektor ins Schleudern kam. Die Krise von 1998 stellte einen ersten Wendepunkt der russischen Entwicklung dar. Zu diesem Zeitpunkt betrug das russische BIP nur mehr 55,8 Prozent des Wertes von 1989, die industrielle Produktion war sogar auf 43,4 Prozent des Niveaus von 1989 gefallen. Allein im Exportwert war eine leichte Steigerung erkennbar. Ausdruck der katastrophalen sozialen Entwicklung war der Rückgang der durchschnittlichen Lebenserwartung um 4,3 Jahre zwischen 1989 und 1998 (Dzarusov 2014: 75).

Unter dem Druck der Krise und sozialer Proteste erfolgte eine Korrektur der Wirtschaftspolitik, als sich der kurzfristig amtierende Premierminister Jevgeni Primakov gegen die auf eine weitere Radikalisierung der neoliberalen Politik

orientierten Kräfte um Gajdar durchsetzen konnte (Nekipelov 2012: 102 ff., Sapir 2012: 204 ff., Pirani 2010: 47 ff.). Die Abwertung des Rubels begünstigte den Export, schuf aber auch einen Schutz für die verbliebene binnenorientierte Industrieproduktion. Die Fiskalkraft des Staates wurde gestärkt, zumindest Ansätze einer Industriepolitik geschaffen (Durand 2007) und der Bankensektor auf eine stabilere Grundlage gestellt. Die Ökonomie blieb zwar stark auf den Rohstoffexport (vor allem Öl, Gas) ausgerichtet, es erfolgte jedoch eine gewisse Konsolidierung der industriellen Produktion. Zwischen 1999 und 2007 war ein substanzielles BIP-Wachstum zu konstatieren. Trotz der ausgeprägten sozialen Ungleichheit ermöglichte die wirtschaftliche Erholung einen deutlichen Rückgang der Armut (Pirani 2010: 49, Tab. 3.1). Allerdings blieb eine ernsthafte Modernisierung des industriellen Maschinenparks aus. Dzarasov (2014: 204) weist darauf hin, dass der gegenwärtige Maschinenpark ein Alter von etwa 21 Jahren aufweist – gegenüber nur 10,8 Jahren im Jahr 1990. Stark klinkten sich die russischen Banken, aber auch große Privatfirmen in den internationalen Kreditnexus ein, so dass die private Auslandsverschuldung Anfang 2008 erneut ein kritisches Niveau erreicht hatte (Nekipelov 2014: 109). Die Kapitalflucht blieb hoch.

Wegen der hohen Abhängigkeit von Rohstoffexport und internationaler Refinanzierung des Bankensektors wurde die russische Ökonomie durch die globale Krise 2008/2009 hart getroffen. Das russische BIP ging 2009 um 7,8 Prozent zurück (Yanik 2013: 231, Tab. 2). Die Reserven, die während der Jahre des hohen Wirtschaftswachstums akkumuliert worden waren, ermöglichten der russischen Regierung allerdings ein Gegensteuern. Der Großteil der Geldmittel floss in die Stabilisierung des Bankensektors, nicht in die produktiven Sektoren (vgl. Becker/Dziwulska 2010: 32 ff., Pirani 2010: 99 ff., Yanik 2013: 234 ff.). Das Gewicht der staatlichen Banken stieg infolge der Krise (Yanik 2013: 235).

Ukraine

Der Niedergangsprozess der Ukraine als einem Land ohne mit Russland vergleichbaren Öl- und Gasvorkommen war besonders tief. In der Ukraine fiel das BIP in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zeitweise sogar knapp unter 40 Prozent des Niveaus von 1989, womit die wirtschaftliche Performance deutlich schlechter als im Schnitt der GUS-Staaten, im Vergleich zu Belarus sogar katastrophal ausfällt (vgl. Myant/Drahokoupil 2011: 50, Tab. 4.1). Die Desintegration des sowjetischen Staates und der sowjetischen Ökonomie hatten offenbar für die ökonomische Entwicklung der Ukraine besonders negative Konsequenzen. Erst in der ersten Amtszeit von Präsident Kučma (1994-1999) wurde wenigstens eine „minimale institutionelle Kapazität“ des Staates (Bojczun 2011: 153 ff.) erlangt, um die wirtschaftlichen Probleme anzugehen. Die Abwertung der ukrainischen Währung im Gefolge der russischen Krise von 1998 ermöglichte über die Verteuerung konkurrierender Importe die Erholung der Nahrungsmittelindustrie als einem der wirtschaftlichen Schlüsselsektoren. Die Regierung Kučma setzte in den Folgejahren vor allem auf die Exportpro-

duktion bei Stahl, Chemieprodukten, Nahrungsmitteln, aber auch Maschinen. Der Akzent verschob sich politisch zugunsten der Schwerindustrie. Die sogenannte „orangene Revolution“ 2004/2005 wurde hingegen eher von Kräften der Leichtindustrie und Teilen des Dienstleistungskapitals unterstützt, die sich aus dem Machtblock Kučmas herausgelöst hatten (Marušiak 2004: 2). Mit dem Wechsel von Kučma zu dem als pro-westlich geltenden Juščenko verschob sich auch die wirtschaftliche Strategie in Richtung Finanzialisierung. Wenngleich auch die Einkommen durch die Regierung Juščenko bewusst angehoben wurden, beruhte das Konsumwachstum doch zu einem erheblichen Teil auf Krediten, vor allem Devisenkrediten. Die Banken ihrerseits refinanzierten sich massiv im Ausland (Becker 2011: 272). Der Verschuldung diente nicht zur Stärkung der industriellen oder technologischen Kapazität (Bojcun 2011: 163). Die Leistungsbilanz verschlechterte sich deutlich.

Damit war die Ukraine gegenüber der globalen Krise sehr verwundbar. Einerseits wurde der Exportsektor durch den Nachfragerückgang speziell im Stahlbereich schwer getroffen, andererseits gerieten die Banken mit ihren kurzfristigen Verbindlichkeiten und ihrem hohen Stand an Devisenkrediten in extreme Probleme. Das ukrainische BIP ging allein 2009 um 14,8 Prozent zurück (Becker 2014b: 21). Die Regierung suchte beim IWF um einen Notkredit nach und stützte den Bankensektor massiv (Bojcun 2011: 46 ff.). Es gelang nur eine prekäre Stabilisierung. Trotz der grundsätzlich sehr kapitalfreundlichen Orientierung der ukrainischen Regierungen kam es mit dem IWF über sozial heikle Fragen – vor allem die Erhöhung der Energiepreise für die KonsumentInnen – immer wieder zu Konflikten.

Viktor Janukovyč, der im Zuge des politischen Wechsels 2010 das Präsidentenamt übernommen hatte, förderte zwar speziell schwerindustrielle Interessen und die großen Kapitalgruppen, war jedoch durch die hohen Devisenschulden und die marode Lage des Bankensektors in seinen Handlungsoptionen eingeschränkt. Die Regierung Janukovyč, die auch einige Oligarchen aus dem ursprünglich „orangenen Lager“ (wie Petro Porošenko) integrierte, schloss Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen mit der EU ab. Hauptbegünstigte eines solchen Abkommens wären primär Kapitalgruppen der Nahrungsmittelindustrie (darunter Porošenko), während die Schwerindustrie eher von einem Abkommen mit Moskau profitieren könnte (Lukierska 2014: 248 f.). Angesichts der dramatischen Zahlungsbilanzprobleme und russischer Pressionen nahm Janukovyč 2013 von der vorgesehenen Unterzeichnung des Abkommens Abstand. Dies war Auslöser von Massenprotesten, die im Sturz Janukovyčs und der Machtübernahme des „pro-westlichen“ Lagers und der etwas später folgenden Wahl Petro Porošenkos, der erneut das politische Lager gewechselt hatte, zum Staatspräsidenten mündeten. Das Assoziationsabkommen ist mittlerweile unterzeichnet. Es bedeutet nicht allein die Übernahme von EU-Normen durch die Ukraine und deren untergeordnete Integration in die EU-Einflussosphäre, sondern wird über die Handelsliberalisierung auch absehbar zur Liquidierung eines Teils der ukrainischen Industrie und einer verstärkten Spezialisierung der Ukraine im agrar- bzw. agro-industriellen Export führen (Becker 2014a). Die Ten-

denz der ökonomischen Entwicklung – oder genauer Unterentwicklung – der Ukraine geht in Richtung beschleunigter Peripherisierung. Das BIP liegt derzeit etwa 30 Prozent unter dem Niveau von 1990 (Holzner/Astrov 2013: 418, Tab. 2).

Belarus

In Belarus, wo sich nicht die Parteigänger einer Schock-Therapie, sondern einer etatistischen Politik durchsetzten, war der BIP-Rückgang nicht so langandauernd und tief wie in Russland oder gar der Ukraine. In der sowjetischen Ära war hier eine starke industrielle Basis geschaffen worden. Die Regierung, die sich vor allem auf die Direktoren im Exportsektor stützen konnte, setzte jetzt auf ein exportorientiertes Entwicklungsmodell. Dieses ermöglichte tatsächlich eine wirtschaftliche Erholung, blieb aber durch die Tendenz zu Handelsbilanzdefiziten und gegenüber Krisen bei den Haupthandelspartnern, z.B. der russischen Krise, anfällig (vgl. Neunhöffer 2001). In den 2000er Jahren ermöglichten Auslandskredite und Tendenzen zu einer Finanziarisierung zeitweilig eine weitere Wachstumsbeschleunigung. Devisenkredite spielten auch in Belarus eine Rolle, im Vergleich zur Ukraine jedoch in viel geringerem Ausmaß (vgl. Becker 2014b: 271). Belarus wurde zwar von der globalen Krise deutlich betroffen, entging jedoch 2009 ganz knapp einer Rezession. Zwar schloss auch Belarus ein Kreditabkommen mit dem IWF. Dessen Konditionalität war aber relativ schwach, was mit dem damaligen Bestreben der westlichen Länder zusammenhängen dürfte, Belarus von Russland abzunabeln (Becker 2011: 274 f.). Russland stützte die belarussische Anti-Krisen-Politik, die heterodoxe Elemente aufwies, seinerseits aus außenpolitischen Gründen und vermochte seine wirtschaftliche Position in Belarus auszuweiten (Wierzbowska-Miazga 2013). Die Spielräume für die belarussische Exportstrategie scheinen enger zu werden.

Zentralost- und südosteuropäische Länder

In den zentralost- und südosteuropäischen Ländern sind nur in Ausnahmefällen direkt Anfang der 1990er Jahre dauerhafte Weichenstellungen für das Akkumulationsmodell der kommenden Jahrzehnte getroffen worden. Zu diesen Ausnahmen gehört die DDR. Die Entscheidung für die Währungsunion mit der BRD mit einem Wechselkurs 1:1, die schon im Frühjahr 1990 getroffen wurde und am 1. Juli 1990 in Kraft trat, hatte weitreichende Konsequenzen. Dieser Wechselkurs reflektierte nicht die Produktivitätsniveaus der beiden deutschen Staaten und setzte die DDR-Betriebe unter einen extremem Restrukturierungsdruck: „Unter dem Druck der westdeutschen und ausländischen Konkurrenz brachen nahezu alle Teile der bisher von der Weltmarktkonkurrenz abgeschotteten Produktion zusammen.“ (Priewe/Hickel 1991: 79). Denn die Mark der DDR wurde um mehr als 300 Prozent aufgewertet. „Auch ein einigermaßen stabiles Land in Westeuropa wäre durch diesen Aufwertungsschock in eine tiefe Anpassungskrise abgestürzt“ (Priewe/Hickel 1991: 79). Und die Einschätzung starker Einbrüche, welche diese Art der Währungsunion für die produktiven Sektoren hervorrufen würde, wurde 1990 auch

von zahlreichen westdeutschen Mainstream-Ökonomen geteilt (vgl. den Überblick in Priewe/Hickel 1991: 82ff., Wenzel 2000: 97 ff.). Die Folge von Währungsunion und plötzlichem Wegbrechen der Außenhandelsverbindungen nach Osteuropa und in die Sowjetunion war eine starke und dauerhafte De-Industrialisierung. 1991 lag die Bruttowertschöpfung der verarbeitenden Industrie Ostdeutschlands nur noch bei 31,1 Prozent des Wertes von 1989, bis 2008 wurde auch nur 74,3 Prozent des Ausgangswertes von 1989 erreicht (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2010: Tab. A10). Wie Rösler (in diesem Heft) hervorhebt, ist die ostdeutsche Industrie oftmals eine Zulieferindustrie. Aber auch bestimmte Verbrauchsgüterindustrien eher regionaler Ausrichtung überlebten (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2010: 163 ff.). Insgesamt war die verarbeitende Industrie besonders negativ von der gewählten Strategie der radikalen Transformation und raschen Integration in die BRD und EU betroffen. Ostdeutschland hat für die deutsche Wirtschaftsstruktur primär die Funktion eines Absatzmarktes, eines Arbeitskräftereservoirs und, partiell, industrieller Zulieferung. Damit können die ostdeutschen Bundesländer als periphere Region in einer dominanten Ökonomie charakterisiert werden. Gegenüber den anderen osteuropäischen Ländern zeichnet sich die kapitalistische Transformation Ostdeutschlands durch die extrem rasche monetäre und ökonomische Integration in die westdeutschen und europäischen Strukturen einerseits und durch die relativ großzügige Abfederung durch Sozialtransfers andererseits aus (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2010: 112 ff.).

Die Wechselkurspolitik war auch eine zentrale Determinante für das Akkumulationsmodell der Baltischen Länder. Deren politische Priorität war die möglichst radikale wirtschaftliche und politische Ablösung von Russland. Ein zentrales Element dieser Politik war die Einführung einer eigenen Währung. Hierbei optierten sie für eine enge Bindung an westliche Ankerwährungen (vgl. Feldman 2008: 244 ff., Bohle/Greskovits 2012: 104 ff.). Die Währungen erwiesen sich rasch als überbewertet. In Verbindung mit einer raschen Außenhandelsliberalisierung resultierte diese Währungspolitik in einer starken De-Industrialisierung, einem wenig anspruchsvollen Profil des Exports und struktureller Abhängigkeit von Kapitalimporten. Die Grundlage für eine abhängige Finanzialisierung wurde damit in den baltischen Ländern früh gelegt (vgl. Becker 2007: 263 ff.). Gegenteilig positionierte sich die slowenische Regierung, die unter starkem Druck der Gewerkschaften stand. Sie optierte für eine pro-industrielle Politik, in der in den 1990er Jahren eine milde Form der Kapitalverkehrskontrollen eine Währungsaufwertung verhinderte (ibid.: 261). Dies stärkte die Exportfähigkeit der Industrie und schuf Spielräume in der Lohnpolitik. Die Ökonomien der anderen post-jugoslawischen Staaten litten besonders stark unter dem Zerfall Jugoslawiens und, im Fall Bosnien-Herzegowinas, Kroatiens und Serbiens, auch der mit dem Zerfall und dem Eingreifen der Nato verbundenen Kriege. Hier gingen die industrielle Produktion und das BIP zeitweise sehr stark zurück, Arbeitslosigkeit und Informalisierung der Arbeitsverhältnisse hingegen breiteten sich besonders rasch aus

(vgl. u.a. Uvalic 2010: Kap. 3, Mihaljević 2013: 63 ff.). Die Depression in den 1990er Jahren war so scharf, dass das BIP von 1990 in den meisten Nachfolgestaaten Jugoslawiens bis zum Jahr 2008 noch nicht wieder erreicht worden war (Myant/Drahokoupil 2011: 53). In den Visegrád-Ländern (Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) war die Rezession in den 1990er Jahren kürzer und weniger stark als in den südosteuropäischen Ländern (Myant/Drahokoupil 2011: 50 f.). Eine Entwicklungsstrategie wurde aber auch hier nicht definiert.

Ab den späten 1990er Jahren haben unter dem Einfluss der Expansion des westeuropäischen Kapitals nach Zentralost- und Südosteuropa die Akkumulationsmodelle eine klarere Gestalt angenommen. Westeuropäisches, speziell bundesdeutsches Kapital hat in substanziellem Ausmaß – besonders in der Automobilindustrie und ihren Zulieferbetrieben (vgl. Frigant 2014) – Produktion in die Visegrád-Länder, nach Slowenien und nach Transsylvanien ausgelagert. Sowohl nach Zentralost- als auch nach Südosteuropa expandierte das Bankkapital – hier gerade auch aus kleineren westeuropäischen Ländern wie Österreich, Schweden oder Griechenland (vgl. Becker 2008: 8 ff.). In den Visegrád-Ländern und Slowenien war damit das Akkumulationsmodell in den Jahren vor der aktuellen Krise durch industrielle Exportproduktion und Finanzialisierung – speziell in Form rasch steigender Verschuldung der Haushalte und dem dadurch getragenen Konsum – gekennzeichnet. In den baltischen und südosteuropäischen Ländern war hingegen die abhängige Finanzialisierung der zentrale Wachstumsmotor, die industrielle Dynamik blieb in der Tendenz schwach (vgl. Becker 2013: 114 ff.). Bezogen auf die europäische Arbeitsteilung kam den Visegrád-Ländern und Slowenien damit einerseits eine Funktion als verlängerte Werkbank der industriellen Kerne Westeuropas, andererseits als Absatzgebiet für Konsumgüter und Anlageregion überschüssigen Geldkapitals zu. Für die südosteuropäischen und baltischen Ländern gilt nur letzteres – Absatzgebiet für westeuropäische Exporte und überschüssiges Geldkapital. Dafür waren und sind sie noch stärker Arbeitskräftereservoir für Westeuropa als die zentralosteuropäischen Länder (vgl. Myant/Drahokoupil 2011: 190 f.).

Eine detailliertere Analyse zeigt, dass das Akkumulationsmodell der Visegrád-Länder und Sloweniens etwas weniger krisenanfällig war als jenes der baltischen und südosteuropäischen Länder (vgl. Becker 2009 & 2013). Die Akkumulation ruhte auf zwei Hauptsäulen: Exportindustrie und Finanzialisierung. Außer in Slowenien – und mit Einschränkungen Polen – war die Exportindustrialisierung fast ausschließlich von Auslandskonzernen bestimmt und in deren Akkumulationsstrategien integriert. Vielfach handelt es sich nur um Teilfertigungen bzw. Montage. Mit Ausnahme Sloweniens, wo es auch noch eine substantielle Kapitalgüterindustrie gibt, sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sehr niedrig – oft unter 1 Prozent des BIP (Becker 2013: 8). Wie Rodet-Kroichvili et al. (2014) am Beispiel des Schlüsselsektors der osteuropäischen Exportindustrie – der Automobilindustrie – aufzeigen, ist die Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in peripheren Ökonomien nur minimal. Es handelt sich um eine Form abhängiger Industrialisierung. Die

branchenmäßige Spezialisierung ist – vor allem in den kleinen Ländern – sehr eng und damit krisenanfällig. Niedriglöhne sind ein Kernbestandteil dieses Industrialisierungsmodells. Zunehmende Verschuldung der Haushalte ist daher ein wichtiger Faktor für die Entwicklung der Binnennachfrage und des Häusermarktes gewesen. Mit Ausnahme Ungarns erfolgte die Kreditvergabe überwiegend in einheimischer Währung. Die Leistungsbilanzdefizite bewegten sich in den unmittelbaren Vorkrisenjahren um die kritische Grenze von 5 Prozent des BIP herum. Deren Ursache waren überwiegend (v.a. in der Tschechischen Republik und Ungarn) nicht mehr Handelsbilanzdefizite, sondern die hohen Gewinnrepatriierungen.

Auswirkungen der Krise 2007ff.

In der aktuellen Krise wurden die Visegrád-Länder sowie Slowenien primär durch den Exportrückgang betroffen. Slowenien und Ungarn, die sich in Vorkrisenjahren durch eine besonders rasch steigende Verschuldung bzw. einen hohen Anteil von Devisenkrediten ausgezeichnet hatten, verzeichneten zudem ein weitgehendes Ausbleiben der Kapitalzuflüsse bzw. Kapitalabflüsse. Die verhältnismäßig diversifizierte und stärker binnenorientierte polnische Ökonomie entging knapp einer Rezession, die Ökonomien der Slowakei und der Tschechischen Republik erholten sich relativ rasch durch wieder anziehende Exporte. Aber selbst in diesen drei Ländern ist die Erholung durch Austeritätspolitik im Inneren und in den Euro-Zonen-Ländern – teils Resultat der EU-Vorgaben, teils der inneren Kräfteverhältnisse – abgebremst worden. In Ungarn und Slowenien kann von einer wirtschaftlichen Erholung nicht wirklich die Rede sein (vgl. Becker 2013: 117 ff., Becker 2014b: 19 ff.). Nur in Polen und der Slowakei lag das BIP 2012 über dem höchsten Vorkrisenniveau – in Polen um 12,4 Prozent und in der Slowakei um 4,5 Prozent (Dymarski 2014: 93, Tab. 4.1).

In den baltischen und südosteuropäischen Ländern ruhte das Akkumulationsmodell primär auf abhängiger Finanzialisierung. Der Anstieg der Verschuldung der Privathaushalte war in den Vorkrisenjahren in der Regel schneller als in den Visegrád-Ländern und erfolgte überwiegend in Fremdwährung. Aufgrund dieser Verschuldungsdynamik verfolgten die Länder dieser Gruppe eine Politik fixer Wechselkurse oder sogar der nominalen Aufwertung. Die Wechselkurspolitik führte zu einem Importsog und behinderte die industrielle Entwicklung. Die Leistungsbilanzdefizite waren extrem hoch und überstiegen in Extremfällen unmittelbar vor der Krise 20 Prozent des BIP (Lettland und Bulgarien) bzw. sogar 30 Prozent des BIP (Montenegro; Becker 2014b: 15).

Durch die in der Krise ausbleiben Kapitalzuflüsse bzw. deren Umkehrung in Kapitalabflüsse wurden die baltischen und südosteuropäischen Akkumulationsmodelle in ihrem Kern getroffen. Die Regierungen verfolgten – teils unter der Regie von IWF und EU – eine extreme Sparpolitik, welche den Binnenkonsum und die Importe drastisch absenken sollte. Die baltischen Länder erlitten einen extremen Einbruch – das lettische BIP ging zwischen 2007 und 2009 um 20,4 Prozent zurück (Dymarski 2014: 93, Tab.: 4.1). Danach erholte sich das baltische BIP etwas.

In den südosteuropäischen Ländern war der Einbruch 2008/2009 nicht so scharf wie in den baltischen Ländern, dafür waren Rezessionen und Stagnationen anhaltender. Die Arbeitslosigkeit in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens ist extrem hoch, teils weit über 20 Prozent (Becker 2013: 119).

Außenabhängigkeit und Peripherisierung

Insgesamt sind die Ökonomien Osteuropas durch eine verstärkte Extraversion und Peripherisierung gekennzeichnet. In Russland gibt es eine starke Orientierung auf den Rohstoffexport, Tendenzen der Peripherisierung und, nach dem schweren Einbruch der 1990er Jahre, seit 1998 auch wieder eine gewisse Konsolidierung der Industrie. Trotz aller Beschränkungen ist Russland ökonomisch und politische eine Regionalmacht, die auch global eine gewisse eigene Rolle spielt. Dzarasov (2014: 255) kommt in seiner Bilanz der russischen Wirtschaftsentwicklung „zum Schluss ...“, dass die radikalen Marktreformen gescheitert sind, wenn man annimmt, dass ihr Ziel war, ein effizienteres Wirtschaftssystem als das sowjetische zu etablieren.“ Dies war allerdings nicht das vordringliche Ziel der Transformationspolitik, sondern es ging um die Etablierung veränderter Eigentumsverhältnisse. In der Ukraine sind Tendenzen in Richtung auf eine Re-Primarisierung der Ökonomie, hier eher in Richtung Landwirtschaft, erkennbar und dürften durch das Assoziationsabkommen mit der EU verfestigt werden. Das BIP in der Ukraine liegt weit unter dem Niveau von 1990.

In den Visegrád-Ländern, Slowenien und Belarus gibt es zumindest einen industriellen Kern der Ökonomie. Allerdings wird dieser – mit Ausnahme von Belarus und partiell Sloweniens und Polens – vom Auslandskapital kontrolliert. Bis auf Polen ist die verarbeitende Industrie sehr einseitig exportorientiert und tendenziell eng spezialisiert. Damit ist dieses Industrialisierungsmuster als extravertiert (nach außen gerichtet) und, wenn auch mit signifikanten Abstufungen, als abhängig zu kennzeichnen. Im Bankensektor sind diese Länder zwar tendenziell weniger abhängig von externer Refinanzierung als die baltischen und südosteuropäischen Staaten, aber mit Ausnahme von Slowenien (noch) und Belrus wird der Bankensektor weitgehend durch externes Kapital kontrolliert. Dem abhängigen Entwicklungsmuster und der weitgehenden Kontrolle der wirtschaftlichen Kernsektoren durch Auslandskapital wird die Klassifizierung der Visegrád-Länder als „Semi-Zentrum“ in der internationalen Arbeitsteilung, wie sie Bohle und Greskovits (2012: 46) vornehmen, nicht gerecht. Sie sind eher der Semi-Peripherie zuzuordnen. Allein bei Slowenien ist aufgrund der stärkeren nationalen Kontrolle der Eigentumsstruktur und der stärkeren einheimischen technologischen Entwicklung (noch) am ehesten eine Einordnung als Ökonomie des Semi-Zentrums denkbar.

Die baltischen und südosteuropäischen Länder zeichnen sich durch eine besonders ausgeprägte Regression der produktiven Strukturen und in den Vorkrisenjahren durch eine extreme Abhängigkeit von Kapitalzuflüssen aus. Ihre ökonomischen und sozialen Strukturen sind sehr deutlich durch Charakteristika des Peripheren gekennzeichnet. Ähnlich wie in der Ukraine liegt auch in einem Teil der Nachfolgestaaten Jugoslawiens das BIP unter dem Niveau von 1990. In den

letzten Jahren hat es in der Ukraine, aber auch in südosteuropäischen Ländern vermehrt soziale Proteste gegeben. Diese hatten aber nur zum Teil fortschrittlichen Charakter. Die Kräfte, welche die peripheren Entwicklungsmodelle in Frage stellen, sind noch schwach.

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2010): Deutsche Zweiheit – Oder: Wie viel Unterschied verträgt die Einheit? Bilanz der Vereinigungspolitik. Köln
- Becker, Joachim (2004): EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie. In: Kurswechsel, Nr. 1, 7-16
- Becker, Joachim (2006): Transformation, soziale Unsicherheit und der Aufstieg der Nationalkonservativen. Kontrastfälle aus Zentralosteuropa. In: Prokla, 36(3), 397-417
- Becker, Joachim (2007): Dollarisation in Latin America and Euroisation in Eastern Europe: Parallels and Differences. In: Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy (Hg.): Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis? Marburg, 223-278
- Becker, Joachim (2008): Drang nach Osten: Wirtschaftliche Interessen und geopolitische Strategien. In: Kurswechsel, Nr. 4, 5-29
- Becker, Joachim (2011): Wachstumsmodelle und Krisenmuster in Osteuropa. In: WSI-Mitteilungen, 64(6), 270-277
- Becker, Joachim (2013): Krise, Anti-Krisen-Politiken und soziale Proteste in Osteuropa. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, 24(96), 114-130
- Becker, Joachim (2014a): Problematische EU-Assoziierungspolitik: Die EU-Strategie im Ukraine-Konflikt. In: Weltwirtschaft und Entwicklung, Nr. 3-4, 2-3
- Becker, Joachim (2014b): Osteuropa in der Krise: Ökonomische und politische Dynamiken. In: WISO, 37(2), 13-30
- Becker, J./Dziwulska, A. (2010): BRIC Countries in Crisis: Russia and Brazil Compared. In: Mysljaeva, I.N./Budanov, M.A./Golionko, E.S. (Hg.): Gosudarstvenno eupravlenne v XXI veke: tradicii i innovacii. Moskau, 31-37
- Bohle, Dorothee/Greskovits, Béla (2012): Capitalist Diversity on Europe's Periphery. Ithaca/London
- Bojcun, Marko (2011): The Ukrainian Economy and the International Financial Crisis. In: Dale, Gareth (Hg.): First the Transition, then the Crash. Eastern Europe in the 2000s. London, 143-168
- Brzeziecki, Andrzej/Nocuń, Małgorzata (2014): Więcej niż Bóg. In: Nowa Europa Wschodnia, Nr. 3-4, 193-202
- Brzica, Daneš (2006): Vývoj firemných skupín ako dôsledok koncentrácie vlastníctva po roku 1993: príklad Českej republiky a Slovenskej republiky. In: Ekonomický časopis, 54(8), 771-784
- Ćetković, Predrag (2011): Credit Growth and Instability in Balkan Countries: The Role of Foreign Banks. Research and Money and Finance, Discussion Paper No. 27
- Drahokoupil, Jan (2007): From National Capitalisms to Foreign-Led Growth: The Moment of Convergence in Central and Eastern Europe. In: Becker, Joa-

- chim/Weissenbacher, Rudy (Hg.): Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern Europe between Stagnation and Financial Crisis? Marburg, 87-108
- Drahokoupil, Jan (2009): Globalization and the State and Central and Eastern Europe. The politics of foreign direct investment. London/New York
- Duleba, Alexander (1998): Koniec súčasnej strednej Európy? Ukrajina a Slovenko po prvej vlne rozšírenia NATO. Bratislava
- Durand, Catherine (Mitarbeit Hoedts, G.) (2009): La mort des Ceaușescu. La vérité sur un coup d'état. Paris
- Durand, Cédric (2007): Le retour de l'État producteur en Russie. In: Merlin, Aude (Hg.): Où va la Russie? Brüssel, 119-135
- Dymarski, Włodzimierz (2014): Impact of the global crisis on the economic performance of Central and Eastern European economies. In: Dymarski, Włodzimierz/Frangakis, Marica/Leaman, Jeremy (Hg.): The Deepening Crisis of the European Union: The Case for Radical Change. Analyses and Proposals from the EuroMemo Group. Poznań, 90-111
- Dzarusov, Ruslan (2014): The Conundrum of Russian Capitalism. The Post-Soviet Economy in the World System. London
- Ehlers, Kai (2014): Zankapfel Ukraine: Europäische versus Eurasische Union. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2, 25-28
- Eyal, Gilt/Szelényi, Iván/Townsley, Eleanor (2000): Making Capitalism Without Capitalists. The New Ruling Elites in Eastern Europe. London/New York
- Feldman, Magnus (2008): Baltic States: When Stability Culture Is Not Enough. In: Dyson, Kenneth (Hg.): The Euro at 10. Europeanization, Power, and Convergence. Oxford, 243-257
- Frangakis, Marica (2009): Europe's financial systems under pressure. In: Grahl, John (Hg.): Global Finance and Social Europe. Cheltenham, 53-90
- Frigant, Vincent (2014): Une comparaison de la fragmentation internationale des chaînes d'approvisionnement automobiles allemande et française. In: Revue de la régulation, 15(1) (<http://regulation.revues.org/10676>, abgerufen: 1.7.2014)
- Gajdar, Jegor (1999): Anomalie wzrostu gospodarczego. Warschau
- Hofbauer, Hannes (2003): Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration. Wien
- Holzner, Mario/Astrov, Vasily (2013): Mittel-, Ost- und Südosteuropa voll erfasst von der EU-Krise. In: Wifo-Monatsberichte, 86(5), 415-423
- Ivanter, Viktor (2012): La transition macroéconomique et politique. In: Sapir, Jacques (Hg.): La transition russe, vingt ans après. Paris, 21-64
- Kagarlicki, Borys (2012): Imperium peryferii. Rosja i system światowy. Warschau
- Klemenčič, Vlado (2013): Gospodarjenje v socializmu. Oris gospodarske zgodovine Slovenije 1945-1990. Ljubljana
- Kowalik, Tadeusz (2009): www.polskatransformacja.pl. Warschau
- Krapfel, James (2009): Revolúcia s ľudskou tvárou. Politika, kultúra a spoločnosť v Československu po 17. novembri 1989. Bratislava

- Krejčí, Oskar (2009). In: Spáčil, Dušan/Sýs, Karel (Hg.): Viděno. Rozhodující události mocenského zvratu v roce 1989 očima klíčových osobností z obou stran politického spektra. Prag, 116-135
- Lindner, Rainer (2008): Belarus gerät in Bewegung. SWP-Aktuell 73
- Lukierska, Ula (2014): Ukraina w uścisku familii. In: Krytyka polityczna, Nr. 37-38, 244-250
- Magala, Sławomir [Starski, Stanisław] (2012): Walka klas w bezklasowej Polsce. Gdańsk
- Marušiak, Juraj (2004): Oranžová evolúcia. In: Slovo, 8.12., 2-3
- Matuszak, Sławomir (2012): Demokracja oligarchiczna. Wpływ grup biznesowych na ukraińska politykę. Prace OSW 43. Warschau
- Matuszak, Sławomir/Sarna, Arkadiusz (2013): Od stabilizacji do stagnacji. Próby reform Wiktora Janukowycza. OSW Punkt Widzenia 32. Warschau
- Měchyř, Jan (1999): Velký převrat či snad revoluce samotová? Prag
- Mihaljević, Domagoj (2013): The deindustrialisation process of the Croatian economy. In: Kurswechsel, Nr. 3, S. 63-73
- Modzelewski, Karol (2013): Zaježdźimy kobyłę historii. Wyzwania pobijanego ježdźica. Warschau
- Musić, Goran (2013): Serbia's Working Class in Transition 1988-2013. Belgrad
- Myant, Martin (2013): Vzestup a pád českého kapitalismu. Ekonomický vývoj České republiky od roku 1989. Prag
- Myant, Martin/Drahokoupil, Jan (2011): Transition Economies: Political Economy in Russia, Eastern Europe, and Central Asia. Hoboken
- Nekipelov, Alexandre (2012): L'instauration d'une économie de marché. In: Sapir, Jacques (Hg.): La transition russe, vingt ans après. Paris, 67-118
- Neunhöffer, Gisela (2001): Belarus und die internationale politische Ökonomie. Globale Zwänge – autoritäre Antwort. Münster
- Pirani, Simon (2010): Change in Putin's Russia. Power, Money and People. London/New York
- Priewe, Jan/Hickel, Rudolf (1991): Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung. Frankfurt/M.
- Rodet-Kroichvili, Nathalie/Heim, Stéphane/Woessner, Raymond (2014): Internationalisation de la recherche et développement: quelles stratégies des constructeurs automobiles dans l'espace est-européen et méditerranéen? In: Revue de la régulation, 15(1) (<http://regulation.revues.org/10695>, abgerufen: 1.7.2014)
- Roesler, Jörg (2012): Geschichte der DDR. Köln
- Samary, Catherine (2008): Yougoslavie de la décomposition aux enjeux européens. Paris
- Sapir, Jacques (2012): Vingtannées de transition, économie politique du changement-systémique. In: Sapir, Jacques (Hg.): La transition russe, vingt ans après. Paris, 183-233
- Skórzyński, Jan (2005): Od Solidarności do wolności. Warschau
- Studenna-Skruckwa, Marta (2014): Ukraiński Donbas. Oblicza tożsamości regionalnej. Poznań

- Tóth, András (2014): Das Ende der Leidensgeschichte? Der Aufstieg des selektiven Wirtschaftsnationalismus in Ungarn. In: Lehndorff, Steffen (Hg.): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien. Hamburg, 209-226
- Uvalic, Milica (2010): Serbia's Transition. Towards a Better Future. Basingstoke/New York
- Vachudova, Milada Anna (2005): Europe Undivided. Democracy, Leverage and Integration after Communism. Oxford
- Wiatr, Jerzy J. (2006): Europa postkomunistyczna. Przemiany państw i społeczeństw po 1989 roku. Warschau
- Wenzel, Siegfried (2000, 3., korrig. Aufl.): Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlußbilanz. Berlin
- Wierzbowska-Miazga, Agata (2013): Wsparcie drogą do podporządkowania. Rosj awo-bec Białorusi. OSW Punkt Widzenia 34. Warschau
- Yanık, Lerna Y. (2013): Krizden Kriz Rusya'da İktisadi Değişimve Dönüşüm. In: Şenses, Fikret/Öniş, Ziya/Bakır, Caner (Hg.): Ülke Deneyimleri Işığında Küresel Kriz ve Yeni Düzen. Istanbul, 219-240

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

308 Frauenbewegung erinnern

Editorial (S. PLONZ)

R. ROSSANDA: Versuch einer posthumen
Wiedergutmachung an den Frauen von 1789

S. MAURER: Zerstreute Geschichte(n)? Über
feministische Geschichtsschreibung

F. HAUG: Vom Schicksal zur Geschichte. Wie
Bewegungsgeschichte schreiben?

V. SCHILD: Spezifik lateinamerikanischer Femi-
nismen im Kontext neoliberaler Regulierung

M. STITZ & R. MAY: Über Silvia Federicis
»Aufstand aus der Küche«

U. SCHRÖTER: Abbruch im Aufbruch:
Frauenpolitik in der DDR

S. SCHAUT: Strategien und Blockaden frauen-
bewegter Traditionsstiftung

S. ZORNIG: Kapitalbildung mit Alice. Zum
Kontext heutiger Geschichtsschreibung

Die dunkle Seite der Lichtgestalten
(I. SCHWERDTNER & S. PLONZ)

U. HUWS: Klassen im digitalen Zeitalter

Z. EISENSTEIN: Die neuesten Proletariate –
Frauen aller Hautfarben

www.inkrit.org/argument

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel: 030-611-3983 · Fax: -4270

Redaktion DAS ARGUMENT · c/o S. Müller
Alter Postweg 87 · 21075 Hamburg
Tel: 040-5543 5506 · argument@inkrit.org

Die Herausbildung des oligarchischen Kapitalismus in Russland

Wie war es möglich, dass nach sieben Jahrzehnten an Stelle der staatssozialistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse große private Kapitaleigner traten, die heute Russlands Wirtschaftsleben bestimmen und zugleich auch als mächtige Medienmacher und einflussreiche Politiker agieren? Wer sind die Initiatoren und Träger dieses Transformationsprozesses? Wo liegen Anfänge und Voraussetzungen für diese Wandlungen? Welchen Einfluss nehmen die im Konkurrenzkampf agierenden Oligarchen auf die Staatsmacht? Der Beitrag versucht einige Antworten auf diese Fragen zu finden.¹

¹ Vgl. V. B. Pastuchov: Ot nomenklatura k buržuazii. „Novye russkie“, in: Polis Nr. 2, Moskva 1993, S. 48ff.; Sergej Sinel'nikov: Finanz-Industrie-Gruppen als Element der russischen Strukturpolitik, in: Bundesinstitut für wissenschaftliche und internationale Studien (im folgenden BIOst), Aktuelle Analysen Nr. 74/1995, Köln 1995, S.1-5; Roland Götz: Russlands (un)heimliche Herrscher, in: BIOst, Aktuelle Analysen Nr. 42/1997, S. 1-6; Ogonjok Nr. 43, Moskau 1997; Vostok, 1, 1997, S. 8f.; Roland Götz: Großfusion in der russischen Erdölbranche, in: BIOst, Aktuelle Analysen Nr. 9/1998, S. 1-6; Hans-Henning Schröder: Jelzin und die „Oligarchen“. Über die Rolle von Kapitalgruppen in der russischen Politik (1993-1998), in: Berichte BIOst Nr. 40/1998, S. 1-40; ders.: Jelzin und die Oligarchen. Materialien zum Bericht BIOst 40/1998, in: ebenda, Sonderveröffentlichung Oktober 1998, S. 1-47; O. Blinova: Imperii trech: Smolenskij, Fridman, Malkin, Moskva 1998; dies.: Imperii dvuch: Ljužkov, Gussinskij, Moskva 1998; A. Amirov/V. Pribyl'ovskij (Hrsg.): Rossiskie biznesmeny i menendžery, Moskva (Panorama) 1998; A. Muchin: Imperii cetyrech: Alekperov, Berezovskij, Potanin, Chodorkowski, Moskva 1998; ders.: Oligarchii Rossii, Moskva 1999; ders.: Biznes-Elite i gussudarstvennaja vlast': Kto vladeet Rossiej na ru-beže vekov, Moskva 2001; Lutz Maier: Russlands Wirtschaft auf kapitalistischem Weg, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung (im folgenden Z), Nr. 43, September 2000, S. 22-38; Eugen Faude: Kapitalistische Transformation in Russland. Stand und Perspektiven, in: ebenda, S. 39-53; Hansgeorg Conert: Voraussetzungen und Ursachen der Finanzkrise Russlands 1998, in: ebenda, S. 54-61; Jan Prieue: Privatisierung und Transformation – Lehren aus Russland, in: Osteuropa-Wirtschaft, Nr. 1/2000, S. 67ff.; V. A. Lisickin/L. A. Šelepina: Rossija pod vlast'ju plutokratii, Moskva 2003; Willi Gerns: Die Herren Russlands – Genese und Macht der Oligarchen, in: Marxistische Blätter, Heft 3, Essen 2003, Roland Götz: Russland und seine Unternehmer. Der Fall Chodorkowskij, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell Nr. 45/2003, Berlin 2003, S. 1-8; Pavel Chlepnikov: Krestnyj otec Kremlija Boris Berezovskij ili Istoriaja razgrablenija Rossija, Moskva 2004; Karl-Heinz Gräfe: Wiedergeburt des Kapitalismus in Russland, in: UTOPIEkreativ, Nr. 161/2004, Berlin 2004, S. 257-267; A. Muchin: Juri Lužkov i sistema moskovskich oligarchov, Moskva 2005; Ol'ga Kryštanovskaja: Anatomija élit, Moskva 2005; Gert Meyer: Russland als Energie- und Rohstoffmacht, in: Z 67, September 2006, S. 52-59; Stephan Heidbrink: Europa: Energiestrategie – mit oder gegen Russland, in: Z 71, September 2007, S. 5-66; Felix Jastner: Hoffnungsträger Chodorkowski? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2014, S. 83-91.

I. Die einflussreichsten Oligarchen des russischen Kapitalismus

Im Kerngebiet der untergegangenen Sowjetunion, in Russland, stieg vor einem Vierteljahrhundert der Kapitalismus wie ein Phönix aus der Asche auf. Und das in einem Lande, wo der Kapitalismus unterentwickelt war und im Feuer des Ersten Weltkrieges, der Oktoberrevolution 1917 und des Bürgerkrieges 1918-1920 verbrannte. Parallel zur bis dahin in ihrer zeitlichen und räumlichen Dimension einmaligen sozialistischen Industrialisierung und den damit verbundenen technologischen und sozialökonomischen Wandlungen zwischen 1917 und 1989 entstanden allmählich auf diesem Sechstel der Erde innere wie äußere Bedingungen, unter denen allerdings auch ein neuer Kapitalismus wieder aufsteigen konnte. Am Ende seiner Wiederentstehungsperiode um die Jahrtausendwende tauchten im Forbes-Magazin (Februar 2003) von den 497 Milliardären der Welt auch sieben Spitzenpersonen des russländischen Kapitalismus auf, die zugleich dessen mächtigste Finanz- und Industriegruppen repräsentierten².

- Auf Platz 101 der Weltrangliste stand der damals reichste russische Oligarch *Michail Borisovič Chodorkowskij* (*1963) mit einem Privatvermögen von 8 Mrd. \$. Er war der Gründer der ersten Investitionsbank MENATEP (1990), Vorsitzender der Industrie-Holding ROSPROM und des zweitgrößten russischen Erdölkonzerns JUKOS (2002: Umsatz - 14,5 Mrd. \$, Gewinn - 3,8 Mrd. \$, Börsenwert - 32,8 Mrd. \$, 100.000 Beschäftigte). Der politisch und wirtschaftlich mächtigste Oligarch Russlands wurde 2003 festgenommen, 2005 zu neun Jahren Haft verurteilt, entmachtet und enteignet. Offenbar nicht nur wegen nachgewiesener Steuerhinterziehung und krimineller Aneignung von Staatseigentum, sondern wegen seiner eigenmächtigen Expansionsgeschäfte (geplante Übernahme der Hälfte der JUKOS-Anteile durch US-Konzern EXXON-MOBIL für 25 Mrd. \$, Bau einer eigenen Erdölleitung nach China).³
- Erst dreißig Plätze vor dem reichsten der Rockefeller-Dynastie, David, rangierte damals auf Platz 2 der russischen Oligarchen *Roman Arkad'evič Abramovič* (*1966) mit 5,7 Mrd. \$ Vermögen (2011: 17, 1 Mrd. \$, Platz 5 in Russland). Er kam aus dem damals schon zerschlagenen größten Wirtschafts- und Finanzimperium des vierfachen Milliardärs Boris Abramovič Berezovski (1946 – 2013).⁴ Grundlagen der Macht von Abramovič in den Führungsetagen der Jelzin Administration (1990-1999) waren Aktienmehrheiten am sibirischen Ölkonzern SIBNEFT (2002: Börsenwert - 13,2 Mrd. \$, Umsatz - 4,8 Mrd. \$, 30.000 Beschäftigte) und der Holding RUSSKIJ ALJUMINIUM (75 Prozent der russischen und 7 Prozent der

² Vgl. Rangliste Magazin Forbes; Hans-Henning Schröder: Jelzin und die „Oligarchen“; Michail Sergejev: Die den Staat dominierenden Business-Gruppen bremsen die Modernisierung des Landes, www.strana.ru.31.03.2003; Willi Gerns: Die Herren Russlands, S. 18 ff.; Roland Götz: Russland und seine Unternehmer, S. 1-8.

³ Vgl. Stephan Heidbrink: Europa: Energiestrategie, S. 61 ff.

⁴ Vgl. Pavel Chlepnikov: Krestnyj otec Kremlja Boris Berezovskij,

- internationalen Aluminiumbranche). Er war Abgeordneter der Duma (1999) und Gouverneur des Autonomen Bezirkes Čukotka.
- Den 191. Platz in der Weltrangliste belegte 2003 *Michail Maratovic Fridman* (*1964) mit 4,3 Mrd. \$ (2011: 16 Mrd. \$ - Platz 8 in Russland). Er ist seit 1998 Vorstandsvorsitzender der Finanz- und Industriegruppe AL'FA, die mit 50 Prozent am damals viertgrößten Tjumen-Ölkonzern TNK (2002: Börsenwert - 5,9 Mrd. \$, Umsatz - 6,1 Mrd. \$, 81.000 Beschäftigte) beteiligt war. Der Oligarch besitzt die Geschäftsbank und den Handelskonzern AL'FA, hat Anteile am Internetbetreiber GOLDEN TELECOM (42 Prozent) sowie an den Mobilfunkkonzernen VIMPEL COMMUNICATION (25 Prozent) und MEGAFON (über 50 Prozent).
 - Auf Platz 234 stand *Vladimir Olegovič Potanin* (*1961) mit 1,8 Mrd. \$, (2011: 14,3 Mrd. \$ - Platz 9 in Russland). Er gründete 1990 die in ihrer Branche wichtigste russische Vereinigte Export-Import-Bank ONEKSIM (1995 10 Mrd. \$ Umsatz), und stand seit 1998 an der Spitze der Finanz-Industrie-Gruppe INTERROS (u.a. weltgrößter Bundmetallkonzern NORYL'SKIJ NIKEL' - 3,3 Mrd. \$ Umsatz, 151.000 Beschäftigte, 20 Prozent der Nickelweltproduktion; Sibirisch-Fernöstliche Ölgesellschaft SIDANKO - 5,2 Mrd. Umsatz, 97.000 Beschäftigte; Petersburger Rüstungskonzern LOMO - 40 Mio. \$, 8.000 Beschäftigte).
 - Ihm folgten die Ölmagnaten *Vladimir Bogdanov* (SURGUTNEFTEGAZ, 2002: Börsenwert - 15,5 Mrd. \$, Umsatz - 6,4 Mrd. \$, 98.000 Beschäftigte) und *Vagit Jusofič Alekperov* (*1950) mit 1,3 Mrd. \$. Letzterer war Präsident des größten russischen Erdölkonzerns LUKOIL (2002: Börsenwert - 16,8 Mrd. \$, Umsatz - 15,5 Mrd. \$, 150.000 Beschäftigte) und Vorsitzender der Bank IMPERIAL (2011: 10,9 Mrd. \$, Platz 10 in Russland).
 - Auf Platz 7 in Russland (im Weltrang die Nummer 413) kam der damals jüngste Oligarch – *Oleg Vladimirovič Deripaska* (Jg. 1968) mit 1,5 Mrd. \$ (2011: 19 Mrd. \$ - Platz 4 in Russland). Der studierte Physiker arbeitete 1990 in der Wertpapierabteilung der Staatsbank, 1992 in verschiedenen Unternehmen der Metallurgie. 1998 wurde er Präsident der Vereinigten Gesellschaft AO SIBIR'SKIJ ALJUMINUM und 2002 Chef des Metall- und Maschinenbau-Konzerns BASOVY ELEMENT.

Neben Chodorkowskij und Berezovskij verloren drei weitere Nomenklatura-Oligarchen aus der Gründerzeit des russländischen Kapitalismus vollständig ihren Einfluss: Vladimir Viktorovič Vinogradov (1955-2008)⁵ gehörte zu den Verlierern der Wirtschaftskrise 1998 – die von ihm 1988 gegründete INKOM-BANK bankrottierte nach zehn Jahren. Ebenso von der Wirtschaftskrise betroffen war der Besitzer der MOST-BANK und Präsident der Medienholding MEDIA-MOST Aleksander Aleksandrovič Gussinskij (*1952)⁶. Er weigerte

⁵ Vgl. https://ru.wikipedia.org/wiki/vinogradov_Vladimir_viktorovič, 09. 03. 2012.

⁶ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Wladimir_Alexandrowitsch_Gussinski, 08. 03. 2012.

sich, die in seinem Medienkonzern auf 473 Mio. \$ aufgelaufenen Schulden an GAZPROM zurückzuzahlen. Erst nach seiner kurzfristig Verhaftung verkaufte er zur Schuldentilgung seine Media-Most-Aktien an den staatlichen Gaskonzern, der ihm dafür 300 Mio. \$ auszahlte. Der Oligarch flüchtete nach Spanien, dann nach Griechenland. Schließlich fand er als ehemaliger Vorsitzender der Vereinigung Jüdischer Gemeinden Russlands in Israel dauerhaftes Exil. Er wurde u.a. Mehrheitseigner des russischsprachigen Fernsehkanals RTVi, der in Russland und Deutschland empfangen werden kann. Aleksander Pvalovič Smolenskij (*1954) Industrie- und Finanzgruppe SBS-AGRO (12 Kreditinstitute, Dienstleistungen, Exportfirmen für Edelmetalle und Edelsteine, Investitionen für Landwirtschaft, Gold- und Platinförderung, Aktienanteile an Massenmedien) wurde ebenfalls in der Wirtschaftskrise erheblich geschwächt. Sein Erbe trat 2003 sein im Ausland lebender Sohn Nikolai (*1980) an.⁷

Erst in den Forbes-Listen im letzten Jahrzehnt werden russische Oligarchen angeführt, die die kapitalistische Entwicklung seit der Putin-Medvedev-Administration wesentlich mitgestalten: Der Wissenschaftler und Generaldirektor der Investment-Holding RENOVA, Viktor Wechselberg (*1957) mit einem Vermögen (2003) von 2,5 Mrd. \$ (2011: 13 Mrd. \$, 10. Platz in Russland). Er erwarb 45 Prozent der Anteile an Fridmans Tjumener Ölkonzern TNK und kontrolliert ein Fünftel der Aluminiumbranche (2000 Holding Sibirisch-Uralisches Aluminium SUAL). Er ist für den Aufbau des wissenschaftlichen Innovationszentrums in Skolkovo zuständig. Der Arbeiter, Ingenieur, Manager und Professor Vladimir Sergejevič Lissin (*1956)⁸ erreichte bis 2011 ein Vermögen von 28,2 Mrd. \$ und gilt heute als reichster Oligarch Russland. Ihm folgten Michail Dimitrovič Prochorov (*1965)⁹ mit 18,5 Mrd. \$ (2011), Potanins Partner aus der sog. Komsomolwirtschaft, und der Spezialist für internationales Recht, Komsomolfunktionär und Manager Ališer Burchanovič Ušmanov (*1953).¹⁰

Soviel schlaglichtartig zu den Spitzenvertretern des russischen Kapitalismus. Wie aber entstand der russische Kapitalismus, welche gesellschaftlichen Gruppen und maßgeblichen Einzelpersonen brachten die ökonomische Transformation in Gang und voran?

II. Kapitalistische „Komsomolwirtschaft“ und die „Roten Direktoren“

Die Moskauer Soziologin Olga Kryštanovskaja ermittelte (Stand 1994), dass während der Perestrojka (1985-1991) der Kern der neuen wirtschaftlichen Elite vor allem aus folgenden sozialen und politischen Gruppen kam: 23 Prozent waren Direktoren größerer Betriebe und Angestellte in Ministerien (Promyš-

⁷ Vgl. https://ru.wiki.Smolenskij_Aleksander_Pavlovič, 08. 03. 2012.

⁸ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Vladimir_Sergejewitsch_Lissin, 10. 10. 2011.

⁹ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Michail_Dmitrijewitsch_Prochorow, 14. 09. 2011.

¹⁰ Vgl. <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=AlischerBuchaniwits...>, 03. 11. 2011

leniki), 17 Prozent Komsomolfunktionäre, 15 Prozent Beschäftigte von Forschungseinrichtungen, 8 Prozent Angehörige aus wichtigen Ministerien sowie der obersten Schicht der Kultur- und Wissenschaftsintelligenz.¹¹

Ausgangsbedingungen der kapitalistischen Transformation

Der russische Kapitalismus entstand aus dem krisengeschüttelten sowjetischen Staatssozialismus. Er formierte sich von 1987 bis zu seiner ersten Krise 1998. Zu diesem Zeitpunkt dominierte der privatkapitalistischen Sektor (129.000 Betriebe und 30.773 Aktiengesellschaften bei noch 87.569 Staatsbetrieben) mit einem Anteil von 73 Prozent am Bruttoinlandprodukt. Im privatkapitalistischen Sektor und im rein staatlichen Sektor waren jeweils etwa 39 der Gesamtbeschäftigten tätig, die übrigen in gemischten Sektoren.¹² Die Systemveränderungen entwickelten sich primär aus dem schon länger wirtschaftlich stagnierenden sowjetischen Staatssozialismus, der sich seit 1985 zu demokratisieren begann. Es gab offenbar mehrere Entwicklungspfade, die Krise des sowjetischen Staatssozialismus zu überwinden, die Planwirtschaft mit ihren hohen Zentralisierungsgrad in eine effektive Marktwirtschaft eines denkbaren sozialistischen Typs umzuwandeln. Dazu war nicht in erster Linie eine massenhafte und schnelle Privatisierung erforderlich. Damals existierten Alternativen zur kapitalistischen Transformation, wie sie Jugoslawien und einige RGW-Länder (DDR, Ungarn, Polen, CSSR) seit den 60er Jahren versuchten, oder wie sie die KP China seit Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts erfolgreich durchsetzte. Die Variante einer reformkommunistischen Krisenlösung bestand in einer *Systemerneuerung*, in der Umwandlung der staatssozialistischen Kommandowirtschaft in eine ökonomisch effiziente und sozial gerechte Marktwirtschaft. In der multiethnischen Sowjetunion war dieses Projekt bisher nur ansatzweise und kurzfristig mit der NÖP (1921-1929) erprobt worden, wenn man von einigen späteren Experimenten in dieser Richtung absieht.¹³

Die *reale Transformation* des sowjetischen Staatssozialismus seit einem reichlichen Vierteljahrhundert erfolgte unter massivem Einfluss der noch immer ökonomisch und politisch überlegenen, weltweiten kapitalistischen Gesellschaftsformation in den USA und in Westeuropa. Angesichts der damaligen internationalen Systemauseinandersetzung war das Reformprojekt im größten Flächenland der Welt, der multiethnischen Sowjetunion, schwierig und riskant. Voraussetzung des Gelingens war eine einheitlich handelnde politische Machtelite, die die Systemerneuerung schrittweise, mit Experimenten, bei gleichzeitig stufenweiser Demokratisierung und immer im Einklang mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen, sozialen und nationalen Gruppen or-

¹¹ Vgl. Izvestija vom 18. 5. 1994.

¹² Vgl. Panorama privatisacii Nr. 11, Moskva 1997, S. 53; DIW Wochenbericht 18/1998; Jan Prieue: Privatisierung und Transformation, a.a.O.

¹³ Vgl. L. Kosals: Rossijskij put' k kapitalizmu: meždu kitaem I vostočnoj evropoj, in: mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, Moskva 2000, 10/2000, S. 14-20 und 11/2000, S. 31-40.

ganisiert hätte, um so den ökonomischen, politischen und geistigen Sogwirkungen wie Einmischungen der kapitalistischen Großmächte standzuhalten. Waren diese doch darauf aus, die sowjetische atomare Supermacht weltpolitisch zurückzudrängen und auszuschalten. Der westeuropäisch-transatlantischen Gemeinschaft gelang es seit 1988/1989, die Herauslösung der in eine tiefe Krise geratenen und zum Teil hochverschuldeten sowie politisch zunehmend destabilisierten sozialistischen osteuropäischen Länder mittels kapitalistischer Transformation aus der sowjetischen Einflussphäre zu fördern. Ähnlich wie in Jugoslawien unterstützte sie gezielt dabei aufkommende nationalistische und separatistische Kräfte in der UdSSR sowie die Zerlegung der Supermacht in ein Dutzend Nationalstaaten. Das war allerdings erst möglich geworden, als die prowestliche und prokapitalistische Fraktion der kommunistischen Nomenklatura, die sog. Radikalreformer um Präsidenten Boris Jelzin in der dominierenden sowjetischen Unionsrepublik, der Russischen Föderation, 1990 an die Macht gelangten. Sie waren es, die verfassungswidrig und undemokratisch die UdSSR auflösten und den seit 1985 begonnenen reformkommunistischen Entwicklungspfad abbrachen und so im sowjetischen Hauptnachfolgestaat den Weg freimachten für eine kapitalistische Transformation nach dem Vorbild der neoliberalen, marktradikalen Schulen von Harvard und Chicago.¹⁴

Die Gorbachov-Führung begriff das Dilemma, in dem sich die Gesellschaft seit den 80er Jahren befand. Sie hatte kein Vertrauen mehr in die wenig effektive, zentralstaatliche Eigentumsordnung auf planwirtschaftlicher Grundlage, in das bisherige kollektive Verfügungsrecht über gesamtstaatliche Produktionsmittel und über die natürlichen Ressourcen des Landes. Sie suchte nach einer alternativen Wirtschaft und Gesellschaft und brach zunächst vorsichtig die bisherigen Wirtschafts- und Staatsstrukturen auf, begann *zögerlich eine Transformation des sowjetischen Staatssozialismus in eine marktwirtschaftlich und demokratisch organisierte sozialistische Gesellschaft*. Wesentlich für einen solchen Übergang ist der Aufbau einer funktionierenden Geldwirtschaft, in der das Geld die Funktion als „Rechenmaßstab, Tauschmittel und Vermögensspeicher wahrnehmen kann.“ Harte Budgetrestriktionen für die Unternehmen, „gleich ob ihre Eigentümer privat oder staatlich sind“, entstehen aber erst durch Herstellung eines funktionsfähigen Wettbewerbs auf dem Güter-, Kapital- und Arbeitsmarkt, nicht aber automatisch durch Privatisierung. Erforderlich sind zudem „stabile rechtliche und politische Rahmenbedingungen.“¹⁵ Noch vor der 1992 gesetzlich festgelegten Privatisierung in der Jelzin-Periode organisierte die Nomenklatura bereits in der Perestroika-Periode eine „Entstaatlichung“ des Eigentums und suchte neue Eigentumsformen. In Anknüpfung an Lenins NÖP initiierte die Führung seit 1987 den Aufbau von Handelskooperativen für Ex- und Importgeschäfte unter dem Schirm des Außen-

¹⁴ Vgl. M. Boycko/A. Shleifer/R. W. Vyhny: *Privatizing Russia*, Cambridge 1995.

¹⁵ Jan Prieue: *Privatisierung und Transformation*, a.a.O., S. 47.

handelsministeriums und eine Erweiterung des bisherigen Banksystem (Staatsbank GOSBANK mit den spezialisierten fünf Banken (VNEŠEKOM: Außenhandel; PROMSTROJ: Industrie/Bau; AGRO: Landwirtschaft, ZBEREŠŽNY: Sparkasse; ŽILSOC: Wohlfahrt/Soziales) durch Genossenschafts-, Gemeinschafts- und Geschäftsbanken.

„Perestroika-Komsomolwirtschaft“

Das ZK der KPdSU entschied am 25. Juli 1986, dass die Komitees der Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes mit staatlicher Unterstützung die neuen Handels- und Bankstrukturen aufbauen sollten.¹⁶ Auf dieser Grundlage beschloss die Komsomol-Führung im März 1987, ein einheitliches gesellschaftlich-staatliches System „Wissenschaftliches Schöpferturn der Jugend“ (NTTM). In Regie von ZK-Sekretär Jegor Kuz'mič Ligačov (1920), unterstützt und kontrolliert von Partei-, Staats- und Sicherheitsorganen, organisierte Konstantin Zatulín vom ZK des KOMSOMOL bis zum Frühjahr 1990 600 NTTM-Zentren, in denen 17.000 Kooperative mit einer Million Mitgliedern mitwirkten. Er gründete 1989 die „Assoziation junger Leiter“ und arbeitete mit der Moskauer Börse zusammen. Der Vater der sog. Komsomolwirtschaft (Komsomol'skaja ékonomika) wurde unter Gorbačov Mitglied des „Rates für das Unternehmertum“ und später unter Jelzin Vorsitzender der „Internationalen Bank für Handel und Zusammenarbeit der GUS“.¹⁷

Bis Anfang der 90er Jahre entstanden 300 neue Banken sowie 200.000 Kooperativen, vornehmlich im Handel und Dienstleistungsbereich. Die Komsomol-Nomenklatura machte auf diesem Weg zur Marktwirtschaft eine steile politische und finanzielle Karriere. Der Ingenieur-Technologe und Komsomolfunktionär Chodorkovskij (*1963)¹⁸ wurde 1987 Direktor des hauptstädtischen „Zentrums für wissenschaftlich-technisches Schöpferturn der Jugend“. Er baute ein Unternehmen auf, das für zivile- und Rüstungsbetriebe wissenschaftlich-technische Programme entwickelte und Marktforschung betrieb. Seine Handelskooperative diente der Devisenbeschaffung durch spekulative Finanzoperationen. 1988 „erwirtschaftete“ er ein Jahreseinkommen von 130 Mio \$. Unterstützt vom Finanzministerium und der Staatsbank der UdSSR, gründete er 1989 mit dem Programmierer im sowjetischen Außenhandelsministerium Leonid Nevslin (Privatvermögen 2003: 1,1 Mrd. \$) und Platon Lebedev die „Interbankvereinigung für wissenschaftlich-technischen Fortschritt“ MENATEP (Mežbankovskoe Ob'edinenie Naučno-techničeskogo Progressa).

¹⁶ Zur sog. Komsomolwirtschaft vgl. Firma pri gorkome, Moskva 1990; XX. s-ezd Vsesojusnogo leninskogo kommunističeskogo sojuza molodezi 15-18 aprilja 1987 g. Stenografičeskij otčet, Bd. I, Moskva 1990; Dokumenty i materialy II plenuma CK VLKSM, Moskva 1987; Dokumenty CK VLKSM 1988, Moskva 1990.

¹⁷ Dokumenty I materialy XXI s-ezda VLKSM 11-16 aprilja 1990, Moskva 1990, S. 40f.

¹⁸ Nach dem Ingenieurstudium am Chemotechnologischen Mendeleev-Institut (1986) arbeitete Chodorkovskij dort als stellvertretender Komsomolsekretär (1986/1987) und nahm 1988 ein weiteres Studium am Moskauer Plechanov-Institut für Volkswirtschaft auf.

Nach deren Fusion mit der Žilsoc-Bank war sie Russlands erste Geschäftsbank mit Filialen in Moskau, Leningrad, Vladimir und Perm. Sie wurde 1990 Klient und Aktionär der in Genf niedergelassenen Privatbank Riggs Valmet.

Zu den größten Profiteuren der „Perestroika-Komsomolwirtschaft“ gehören neben Chodorkovskij vor allem Vladimir Potanin (*1961)¹⁹, Michael Prochorov (1965), Vladimir Vinogradov (*1955)²⁰, Michail Fridman (1964)²¹. Sie wurden in den 1990er Jahren zu den einflussreichsten Vertretern des neuen russischen Oligarchen-Kapitalismus. Dazu zählen auch Vladimir Gusinskij (*1952)²² und Aleksander Smolenskij (1954)²³.

Minister und Direktoren

Einen weiteren Schritt marktwirtschaftlicher Transformation seit 1989 bildete die Umwandlung der Branchenministerien in eigenständige Wirtschaftseinheiten, die seit 1990 die Rechtsform von Aktiengesellschaften RAO (Rossijskoe Akcionernoe Obščestvo) erhielten. An ihrer Spitze standen ehemalige Minis-

¹⁹ Nach Abschluss des Studiums am Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen war Potanin seit 1983 im sowjetischen Handelsministerium und in der RGW-Bank tätig. Mit einem staatlichen Startkapital von 10 000 \$ gründete er die Außenhandelsfirma INTERROS und verdiente im Metallhandel seine ersten Millionen. Sie bildeten die Grundlage für die 1992 mit Prochorov, seinem Komsomolpartner aus dem Außenhandelsministerium, gegründete Investmentgesellschaft Company for Finance & Investments MFK, die mit der der US-Bank Renaissance des Exilrussen Boris Aleksevic Jordan (*1966) kooperierte und zur MFK Renaissance fusionierte. 1993 bildete er aus dem Kapital von 30 Außenhandelsgesellschaften die Export-Import-Bank ONEXIM-BANK, die zur größten Privatbank Russlands aufstieg.

²⁰ Als 1. Sekretär des Komsomol im Rüstungskonzern Atommaš organisierte Vinogradov Kooperativen und gründete mit einem Startkapital von 140 Mio. \$ aus der Komsomolkasse die internationale Geschäftsbank INKOM (1993: 2 Mrd. \$ Kapital, 2.000 Mitarbeiter, 22 Filialen in Russland sowie Niederlassungen in den USA, der Schweiz, Deutschland und auf Zypern).

²¹ Während seines Studiums am Moskauer Institut für Stahl- und Metalllegierungen gründete Fridman mehrere Handelskooperative für Computerhandel, Zigaretten und Parfüme, Kurierdienste usw. Er kooperierte mit dem Schweizer Unternehmen ADP Trading und schuf mit den erwirtschafteten Devisen und staatlicher Unterstützung zusammen mit dem Reformökonom Peter Aven (* 1955) die AL'FA-BANK.

²² Nach Abschluss seines Studiums am Geologisch-technologischen Institut in Dzambul arbeitete Gussinskij in Druckereien und Handelsunternehmen. 1981 wurde er vom KGB wegen Diebstahl von Volkseigentum und privater Unternehmerstätigkeit für zwei Jahre inhaftiert. 1983 wurde der Ingenieur am Sportkomplex Olympijskij eingesetzt und leitete 1984-1987 eine Spezialbauverwaltung in Moskau. 1987 gründet er die damals größte Baugenossenschaft Moksva-3 (Weiterverarbeitung von sekundären Rohstoffen für die Bauwirtschaft). Diese profitable Unternehmerstätigkeit ermöglichte es ihm schon 1989, die Kooperativbank STOLYCNJY zu gründen, die 1991 die Rechtsform einer Aktiengesellschaft erhielt.

²³ Nach abgebrochenem Studium am Moskauer Institut für Petrochemie studierte Smolenskij am Lunčarskij-Institut für Theaterkunst, gründete 1986-1987 die Genossenschaften „Metall“ und „Infěks“ (Rechtsberatung, Bürobedarf Bauindustrie). Die Gewinn aus diesen Unternehmen ermöglichte ihm die Gründung der Industrie- und Finanzgruppe MOST, aus der bis Ende der 90er Jahren eine einflussreiche Konzern wurde (Finanzdienstleistungen, Pharmazeutik, Handel, Banken) mit dem eindeutigen Schwerpunkt im Medienbereich (MEDIA-MOST-Verlagshaus Segodnja, NTV, NTV-Plus, Radio Echo Moskv).

ter oder Direktoren sowjetischer Staatsbetriebe. So wurden die Betriebe der Förderung, des Transports (140.000 km Pipeline-Netz) und der Verarbeitung von Erdgas im Staatskonzern RAO GASPROM vereint. Der damalige Erdgas- und Erdölminister Viktor Černomyrdin (1938) baute die Konzernverwaltung aus dem Personal seines Ministeriums auf und übernahm das Direktorat. Aus diesem Branchenministerium wurde auch der Mineralölverbund ROSNEFT-GAS (47 regionale Förderunternehmen) gebildet, aus dem u.a. 1991 der größte vertikal integrierte Mineralölkonzern RAO LUKOIL mit sieben Förderbetrieben (in Westsibirien, im Ural, in der Wolgaregion und in Kaliningrad) und 8 regionalen Vertriebsfirmen sowie zwei Raffinerien entstand. Dessen Leitung übernahm der Stellvertretende Öl- und Gasminister Vagit Alekperow (*1950).²⁴ Die aus den Energetik-Ministerien der UdSSR und der RSFSR gebildete RAO Einheitliches Energiesystem EÉS (Edinaja Énergičeskaja Sistema) leitete der bisherige Erste Stellvertretende Energetik-Minister der RSFSR, A. F. D'jakov. Nicht nur Komsomolfunktionäre, Minister und „Rote Direktoren“, sondern auch Geheimdienstoffiziere oder Techniker und Wissenschaftler wie Boris Berezovski (*1946), Viktor Wechselberg (1957)²⁵ und Alexander Abramov²⁶ wurden unter den veränderten Bedingungen der 1990er Jahre Teil der Klasse der Oligarchen-Kapitalisten.

Der Moskauer Politologe Vladimir Pastuchov verglich die kommunistische Nomenklatura mit einer Raupe, die während der Perestroika als Puppe überwinterte und sich schließlich in Gestalt eines Schmetterlings als neue Bourgeoise entpuppte.²⁷

III. Der Übergang vom Staatssozialismus zum Oligarchenkapitalismus

Warum scheiterte der reformkommunistische Erneuerungsversuch? Die sowjetischen Führungskräfte waren in zwei Lager gespalten. Die so genannten Radikalreformer erarbeiteten unter Regie von Grigorii Javlinskij mit Unterstützung von IWF-Teams und dem Harvard-Professor Jeffrey Sachs ein Pro-

²⁴ Der 1950 in einer Nomenklatura-Familie in Baku geborene Alekperov schloss 1974 sein Ingenieurstudium auf dem Gebiet der Technologie der Erdöl- und Erdgaskundung ab. Nach fast zwei Jahrzehnten als Stellvertretender Generaldirektor der Erdölkombinate KASPROMEFT', SURGUTNEFT' und BASNEFT' übernahm die staatliche Produktionsvereinigung KOGALYMNEFTGA.

²⁵ Der Mathematiker Wechselberg gehört zu den fähigsten Wissenschaftlern. Er gründete 1988 die Forschungsfirma KomVek, die eng mit dem Aluminiumkonzern Irkutsk zusammenarbeitete. Durch Import westlicher Computer erwarb er sich seine erste Dollarmillion. 1991 gründete mit dem Exilrussen aus den USA, Leonid V. Blavatnik, die Investmentfirma RENOVA.

²⁶ Der Wissenschaftler im Hochtechnologiebereich (Hochtemperaturforschung) gründete 1992 die Metallhandelsfirma EVROASMETALL. Im Privatisierungsprozess schuf er aus zahlreichen Betrieben des Bergbaus und der Metallurgie den größten vertikal integrierten Stahlkonzern samt Kohle und Erzfirmen (EURASHOLDING). Privatvermögen: 2003 - 760 Mio. \$, 2012 - 5,4 Mrd. \$.

²⁷ Vgl. V.B. Pastuchov: *Ot nomenklatura k burzuazii*, a.a.O., S. 49.

gramm zur Einführung einer „freien“ (deregulierten) Marktwirtschaft durch Privatisierung, Preisfreigabe, Aufhebung der Importbeschränkungen und der Kapital- und Devisenkontrolle. Der Oberste Sowjet Russlands unter Vorsitz von Boris Jelzin nahm das Programm bereits am 11. September 1990 an. Der sowjetische Ministerpräsident Ryškov verfocht einen allmählichen Übergang zur regulierten Marktwirtschaft. Gorbatschwo entschied, beide Konzepte zusammenzufügen und legte einen neugefassten „Präsidentenplan“ vor, den der Oberste Sowjet der UdSSR am 19. Oktober mit 393 gegen 46 Stimmen annahm. Als Jelzin, der Führer der Radikalreformer, in Direktwahlen am 12. Juni 1991 Präsident der RSFSR wurde und durch einen verfassungswidrigen Staatsstreich die UdSSR im Dezember 1991 auflöste, war für den größten und einflussreichsten sowjetischen Nachfolgestaat, Russland, die kapitalistische Transformation fast unwiderruflich entschieden.²⁸

Der große Privatisierungsschub

Im Zuge der Voucher- und Insider-Privatisierung 1992-1994 wurde die Hälfte der insgesamt etwa 200.000 sowjetischen Betriebe (Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr u.ä., ohne Landwirtschaft) mit einem „Marktwert“ von 12 Milliarden \$ mit 143 Mio. Anteilsscheinen (entsprach dem damalige Börsenwert des deutschen Siemenskonzerns) hauptsächlich Besitzesigentum der gewendeten kommunistischen Nomenklatura. Der staatliche Konzern GASPROM wurde für 22,8 Mio. \$ teilprivatisiert und ging in die Hände der bisherigen Direktoren. Ebenso die Autowerke SIL und VOLGA (16 bzw. 27 Mio. \$.). Inzwischen verfügten die Spitzen der Komsomolzen-Nomenklatura über Bank- und Industriegruppen und besaßen maßgeblichen Einfluss auf die und in der Staatsmacht Russlands, den sie zum Auf- und Ausbau ihrer neuen Wirtschaftsimperien nutzten. Potanin ließ als erster Unternehmer seine 1991 gegründete Holding INTERROS schon 1994 bei der Regierung als Finanz-Industrie-Gruppe registrieren. Auf seine Initiative hin finanzierte der damals einflussreichste Oligarch Berezovskij, der im Sicherheitsrat von Präsidenten Jelzin die wichtigste Figur wurde, 1996 zusammen mit Potanin und weiteren sechs Bankchefs die Wiederwahl Jelzins. Daraus erklärt sich deren Aufstieg in den staatlichen Machtapparat. Als Mitglied des Rates für Industriepolitik vertrat Potanin Russland beim IWF und der G-7. Als Erster Stellvertreter von Ministerpräsidenten Černomyrdin seit 1996 beeinflusste er maßgeblich die Entscheidungen des Kabinetts zugunsten seines entstehenden Imperiums. Als Berater des Privatisierungsministers Anatoli Čubais schuf er das „Kredite für Aktien-Programm“ (Aktien-Kredit-Swaps): Die Regierung verpfändete Anteile an Staatskonzernen gegen Kredite. Die neuen Oligarchen-Banken, die die Auktionen organisierten, bekamen auch die Zuschläge und erwarben die größten Filetstücke. Potanin selbst erwarb u.a. für nur 171 Mio. \$ Mindestgebot seiner INKOM-Bank 51 Prozent Aktienanteile am weltgrößten Metallkonzern (Platin- und Palladium,

²⁸ Vgl. Michael Gorbatschow: *Erinnerungen*, München 1995, S. 543ff, S. 1093ff.

20 Prozent der Weltnickelproduktion), für 130 Mio. \$ 51 Prozent der Anteile an der viertgrößten Ölgesellschaft SIDANKO. Auf einer weiteren Auktion kaufte er für 1,8 Mrd. \$ (1 Mrd. \$ davon trug der Börsenspekulant Soros) 25 Prozent der Anteile des Telekom-Konzern SV'AZIVEST. Auch die ersteigerten Anteile am Petersburger Rüstungskonzern LOMO (55 Prozent), am Autokonzern SIL (26 Prozent), am Metallkombinat Novolipeck (15 Prozent), am Flugzeugmotorenwerk Perm (33 Prozent) und an der Nordwestlichen Flussschiffahrt-Gesellschaft (25 Prozent) vergrößerten seine Industrieholding INTERROS. Zum Imperium des Oligarchen gehörte des Weiteren ein Finanzblock (ONEXIM-BANK, MFK Renaissance und zwei Versicherungsgesellschaften) sowie die Holding PROMEDIA (1998) mit Aktienanteilen an einer Reihe von Printmedien (u.a. *Ékspert* – 25 Prozent, *Izvestia* und *Pravda* – 50,1 Prozent und *Komsomol'skaja Gazeta* – 20 Prozent). Jelzin zeichnete 1999 den frischgebackenen Milliardär mit dem Ehrenzeichen „Mäzen des Jahres“ aus.

Erst unter diesen Rahmenbedingungen konnte auch der bis dahin zum Millionär aufgestiegene Chodorkovskij das Wirtschaftsimperium ROSPROM (Ros-siskaja promyšlennost') aufbauen (30 Unternehmen der Öl-, Chemie, Konsumgüter- und Lebensmittelindustrie). In seinen staatlichen Funktionen seit 1993 (Stellvertretender Minister für Brennstoffe und Energie, Mitglied des Rates für Industriepolitik und des Konsultationsrates für Bankentätigkeit bei der Regierung) nahm er Einfluss auf die Privatisierung. Er erwarb bis 1997 selbst zahlreiche Großbetriebe des Transports, der chemischen, der Lebensmittel-, Textil-, Bau-, Holzverarbeitungs- und Mineralölindustrie. Er sicherte sich zudem über die Bank MENATEP für nur 309 Mio. \$ 78 Prozent der Anteile am zweitgrößten staatlichen Erdölkonzerns JUKOS sowie weitere Aktienpakete an der Östliche Ölgesellschaft VNK (54 Prozent), der Murmanskier Schiffahrtsgesellschaft (24 Prozent) und an der karelischen Holzverarbeitung „Pitkjarant“ (51 Prozent), aber auch im Medienbereich (Russkij izdatel'skij dom – 79 Prozent, Independent Media – 10 Prozent). So entstand das leistungsstarke Finanz- und Wirtschaftsimperium ROSPROM-MENATEP-JUGOS (175.000 Mitarbeiter in 50 Regionen Russlands). Seine Stiftung „Offenes Russland“ (2001) finanziert Fortbildungskurse (200 Mio. \$) und eigene Hochschulen für Geisteswissenschaften und Journalisten. Chodorkovskij spendete auch der Bibliothek des US-Kongresses und für die Carnegie-Stiftung 1,5 Mio. \$. Die vom Wallstreet Journal und der Financial Times herausgegebene russische Zeitung *Vedomosti* kürte den Ex-Komsomolzen 2002 zum König der Oligarchen Russlands, zum Unternehmer des Jahres. Sein Hauptunternehmen JUKOS (Börsenwert 2003: 32,8 Mrd. \$) brachte 2002 3,8 Mrd. \$ Jahresgewinn, zahlte 746 Mio. \$ Einkommenssteuern und investierte 2,4 Mrd. \$. 58 Prozent des Gesamtkapitals gehört der Yukos Universal LTD, (Tochter eines Gibraltar-Ablegers der MENATEP-Bank), ein Kapital, welches sich Chodorkovskij (59,5 Prozent) mit den anderen Managern (40,5 Prozent) teilt²⁹. Auch die an-

²⁹ Vgl. Nina Baskatov: *Patrioten und Oligarchen*, in: *Le Monde diplomatique*, Dezember 2003, S. 12f.

deren Spitzenfunktionäre der sog. Komsomolwirtschaft wie Abramovič, Fridmann, Vinogradov, Smolenskij, Gussinski, aber auch ein Teil der „Roten Direktoren“³⁰ und der Nomenklatura aus Staatsverwaltung, Wissenschaft, Militär und Geheimdienst beteiligten sich in der Gründerzeit des neuen russländischen Kapitalismus am profitablen Zerlegen der Reichtümer des Landes und des in sechs Jahrzehnten geschaffenen staatssozialistischen Eigentums. Dieses Jahrzehnt war zugleich auch ein „Krieg der Oligarchen“ um Aneignung und Sicherung ihres Eigentums, Kapitals und Profits.

Veränderte Eigentumsverhältnisse

Die Eigentumsformen veränderten sich zwischen 1990 und 1997 grundlegend: Der Anteil der Beschäftigten in der Staatswirtschaft ging von 86 auf 45 Prozent zurück, der in Privatbetrieben stieg von 12,5 auf 38,7 Prozent. Ein reichliches Drittel der Beschäftigten befand sich in einem gemischten Sektor. Der Übergang von der staatssozialistischen Planwirtschaft zur kapitalistischen „freien“ Marktwirtschaft führte zu einer ökonomischen und sozialen Katastrophe. Das Bruttoinlandprodukt ging von 1990 bis 1997 um 45 Prozent zurück, die Ölförderung und die Metallurgie auf 40 Prozent, die Erzeugung von Milch- und Backwaren auf 65 Prozent. Der Anteil des Landes an der Weltwirtschaftsleistung verringerte sich zwischen 1989 und 1998 von 2,46 Prozent auf 0,36 Prozent. Die sowjetische Supermacht sank zu einer mittleren und abhängigen russländischen Wirtschaftsmacht herab.³¹ Wie der ehemalige Kartellamtschef Kartte feststellte, war das letztlich das Ergebnis einer völlig verfehlten Strategie des Systemwechsels anstatt einer Systemerneuerung. Dieser Systemwechsel führte das Land nicht aus der Krise heraus, sondern vertiefte und vergrößerte sie: „Das war regelrecht bösartig, fast schon eine Vernichtungsstrategie, die unweigerlich ins Desaster führen musste. Wir hatten in Deutschland nach dem Krieg 13 Jahre lang keine konvertible Währung und Kapitalmarktbeschränkungen noch und nöcher.“³²

Der in sieben Jahrzehnten unter ungewöhnlichen Opfern und Leistungen durch Arbeiter, Bauern, Intellektuelle und Angestellte akkumulierte gesellschaftliche Reichtum und die Humanreserven in Gestalt zentralistisch verwalteten Staatseigentums auf planwirtschaftlicher Grundlage wurde durch eine beträchtlichen Teil der gewendeten kommunistischen Nomenklatura mit akti-

³⁰ Im Zuge der Privatisierung wurde der Stellvertretende Minister für Erdöl und Erdgas Alekeperov 1991 zum Präsidenten der neuen russischen Aktiengesellschaft LUKOJL ernannt. Seitdem verwaltete er persönlich den Anteil der Russischen Föderation (26, 6 Prozent), des Managements NIKOJL (10,5 Prozent) und den Rentenfonds LUKOJL-GARANT (7,3 Prozent). Ausländische Personen erwarben ein Drittel des Aktienanteils (u.a. Atlantic Richfield Co.-ARCO). Der Konzern hat zwei Raffinerien, acht regionale Vertriebsfirmen und eine Kette von Supermarkttankstellen. Alekeperov baute auch seinen Einfluss im Medienbereich aus (59,4 Prozent der Izvestija, 30 Prozent NTV, Produktionsfirma für Fernsehprogramme TSN).

³¹ Vgl. Eugen Faude: Kapitalistische Transformation in Russland, a.a.O., S. 39f.

³² Der Spiegel vom 14. 9. 1998.

ver Unterstützung des internationalen Kapitals zum Großteil in privatkapitalistisches Eigentum überführt. Der Grad der Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung und der sozialen Unterschiede, die dadurch entstanden, ist einmalig in der Geschichte des Riesenlandes: Das Verhältnis zwischen den Einkünften der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung und der reichsten zehn Prozent beträgt gegenwärtig 1:46 (in den USA 1:17 in Frankreich 1:10).³³

Was seitdem entstand, war durchaus kein gewaltsamer Export des weltweit existierenden Kapitalismus, der schon nach 1917 in Russland (Sowjetunion, später auch in China und Osteuropa) überwunden worden war. Ein Teil der kommunistischen Nomenklatura der Sowjetunion zeugte den russischen Kapitalismus, half ihm bei der Geburt und stand ihm Pate. Die marginale Oberschicht, die Oligarchen und Nomenklatura-Kapitalisten, sind Nutznießer dieser in der Geschichte Russlands fast einmaligen Umverteilung auf Kosten des Gemeinwohls. In diesem „schwarzen Jahrzehnt“ 1988-1998 entstanden tiefe soziale Klüfte. Sie öffneten das Riesenland nahezu bedingungslos dem internationalen Kapital, stutzten es auf ein peripheres Entwicklungs- oder Schwellenland zurück. Von 1989 (100 Prozent) bis 1998 fielen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf 48,7 Prozent und die Bruttoanlageninvestitionen auf 24 Prozent, die Reallöhne auf 41,5 Prozent.³⁴ Einen solchen Rückgang des BIP erlebte das Land im 20. Jahrhundert nicht einmal während der beiden Weltkriege (1914-1917 – 25 Prozent, 1941-1945 – 21 Prozent).³⁵ Diese beispiellosen Vorgänge „vermitteln“ – so Alexander Solschenizyn – „den Eindruck, als sei eine gigantische Pumpe eingeschaltet worden, die aus Russland alle natürlichen Reichtümer, sein Kapital, sein geistiges Potential absaugt.“³⁶ In seiner kenntnisreichen Studie kam der Wissenschaftler Roland Götz der Wahrheit über diese Vorgänge im „schwarzen Jahrzehnt“ sehr nahe: Die neuen Oligarchen erfüllten „geradezu eine weltpolitische Funktion, die sehr im Interesse der westlichen Staatengemeinschaft lag (sic!). Sie demolierten, angeleitet von westlichen Beratern und in Kooperation mit den zu Miteigentümern mutierten Parteifunktionären, die ökonomische Basis der ehemaligen Staatswirtschaft und machten damit die marktwirtschaftlich-kapitalistische Entwicklung Russlands unumkehrbar.“³⁷

³³ Vgl. Karin Clement: *LohnarbeiterInnen als interne Peripherie*, in: *Ost-West-Gegen-Information* Nr.3, Graz 2003, S.40.

³⁴ gl. Jan Prieue: *Privatisierung und Transformation*, a.a.O., S. 67.

³⁵ Vgl. *Izvestija* vom 11. 12. 1996.

³⁶ Zitiert nach *Süddeutsche Zeitung* vom 30.11./01.12.1996.

³⁷ Roland Götz: *Russland und seine Unternehmer*, a.a.O., S. 22.

Christina Plank

Ukraine: Die Politische Ökonomie der Oligarchen

Die politische und sozioökonomische Krise in der Ukraine hält seit November 2013 an. Ausgelöst wurden die Proteste am Majdan durch die Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union durch Janukowytsch. Aufgrund des gewaltsamen Vorgehens gegen die Demonstrant_innen richteten sich diese jedoch rasch in erster Linie gegen den zu dieser Zeit amtierenden Präsidenten und sein Regime. Mit dessen Absetzung folgten in den letzten Monaten die Abspaltung der Krim, kriegerische Auseinandersetzungen im Osten und Süden des Landes, die Ströme von Flüchtlingen verursachten, wie auch die „Annäherung an den Westen“ mittels Unterzeichnung neuer IWF-Kredite sowie des Assoziierungs- und Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union. Die derzeitige Krise instrumentalisiert, wie es für das Land typisch ist, die Frage der West- bzw. Ostausrichtung und lässt dabei sozio-ökonomische Faktoren in den Hintergrund treten. Nationalistische Rhetorik hat im Konflikt längst überhand gewonnen und Fragen von Faschismus werden kontrovers bzw. unzureichend behandelt (Shenfield 2014).

Die Position der Ukraine als Semi-Peripherie zwischen der Europäischen Union und Russland prägt daher neben internen Kämpfen die Entwicklung des noch relativ jungen Staates bzw. können die internen Prozesse nicht ohne die Einbettung der Ukraine in das Weltwirtschaftssystem verstanden werden. Um zu einem Verständnis der momentanen Entwicklungen beizutragen, gehe ich im Folgenden der Frage nach, wie sich die kapitalistische Produktionsweise in der Ukraine durchsetzte und welche Konsequenzen dies für die ukrainische Bevölkerung mit sich brachte. Meine These lautet im Einklang mit Bojcun (2014) und Yurchenko (2012), dass sich mit den so genannten Oligarchen seit den 1990er Jahren eine nationale Kapitalistenklasse herausgebildet hat. Der Ausschluss der Bevölkerung von deren ökonomischem Erfolg wie auch das erschwerte Mitbestimmen in politischen Prozessen führte immer wieder zu Protesten im Lande. Diese trugen jedoch nicht zu einer Schwächung der Oligarchen bei, sondern hatten eine intensiviertere Kapitalakkumulation zum Resultat. Um dies zu erläutern, beleuchte ich im Weiteren die Entwicklungen der letzten knapp 25 Jahre in der Ukraine.

Die Ukraine unter Kutschma

Die Ukraine wurde nach einem Referendum über ihre Unabhängigkeit im Dezember 1991 – klammert man Staatsgründungsversuche nach dem Ersten Weltkrieg aus – erstmals in der Geschichte als eigenständiger Staat gegründet (Jobst 2010: 7). Dies ging einher mit dem Zerfall der Sowjetunion, welche den Zusammenbruch wichtiger Industriesektoren – v.a. der Hochtechnologien wie Luft- und Raumfahrt, Rüstung oder Teile der Maschinenbauindustrie (Bojcun 2014, Ishchenko 2014a: 8f.) – wie auch der Landwirtschaft mit sich brachte (Danyluk 2010: 181).

Unter Leonid Kutschma, der 1994 Leonid Krawtschuk im Amt des Präsidenten folgte, stabilisierte sich die Lage im Lande. Gleichzeitig gewann ein System aus Oligarchen, das sich seit Ende der 1980er Jahren aus einer Kombination von Nomenklatur und kriminellen Vereinigungen herausbildete, enormen Einfluss in den politischen und wirtschaftlichen Strukturen. Gegliedert in so genannte regionale Clans um Donezk, Dnipropetrowsk und Kiew erlangten diese in den ersten Jahren der Unabhängigkeit v.a. durch Privatisierungen der lukrativsten Sektoren, der Metall-, Öl- und Gas- wie auch von Teilen der Maschinenbau- und Nahrungsmittelindustrie (Pleines 2010: 125) immensen Reichtum (Matuszak 2012: 13-17). Zugleich fanden diese Privatisierungsprozesse eingebettet in globale neoliberale Politiken statt, die mittels Unterstützung internationaler Organisationen im postsowjetischen Raum propagiert wurden (zur Rolle von westlichen neoliberalen Think Tanks in der Kohleindustrie und deren Durchsetzungsproblemen siehe Swain 2006). So war der Internationale Währungsfond ab 1994 mit Krediten in der Ukraine präsent (Yurchenko 2012: 128, 131).

Durch die Umbrüche verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt in den 1990er Jahren um knapp 60 Prozent und erst 1999 setzte – nach der Finanzkrise von 1998 – erstmalig Wachstum ein, das bis zur nächsten Krise 2009 andauern sollte (Myhkenko/Swain 2010: 147). Dies beruhte auf der Abwertung der Hrywnja (die nationale Währung wurde erst 1996 als letzte im post-sowjetischen Raum eingeführt), der erhöhten Nachfrage nach Rohstoffen sowie einer institutionellen Stabilisierung. Von Regierungsberatern wurde die Importsubstitution als Wachstumsstrategie angestrebt (Halchynskyi/Heiets 2004, zit. nach Bojcun 2014). Myhkenko und Swain (2010: 155-157) bezeichnen den Zeitraum von 1999 bis 2004 als „*Kuchmanomics*“ (ebd.: 155, kursiv im Original). In dieser Periode ist die ukrainische Entwicklung auf einen exportgestützten, nationalen Kapitalismus ausgerichtet; sie stützte sich auf einen schwachen Entwicklungsstaat. Dieser Entwicklungstrend entfaltet sich bis Mitte der 2000er zu einer koordinierten Marktwirtschaft. Dabei waren die ökonomischen und politischen Strategien explizit auf die Errichtung einer nationalen Kapitalistenklasse, möglichst unter Ausschluss ausländischer Beteiligungen, gerichtet. Fokussiert auf die Industrie im Osten und Süden des Landes wurden v.a. Eisen, Stahl und Metallerzeugnisse exportiert. Der Anteil der Börsenmarktkapitalisierung und ausländischen Direktinvestitionen blieb relativ gering (Myhkenko/Swain 2010: 156f.), wengleich zunehmend russische Investoren sich an Raffinerien und verarbeitender Industrie beteiligten und beabsichtigten, den Gastransit durch die Ukraine zu kontrollieren (Bojcun 2014).

Außenpolitisch war Kutschma für den sogenannten „multivektoralen“ Kurs bekannt, der zwar das Ziel einer EU-Annäherung propagierte, jedoch prinzipiell für einen Ausgleich zwischen EU und Russland sorgte (Stewart 2011: 5, 9). Ebenso fungierte Kutschma in dem präsidentiellen System als eine Art Manager der Oligarchen, der die Interessen der verschiedenen oligarchischen Gruppen ausbalancierte (Matzuszak 2012: 13f). Denn die miteinander konkurrierenden Clans, die als unterschiedliche Kapitalfraktionen verstanden werden können, bestimmten maßgeblich die sozio-ökonomische und politische Entwicklung in der Ukraine. „Darüber hinaus strebt das oligarchische Kapital der

Ukraine an, die Grenzen des in jedem Kreislauf angelegten Möglichen zu überwinden, indem Kapital in FIGs (Anm.: Finanz-Industrie-Gruppen) konzentriert wird, welche gleichzeitig in der Mehrwertproduktion in den Kreisläufen des Waren-, Produktiven- und Geldkapitals in Kombination mit einer direkten Beteiligung an Gesetzgebung und Politikgestaltung aktiv sind. (Yurchenko 2012: 128). Politisch beteiligen sie sich entweder durch Lobbyisten und Strohleute oder direkt selbst z.B. als Abgeordnete oder Minister (Matuszak 2012). So waren am Ende von Kutschmas Amtszeit der Industrieverband Donbass (ISD; Witalij Hajduk und Serhij Taruta, Donezk), System Capital Management (SCM; Rinat Achmetow, Donezk), Interpipe (Wiktor Pintschuk, Dnipropetrowsk) und Privat Group (Ihor Kolomojsky und Hennadij Boholjubow, Dnipropetrowsk) die vier wichtigsten Gruppierungen. Ihre Konkurrenz verursachte die politische Krise nach der „Orangen Revolution“ und verhalf so der „Partei der Regionen“ zum Sieg bei den Parlamentswahlen 2007 (Pleines 2010: 127-130, Yurchenko 2012: 126f.).

Zwar konnten sich die Oligarchen als nationale herrschende Klasse etablieren; alle anderen Klassen und Schichten wurde jedoch nicht an ihrem Erfolg beteiligt. Yurchenko (2012: 128) identifiziert hierbei vier Mechanismen: Privatisierungen, Regulierungen ausländischer Direktinvestitionen, die v.a. Kapital aus Steueroasen anziehen, die Etablierung von Sonderwirtschaftszonen sowie die Gestaltung von Rechtsreformen und -abläufen zugunsten der Oligarchen. Laut Yurchenko kreieren diese Mechanismen „Schwarze Löcher“ in der Wirtschaft, auf denen die Kapitalakkumulation der Oligarchen beruht und aufgrund derer die Neoliberalisierung der Ukraine, in dem Profit per Offshore abgezogen wird, durch die Oligarchen vorangetrieben wird. Als Folge entstand zunehmender Unmut in der ukrainischen Gesellschaft in Form von Protesten. Ein breites Bündnis „Ukraine ohne Kutschma“ ging Ende 2000 auf die Straße, um gegen die Ermordung des Journalisten Georgij Gongadze, der geheim aufgezeichnete Gespräche über die Machenschaften Kutschmas veröffentlicht hatte, und gegen die Korruption zu demonstrieren (Danyluk 2010: 188). Diese Proteste waren neben den Streiks der Bergarbeiter im Süden und Osten des Landes, in den 1990er Jahren die stärksten in der Zeit Kutschmas (ebd.: 183-185).

Die „Orangene Revolution“ und deren Folgen

Im November 2004 sollte Wiktor Janukowytsh als auserwählter Nachfolger Kutschmas als Präsident folgen. Unterstützt von der „Partei der Regionen“ und damit der finanzstarken Oligarchen wie Achmetow musste er jedoch seinem Gegenspieler Wiktor Juschtschenko aus dem orangenen Lager nach einer Wahlwiederholung, die von Demonstrant_innen am Majdan eingefordert worden war, das Amt überlassen (Danyluk 2010: 189-191, Matuszak 2012: 20-22). Juschtschenko und seine Partei „Unsere Ukraine“ wurden v.a. von kleinen und mittelständischen Unternehmen unterstützt (Matuszak 2012: 23). Forderungen der Demonstrant_innen waren in erster Linie, der Kampf gegen Korruption, gegen Gewalt und für bessere Lebensbedingungen (Bojcun 2014).

Um sich die oligarchische Zustimmung zu sichern, hatte Kutschma vor den Präsidentschaftswahlen 2004 weitere Privatisierungen durchgeführt. Das führte zu einer starken Konzentration in der Wirtschaft zugunsten der bereits oben genannten Gruppen (Yurchenko 2012: 138f.). Julija Tymoschenko, die gemeinsam mit Juschtschenko die Orangen anführte, wollte als Ministerpräsidentin entsprechend den vorherigen Forderungen der „Orangen Revolution“ 3.000 Unternehmen rückverstaatlichen. Dies gelang nicht, u.a. aufgrund der fehlenden Zustimmung Juschtschenkos, der nicht mit den gegnerischen Oligarchen brechen wollte (Matuszak 2012: 24f., Pleines 2010: 132). Jedoch wurde im Oktober 2005 das größte ukrainische Stahlunternehmen (Kryworischstal in Krywyj Rih) reprivatisiert und an den weltweit größten Stahlproduzenten AcelorMittal verkauft. Dadurch wurde nicht nur die Forderung nach Aufhebung der korrupten Privatisierung befriedigt; Tymoschenko konnte damit auch gegen die gegnerische Donezker Klassenfraktion vorgehen und die ukrainische Wirtschaft, wie von der orangenen Fraktion angestrebt, für westliches Kapital öffnen (Bojcun 2014). Die ausländischen Direktinvestitionen stiegen durch diesen Verkauf von 1,7 Milliarden US-Dollar 2004 auf 7,8 Milliarden 2005 erheblich an (Mykhnenko/Swain 2010: 157).

In Folge der „Orangen Revolution“ entwickelte sich ein neues Entwicklungsmodell („*Orangeism*“, 2005-2008), das unter dem Vorzeichen der Finanzialisierung sowie eines schwachen Wettbewerbsstaats stand. Die Kapitalimporte stiegen durch erhöhte ausländische Direktinvestitionen, aber auch durch wachsende Aktivitäten europäischer Banken an. In weniger als fünf Jahren konnten ausländische Banken mehr als 50 Prozent des ukrainischen Banksektors erobern. Als neue Finanzzentren bildeten sich die Regionen Kiew und Charkow heraus. Darüber hinaus wurden die Tourismusregionen durch importiertes Kapital gestärkt (Mykhnenko/Swain 2010: 157-161). Außerdem trat die Ukraine im Mai 2008 trotz sonst herrschender politischer Kontroversen der WTO bei (Åslund 2010: 196).

Die ausländischen Direktinvestitionen trugen jedoch ebenso wenig wie die weiter bestehenden und weiter bestimmenden oligarchischen Strukturen zur Prosperität des Landes bei (Bojcun 2014). Die Oligarchen unterstützten entweder das blaue oder das orangene oder auch beide Lager (zur selben Zeit oder nacheinander). Sie erwirkten im Zuge der „Orangen Revolution“ eine Einschränkung der Rechte des Präsidenten, um dessen Rolle zu schwächen und die Ukraine in ein parlamentarisches System zu transformieren. Dadurch war der Spielraum Juschtschenkos eingeschränkt. Schließlich führten die Kämpfe innerhalb der orangenen Fraktion sowie zwischen den Finanz-Industrie-Gruppen insgesamt zum Erfolg Janukowytschs (Leshchenko 2014, Yurchenko 2012).

Die Wirtschafts- und Finanzkrise und der Machtausbau Janukowytschs

Die Ukraine wurde – nicht zuletzt aufgrund des globalen Nachfragerückgangs an Metallprodukten – besonders hart von der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007ff getroffen. Die Einbußen im Export führten zu einer Bankenkrise, da die Auslands-

schulden nicht mehr bedient werden konnten. Smith und Swain (2010: 2f.) sehen die Krise allerdings nicht nur als von außen (kontrahierende Exportmärkte), sondern auch intern bedingt durch die Abhängigkeit vom jeweiligen Entwicklungsmodell eines Transformationsstaats. Aufgrund der Hrywnja-Abwertung Ende 2008 erhöhten sich die Kosten der Fremdwährungskredite – ca. 50 Prozent der ukrainischen Kredite – auf beinahe das Zweifache. Gleichzeitig wurde die Krise von drei großen russischen Staatsbanken (Sberbank Rossii, Wneschekonombank, VTB) und der privaten Alfa Bank als Möglichkeit genutzt, sich im Finanzsektor der Ukraine einzukaufen und damit die EU- und die privaten ukrainischen Anteile zu reduzieren (Åslund 2010: 202-205). Russisches Kapital kaufte sich ebenso in den Industrieverband Donbass (ISD) mittels der Wneschekonombank ein; damit wurden erstmals russische Investoren in der ukrainischen Metallurgie tätig (Matuszak 2012: 29). Voraussetzung für dieses Eindringen russischen Kapitals waren die großen Einbußen der Exportindustrien (Zweige der Metallverarbeitung, der Chemie- und Maschinenbauindustrie, der Zement-Herstellung sowie Bau und Bergbau). Allein der landwirtschaftliche Sektor konnte positive Zahlen schreiben (Åslund 2009: 199). Die Landwirtschaft spielt seitdem eine zunehmend wichtige Rolle für die ukrainische Ökonomie und erweckt steigendes Interesse bei den Oligarchen, die zunehmend Agrarland in der Ukraine pachten. Die Privatisierung von Land – Agrarland darf momentan nicht verkauft werden – ist allerdings weiterhin umstritten. Zugleich erhält die Finanzialisierung von Land über so genannte Agroholdings, die durch Zusammenschlüsse von ehemaligen Kolchosbetrieben je Hunderttausende von Hektar Land kontrollieren, auch in der Ukraine Eingang (Plank/Plank 2014). UkrLandFarming (2014) ist nicht nur die größte Agroholding der Ukraine, sondern mit ca. 650.000 Hektar auch die achtgrößte weltweit.

Im Oktober 2008 erhielt die Ukraine nach raschen Verhandlungen mit dem IWF einen Kredit von 16,4 Milliarden Dollar für zwei Jahre, der in jeweils vier Tranchen pro Jahr ausbezahlt werden sollte. Im Herbst 2009, kurz vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen, weigerte sich Juschtschenko jedoch, weiteren Auflagen nachzukommen, die für die Auszahlung der Tranchen Voraussetzung waren. Er bezog damit eine Gegenposition zu Tymoschenkos Regierung (Åslund 2010: 199-202). Tymoschenkos Nachfolger Azarow nahm 2010 wieder einen Kredit vom IWF auf, der allerdings 2011 eingefroren wurde, weil sich die Ukraine nicht daran hielt, die Gaspreise für die Bevölkerung zu erhöhen (The Economist 2014). „So verwandelte die Regierung die Schulden des privaten Sektors, die durch die Krise entstanden sind, in öffentliche Schulden der ukrainischen Arbeiter_innen und Steuerzahler_innen. (Bojczun 2014, kursiv im Original)

Anfang 2010 wurde Janukowytsch zum Präsidenten gewählt. Ende des Jahres trat wieder dasselbe präsidentielle System wie vor der „Orangenen Revolution“ 2004 in Kraft. Der Donezk Clan und die RUE Gruppe – beide zugehörig zur „Partei der Regionen“, wobei letztere sich um den früheren Gas-Zwischenhändler RosUkrEnergo formierte und russischem Kapital nahe steht – sowie „die Familie“ – ein neuer Clan um den Präsidenten – waren nunmehr bestimmend. Der Clan „die Familie“ entstand durch den Machtausbau Janukowytschs, der seine Söhne und Vertrauten mit wichtigen politischen Ämtern ausstattete; deren Reichtum wuchs

schnell an. Tymoschenko wurde wegen Amtsmissbrauchs verurteilt und kam im August 2011 ins Gefängnis (Matuszak 2012: 37-46). Weitere Privatisierungen im Energiebereich wie auch der Ukrtelekom folgten, von denen v.a. Achmetow und „die Familie“ profitierten (Leshchenko 2014).

Bereits im Herbst 2010 fanden Proteste von Studierenden gegen Reformen im Bildungsbereich, die erhöhte Gebühren mit sich bringen sollten, statt. Ebenso demonstrierten die Afghanistan-Veteranen und die Menschen, die in Tschernobyl Reinigungsarbeiten durchführten, gegen Pensionskürzungen. Kleinere und mittlere Unternehmer wandten sich gegen ein neues Steuer- und Arbeitsrecht. Unabhängige Gewerkschaften protestierten im Süden und Osten des Landes gegen die Einsparungen und Stilllegungen, die durch die Krise verursacht wurden (Ryabchuk 2014: 4, Varga 2012).

Die Proteste am Majdan und aktuelle Entwicklungen

Wie bereits eingangs erwähnt, zeigte sich Janukowytsch im November 2013 nicht bereit, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, da er weder an Macht verlieren noch auf die konkrete Unterstützung Russlands verzichten wollte. Nach den Februar-Ereignissen am Majdan, die den Sturz Janukowytschs verursachten und über hundert Tote und über Tausend Verletzte mit sich brachten, unterzeichnete die Interimsregierung den politischen Teil des Assoziierungsabkommens im März und den Wirtschaftsteil nach der Präsidentschaftswahl Ende Juni 2014. Das Freihandelsabkommen wird neben einer Liberalisierung der Wirtschaftsbeziehungen auch in die ukrainische Gesetzgebung eingreifen, z.B. in die Industrie- oder Energiepolitik. Es wird aufgrund der ungleichen wirtschaftlichen Voraussetzungen ukrainische Industrien gefährden und durch Subventionsabbau zur Erhöhung von Energiepreisen beitragen. Überdies gilt es zu berücksichtigen, dass neben der EU auch Russland ein überaus wichtiger Außenhandels-Partner für die Ukraine ist: 2012 gingen je ca. 25 Prozent der Exporte an beide Nachbarn; die Importe stammen zu ca. 40 Prozent aus der EU (v.a. Industriegüter) und zu ca. 20 Prozent aus Russland (v.a. Energie) (Becker 2014).

Durch die Form der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ wird die Ukraine kein „insider“, sondern sie bleibt ein „partial outsider“ ohne direkte politische Mitbestimmung (Smith/Swain 2010: 26). Kalb (et al. 2014) sah es in einem noch vor den Ereignissen am Majdan gegebenen Interview als Vorteil an, dass Russland und die Ukraine im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern nicht „Vasallen der EU“ seien, sondern eine stärkere eigenständige Entwicklung verfolgen könnten. Der Wunsch, sich der EU anzunähern und damit in Richtung Demokratie zu gehen, war jedoch eines der Hauptmotive der Demonstrant_innen auf dem Majdan. „Für viele wird das utopische Bild Europas noch durch die Anti-Utopie Russlands als Warnsignal vor dem ‘schlechten Bösen’ des Autoritarismus verstärkt.“ (Ryabchuk 2014: 3) Die Mehrheit der Demonstrant_innen war nicht politisch organisiert. Jedoch gelang es den rechten Kräften, dem Prawyj Sektor sowie der Swoboda Partei, ihr Anhänger_innen zu mobilisieren und die Proteste ideologisch und politisch zu vereinnahmen (Ishchenko 2014a: 15).

In Kiew haben mittlerweile nationalistische und rechte – Ishchenko (2014a: 22) charakterisiert sie als hauptsächlich neoliberale – Kräfte das Sagen übernommen. Die Aufhebung des Sprachengesetzes durch die Interimsregierung, das 2012 verabschiedet wurde und regionale Sprachen – damit auch Russisch zuließ –, war ein erster Schritt, der nicht darauf abzielte, den Osten des Landes mit einzubeziehen (Ishchenko 2014a: 26f.). Die sprachlichen, geschichtlichen und kulturellen Unterschiede des Landes werden so nicht zum ersten Mal instrumentalisiert (sh. Guttke/Rank 2012 zur Sprachgesetzgebung). Aufgrund der geographischen Nähe und der damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Kontakte (z.B. durch Arbeitsmigration oder Verwandtschaftsbeziehungen) ist der Westen der Ukraine stärker der EU, der Osten stärker Russland zugewandt. Beide Seiten – Westen wie Osten – kämpfen jedoch für bessere Lebensverhältnisse (Ishchenko 2014a: 19, 24f.).

Mit der Wahl Poroschenkos zum Präsidenten im Mai hofften die sich an der Wahl beteiligenden Ukrainer_innen – es waren nur ca. 60 Prozent – auf die Wiederherstellung der Einheit des Landes sowie auf Frieden. „Wie üblich ging es bei diesen Wahlen nicht um politische Programme, denn wer auch immer gewonnen hätte, wäre auf die finanzielle Unterstützung des IWF angewiesen gewesen und hätte daher die neoliberale Austeritätspolitik weitergeführt.“ (Ishchenko 2014b: 1) Poroschenko – genannt der „Schokoladenkönig“, da er nicht nur Eigentümer des Fernsehsenders Kanal 5, sondern auch zahlreicher Süßwarenfabriken ist – war bereits unter Juschtschenko wie auch unter Janukowytch erst Außen- und dann Finanzminister (Leshchenko 2014). Seit seiner Wahl führt er den Kampf gegen die „Terroristen“ und „Separatisten“ im Südosten des Landes. Wer genau in welcher Form und aus welchen Gründen – ob für die Unabhängigkeit, für die Angliederung an Russland oder für einen föderalen Status innerhalb der Ukraine – an den Kämpfen beteiligt ist, und von wem diese finanziert werden – ob z.B. von Russland oder Achmetow und Kolomjsoj – ist nach wie vor schwer zu entschlüsseln (Brangsch 2014, Kowalewski 2014).

Schlussfolgerungen

Ich habe in meinem Beitrag gezeigt, wie sich die Oligarchen seit den 1990er Jahren im Laufe der auch von internationaler Seite angestrebten Transformation von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft erfolgreich als Kapitalistenklasse entwickelten. Nach einer Phase des nationalen Kapitalismus unter Kutschma öffnete sich das Land im Zuge der „Orangen Revolution“ unter Juschtschenko für westliches Kapital. Dies ging nach Kutschmas „multivektorialem“ Kurs einher mit einer stärkeren Ausrichtung der Ukraine auf die EU, die jedoch von Seiten der EU nur in eine Nachbarschaftspolitik ohne Beitrittsmöglichkeit mündete. Nach der Absetzung Janukowytchs und mit der Wahl Poroschenkos sollen nun die Beziehungen durch das Assoziierungs- und Freihandelsabkommen vertieft werden.

Unter Ausschluss der ukrainischen Bevölkerung akkumulieren die Oligarchen trotz Protesten gegen die herrschenden Präsidenten und deren Regime und nicht zuletzt gegen die Oligarchen weiterhin erfolgreich Kapital. „Um ihre Herrschaft zu legitimieren, brauchen sie den Nationalismus – denn aus dem Zustand der uk-

rainischen Wirtschaft und des Sozialsystems ist dies kaum möglich.“ (Brangsch 2014) Nationalismus treibt demnach den Krieg in der Ukraine voran. Für linke Bewegungen ist es indessen schwer, zu agieren. Der Begriff der Linken ist aufgrund wenigstens zweier Umstände – Eingliederung der Westukraine in die Sowjetunion 1939 gegen den Willen der Bevölkerung; Rolle der „korrupten“ Kommunistischen Partei der Ukraine, die 2012 bei den Parlamentswahlen 13 Prozent der Wahlstimmen erreichte und Janukowytch unterstützte – weitgehend negativ besetzt. Zudem ist die neue Linke gespalten, wird zunehmend bedroht und steht z.T. wie die KPU unter Verbotsdrohung (Brangsch 2014, Vakhovska 2014).

Die Forderung nach Verhandlungen und Frieden blieben bisher unerhört und der weitere Konfliktverlauf ist schwer einschätzbar. Allerdings wird sich in absehbarer Zeit die soziale Situation zusätzlich aufgrund der IWF-Kredite und der damit verbundenen Austeritätsmaßnahmen verschärfen. Im Alltagsleben wird die Integration in den Westen über Gaspreiserhöhungen, Kürzungen von Pensionen oder sozialen Ausgaben spürbar werden (Luhn 2014).

Literatur

- Åslund, Anders (2010): Am Abgrund. Die ukrainische Wirtschaft in der Finanzkrise. In: Osteuropa 60 (2-4), 195-209.
- Becker, Joachim (2014): Assoziierung Teil des Problems, nicht der Lösung. Die EU-Strategie im Ukraine Konflikt. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung 03-04, 1-4.
- Bojunc, Marco (2014): The Return of Capitalism to Ukraine. In: Observer Ukraine, <http://observerukraine.net/historical-studies/> (11.07.2014)
- Brangsch, Lutz (2014): Der Krieg der Oligarchen. In: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/der-krieg-der-oligarchen/> (14.07.2014)
- Danyluk, Roman (2010): Freiheit und Gerechtigkeit. Die Geschichte der Ukraine aus libertärer Sicht. Lich/Hessen.
- Guttke, Matthias/Rank, Hartmut (2012): Mit der Sprachenfrage auf Stimmenfang. Zur aktuellen Sprachgesetzgebung in der Ukraine. In: Ukraine-Analysen Nr. 106, 11-14.
- Ishchenko, Volodymyr (2014a): Interview: Ukraine's Fractures. In: New Left Review 87, 5-33.
- Ishchenko, Volodymyr (2014b): Kein Schritt in Richtung Frieden. Analyse zur ukrainischen Präsidentschaftswahl vom 25. Mai 2014. In: <http://www.rosalux.de/publication/40529/kein-schritt-in-richtung-frieden.html> (13.07.2014)
- Jobst, Kerstin (2010): Geschichte der Ukraine. Stuttgart.
- Kalb, Don/Ishchenko, Volodymyr/Ryabchuk, Anastasiya (2014): Political mobilization and the world system. The case of Ukraine and Russia. In: <http://www.eurozine.com/articles/2014-04-09-kalb-en.html> (14.07.2014)
- Kowalewski, Zbigniew Marcin (2014): Ukraine: Russian White Guards in the Donbass. In: <http://peopleandnature.wordpress.com/2014/07/06/ukraine-russian-white-guards-in-the-donbass/> (14.07.2014)

- Leshchenko, Sergii (2014): Ukraine's puppet masters. A typology of oligarchs. In: Eurozine, <http://www.eurozine.com/articles/2014-05-15-leshchenko-en.html>, (13.07.2014)
- Luhn, Alec (2014): Will the IMF Bailout Turn Ukraine Into Another Greece? In: <http://www.thenation.com/article/179212/will-imf-bailout-turn-ukraine-another-greece#> (14.07.2014)
- Matuszak, Sławomir (2012): The Oligarchic Democracy. The Influence of Business Groups on Ukrainian Politics. OSW Studies nr. 42, Warsaw.
- Mykhnenko, Vlad/Swain, Adam (2010): Ukraine's Diverging Space-Economy: The Orange Revolution, Post-Soviet Development Models and Regional Trajectories. In: *European Urban and Regional Studies*, 17 (2), 141-65.
- Plank, Christina/Plank, Leonhard (2014): The Financialisation of Farmland in Ukraine. In: *Journal für Entwicklungspolitik* Nr. 3 (im Erscheinen).
- Pleines, Heiko (2010): Demokratisierung ohne Demokraten. Die Oligarchen in der ukrainischen Politik. In: *Osteuropa* 60 (2-4), 123-134.
- Ryabchuk, Anastasiya (2014): Right Revolution? Hopes and Perils of the Euromaidan Protests in Ukrain. In: *Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, <http://dx.doi.org/10.1080/0965156X.2013.877268> (14.07.2014)
- Shenfield, Stephen D. (2014): Maidan: Democratic Movement or Nationalist Mobilization? In: <http://www.criticatac.ro/lefteast/maidan-democratic-or-nationalist/> (14.07.2014)
- Smith, Adrian/Swain, Adam (2010): The global economic crisis, Eastern Europe, and the Former Soviet Union: models of development and the contradictions of inter-nationalization. In: *Eurasian Geography and Economics* 51 (1), 1-34.
- Stewart, Susan (2011): Regionen und Oligarchen: Einflüsse auf die ukrainische Außenpolitik SWP-Studie, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S23_stw_ks.pdf (11.07.2014)
- Swain, Adam (2006): Soft capitalism and a hard industry: virtualism, the 'transition industry' and the restructuring of the Ukrainian coal industry. In: *Transactions of the Institute of British Geographers*. 31(2), 208-233.
- The Economist (2014): Why is Ukraine's economy in such a mess? In: <http://www.economist.com/node/21598355/print> (12.06.2014)
- UkrLandFarming (2014): At a glance, <http://www.ulf.com.ua/en/company/about/> (11.07.2014)
- Vakhovska, Nelia (2014): Ukrainische Linke – gibt's da was? In: <http://www.rosalux.de/news/40599/ukrainische-linke-gibts-da-was.html> (14.07.2014)
- Varga, Mihai (2012): "Working-Class Heresies": Ideology in Protests of Ukrainian Workers During the World Economic Crisis 2009-2012. In: *Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, 20 (2-3), 107-124.
- Yurchenko, Yuliya (2012): "Black Holes" in the Political Economy of Ukraine: The Neoliberalization of Europe's "Wild East". In: *Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, 20 (2-3), 125-149.

Ostdeutschland seit 1990

Vom sozialistischen Industriestaat zur verlängerten Werkbank im Hauptland des europäischen Kapitalismus

Das Wirtschaftssystem in der DDR geriet später in Bewegung als in der Mehrzahl der osteuropäischen Länder. Noch Anfang Oktober 1989 zeigte sich die SED-Führung von dem Bestreben ihrer osteuropäischen Nachbarn Polen, Ungarn und der Sowjetunion, sich von der Zentralplanwirtschaft zu verabschieden, ungeachtet zunehmender Krisenzeichen in der eigenen Ökonomie unbeeindruckt: „Wir machten niemals unsere Ökonomie zu einem einzigen Experimentierfeld“, erklärte Parteichef Erich Honecker und versprach, dabei werde es auch zukünftig bleiben.¹ Mitte Oktober setzte das ZK der SED unter dem Druck anschwellender Protestdemonstrationen gegen Partei und Regierung Honecker ab. Anfang November 1989 musste das gesamte Politbüro der SED zurücktreten. Mitte November versprach Ministerpräsident Hans Modrow (SED) in seiner Regierungserklärung „die Wirtschaft der DDR aus der Krise zu führen“ und kündigte einschneidende Reformen an. Diese müssten „zu einer grundlegenden Erneuerung der sozialistischen Planwirtschaft“ führen. Um höhere wirtschaftliche Effizienz zu erreichen, sollten die Betriebe von jetzt ab „die ökonomischen Wirkungen von Angebot und Nachfrage berücksichtigen können – bei entsprechend flexibler Preisbildung“.² Planung ohne Markt solle es also nicht mehr geben: Ungeachtet des verbalen Beharrens auf „einem sozialistischen Wirtschaftssystem“ liefen Modrows Programmvorstellungen auf eine „Mixed Economy“ hinaus, die sich bezüglich der Wirtschaftslenkung nicht nur Lenkung über den Plan und mittels des Marktes berief, sondern auch auf Unternehmen gesellschaftlichen und privaten Eigentums stützen sollte. „Die Übernahme von Kleinbetrieben durch private Unternehmer in der Konsumgüterproduktion, aber nicht nur dort, halten wir für möglich.“ Auch ausländisches Eigentum in Form von Joint Ventures würde es in der DDR geben, versprach Modrows Wirtschaftsministerin Christa Luft. Bundesdeutsche Firmen sollten in die DDR-Wirtschaft einsteigen können, „aber ohne Ausverkauf der DDR-Wirtschaft“.³

Schritte von der Zentralplanwirtschaft in Richtung Mixed Economy (November 1989 bis März 1990)

Während die Modrow-Regierung noch vorgab, die DDR politisch fest in der Hand zu haben, hatten sich in den Herbstmonaten 1989 Bürgerbewegungen

¹ Erich Honecker: 40 Jahre Deutsche Demokratische Republik, in: Einheit 9/10, 1989, S. 792.

² Erklärung von Ministerpräsident Hans Modrow, in: neues deutschland (nd) v. 18.-19.11.1989, S. 3-4.

³ Interview mit DDR-Wirtschaftsministerin Luft zur Reform, in: Wirtschaftswoche v. 8.12.1989, S. 32.

etabliert, beginnend mit dem „Neuen Forum“. Mit der Bildung der „Runden Tische“ Anfang Dezember 1989 wurde diese „Doppelherrschaft“ für jedermann sichtbar. Die Bürgerbewegungen hatten ihre Tätigkeit zunächst auf die Ebene der Politik beschränkt, entwickelten jedoch auf einer Tagung Ende November auch ihre Vorstellungen für eine Wirtschaftsreform. In einem Diskussionspapier der Gruppe Ökonomie des Neuen Forums wurde verlangt, die staatliche Planung der Volkswirtschaft auf den Staatshaushalt, Banken und Großbetriebe zu beschränken. Ansonsten sollten „Eingriffe in Wirtschaftsprozesse nur vermittelnd über die üblichen finanzpolitischen Instrumentarien einer Staatsbank oder durch Steuer- und Subventionspolitik“ erfolgen. Kleine und mittlere Betriebe waren vollständig zu privatisieren. Bei Unternehmen mit mehr als 300 Beschäftigten sowie bei Banken und Versicherungen sollte der Staat aber die Verfügungsgewalt über 51 Prozent des Kapitals behalten.⁴

Prinzipiell widersprachen sich die Reformvorstellungen der Regierung Modrow und die des Neuen Forums und der meisten Bürgerbewegungen nicht. Auch ihnen ging es um eine Mixed Economy. Insofern war es nicht verwunderlich, dass der „Runde Tisch“ das vom Kabinett Modrow am 5. Februar 1990 vorgelegte Reformkonzept nach ausführlicher Diskussion „als Grundlage weiterer notwendiger Entscheidungen zur Durchführung der Wirtschaftsreform“ positiv einschätzte. Die Regierung Modrow versprach, „dass die vom Runden Tisch unterbreiteten Vorschläge in die weitere Arbeit (am Reformprogramm) einbezogen werden“⁵ – woran sie sich dann auch bis zu ihrem Abtritt im März 1990 hielt.

Prinzipiell akzeptiert wurde das von Ministerpräsident Modrow am 17. November 1989 vorgelegte Regierungsprogramm zunächst auch von der Bundesregierung. Das war insofern wichtig, als am 9. November 1989 die Grenze zur BRD seitens der DDR-Behörden bedingungslos geöffnet worden war, wodurch die BRD auf die weitere Entwicklung der DDR starken Einfluss ausüben konnte. Modrow hatte der Bundesregierung in seiner Regierungserklärung angeboten, die in den 80er Jahren vereinbarte „Verantwortungsgemeinschaft zwischen beiden deutschen Staaten durch eine Vertragsgemeinschaft zu ersetzen“. Der Bundeskanzler griff in einem Ende November im Bundestag vorgestellten „Zehnpunkteprogramm“ den Vorschlag einer „Vertragsgemeinschaft“ zwischen DDR und BRD auf. Darin mahnte Helmut Kohl „grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems in der DDR“ an. „Die bürokratische Planwirtschaft muss abgebaut werden“. Kohl vertrat die Meinung: „Wirtschaftlichen Aufschwung (in der DDR) kann es nur geben, wenn sich die DDR für westliche Investitionen öffnet, wenn sie marktwirtschaftliche Bedingungen schafft und privatwirtschaftliche Betätigung ermöglicht“. Damit hatte Kohl grundsätzlich die Mixed Economy-Pläne Modrows akzeptiert.⁶

⁴ Neues Forum legt Programm für Wirtschaftsreformen vor, in: Die Welt vom 27.11.1989.

⁵ Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der DDR, Berlin 1990, S. III.

⁶ Zehnpunkteprogramm zur schrittweisen Überwindung der Teilung Deutschland und Europas, in:

Von dieser Strategie bezüglich der DDR ging die Bundesregierung zwei Monate später vollständig ab. Im Protokoll der Sitzung des Bundeskabinetts vom 6. Februar 1990 wurde erstmals festgehalten: „Die DDR muss den Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft zügig und konsequent vollziehen.“ Mit „Sozialer Marktwirtschaft“ war konkret das seit Anfang der 80er Jahre in der Bundesrepublik unter der Kanzlerschaft Kohls installierte neoliberale Wirtschaftssystem gemeint. Das Instrument zur Verwirklichung ihrer Ziele sah die Bundesregierung in einer „Wirtschafts- und Währungsunion“. In Zusammenhang damit forderte sie von der DDR „Herstellung von Märkten, freie Preise, Dominanz von Privateigentum an den Produktionsmitteln, freier Außenhandel“.⁷ Die Motive für den abrupten Kurswechsel der Bundesregierung können hier nicht diskutiert werden. Er bewirkte, dass bei den Wahlen vom 17. März 1990 Parteien, die die Transformation zum neoliberalen Kapitalismus der Bundesrepublik befürworteten, gegen jene antraten, die in einer Mixed Economy Bestandteile des DDR-Sozialismus bewahren wollten. Kanzler Kohl versprach der DDR-Bevölkerung „blühende Landschaften“, wenn sie CDU wählen sollten, die anderen Parteien ihren Wählern einen langwierigen und schwierigen Weg aus der Krise. Mit der Entscheidung der Mehrheit der DDR-Bevölkerung für eine die rasche Einheit befürwortenden in der „Allianz für Deutschland“ zusammen gefassten Parteien und gegen die politischen Parteien der Linken und der Bürgerbewegung, war der Weg für die schnellstmögliche Einführung des Kapitalismus in der DDR frei.

Einführung des Kapitalismus mittels Schocktherapie: Juli 1990 bis Dezember 1994

Schlagartig wurde mit dem 1. Juli 1990 in der DDR zusammen mit der Einführung der DM die vollständige Marktöffnung gegenüber der Bundesrepublik und den Ländern der Europäischen Gemeinschaft vollzogen. Innerhalb weniger Wochen verschwand die Mehrzahl der Erzeugnisse ostdeutscher Betriebe vom Binnenmarkt und aus dem (nicht mehr subventionierten) Export. Ein von der letzten DDR-Regierung gefordertes Anpassungskonzept für die Industrie war von der Seite der Bundesregierung verweigert worden. Die ostdeutschen Unternehmen gingen entweder Pleite oder hielten mittels zögerlich gewährter finanzieller Stützung (vorerst) ihre Produktion notdürftig aufrecht.

Die entscheidenden dauerhaften Veränderungen in der Wirtschaft in Richtung kapitalistischer Produktionsverhältnisse vollzogen sich in den (ab Oktober 1990) Bestandteil der Bundesrepublik werdenden „neuen Bundesländern“ (NBL) auf dem Gebiet der Eigentumsverhältnisse. Mit dem 1. Juli 1990 hatte die Treuhandanstalt (THA) als nunmehr reine Privatisierungsbehörde ihre Arbeit aufgenom-

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 11. Wahlperiode, 177. Sitzung vom 28.11.1989, S. 13508-13514.

⁷ Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 761-762.

men. Sie übernahm die Verantwortung für die Transformation von 8.500 Betrieben mit 45.000 Betriebsteilen und 4,1 Mill. Beschäftigten, d. h. für 40 Prozent aller Beschäftigten in der DDR.⁸ Als sie Ende Dezember 1994 ihre Tätigkeit nach der Durchsetzung von mehr 15.000 Privatisierungen einstellte, war in den NBL in der Industrie – im beträchtlichen Maße auch in der Landwirtschaft – an Stelle des staatssozialistischen privatkapitalistisches Eigentum getreten. Nur in geringem Maße wurde Staatseigentum (re)kommunalisiert.

Die übergroße Mehrheit (ca. 85 Prozent) der Betriebsverkäufe ging – gemessen an der Zahl der Arbeitsplätze – an Unternehmen in den alten Bundesländern. Seitens der von der Bundesregierung über das Finanzministerium gesteuerten, vom Bundestag und den Landtagen der NBL kaum kontrollierten, THA waren nach Einschätzung des SPD-Politikers Sigmar Gabriel Übernahmekonditionen ausgelobt worden, „die für manche Unternehmer unbestreitbar einen hohen Reiz ausüb(t)en, in die neuen Bundesländer zu wechseln“.⁹ Diese günstigen Bedingungen galten nicht für ausländische Unternehmen, die die Bundesregierung eher fernzuhalten trachtete. An sie wurden aus dem Fonds der Staatsbetriebe 1.860 Betriebe bzw. Betriebsteile mit knapp 10 Prozent der Beschäftigten verkauft, überwiegend an Firmen aus den USA, Frankreich und Großbritannien.¹⁰

Den Gedanken, auch ostdeutschen Managern die Möglichkeit zu geben, sich in „Unternehmer-Eigentümer“ zu verwandeln, hatte die Bundesregierung zunächst nicht ernsthaft erwogen. Erst Ende 1991/Anfang 1992, als die THA nicht mehr umhin konnte, zu akzeptieren, dass für ganze Gruppen von kleinen und mittleren Betrieben Ostdeutschlands von westdeutscher Seite kein Interesse bestand, korrigierte die Bundesregierung ihre Haltung und stimmte der Privatisierung auf dem Wege des Management-Buy-Out (MBO) bzw. Management-Buy-In (MBI) zu. Insgesamt handelte es sich um 2.100 Betriebe. Gemessen an den Beschäftigten betrug deren Anteil allerdings lediglich 6 Prozent.¹¹ Da die meisten früheren „Wirtschaftskapitäne“ aus Ostdeutschland nicht genügend Startkapital besaßen, waren sie bestrebt, sich mit westdeutschen Mittelstands-Unternehmern gleicher Branche zusammen zu tun, die über Investitionsmittel und über ausgebaute Vertriebswege verfügten (MBI). Für die rein ostdeutschen MBO-Betriebe erwiesen sich die materiellen Anforderungen vielfach als zu groß, so dass sie nach wenigen Jahren liquidiert oder an westdeutsche Unternehmen verkauft werden mussten. Für die MBI steht als erfolgreichstes Unternehmen die Sektkellerei Rotkäppchen in Freyburg/Unstrut, für das Schicksal der MBO das aus dem VEB Florena Waldheim hervorgegangene zunächst sehr erfolgreiche Unternehmen Florena Cosmetic GmbH, das 2002 vom Hamburger Beiersdorf-Konzern übernommen wurde. Ähnlich dem Schicksal der MBO war das der erst 1972 verstaatlichten privaten und „halbstaatlichen“

⁸ Jörg Roesler, Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch 1970 – 2000, Bonn 2003, S. 65.

⁹ Zitiert in: Ebenda, S. 101.

¹⁰ Abschlussstatistik der Treuhandanstalt per 31.12.1994, Berlin 1995, S. 8.

¹¹ Ebenda, S. 9.

Unternehmen, die die THA 1990/91 reprivatisiert hatte – insgesamt knapp 3.000 kleinere Unternehmen.¹²

Zur Herausbildung einer eigenen spezifischen Kapitalistenklasse ist es in der DDR demnach, wenn überhaupt, nur marginal gekommen. Es dominiert in Ostdeutschland eine kleinteilige Wirtschaftsstruktur. Damit waren auch keine nennenswerten Möglichkeiten zur Vermögensanhäufung durch ostdeutsche Unternehmer gegeben. Anders als in einigen Ländern Osteuropas sind „Oligarchen“ in der Ex-DDR nicht anzutreffen. Der gewerbliche Mittelstand rekrutiert sich aus dem – bis 1989 überwiegend privat gebliebenen bzw. genossenschaftlich arbeitenden – Handwerk sowie aus den nach 1990 weiterhin überwiegend genossenschaftlich arbeitenden Landwirten, auf deren Betriebe die THA in der Regel keinen Zugriff erhalten hatte. Dazu gehört auch ein Teil der ehemals leitenden Angestellten von Ladengeschäften, Gaststätten, Hotels, Apotheken, Buchhandlungen und Kinos, die per Kreditaufnahme in Zusammenhang mit der bereits 1990/91 von der THA durchgeführten „kleinen Privatisierung“ Eigentümer geworden waren.¹³

Diese Kleinteiligkeit gilt selbst für Sachsen, Ostdeutschlands wichtigste Industrieregion. „Große Unternehmen“, musste 2013 in Auswertung der Ergebnisse einer vom sächsischen Landesparlament eingesetzten Untersuchungskommission festgestellt werden, „sind in Sachsen Mangelware, und sie werden es wohl auch bleiben.“¹⁴

Neben ihrer Kleinteiligkeit charakteristisch wurde im Folge der spezifischen Art und Weise der Treuhand-Privatisierung für die NBL auch die rasche Herausbildung einer branchplant economy.

Entstehung einer ostdeutschen branch plant economy

Was ist unter *branch plant* zu verstehen? Branch plants sind nicht nur, wie die deutsche Bezeichnung „verlängerte Werkbank“ vermuten lässt, durch technologische Asymmetrien gekennzeichnet, wie etwa die Beschränkung der Erzeugung im Filialbetrieb auf Komponenten, die dann im Stammbetrieb zum Endprodukt verarbeitet werden, oder durch die Reduzierung der Unternehmensfunktionen auf die Montage von gelieferten Komponenten zu einem Endprodukt, dessen Vermarktung dann wieder Sache des Stammbetriebes ist. Während die westdeutsche Industrie überwiegend Investitionsgüter herstellt, konstatierte Udo Ludwig vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle, „dominiere in der ostdeutschen Wirtschaft ... die Vorleistungsindustrie“. Die Bezeichnung *branch plant* verweist darüber hinaus auf ökonomische Asymmetrien: Der Filialbetrieb fällt nicht oder nur eingeschränkt Entscheidungen über die Tüchtigkeit von Investitionen im Unternehmen, er unterhält keine oder nur

¹² Ebenda, S. 2; nd v. 20.3.2002.

¹³ Ebenda, S. 5.

¹⁴ Jochen Mattern, Produktivkraft Wissenschaft, in: nd v. 9. 8. 2013.

marginale Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Das Unternehmen organisiert nicht das Controlling seiner Geschäftstätigkeit, es ist nicht zuständig für das Marketing bzw. für den Vertrieb seines Produkts. Die ökonomischen Asymmetrien ziehen soziale nach sich. Bei „verlängerten Werkbänken“ fehlt mit den genannten Unternehmensfunktionen das höhere, in ausgeprägten Fällen selbst das mittlere Management. Kein Wunder, dass – wie eine 2014 veröffentlichte Untersuchung der Personalberatung KornFerry ergab – von den 182 Vorstandsmitgliedern der 30 bundesdeutschen DAX-Unternehmen ganze 4 aus Ostdeutschland kommen.¹⁵

Zu einer für die neuen Bundesländer typischen „verlängerte Werkbank“ wurde das Automobilwerk Eisenach, Hersteller des Wartburg. Der VEB wurde von der Treuhand an die Adam Opel AG mit Hauptsitz in Rüsselsheim/Hessen verkauft. Der Wartburg wurde noch kurze Zeit weitergebaut, dann wurde mangels Absatz die Produktion eingestellt. Die Adam Opel AG errichtete am Standort des alten Eisenacher Werks eine neue Produktionsstätte, die Opel Eisenach GmbH, an der ab September 1992 der Opel Corsa gebaut wurde. Der eigentliche Pferdefuß des branch plant in Eisenach offenbart sich erst, wenn man die Beschäftigtenstruktur des Eisenacher Werks mit der in Rüsselsheim vergleicht, wo sich der Stammbetrieb der Adam Opel AG befindet, zugleich European Headquarter von General Motors. In Rüsselsheim waren 1998 von insgesamt 24.600 Arbeitskräften 10.000, d. h. ca. 40 Prozent, in der unmittelbaren Fertigung beschäftigt, in Eisenach mit 2.000 Beschäftigten waren es 1.800, d. h. 90 Prozent. In Verwaltung und Vertrieb arbeiteten in Rüsselsheim 6.000, d. h. ein knappes Viertel, in Eisenach 200, d. h. ein Zehntel der Belegschaft. In der Forschung und Entwicklung waren in Rüsselsheim 8.600 Personen beschäftigt, d. h. mehr als ein Drittel der Beschäftigten (36 Prozent), in Eisenach kein einziger. Das war dort auch nicht sinnvoll, da der in Rüsselsheim entwickelte Corsa produktiv – die 2.000 Beschäftigten der Opel GmbH fertigten 1992 150.000 Autos jährlich – und billig (Osttarife) montiert werden konnte – und zwar von einer hochmotivierten Belegschaft, die man sich unter Einrichtern, Meistern und Ingenieuren des aufgegebenen Wartburgwerks durch ein Assessment-Center hatte auslesen lassen.¹⁶ In der Opel Eisenach GmbH fehlen ganze Glieder der Wertschöpfungskette und zwar die wertvollsten.

Das alles wäre nun nicht mehr als ein lokales Problem, wenn es sich bei Opel Eisenach um einen Einzelfall handeln würde. Die Opel GmbH ist für ostdeutsche Großbetriebe aber geradezu typisch. Rudi Geil, in der zweiten Hälfte der 90er Jahre Regierungsbeauftragter von Bundeskanzler Kohl für die Wirtschaft in den neuen Ländern, rügte auf einer Tagung der Industrie- und Handelskammer in Chemnitz im März 1998: „Es müsse als ‚Warnsignal‘ betrachtet werden, dass nach acht Jahren deutscher Einheit noch immer keines der gro-

¹⁵ Benjamin Damm/Jutta Günther, Konferenzbericht „Analysen und Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH“, in: *Wirtschaft im Wandel* 2/2011, S. 80, nd v. 10.6. 2014.

¹⁶ Hans Badekow, Opel AG: Eisenach bleibt Automobilstadt in: *Horizont* 41/1992, S. 114.

Ben Westunternehmen und keine Bank ihren Hauptsitz in den neuen Ländern habe.“¹⁷ Dabei ist es bis heute geblieben.

An der damals beklagten Situation hat sich bis heute praktisch nichts geändert. Eine Enquete-Kommission des Landtages im Bundesland Sachsen legte im März 2013, nach anderthalbjähriger Analysetätigkeit, ihre Ergebnisse zur Untersuchung der Voraussetzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes aus eigener Kraft vor. Innovationen galten der Kommissionsmehrheit dabei „als zentrale Quellen der wirtschaftlichen Entwicklung und des sektoralen Strukturwandels“. Bei etwa gleich hohem Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP wie im Bundesdurchschnitt waren in Sachsen nur 30 Prozent des Personals von Forschung und Entwicklung in Großbetrieben beschäftigt, im Durchschnitt der Bundesrepublik jedoch 76 Prozent. Nach wie vor, stellte die Kommission fest, „fungieren große Unternehmen hierzulande als verlängerte Werkbänke, die eher nachgelagerte Wertschöpfungsfunktionen innerhalb von Konzernverbänden erfüllen.“¹⁸

Soziale Konflikte und innere Widersprüche

Parallel zu den Privatisierungen schloss die THA in den Jahren 1990-1994 insgesamt 3.700 Betriebe. Die Zahl der abgewickelten Unternehmen wäre noch größer gewesen, hätte es nicht den Kampf der Belegschaften der gefährdeten Betriebe gegen deren Schließung gegeben. Während es im Frühjahr 1990 kaum Widerstand von Betriebsangehörigen, denen die aus den Bürgerbewegungen hervorgegangenen Parteien (mit Zustimmung der Regierung Modrow) Anteile am Betriebseigentum versprochen hatten, gegen die Übernahme ihrer Betriebe durch die Privatisierungsbehörde Treuhand gab, begannen im Herbst 1990 die Proteste der Belegschaften gegen die drohende Abwicklung der Unternehmen, in denen sie beschäftigt waren. Ihren Höhepunkt erreichten die Proteste im Frühjahr und Sommer 1993, als die Kumpel des Kaliwerkes Bischofferode aus Protest gegen die von der Treuhand beschlossene Stilllegung das Werk besetzten und unter Tage monatelang einen Hungerstreik gegen die Schließung durchführten.¹⁹ Der Ruf „Bischofferode ist überall!“ wurde von anderen ebenfalls von Schließung bedrohten Betrieben aufgenommen. Es kam zu Protestdemonstrationen und -märschen in den betroffenen Städten und vor dem Gebäude der Treuhandanstalt in Berlin. Sie erreichten eine Intensität, die nach Untersuchungen der Eötvös Loránd-Universität Budapest intensiver waren als in den Vergleichsländern Ungarn, Polen und der Slowakei. Die Proteste veranlassten die THA schließlich, bei der Abwick-

¹⁷ Zit. in: Ulrich Blum, Der Einfluss von Führungsfunktionen auf das Regionaleinkommen: eine ökonomische Analyse deutscher Regionen, in: Institut für Wirtschaft Halle: Wirtschaft im Wandel 6/2007, S. 189.

¹⁸ Mattern, a.a.O..

¹⁹ Gerhard Jüttmann, Allgemeines und Privates im Kampf in Bischofferode, in: Ulla Plener (Hrsg.): Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990-1994), Berlin 2011, S. 85-95.

lung der ostdeutschen Industrie weniger rüde vorzugehen und verstärkt in Gestalt sogenannter Management GmbHs Zwischenlösungen bis zur endgültigen Privatisierung zu finden.²⁰

Angeichts der Schließungen und nur weniger Neugründungen verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland beträchtlich, vor allem in der Industrie. Gegenüber 1989 ging in den Jahren der Treuhandprivatisierung die Zahl der „Erwerbspersonen“ in den NBL von 9,6 Mill. auf 7,8 Mill. zurück. Die Anzahl der Arbeitslosen schnellte im gleichen Zeitraum von praktisch Null auf 1,3 Mill. in die Höhe. Die Arbeitslosenziffer wäre noch weit höher gewesen, wenn nicht Hunderttausende auf Arbeitssuche in die alten Länder übersiedelt wären. 1991 war es fast eine Viertelmillion, 1994 noch 163.000. Netto belief sich der Wegzug 1991 auf 170.000, 1994 noch auf 27.000. Die Zahl der Arbeitslosen in den NBL stieg in den folgenden Jahren – wenn auch langsamer – weiter an und erreichte im Jahre 2004 1,6 Mill. Im Jahre 2012 belief sie sich noch auf 897.000. 1991 betrug die Arbeitslosenquote in den NBL 10,3 Prozent, in den alten Bundesländern 7,3 Prozent. 1993 befürchteten 30 Prozent der weiterhin beschäftigten Erwerbstätigen arbeitslos zu werden.²¹ Ab 1998 etwa war die Arbeitslosenquote in den NBL doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. 2012 lag sie in den neuen Bundesländern noch bei 11 Prozent im Vergleich zu 6,9 Prozent in den alten.²²

Benachteiligt gegenüber ihren westdeutschen Kollegen waren die ostdeutschen Arbeiter und Angestellten auch auf dem Gebiet der Entlohnung. 1991, im ersten Jahr nach der Wiedervereinigung, lag der Stundenlohn im Osten bei 10,45 DM, im Westen war er mit 21,45 DM etwas mehr als doppelt so hoch. Es gelang im Verlaufe von zwei Jahrzehnten nicht, die Lücke zu schließen. 2012 betrug der Bruttolohn je Arbeitsstunde 30,80 € im Westen und 21,00 € im Osten. Wesentlich war das auf den Druck der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zurückzuführen. Eine Rolle spielte aber auch die geringere Tariflohnbindung, die wiederum auf die schwächere Kampfkraft der Gewerkschaften in den NBL zurückzuführen war. Die Tarifbindung lag 2011 im Osten bei 21 Prozent gegenüber 34 Prozent im Westen Deutschlands. Verglichen mit den ABL haben die neuen Länder ihren anfänglichen Charakter einer Billiglohnregion immer noch nicht völlig verloren. Die geringeren Verdienste und die höhere Arbeitslosigkeit wirken sich bis heute auch auf das Haushaltseinkommen in den NBL aus. 1991 betrug das Nettohaushaltseinkommen im Osten 37 Prozent des westdeutschen, 2011 knapp 77 Prozent. Von der 1990 von Kanz-

²⁰ Vgl. Máté Szabó, Some Lessons of Collective Protests in Central European Post-Communist Countries: Poland, Hungary, Slovakia, and East Germany Between 1989-1993, in: FIT Viadrina (Frankfurter Institut für Transformationsstudien) 8/ 2000, S. 1-17; Stichwort: Management KGs, in: Treuhandanstalt Informationen 18/1993, S. 6-8.

²¹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2001, S. 483.

²² Institut für deutsche Wirtschaft Köln, Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 2013. (Quelle auch aller folgenden Daten, soweit nicht anders angegeben).

ler Kohl versprochenen wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz Ostdeutschlands kann bis heute kaum die Rede sein.²³

Dass der am meisten ausgebeutete deutsche Bevölkerungsteil, die Ostdeutschen, dem neoliberalen Profitstreben geringeren Widerstand leisten, dass bei den Bundestagswahlen von 2013 in drei der fünf ostdeutschen Länder (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen) die Wähler sich zu mehr als 40 Prozent für die CDU, jene Partei, die dem Osten vor zwei Jahrzehnten „blühende Landschaften“ versprach und die sich nicht in der Lage erwies, ihr Versprechen einzuhalten, entschieden und damit das Abstimmungsergebnis für die CDU etwa in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen oder dem Saarland überboten, gehört zu den schwer erklärbaren Widersprüchlichkeiten der so deutlich hinter den Erwartungen der Bevölkerung zurückbleibenden und so sehr im Interesse des Kapitals vorgenommenen ostdeutschen Transformation vom Sozialismus zum Kapitalismus.

Die ostdeutsche Transformation im osteuropäischen Vergleich

In vielen Veröffentlichungen zur osteuropäischen Transformation wird die Ex-DDR ausgeklammert²⁴, wohl in der Annahme, dass die Entwicklung in Ostdeutschland im Ergebnis des Anschlusses an die Bundesrepublik so anders verlaufen sei, dass ihre Behandlung im Ländervergleich nur störe. Dem ist jedoch nicht so. Wie in ihren ostdeutschen Nachbarländern bestanden für die DDR bei der Abkehr von der Zentralplanwirtschaft die alternativen Wege Schocktherapie oder graduelle Umstellung. Polen galt für einige Jahre als Musterland des ersten, Ungarn des zweiten Weges. Ostdeutschland wurde die Schocktherapie verordnet und dort ungeachtet der durch die Marktöffnung bewirkten und schon im ersten Jahr der Transformation erkennbaren Deindustrialisierung unbeirrter als in allen anderen osteuropäischen Staaten weiter betrieben. Im Ergebnis sank die Industrieproduktion in der DDR 1990 gegenüber 1989 um 27,3 Prozent, in Polen vergleichsweise „nur“ um 24,2 Prozent und in Ungarn um 4,5 Prozent, 1991 sank sie gegenüber 1990 in den NBL um 29,1 Prozent, in Polen um 11,9 Prozent und in Ungarn um 19,1 Prozent.²⁵ Der in der Ex-DDR durch außerordentliches Tempo und Radikalität der Demontage der Planwirtschaft und des Staatseigentums eingetretene wirtschaftliche Schaden der ersten Jahre ließ sich auch längerfristig nicht ausgleichen – weder in der Industrie noch volkswirtschaftlich. Im Jahre 2000 lag das Niveau des Bruttoinlandsproduktes in der Ex-DDR erst wieder bei 74,2 Prozent der Leis-

²³ Vgl. Rudolf Scheufele/Udo Ludwig, Der lange Weg der Konvergenz, in: *Wirtschaft im Wandel* 10/2009, S. 397-407.

²⁴ Vgl. z. B. Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa*, Gütersloh 1995; Wiener Institut für Wirtschaftsvergleiche, *The Transition Countries in Early 2000: Improved Outlook for Growth. But Unemployment Is Still Rising*, Wien, Juni 2000.

²⁵ Economic Commission for Europe: *Economic Survey of Europe in 1993/1994*, New York/Genf 1994, S. 52.

tion von 1989, während Ungarn es annähernd wieder erreicht hatte (99,5 Prozent) und Polen es bereits übertraf (121,5 Prozent). Geringer als in Ostdeutschland war die Wiederherstellung des BIP-Niveaus von 1989 zwei Jahrzehnte später nur in Bulgarien und Rumänien sowie in den osteuropäischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion. In Russland lag es bei 59,9 Prozent. Die Wachstumsdifferenzen im BIP schlugen sich auch in der Höhe der Arbeitslosigkeit nieder. Diese lag in der Ex-DDR im Jahre 2000 noch bei 18,5 Prozent und damit höher als in Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Slowenien (durchschnittlich 13,1 Prozent)²⁶.

Der langjährige Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hat vorgerechnet, dass, wenn man die Gewinne der alten Bundesländer, die ihnen die Vereinigung brachte – vor allem das gewonnene „Humankapital“ in Gestalt von 1,5 Millionen Zugewanderter aus Ostdeutschland – gegenrechnet, die Milliardenhilfen der Bundesregierung für die neuen Bundesländer im Zeitraum 1990 bis 2013 auf ein Nullsummenspiel hinausliefen. Das IWH hat bereits 2009 darauf hingewiesen, dass die Ex-DDR strukturell nicht in der Lage ist, ernsthaft aufzuholen.²⁷ Sein Urteil über den „Aufbau Ost“ ist unmissverständlich: „Der Osten (Deutschlands) ist strukturell eine 70-Prozent-Ökonomie des Westens, wächst auf einem Wachstumspfad, der dem der alten DDR von 1950 bis 1970 entspricht. Der Aufbau Ost hat gerade einmal die Stagnationsphase der Honecker-Zeit überwunden. Die Investitionen sind insgesamt zu gering.“²⁸

Das im Vergleich zu der Mehrzahl der osteuropäischen Staaten besonders schlechte Abschneiden der Ex-DDR dürfte vor allem an zwei einander bedingenden Faktoren gelegen haben: Erstens: Die NBL verfügten über keine eigene verantwortliche Regierung wie die osteuropäischen Staaten, die ungeachtet aller Bevormundung durch den IWF wenigstens anlässlich von Wahlen für ihre Entscheidungen verantwortlich gemacht werden konnten und deshalb die zerstörerischen Auswirkungen des Transformationsprozesses einzudämmen suchten. Zweitens: Es bildete sich in Ostdeutschland keine neue Bourgeoisie mit eigenen wirtschaftlichen Interessen heraus, die zwar auch beim Auf- und Ausbau eines Billiglohnlands ihre Profite zu machen trachtete, aber eher Widerstand gegen die Umwandlung ihrer Betriebe in „verlängerte Werkbänke“ leistete, wenn sich das für sie nicht rechnete. Auf die Dauer entgingen aber auch die osteuropäischen Staaten ihrem Schicksal als Peripherieländer des europäischen Kapitalismus nicht, so dass der Unterschied zur Ex-DDR in wirtschaftlicher Hinsicht zumindest in Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei im vergangenen Jahrzehnt deutlich geringer geworden ist.²⁹ Die

²⁶ Wiener Institut für Wirtschaftsvergleiche, *The Transition Countries*, a.a.O., S. 10.

²⁷ Vgl. 20 Jahre Deutsche Einheit, Teil 1 u. 2, in: *Wirtschaft im Wandel*. H. 10 u. 11/2009.

²⁸ Ulrich Blum (Interviewer), *Nullsummenspiel Deutsche Einheit*, in: nd v. 9.5.2014.

²⁹ Aron Buzuány, 25 Jahre 1989: Osteuropa zwischen Euphorie und Ernüchterung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 24-26/2014, S. 12.

Ausrichtung der Wirtschaftsentwicklung auf die Bedürfnisse der Transnationalen Konzerne hat in den Jahren nach dem Eintritt der osteuropäischen Länder in die Europäische Union 2004 bzw. 2007 so sehr zugenommen, dass heute auch für die Staaten Osteuropas bezweifelt werden kann, dass es sich noch um eigenständige Volkswirtschaften handelt. Ein Zeichen ist die Abwanderung vornehmlich jugendlicher und qualifizierter Arbeitskräfte nach Westeuropa. Die wichtigsten Wirtschaftssektoren wie der Bankenbereich oder die Großindustrie befinden sich heute – wie schon seit zweieinhalb Jahrzehnten in den NBL – in den Händen fremder westeuropäischer, oft (west)deutscher Eigentümer.³⁰

³⁰ Hannes Hofbauer, *Das Geschäft Osterweiterung läuft*, in: nd v. 30. 4. 2014.

Krzysztof Pilawski

Polens Weg in den Kapitalismus

Der polnische Weg in den Kapitalismus hat sich als entschieden weniger revisionistisch erwiesen als der einstige polnische Weg in den Sozialismus. Władysław Gomułka, jener Politiker, der in der Volksrepublik Polen am längsten an den Machthebeln saß, hatte bereits in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg den Begriff vom polnischen Weg zum Sozialismus geprägt. Im Wesentlichen ging es darum, möglichst viele Abweichungen vom Vorbild der stalinschen Sowjetunion durchzubekommen. Gomułka war ein Anhänger der Beibehaltung des privaten Sektors (Bauernwirtschaften, kleinere Industrie- und Handelsunternehmen) sowie eines gewissen politischen Pluralismus, der politische Parteien zulässt, die etwa die Bauernschaft und die Privatwirtschaft vertreten sollten, ohne aber an der Hegemonie der kommunistischen Partei zu rütteln. In der innerparteilichen Diskussion verteidigte er leidenschaftlich seinen Standpunkt, ohne weiter auf die Kritik derjenigen zu achten, die die Rückendeckung Moskaus hatten. In diesem Kampf war er chancenlos. Bereits 1948 wurde er der nationalistischen und Rechtsabweichung bezichtigt, vom Amt des Parteivorsitzenden entfernt, überhaupt aus der Partei ausgeschlossen und obendrein festgenommen, sogar um sein Leben stand zeitweise zu fürchten.

Die Entwicklung nach 1956

1956 kehrte Gomułka in die Politik zurück, er übernahm das Amt des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der PVAP. Er hatte die Rückendeckung von Nikita Chruschtschow, dem damaligen KPdSU-Vorsitzenden, und initiierte grundlegende wirtschaftliche, politische und ideologische Änderungen. Auf die Kollektivierung des Dorfes wurde verzichtet, die Bauern erhielten eine Garantie für ihr Eigentum an Land und Boden. Die Rolle des Privatsektors außerhalb der Landwirtschaft wurde gestärkt (kleine Produktionsbetriebe, Reparaturwerkstätten, Kleinhandel, Touristik u. a.). Der Wohnungsbau wurde teilweise mit Marktelementen ausgestattet durch die Einführung neuer Wohnungstypen wie Genossenschaftswohnungen und selbst Wohneigentum. Es wurden Versuche unternommen, die Industrie zu modernisieren durch den Ankauf von Lizenzen aus dem Westen (z. B. für die Produktion von Pkw der Marke Fiat). Faktisch wurde auf die ideologische Vorherrschaft durch den Marxismus-Leninismus verzichtet, was zu einer höheren Autonomie von Gesellschaftswissenschaften und Kultur führte als in den anderen sozialistischen Ländern. Unter Gomułka erlangte die katholische Kirche in den 1960er Jahren entscheidende Freizügigkeit bei ihren Aktivitäten. So kam es, dass Polen aus der Sicht des Westens in den 1960er Jahren als das liberalste Land im sowjetischen Einflussbereich galt, wohingegen aus der Sicht Moskaus Polen umgekehrt das am weitesten zurückliegende Land beim sozialistischen Aufbau war,

wurde hier doch „bürgerliche Ideologie“ toleriert, der katholischen Kirche große Freiräume zugestanden, in der Landwirtschaft der Privatsektor bevorzugt.

Edward Gierek, der Gomułka Ende 1970 als Erster Sekretär der PVAP nachfolgte, bog noch weiter vom sowjetischen Weg ab. Die Wirtschaft wurde mit Hilfe von Milliardenkrediten und Lizenzen aus dem Westen modernisiert. Als erster polnischer Parteichef nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte er, westliche Investitionen ins Land zu holen. In den 1970er Jahren wurde de facto eine zweite Währung zugelassen, die Bürger Polens konnten ein Devisenkonto eröffnen und in einem dicht verzweigten Netz von Devisenläden Waren kaufen. Der US-Dollar wurde zu einer allgemein anerkannten und verbreiteten Zweitwährung.

Allerdings erwies sich Polen als nur unzureichend vorbereitet auf die Konfrontation mit westlichen Finanz- und Warenmärkten. Viele Lizenzkäufe und Investitionen, die auf der Basis von westlichen Krediten getätigt wurden, erwiesen sich als Fehlentscheidungen. Die polnische Industrie war in vielen Bereichen nicht in der Lage, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Waren herzustellen, mit deren Erlös die drückenden Kredite hätten zurückgezahlt werden können. Die Industrie verschlang selbst immer mehr Devisen, denn um produzieren zu können, bedurfte es nun des Imports von immer mehr Einzelteilen aus dem Westen. Zum wichtigsten Exportprodukt in den Westen wurde in den 1970er Jahren die Steinkohle, das „schwarze Gold“ Polens.

Erstmals seit dem Ende des zweiten Weltkriegs sank 1979 das Bruttoinlandsprodukt. Die schnell anwachsenden Erwartungen in der Bevölkerung, die Nichterfüllung des durch die Regierung gegebenen Versprechens, die Lebensbedingungen schnell zu verbessern, sowie das zunehmende Bewusstsein vom Wohlstand im Westen stärkte die allgemeine Unzufriedenheit. Im Sommer 1980 zog eine Streikwelle über das Land, die zur Gründung der regierungsunabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“ führte.

Innere Opposition und „zweite Reformetappe“

Namensgeber war Karol Modzelewski, der 1965 gemeinsam mit Jacek Kuroń einen offenen Brief an die Mitglieder der PVAP geschrieben hatte, wofür beide mit vielen Jahren Gefängnis büßten. Indem sie sich auf Marx beriefen, hielten sie in dem Brief fest, dass in den Ländern des Ostblocks nicht die Arbeiterklasse herrsche, sondern die Bürokratie, die ganz wie früher die Bourgeoisie die Arbeiter ausbeute und sich die Früchte der Arbeit aneigne. Die Verfasser der Streitschrift hielten eine Revolution für unvermeidlich, um das „bürokratische Eigentum“ zu beseitigen und den Arbeitern die Macht zu sichern, die dann über die Aufteilung und Nutzung des Nationalvermögens, über die Ausrichtung der Investitionen bestimmen sollten.

Jacek Kuroń war einer der Mitbegründer von KOR, dem 1976 entstandenen Komitee zur Verteidigung der Arbeiter. Die illegale Struktur war eine Antwort von Intellektuellen auf die Unterdrückung von streikenden Arbeitern durch die Regierung. Bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre entstanden an der

Küste erste unabhängige Gewerkschaftsstrukturen, die später in die „Solidarność“-Bewegung mündeten. Deren Programm hatte einen egalitären und marktfeindlichen Zuschnitt.

Mit den 21 Forderungen der Arbeiter der Leninwerft in Gdańsk forderten die Arbeiter u. a. die Einführung von Fleischmarken, die einmalige und sofortige deutliche Lohnerhöhung für die Beschäftigten im Staatssektor, die Senkung des gesetzlichen Renteneintrittsalters bei Frauen von 60 auf 50 und bei Männern von 65 auf 55 Altersjahre nach 30 Jahren Arbeit, außerdem die Abschaffung des Warenhandels auf Devisenbasis. Unter dem Druck von „Solidarność“ verabschiedete der Sejm ein Gesetz, mit dem die Kompetenzen der Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben beträchtlich erweitert wurden; fortan waren sie ein wichtiger Faktor bei den Betriebsentscheidungen. Obwohl dieses Gesetz nach Ausrufung des Kriegsrechts 1981 beschnitten wurde, hatten die Strukturen der innerbetrieblichen Arbeiterselbstverwaltung während der gesamten 1980er Jahre eine starke Position inne, insbesondere in den Industriebetrieben und in den Einrichtungen mit Hochtechnologie (nach damaligen Stand).

Nach der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU im März 1985 verstärkte sich in der PVAP-Führung schnell die Überzeugung, dass der sowjetische Sozialismus nicht mehr reformierbar sei. Einige Monate später wurde 1985 die Regierung von Zbigniew Messner berufen. In ihr hatte der spätere Staatspräsident und Mitbegründer der polnischen Sozialdemokratie Aleksander Kwaśniewski sein erstes Ministeramt. Die Messner-Regierung bereitete ein Programm unter dem Namen „Zweite Reformetappe“ vor. Viele Branchenministerien wurden beseitigt, die Selbständigkeit der Betriebe erhöht, zehn kommerzielle Banken eröffnet. Messners Nachfolger, Mieczysław F. Rakowski, der nach dem Ausbruch neuer Streiks im Sommer 1988 das Amt übernahm, vollführte die erste liberale Revolution, indem er verkündete, das alles, was nicht verboten sei, auch erlaubt sei. Allen Bürgern wurde nun ermöglicht, wirtschaftlich tätig zu werden, der Devisenhandel wurde vollständig legalisiert, es wurden auch Wirtschaftseinrichtungen mit hundertprozentigem Auslandskapital erlaubt. Der Warenhandel wurde frei gegeben, alle bürokratischen Restriktionen aufgehoben, doch auch die Preise wurden größtenteils frei gegeben. Zugleich wurde ein Gesetz über die Beseitigung unrentabler Betriebe verabschiedet. Mehr als symbolische Bedeutung hatte, als Rakowski kraft dieses Gesetzes am 1. November 1988 den Konkurs der Leninwerft in Gdańsk verkündete. Einen Tag später kam Margaret Thatcher zu einem Besuch nach Polen und somit auch nach Gdańsk, denn mit Arbeiterführer Lech Wałęsa wollte sich zu dieser Zeit jeder zeigen.

Die Rakowski-Regierung konnte ihre Vorhaben allerdings nicht umsetzen, denn parallel kam es zu den Absprachen zwischen Regierung und Opposition am Runden Tisch. Dort trafen die Wirtschaftsliberalen der PVAP mit den Vertretern der „Solidarność“ zusammen, die weiterhin auf ihre egalitären und sozialen Forderungen und Losungen pochten. Die Opposition war überzeugt, die in den Abmachungen enthaltenen Forderungen nach Erhöhung der Rolle von innerbetrieblicher Arbeiterselbstverwaltung, nach automatischen Lohnanpassungen,

nach Erhöhung der Sozialausgaben würden von der bisherigen Regierung umgesetzt.

Schocktherapie: neoliberale Transformation

Doch es kam anders. Infolge der teils freien Parlamentswahlen vom 4. Juni 1989 ging die Regierung in die Hände der Opposition über; zum Ministerpräsidenten wurde mit Tadeusz Mazowiecki einer der wichtigsten „Solidarność“-Berater berufen. Zu keiner Zeit griff die Mazowiecki-Regierung zurück auf die Forderungen, die „Solidarność“ noch zu Oppositionszeiten für außerordentlich wichtig gehalten hatte. Die Vision einer Selbstverwaltungsrepublik, in der jedem Bürger Teilhabe an der Wirtschaftslenkung zugesichert werden sollte, wanderte auf den Müll. Ihr wichtigster Autor, Leszek Balcerowicz, wurde als neuer Vizepremier und Finanzminister zur Personifizierung von radikalen Wirtschaftsreformen, die als Schocktherapie in die Geschichtsbücher eingingen. Die eigentlichen Stichwortgeber saßen als Experten in Weltbank und Internationalem Währungsfond, allen voran Jeffrey Sachs. Die neoliberale Ideologie mit allen ihren Dogmen wurde in Polen die allein gültige. Ein Witz aus dieser Zeit illustriert das recht anschaulich: Wie viele Personen werden gebraucht, um eine Glühbirne herauszuschrauben? Im Sozialismus braucht es dazu fünf Personen, eine hält die Glühbirne fest, die anderen vier drehen die Leiter. Und jetzt? Jetzt ist niemand mehr nötig, denn die Glühbirne wird durch die unsichtbare Hand des Marktes herausgeschraubt.

In einem Interview, das Jeffrey Sachs kürzlich der Wirtschaftszeitung „Dziennik. Gazeta Prawna“ gab, distanzierte er sich vom Neoliberalismus. Er versicherte, dass er, als er die Empfehlungen für Polen geschrieben hatte, an eine gemischte Wirtschaft gedacht habe, zudem mit einem starken Staat, mit Mechanismen der Redistribution, mit einem funktionierenden Arbeitsmarkt. Immer, so Sachs heute, habe ihm die Sozialdemokratie am nächsten gestanden. Doch 25 Jahre zuvor war keinerlei Rede von irgendwelchem Projekt mit sozialdemokratischem Anstrich, sondern ausschließlich vom alternativlosen, zudem universellen neoliberalen Modell, in dem der Markt immer Recht und der Mensch sich dessen Anforderungen zu unterwerfen habe¹.

Der Balcerowicz-Plan, ein Paket aus mehreren Gesetzesvorhaben, wurde noch 1989 durch Sejm und Senat (Oberhaus) gewinkt, alle Abgeordneten der PVAP stimmten zu. Staatspräsident Wojciech Jaruzelski unterschrieb es schließlich, ohne es wohl gelesen zu haben. Die Gewerkschaft „Solidarność“ erklärte auf Betriebsversammlungen den Beschäftigten, der Balcerowicz-Plan sei der kürzeste Weg zum erhofften Wohlstand. Ähnlich dachte auch Jacek Kuroń, der nun Arbeits- und Sozialminister war. Anderer Meinung war allerdings sein langjähriger Kampf- und Leidensgefährte Karol Modzelewski, der stimmte als einziger Abgeordneter im Sejm gegen das Gesetzespaket.

¹ Ja tu tylko doradzałem. Z Jeffreyem Sachsem rozmawia Rafał Woś [Ich habe lediglich beraten. Mit Jeffrey Sachs spricht Rafał Woś], in: Dziennik. Gazeta Prawna, 6.–8. Juni 2014.

Mit dem 1. Januar 1990 wurden diese Gesetze verbindlich. Von einem Tag auf den anderen schossen die Preise um ein Vielfaches in die Höhe, wurden die Einkünfte der Bevölkerung praktisch halbiert. Der Preis für die schnelle Herstellung eines Gleichgewichts der Ware-Geld-Beziehung war eine vehemente Verarmung großer Schichten der Bevölkerung. Eine neue Erscheinung war die Arbeitslosigkeit, die in Polen seit 1945 nicht mehr bekannt gewesen war. Bankkredite für Unternehmen verteuerten sich schlagartig von 8 auf 120 Prozent Zinsen. Es kam massenhaft zu Konkursklärungen von Wirtschaftseinrichtungen, von den 1.615 neuen Industrieunternehmen, die nach 1988 gegründet wurden, erklärten 650 ihren Bankrott. Die neuen Wirtschaftsbedingungen stießen auf den Widerstand bei den Belegschaften in den großen Industriebetrieben, der Hauptbasis der „Solidarność“-Gewerkschaft. Die Arbeiterschaft in der Großindustrie stand vor einem Prozess, der innerhalb nur weniger Jahre neun von zehn Arbeitsplätzen vernichtete. Im Steinkohlenbergbau wurde die Beschäftigung von 450.000 auf 140.000 Bergarbeiter zurückgefahren. Auch Eisenhüttenindustrie und Schiffbau erlebten schwerste Zeiten. 1991 wurden die staatlichen Landwirtschaftsbetriebe aufgelöst, 330.000 Landarbeiter waren plötzlich beschäftigungslos und ohne bezahlte Arbeit.

Im Januar 1990 betrug die Arbeitslosenrate nur 0,3 Prozent, im Dezember 1990 bereits 6,5 Prozent, was 1,1 Millionen Menschen betraf, die in den Arbeitsämtern registriert waren. Ende 1992 betrug diese Zahl bereits 2,5 Millionen, die Arbeitslosenrate lag damit bei 16,5 Prozent. Das alles unter Bedingungen, die zudem anregten, frühzeitig in den Vorruhestand zu gehen oder Invalidität zu beantragen.

Der Anfang der 1990er Jahre erwies sich für Polen als katastrophal. Das Bruttoinlandsprodukt fiel 1990 um 11,7 Prozent, die Industrieproduktion schrumpfte fast um ein Viertel, auch 1992 zeigte die Tendenz nach unten, wieder sank das BIP um 7 Prozent. Die Privateinkünfte schrumpften 1990 um 24 Prozent, der Reallohn (nach Abzug der Inflation) um 28 Prozent, die Renten wurden um 14 Prozent gekürzt.

Die Wirtschaft erhielt einen gewaltigen Schlag. Viele Betriebe gingen in die Knie, nicht, weil sie ineffektiv waren, sondern in erster Linie wegen der astronomisch gestiegenen Kosten für die Kreditfinanzierung. Es setzte ein Prozess der Deindustrialisierung ein. Der Industrieminister in der Mazowiecki-Regierung, Tadeusz Syryjczyk, bekannte ganz offen: die beste Industriepolitik sei die, die man gar nicht bemerke. Zu Opfern dieser Denkweise wurden sogar moderne Firmen mit festen Märkten im Westen, die durch den Balcerowicz-Plan in die Kreditfalle gerieten. Zdzisław Sadowski, Stellvertretender Ministerpräsident in der Messner-Regierung, stellte kürzlich in der Wochenzeitung „Przegląd“ rückblickend und bitter fest, dass dort, wo zuvor komplexe Systeme hergestellt wurden, nun Lagerhallen für Damenunterwäsche und zum Nachreifen der Bananen entstanden.²

² Siehe Zdzisław Sadowski: Balcerowicz nie mógł odejść [Balcerowicz konnte nicht zurücktreten], in: Przegląd, Nr. 47/2013.

Die Privatisierung und ihre Folgen

Bis zum Ende der Volksrepublik Polen dominierte staatliches Eigentum. Um die Vorbehalte in der Bevölkerung gegen eine umfassende Privatisierung zu zerstreuen, wurde das Programm der allgemeinen Verleihung von Eigentumsrechten aufgelegt. Dieses Programm wurde von 1994 bis 1998 umgesetzt, es betraf über 500 große Betriebe. Miteigentümer konnten die Besitzer von so genannten Anteilsscheinen werden, die sich 27 Millionen Bürger mit geringen Kosten zulegten. Das Programm scheiterte allerdings, die Anteilsscheine wurden durch Investitionsfonds aufgekauft, die vom ausländischen Kapital kontrolliert wurden, so dass diese Fonds schließlich die Privatisierung der Unternehmen durchführten. Obwohl die Kapitalprivatisierung bessere Effekte zeitigte – so spülte sie 2012/13 3,3 Milliarden Euro in die Staatskassen – kam es auch hier zu vielen Ungereimtheiten und Unregelmäßigkeiten. Prof. Witold Kieżun, der diesen Verlauf untersucht hat, kann Beispiele aufzeigen, wo Unternehmen unter dem geschätzten Wert verkauft wurden. Seiner Ansicht nach wurde ein großer Teil des Wirtschaftspotentials ganz einfach verschleudert. Auch seien die besten Unternehmen mit guten Aussichten auf anderen Märkten häufig durch westliche Eigentümer aufgekauft worden, nur um diese gleich anschließend zu schließen oder eher unbedeutende Produktion von irgendwelchen Teilen einzuführen.³

Der Privatisierungsprozess steht vor dem Abschluss. Im Jahre 1990 gab es noch mehr als 8.500 Staatsbetriebe, heute nur noch 249. Die Staatshand will die Kontrolle nur noch bei den Unternehmen behalten, die besondere Bedeutung für die Sicherheit des Staates haben (hauptsächlich im Brennstoff- und Energiesektor).

Das beispielsweise gegenüber Deutschland deutlich niedrigere Lohnniveau, die qualifizierten Arbeitskräfte sowie Steuervergünstigungen haben ausländische Investoren nach Polen gelockt. Sie wurden zu einer der grundlegenden Quellen für die Modernisierung und Entwicklung. Auslandskapital kontrolliert eine ganze Reihe von Industriebranchen (z. B. Autobranche, Elektrobranche, Haushaltsgeräte) und den größten Teil des Finanzsektors (darunter den Banksektor), außerdem den Handel mit großen Grundstücken und den Medienmarkt. Doch erst der Beitritt zur Europäischen Union 2004 und die damit einhergehenden Vorteile (milliardenschwere Förderprogramme, freier Zugang zum Gemeinsamen Markt) erbrachten eine spürbare Verbesserung der Situation. Die Wirtschaft nahm Fahrt auf, 2004 betrug das BIP pro Kopf der Bevölkerung in Polen nicht einmal 50 Prozent des EU-Durchschnitts, heute ist ein Wert von 67 Prozent erreicht. 2012 war der Gesamtumfang des BIP doppelt so groß wie 1989, dem letzten Jahr der Volksrepublik. Das Privatauto, in der Volksrepublik ein Ausdruck von Luxus, wurde allgegenwärtiges Transportmittel. Wasser, Luft und der Erdboden sind erheblich weniger geschädigt und belastet als vor 25 Jahren. Es wurden tausende Kilometer neuer Straßen, Wasser- und Abwasserkanäle gebaut, zahlreiche neue Sport- und Erholungseinrichtungen wären hier ebenfalls

³ Siehe Witold Kieżun: *Polska Afryką Europy* [Polen das Afrika Europas], in: *Dziennik. Gazeta Prawna*, 8.–11. November 2013.

zu nennen. Das Freizeitverhalten vieler Polen hat sich grundlegend geändert. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist seit 1990 um sieben Jahre gestiegen. In einer Umfrage eines seriösen Meinungsforschungsinstituts aus Anlass des 25. Jahrestags der Wahlen vom 4. Juni 1989 meinten 71 Prozent der Befragten, dass sich der Systemwechsel gelohnt habe, 45 Prozent meinten, die Veränderungen nach 1989 hätten mehr Vorteile gebracht als Nachteile. Entgegengesetzter Meinung waren 15 Prozent der Befragten. Polens Bürger bewerten also den Systemwechsel viel positiver als die Bürger in Tschechien, in Ungarn oder der Slowakei.

Allerdings meinten bei dieser Umfrage nur 53 Prozent der Befragten, dass sich der Zustand der Wirtschaft verbessert habe, immerhin 28 Prozent waren der Meinung, die Wirtschaft habe vor 1989 besser funktioniert als jetzt. 46 Prozent der Befragten gaben an, dass die soziale Sicherheit in der Volksrepublik höher gewesen sei als jetzt. Und 62 Prozent der Befragten hielten das Gesundheitswesen in der Volksrepublik für das bessere im Vergleich zum heutigen.

Obwohl die Polen also immer länger leben, nimmt ihre Zahl beständig ab. Im letzten Jahrzehnt der Volksrepublik, von 1980 bis 1989, nahm die Bevölkerung um 2,2 Millionen auf insgesamt 38 Millionen zu, von 1990 bis heute nur noch um 400.000. Seit zwei Jahren gibt es ein negatives Wachstum und alle Prognosen gehen davon aus, dass sich die Bevölkerung weiter verringern wird. Für 2030 rechnet man nur noch mit 35 Millionen Einwohnern. Das hängt unmittelbar mit Problemen für die junge Generation zusammen, die bereits im kapitalistischen Polen aufgewachsen und groß geworden ist. Eine Zahl mag das verdeutlichen: Während in Polen auf eine Polin statistisch nur noch 1,3 Kinder kommen, sind es in Großbritannien, wohin seit 2004 viele junge Polen ausgewandert sind, immerhin 2,13. Dort, wo in Polen die höchste Arbeitslosenrate vorliegt, gibt es auch die niedrigsten Geburtenzahlen pro Kopf.

Selbst nachdem über 2 Millionen Menschen das Land verlassen haben, um anderswo Arbeit zu suchen, gibt es in Polen eine offizielle Arbeitslosenzahl, die über zwei Millionen Menschen betrifft. Bei den unter 27-Jährigen beträgt die Arbeitslosenrate 27 Prozent. Junge Menschen sind häufig in so genannten „elastischen“ Arbeitsverhältnissen beschäftigt, die nicht im Arbeitsrecht oder in Kollektiv- oder Tarifverträgen erfasst sind. Es gibt da häufig keinen Anspruch auf gesetzliche Rentenversicherung, auf gesetzlichen Mindestlohn, auf Arbeitszeitbegrenzung, auf bezahlten Urlaub usw. Die so Beschäftigten haben nicht nur geringe Einkünfte, sie sind zugleich für die Banken nicht kreditfähig, so dass sie – anders als in Polen sonst üblich, wo kreditbezahlter Wohnungskauf die Regel ist – teuer oder übersteuert mieten müssen. Das alles führt vielfach dazu, erst spät Familien zu gründen.

Genauso schwierig ist die Situation für Menschen im Vorpensionsalter. 2013 wurde in Polen das gesetzliche Renteneinstiegsalter für Frauen und Männer auf einheitlich 67 Jahre angehoben. In Polen arbeitet von den über 50-Jährigen jeder zweite Mann und jede dritte Frau. Keine Arbeitstelle zu haben, ist der Hauptgrund für Armut. 7,4 Prozent der Bevölkerung lebt unterhalb des Existenzmi-

nimums. Jedes Jahr werden tausende Familien auf die Straße geworfen, weil sie die Miete nicht mehr zahlen können; Obdachlosigkeit gehört wieder zum Alltagsleben. Die Zahl der Selbstmorde hat zugenommen; im Jahre 2013 nahmen sich 6.100 Menschen das Leben, wobei Armut und das Fehlen eines bezahlten Arbeitsplatzes Hauptgründe sind. Im vorigen Jahr verbrannte sich vor dem Regierungssitz in Warschau ein Mann, der wegen Krankheit seinen Arbeitsplatz verloren hatte und sich nicht mehr in der Lage sah, seine Familie zu unterhalten.

Auf der anderen Seite gehört Polen zu jenen Ländern, in denen die Zahl der Reichen sprunghaft zunimmt. Derzeit gibt es 45.000 Polen mit einem Vermögen von mehr als einer Million US-Dollar. 2018 sollen es nach Schätzungen von Credit Suisse bereits 85.000 sein. In Hinsicht der sozialen Spaltung hat Polen, das bis 1989 ein egalitäres Land gewesen war, viele alte kapitalistische Länder in Europa überholt.

Eine Mehrheit der Polen, auch diejenigen, deren Lebensqualität sich nach 1989 deutlich verbessert hat, sorgt sich um den Arbeitsplatz und um die künftige Rente. Das Gefühl einer mangelnden Stabilität ist in Polen mittlerweile allgemein verbreitet. Zunehmend wird mit Besorgnis registriert, dass Polens Entwicklungsschübe immer noch von außen kommen, durch Auslandskapital und die Europäische Union. Immer häufiger wird auf das Jahr 2020 verwiesen, nach dem das heutige Förderniveau aus EU-Fonds drastisch zurückgehen wird. Es ist auch schwer auszumachen, ob das Auslandskapital sich dauerhaft in Polen festsetzt. Im letzten Jahr fuhren Auslandskonzerne in Polen einen Gewinn von 16,1 Milliarden Euro ein, wovon nur 2,3 Milliarden wieder in Polen investiert wurden, was die liberale Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ als das schlechteste Ergebnis seit 2008 wertete.

Übersetzung aus dem Polnischen von *Holger Politt*



Forum Wissenschaft 2/2014

Alterspolitiken

Beiträge zur Debatte über demographischen Wandel

Aus dem Inhalt:

- ◆ Gisela Notz: Es gibt ein Leben nach der Rente
- ◆ Matthias W. Birkwald / Michael Popp: Zur Kritik des aktuellen Rentenpaketes
- ◆ Hannelore Buls: Alterssicherung für Frauen
- ◆ Michael Zander: Wie steht die Gerontologie zu alten Menschen?
- ◆ Thomas Sablowski: BdWi meets Blockupy

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €
www.bdwi.de · service@bdwi.de · Tel.: (06421) 21395

Ilona Švihliková

Der Übergang zum Kapitalismus in der Tschechischen Republik

Der kapitalistische Transformationsprozess in der Tschechoslowakei bzw. der Tschechischen Republik nach 1990 kann auf verschiedene Art und Weise beschrieben werden. In diesem Artikel werde ich mich folgenden Punkten ausführlicher widmen:

- Durchsetzung der „Marktwirtschaft“, Charakter des privaten Eigentums und des Privatisierungsprozesses.
- Integration des Landes in das System der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Es ist ziemlich eindeutig, dass der Untergang des Staatssozialismus dem Kapitalismus geholfen, ihn vielleicht sogar (zumindest vorübergehend) gerettet hat. Es muss aber genauer analysiert werden, um welche Phase des Kapitalismus in den 1990er Jahren es sich handelte und wie und mit welchen Konsequenzen Tschechien in dieses System integriert wurde.

Der Transformationsprozess in Tschechien wurde von vielen Faktoren beeinflusst, u.a. der geographischen Lage, der ökonomischen Struktur der Tschechoslowakei und der Fähigkeit des Staates, den Prozess zu kontrollieren. Nicht zu vergessen sind die internationalen Aspekte, vor allem die Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die Wirtschaft der Tschechoslowakei

Im Vergleich zu den anderen Mitgliedern des RGW kann man davon ausgehen, dass die Tschechoslowakei über ein relativ gut entwickeltes Wirtschaftssystem verfügte. Dies zeigen die Struktur des Exports und das Niveau der Wirtschaftsleistung (BIP pro Kopf) (vgl. Tab. 1 und 2).

Hervorzuheben ist, dass beide Systeme – das sozialistische (Planwirtschaft) und das kapitalistische – in den 1970er Jahren eine tiefe Krise durchmachten und eine bedeutende Verlangsamung des Wirtschaftswachstums erlebten. In der Tschechoslowakei hatte diese Krise auch einen politischen Hintergrund. Nach der kurzen Hoffnung des Prager Frühlings setzte sich mit der so genannten „Normalisierung“ ein Prozess durch, der die Erstarrung der herrschenden Partei vertiefte und alle Bemühungen um Reformen unmöglich machte.

Die Tschechoslowakei war das entwickeltste der mitteleuropäischen sozialistischen Länder und blieb es auch bis zum Jahr 1990. Allerdings erlitt auch sie nach 1989 einen starken Rückgang des BIP pro Kopf. Die Kombination von wirtschaftlicher und politischer Reformunwilligkeit der Kommunistischen Partei einerseits, die sich auch im Widerstand gegen die Perestrojka und die von Gorbatschow geförderten Reformen zeigte, und dem relativ guten Zustand der Wirtschaft (z.B.

sehr niedrige Verschuldung im Vergleich zu Polen und Ungarn) andererseits, schuf eine besondere Konstellation, die nach 1990 in starkem Maße neoliberale Prozesse förderte, was nur auf den ersten Blick paradox ist.

Tab. 1: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf (in Prozent des westlichen Niveaus)

Land	1950	1990
Tschechoslowakei	76,5 %	53,3 %
Ungarn	54,2 %	40,5 %
Poland	53,4 %	32,0 %
UdSSR	62,1 %	43,1 %

Quelle: Myant/Drahokoupil 2011, S. 13 (BIP pro Kopf nach Kaufkraftparität in Internationalen Dollars 1990)

Strukturell dominierte in der Wirtschaft der Tschechoslowakei die Industrie, speziell die Schwerindustrie. Vor allem der Dienstleistungssektor war unterentwickelt. Die Planwirtschaften zeichneten sich durch hohe Standards im sozialen Bereich aus: dies gilt für das Bildungs- und Gesundheitswesen, aber auch für die öffentliche Subventionierung von Lebensmitteln, für hohe Renten/Pensionen usw. Vor allem hatte die Tschechoslowakei ein sehr geringes Niveau sozialer Ungleichheit.

Die starke Außenwirtschaftsorientierung der tschechoslowakischen Wirtschaft spielte beim Übergang zum Kapitalismus eine wichtige Rolle. Tab. 2 gibt eine Übersicht zur territorialen Struktur des Exports. Im Vergleich mit Nachbarländern wie Polen und Ungarn zeigt sich die starke Außenwirtschaftsverflechtung mit der Sowjetunion (und anderen sozialistischen Ländern). Daher war der durch den Kollaps der östlichen Märkte ausgelöste Schock groß.

Tab. 2: Die wichtigsten Export-Märkte der Tschechoslowakei, Polens und Ungarns 1989 (in Prozent des Gesamtexports)

Land	Sowjetunion	andere sozialistische Länder	EWG und EFTA
Tschechoslowakei	32,9 %	23,1 %	23,5 %
Polen	20,8 %	14,0 %	43,6 %
Ungarn	25,1 %	15,9 %	35,6 %

Quelle: Myant/Drahokoupil 2011, S. 43.

„Marktwirtschaft ohne Adjektive“

Der Transformationsprozess der tschechoslowakischen Wirtschaft fand in den 1990er Jahren in der Dekade des so genannten „Washington-Konsensus“ statt. Dessen marktradikale Prinzipien lassen sich vereinfacht mit den drei

Worten Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung zusammenfassen. Die an diesen Zielen ausgerichtete Wirtschaftspolitik bestimmte ebenso wie die inneren Bedingungen die spezifische Form des Übergangs zum Kapitalismus in der Tschechischen Republik. Theoretische Alternativen zur neoliberalen Variante kapitalistischer Entwicklung, wie z.B. die Institutionelle Ökonomie (die die Wichtigkeit der mikroökonomischen Aspekte – die Struktur der Unternehmen, deren Größe und Position auf dem Weltmarkt etc. – betont), oder die Möglichkeit der Erweiterung der „Arbeitnehmerbeteiligung“ (in der Form von Genossenschaften oder selbst in milderer Form wie ESOP [employee stock ownership plan] in den USA), all das wurde sofort als „altes Denken“ etikettiert. Der gegenwärtige Präsident der tschechischen Republik, Miloš Zeman, war und ist Anhänger einer solchen „Arbeitnehmerbeteiligung“, blieb aber mit diesen Ideen Anfang der 1990er Jahre weitgehend allein.

Neben den internationalen Einflüssen – vor allem dem Engagement des IWF – haben vor allem die inländischen Präferenzen, die durch die Figur von Václav Klaus repräsentiert wurden, die Lage geprägt. Der IWF hatte in der Tschechoslowakei und später in der Tschechischen Republik keinen so großen Einfluss wie in Polen oder Ungarn, weil die Verschuldung des Staates fast bei Null lag und der Druck daher wesentlich schwächer war. Auf der anderen Seite gelang es Václav Klaus, seine Ideen einer „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ auch mit Hilfe seines starken Charismas in der tschechischen Gesellschaft rasch durchzusetzen. Die strukturell schwächere Slowakei war sich bewusst, dass sie eine solche Form der Transformation nicht aushalten würde, und das war dann auch einer der Gründe für den Zerfall der Tschechoslowakei in die beiden selbständigen Staaten Tschechische Republik und Slowakische Republik (1993).

In der Tschechischen Republik wurde der Weg des Neoliberalismus schon Anfang der 1990er Jahre beschritten, aber die Tendenz vertiefte sich nach der Spaltung der Tschechoslowakei und nachdem Václav Klaus 2003 die Wahlen gewonnen hatte. Heute mag dies unglaublich erscheinen angesichts der Erfahrungen, die die meisten Tschechen mit seinen „Reformen“ gesammelt haben. Aber damals gelang es Václav Klaus mit seinen Ideen eines „reinen Kapitalismus“ und der raschen Transformation und angesichts der Beliebtheit von Maggy Thatcher und Milton Friedman den Eindruck zu erwecken, er kenne „den Weg“ und nach ein paar Jahren des Leidens würden die Tschechen so reich wie die Deutschen sein. Allerdings hüteten sich in den ersten Jahren fast alle Politiker, das Wort „Kapitalismus“ zu benutzen. Stattdessen sprachen sie nur von der „Marktwirtschaft“.

Das hatte seine guten Gründe. Ende 1989 und 1990 verlangte die Majorität der Bevölkerung nach größeren Freiheiten (z.B. Reisefreiheit oder die Freiheit, selbstständig erwerbstätig sein zu können), aber fast alle nahmen es als selbstverständlich an, dass die sozialen Rechte erhalten bleiben würden. Mit Bitternis erinnert man sich heute an die Erklärungen von Václav Havel, der Ende 1989 zum Präsidenten gewählt wurde, in denen er den Hinweis auf die Risiken von Arbeitslosigkeit und weitere Probleme als ein Argument ablehnte, das „von den Kommunisten missbraucht“ werde. Es gab kaum eine öffentliche Debatte über die zukünftige

Richtung. Wer andere Meinungen vertrat – z.B. Vorschläge für größere „Arbeitnehmerbeteiligung“ oder eine stärkere Betonung der Rolle des Rechtes, wie in der Institutionellen Ökonomie –, wurde einfach als gefährlicher Bolschewik bezeichnet, der die Rückkehr zu den Verhältnissen von vor 1989 wolle.

Staat und Privatisierung

Der Übergang zum Kapitalismus erwies sich als ein vielschichtiger Prozess. Die Tschechoslowakei war schon damals eine gegenüber dem Weltmarkt geöffnete Wirtschaft mit einer – zumindest im Vergleich zu anderen sozialistischen Staaten – höheren Exportquote, gemessen am BIP. Die Exporte gingen jedoch in höherem Maße in sozialistische Länder als dies z.B. für Polen oder Ungarn der Fall war (vgl. Tab. 2). Daher kam der Außenwirtschafts-Politik große Bedeutung zu. Hier hatte der IWF großes Gewicht, vor allem in der Währungspolitik. Der IWF übte massiven Druck aus zugunsten einer mehrfachen starken Abwertung der Krone, was seiner Politik des „Washington-Konsensus“ entsprach. Die Tschechoslowakei wurde damit „billig“; diese Maßnahmen beeinflussten massiv die spätere Integration beider Länder in die Weltökonomie. Die geschwächte Krone verteuerte die Importe nicht nur von Verbrauchs-, sondern auch von Investitionsgütern, die für die Modernisierung der Betriebe wichtig waren. Die Exportwirtschaft gewann auf der anderen Seite einen beachtlichen Preisvorteil, der sie vom Zwang befreite, ihre ökonomische Struktur zu ändern. Die Tschechoslowakei setzte sich folglich auf den Weltmärkten nur durch Preisfaktoren durch und ihre Exportstruktur begann sich der Struktur der Entwicklungsländer anzugleichen. Der rasche Zerfall des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) bedeutete zugleich den Verlust der östlichen Märkte, so dass sich die Betriebe schnell auf die Westmärkte umorientieren mussten. Hier spielten sie natürlich nur eine zweitklassige Rolle.

Dazu kam der Umstand, dass im Zuge der Kuponprivatisierung ab Anfang 1992 nicht nur viele Betriebe geschlossen, sondern auch zerlegt wurden. Ein typisches Beispiel sind die „Betriebe für Außenhandel“ (PZO – podniky zahraničního obchodu). Während im Westen die Tendenz in Richtung auf maximale Konzentration in Form von transnationalen Unternehmen lief, verbunden mit Fusionen und Akquisitionen, wurde in den ehemaligen RGW-Länder die Unternehmens-Struktur in einem gegenläufigen Prozess zersplittert, was völlig im Interesse des westlichen Kapitals lag.

Für den Transformationsprozess spielte der Staat eine entscheidende Rolle. Die Regierung lehnte zwar aus ideologischen Gründen staatliche Eingriffe als „soziales Ingenieurwesen“ strikt ab, führte aber gleichzeitig massive Eingriffe durch. Die Form und Geschwindigkeit des Privatisierungsprozesses und der Eigentumsübertragungen veränderten die ökonomische und soziale Struktur des Landes radikal. Die Privatisierung wurde nicht als Instrument, sondern als Ziel an sich präsentiert: Je schneller alles privatisiert wurde, desto besser für die Wirtschaft. Dabei war die so genannte „Kleine Privatisierung“ eigentlich keine Privatisierung, da die Interessenten nur die Berechtigung erwerben konnten, z. B. ein kleines Ladengeschäft zu betreiben. Die Form dieser Privatisierung

tisierung war so „erfolgreich“, dass sie die Voraussetzungen für das systematische Eindringen der ausländischen Handelsketten schuf.

Den wichtigsten Schritt stellte die Kuponprivatisierung dar. Die – zumindest offiziell propagierte – Idee bestand darin, einen „Volkskapitalismus“ zu schaffen, in dem jeder Bürger Aktionär werden sollte.¹ Václav Klaus zeigte sich gegenüber ausländischen Investoren abgeneigt und widersetzte sich dem Verkauf von Škoda an den deutschen Volkswagen-Konzern. Die aus der Kuponprivatisierung hervorgegangenen Kleinaktionäre hatten keinerlei Einfluss auf das Handeln der Betriebe. Sie verfügten weder über die notwendigen Informationen noch hatten sie entsprechende Erfahrung. Zudem waren sie unglaublich zersplittert. Die Rolle der Privatisierung wurde im Übrigen verzerrt. Ihr Sinn sollte eigentlich nicht darin bestehen, so schnell wie möglich neue Eigentümer zu finden, sondern das Verhalten der Betriebe zu ändern. Vorteile hatten natürlich jene Personen, die besser als die normalen Bürger über den wirklichen Stand der Betriebe informiert waren, und die so genannten Investitionsfonds, die zumeist von Banken gegründet worden waren. Die Banken befanden sich aber (noch) im Staatseigentum. Der Konzentrationsprozess vollzog sich schnell, da die meisten Bürger Bargeld bevorzugten und der Ausverkauf des nationalen Reichtums der sozialen „Abfederung“ diene. Miloš Pick konstatierte, dass sich sehr schnell eine neue Machtpyramide herausgebildet hatte: etwa 500 Familien kontrollieren die ganze Wirtschaft, ohne sie zu besitzen. Damit ist eigentlich ein neues „ökonomisches Politbüro“ entstanden, das nie gewählt wurde. „Extreme Konzentration der ökonomischen Macht, extrem abgehoben von hochgradig zersplittertem Streubesitz – das ist das Ergebnis der Kuponprivatisierung.“²

Jan Stráský, ein ehemaliger Mitarbeiter von Václav Klaus, hat 2013 in einem sehr kritischen Interview nach all den Jahren offen zugegeben, dass die Privatisierung als Prozess organisiert wurde, bei dem man „das Licht ausschaltete“, damit die „Fähigsten“ den Reichtum unter sich verteilen konnten. Er beschreibt in dem Interview³ die Methoden, mit denen das gemacht wurde. Andere Kritiker betonen die Bedeutung der Amnestie, die Václav Klaus kurz vor Ende seiner Amtszeit als Präsident Anfang 2013 erließ: Diejenigen, die sich durch die Privatisierung bereichert hatten und die die Politik und Medien beherrschen bzw. besitzen, sollten nie juristisch belangt werden. Die Geschwindigkeit, mit der die Privatisierung durchgesetzt wurde, war entscheidend: Es

¹ Der tschechische Wirtschaftswissenschaftler Miloš Pick, der sich als einer der Wenigen mit einer systematischen Kritik des Transformationsprozesses befasst hat, kommentierte ironisch, dass die Kuponprivatisierung den Beifall der kommunistischen Partei hätte finden können: alle Betriebe gehören allen. Er stellte in seiner Analyse fest, dass die Betriebe, die durch die Kuponmethode (die übrigens auch mit Nachdruck von J. Stiglitz kritisiert wurde) privatisiert wurden, wirtschaftlich die schlechtesten Ergebnisse erreichten.

² M. Pick, *Stát blahobytu, nebo kapitalismus? My a svět v éře neoliberalismu 1989-2006*, Grimmus, Všeň, 2009, S. 42

³ *Rozkradená republika?*, *Ekonom*, č. 14, 2013, str. 6-7. Das ganze Interview findet sich unter: <http://dialog.ihned.cz/sidlo/c1-59481620-jan-strasky-co-klaus-sam-neciti-nikdy-neposlechne>.

ging darum, möglichst schnell eine „Elite“ zu schaffen, die den Prozess der neoliberalen Politik tragen würde.

Die Tschechische Republik wurde gelegentlich als „der osteuropäische Tiger“ beschrieben. Seit der zweiten Hälfte der 1990er ist damit aber Schluss. Die Wirtschaft ging in Stagnation über und zeigte starke innere Ungleichgewichte, die sich dann auch in der Zahlungsbilanz widerspiegeln. Die Tschechische Republik wurde bei fixiertem Wechselkurs⁴ attraktiv für Währungs-Spekulanten; 1997 kam es zu einer kleinen Finanz-Krise und unter dem Druck der Spekulationsattacke musste die Wechselkursbindung aufgegeben werden. Die erzwungene Abwertung war eigentlich das reale Ergebnis des Transformationsprozesses. Diese Entwicklung hatte auch politische Konsequenzen: 1997 kam es zu vorzeitigen Wahlen, die die Sozialdemokraten gewannen. Sie konnten nach langwierigen Verhandlungen eine Minoritätsregierung bilden.

Die frustrierten und verärgerten Bürger hatten inzwischen realisiert, was Sinn und Ergebnis der Kuponprivatisierung war. Es häuften sich insbesondere in den Jahren 1993 bis 2003 Probleme bei den Banken, die vom Staat unter unglaublichen Kosten (Schätzungen reichen bis zu einer Billion Kronen) gerettet wurden. Die Sozialdemokraten initiierten verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung der Exportwirtschaft. Ihre Wirtschaftspolitik zielte auf die Anwerbung von ausländischen Direktinvestitionen, vor allem im Bereich industrieller Montage-Tätigkeiten; so sollte die rapide steigende Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Das größte Paradoxon besteht wohl darin, dass die Sozialdemokraten die Banken privatisierten, eine Maßnahme, vor der Václav Klaus immer zurückschreckte. Auf diese Weise begannen die transnationalen Unternehmen in Tschechien eine bedeutende Rolle zu spielen, was auch heute für die Tschechische Republik symptomatisch ist.

Fassen wir zusammen: Die rechts-orientierten Parteien mit Václav Klaus als „Vater des Transformationsprozesses“ an der Spitze haben versucht, schnell und ohne öffentliche Diskussion eine neue Elite und damit zugleich neue nationale Strukturen zu schaffen. Die Privatisierung war ihr Instrument zur Neuverteilung des Eigentums. Da die Privatisierungsmethoden in den Augen der Öffentlichkeit versagten und der ökonomische Zustand sich verschlechterte, kamen die Sozialdemokraten an die Macht. Ihre Politik führte zu wachsendem Einfluss des ausländischen Kapitals, vor allem über Direktinvestitionen. Niemandem ist es gelungen, starke tschechische und wirtschaftsdemokratische Strukturen zu schaffen. Die war auch niemandes Priorität in den neoliberalen 1990er Jahren.

Weltmarktintegration

Die Integration Tschechiens in die Weltwirtschaft vollzog sich wie bei den anderen ehemaligen RGW-Ländern in den 1990er Jahren, also in der Zeit des „Washington-Konsensus“ oder generell in der neoliberalen Ära. Der Einfluss der EU auf den Transformationsprozess war nicht so intensiv wie der der Weltbank und

⁴ Der Wechselkurs war kurzfristig an fünf Währungen, seit Mai 1993 nur noch an US Dollar und Deutsche Mark gebunden.

des IWF. Aus mikroökonomischer Sicht war dies die Integration in eine Welt von Oligopolen – von mächtigen transnationalen Unternehmen. Infolge der Destruktion der binnenwirtschaftlichen Strukturen in den ehemaligen RGW-Ländern bestand deren einzige „Chance“ darin, billige Zulieferer zu werden und über den Preis zu konkurrieren. Ihre Weltmarkt-Integration vollzog sich mithin – in Tschechien wurde diese Tendenz dominant seit Ende der 1990er Jahre – in der Rolle von „Quasi-Kolonien“. Das war mit ernststen makroökonomischen Konsequenzen verbunden. Ganz anders der Transformationsprozess in China, bei dem der chinesische Staat immer die Kontrolle über die Wirtschaftsstrukturen des Landes behalten hat. Die vom Staat kontrollierten chinesischen Betriebe sollten fähig sein, sich der Konkurrenz der großen westlichen Unternehmen zu stellen.

Das System des Kapitalismus befand sich seit den 1970er Jahren in einer strukturellen Krise. Dass die staatssozialistischen Systeme kollabierten, bedeutete für den Kapitalismus nicht nur einen ideologischen Sieg, sondern gab ihm auch die so dringend benötigte Möglichkeit, weiter zu expandieren, neue Märkte zu öffnen, die neue Länder auszubeuten und so auch Druck auf die „alten“ westlichen Länder⁵ auszuüben. Für das kapitalistische System bedeutete der Zerfall der staatssozialistischen Länder wirklich eine Rettung. Es konnte sich als der ideologische Sieger präsentieren: der (neoliberale) Kapitalismus als das beste aller Systeme, zu dem es keine Alternative gibt. Das könnte auch eine Erklärung sein für die Abneigung gegen einen Marshall-Plan II für die „Transformationsländer“.

Anfang der 1990er Jahre wurde die Tschechoslowakei wieder Mitglied des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT), zu dessen Gründungsmitgliedern sie 1947 gehört hatte; nach dem Zerfall der Tschechoslowakei Ende 1992 wurde die Mitgliedschaft für beide Staaten (Tschechien und Slowakei) akzeptiert. 1991 wurden die Assoziierungsabkommen mit der EG unterzeichnet. Sie wurden nicht nur auf Handelsfragen beschränkt. 1993 entstand das Mitteleuropäische Freihandelsabkommen (Central European Free Trade Agreement, CEFTA) mit den Mitgliedsstaaten Tschechien, Slowakei, Polen und Ungarn. Deren Mitgliedschaft erlosch 2004 mit ihrem Beitritt zur EU; dies gilt auch für Tschechien, das 2004 zusammen mit weiteren neun Staaten EU-Mitglied wurde.

Es war schon erwähnt worden, dass erst nach Regierungsantritt der Sozialdemokraten Einrichtungen für die Förderung von Export und ausländischen Investitionen gestärkt oder neu gegründet wurden. Das betrifft die Tschechische Exportbank, die Exportversicherungsgesellschaft EGAP, die Handelsförderungsagentur Czechtrade und die Investitionsagentur Czechinvest. Unter der sozialdemokratischen Regierung wurden auch Investitionsanreize eingeführt.

Als positive Seiten der tschechischen Wirtschaft werden meistens genannt: relativ hoher Modernisierungsstand der Produktionsstätten, niedrige Arbeitslosigkeit (vor allem bei Montagebetrieben), zunehmender Export und damit positive Entwicklung der Handelsbilanz, die ab 2005 einen positiven Saldo zeigte. Aller-

⁵ Typisch z.B. die Drohung der Firma Bosch in Frankreich, bei Verweigerung der Zustimmung zu längerer Arbeitszeit ohne Lohnausgleich alle Produktionsstätten nach Tschechien zu verlagern.

dings investieren die transnationalen Unternehmen nicht aus altruistischen Gründen. Wenn die Investitionen „reif“ werden, kommt es zu Abflüssen der Profite aus dem Land. Seit 2006 übersteigt der Abfluss von Dividenden und Zinsen die reinvestierten Profite. Diese Abflüsse zeigen sich in der Einkommensbilanz, die sehr stark negativ ist. Der Abfluss aus der Tschechischen Republik beträgt mehr als sieben Prozent des BIP. Das unterstreicht die strukturelle Schwäche der tschechischen Wirtschaft. Diese 7 Prozent fehlen dann beim Sparen und Investieren.

Tabelle 3: Reinvestierte Profite, Dividenden- und Zins-Abfluss (in Mrd. Kronen und Prozent)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Reinvestierte Profite	87,189	140,5	41,2	67,7	75,9	38,0	78,0	95,3
Abflüsse der Profite und Zinsen	184,9	238,8	265,4	244,1	275,0	293,4	279,9	297,2
Profit-/Zins-Abfluss in % des BIP	5,5%	6,5%	6,9%	6,5%	7,3%	7,7%	7,3%	7,6%
Einkommensbilanz	-165	-255	-175	-250	-285	-256	-260	-312

Quelle: Tschechische Nationalbank, lange Zeitreihen – sh. www.cnb.cz, www.czso.cz.

„Misslungene Transformation“

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung Tschechiens zeigt, dass Tschechien wie auch andere ehemalige RGW-Länder einem Transformationsschock unterlagen. Auf die eher kleine Währungskrise 1997 folgte wenig später eine Bankenkrise. Das wirtschaftliche Ausgangsniveau (das Niveau vor der Transformation) wurde im Vergleich zu EU15 erst im Jahre 2004 wieder erreicht. Die Konvergenz im Rahmen der EU fiel in den letzten Jahren einer übertriebenen Politik der Haushaltskonsolidierung zum Opfer. Tschechien bleibt also gemessen am pro-Kopf-Einkommen auf dem Niveau von 80 Prozent des EU-Durchschnittes, allerdings mit großen regionalen Unterschieden.⁶ Dazu kommt eine ungewöhnlich hohe Differenz zwischen dem Niveau der Produktivität (es beträgt in Tschechien etwa zwei Drittel von Deutschland) und dem Niveau von Löhnen und Gehältern (sie liegen im Vergleich zu Deutschland bei etwa 40 Prozent). Einige Ökonomen vertreten die Ansicht, dieser Unterschied gehe auf den Beginn der Transformation zurück (Abwertung der Krone) und entspreche dem Abfluss der Profite aus dem Land.

Miloš Pick⁷ konstatierte im Jahre 2011: „Im Vergleich zu anderen sich transformierenden Ländern in Zentraleuropa hatte Tschechien einen bemerkenswerten Vorsprung bei der Arbeitsproduktivität. Es hatte auch eine niedrige Auslands-Verschuldung, nur geringe Ungleichgewichte auf dem Binnenmarkt und

⁶ Prag, das politisch sehr rechts orientiert ist und konservative Parteien bevorzugt, erreicht 172 Prozent des EU-Durchschnitts, die anderen Regionen nur 67 Prozent.

⁷ Pick, M.: Stát blahobytu, nebo kapitalismus? S. 72.

eine sehr niedrige Inflationsrate. Das in der Gesellschaft verfügbare ‚Zivilisationspotential‘ – das Niveau von Bildung und Qualifizierung mit hohem Anpassungsfaktor – war der komparative Vorteil der tschechischen Wirtschaft für viele Jahre. Diese vorteilhaften Ausgangsbedingungen Tschechiens wurden nicht nur falsch genutzt, sondern sie wurden zum großen Teil verschwendet.“

Insofern kann von einer „misslungenen Transformation“ gesprochen werden. Sie hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Politik, die von Skandalen und einem hohen Maß an Korruption und mafïösen Praktiken auf allen Ebenen der Staatsverwaltung geprägt ist.⁸ All das fördert Angst und Apathie bei den Menschen, Angst, öffentlich aufzutreten und sich zu engagieren. Stattdessen sehen wir eine neue Welle von Privatismus, den Rückzug „ins traute Heim“ zum Fernsehen, auf die Datschen und ins Hobby mit der naiven Hoffnung, dass hier die Politik keine Rolle spielt. Die Verdrossenheit über die „traditionellen“ Parteien führt, wie auch in anderen Ländern, zur Unterstützung von Personen und Institutionen, die eindeutig populistisch sind bzw. von reichen Oligarchen gegründet wurden.⁹

Literatur

- Bureš, J., Charvát, J., Just, P., Štefek, M.: Česká demokracie po roce 1989, Institucionální základy českého politického systému, Grada 2012.
- Dale, G (ed.): First the transition, then the cash, Eastern Europe in the 2000s, London 2011.
- Dubská, D.: Ekonomika ČR v trendech: byl rok 2011 opět zlomový?, ČSÚ, 2012
- Dubská, D.: Firmy se zahraniční majetkovou účastí v ekonomice ČR: oslabily nebo dále sílí?, ČSÚ, 2012.
- Klvačová, E., Malý, J., Mráček, K., Dostálová, I., Chlumský, J.: Státní pomoc, nebo dobývání renty? Praha 2005.
- Kolektiv CES VŠEM, NOZV NVF: Konkurenční schopnost České republiky 2010-2011, Praha 2011.
- Kubišta, V. a kol.: Mezinárodní ekonomické vztahy, Praha 1999.
- Myant, M., Drahoukupil, J.: Transition economies. Political economy in Russia, Eastern Europe and Central Asia, Wiley, 2011.
- Pick, M.: Stát blahobytu, nebo kapitalismus? My a svět v éře neoliberalismu 1989-2006, Grimmus, Všeň 2009.
- Prorok, V.: Tvorba rozhodování a analýza v politice, Grada 2012.
- Štouračová, J. a kol.: Proměny ekonomické diplomacie v ČR a ve světě, Praha 2012.
- Švihlíková, I., Zechowska, S., Terem, P.: Political and economic features of transformation processes in the Czech Republic, Poland and Hungary, Praha 2013.

⁸ Vgl. Auch Bureš, J. a kol.: Česká demokracie po roce 1989. Institucionální základy českého politického systému, S. 468-469.

⁹ Der heutige Finanzminister Andrej Babiš gehört zu den reichsten „Tschechen“ (er ist eigentlich Slowake), seine Firma Agrofert zählt zu den Giganten der Landwirtschaft. Seine Bewegung ANO („Ja“) hätte fast die Wahlen 2013 gewonnen und hat momentan den höchsten Zuspruch.

David X. Noack

Slowakei: Über Umwege zum neoliberalen Musterland

Selten gelangt die Slowakei in Westeuropa in die Schlagzeilen, meist sind es EU-Angelegenheiten, wegen der sich Journalisten oder gar Politiker mit der Lage in dem mittelosteuropäischen Land auseinandersetzen. Sonst geht die Slowakische Republik mit ihren etwas mehr als 5,4 Millionen Einwohnern in der Wahrnehmung oft unter. Die größten „Gefahren“, die NATO- und EU-Strategen in den 1990er Jahren noch befürchtet hatten, sind mittlerweile aus dem Weg geräumt und das Land an der Hohen Tatra ist ein braves, aber nicht besonders engagiertes Mitglied von EU und NATO. Doch im ersten Jahrzehnt nach dem Realsozialismus hatte es noch gar nicht danach ausgesehen.

Als mit den Demonstrationen in der Prager Innenstadt Ende 1989 die Herrschaft der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (KSČ) erst zu wanken begann und schließlich mit der Ernennung des Wirtschaftsliberalen Václav Havel zum neunten Präsidenten der Tschechoslowakei am 29. Dezember 1989 endete, erfreuten diese Ereignisse nur wenige Slowaken. Der Weg der Slowakei vom Feudalismus in den Kapitalismus und schließlich in den Realsozialismus des 20. Jahrhunderts hatte sich fundamental anders gestaltet als der tschechische, und die Begeisterung über eine „Rückkehr nach Europa“ traf in den Gebieten zwischen Bratislava und der damals noch sowjet-ukrainischen Grenze auf wenig Euphorie.

Zur Geschichte der Slowakei

Vom 10. Jahrhundert bis 1918 existierte keinerlei slowakische Entität. Unter ungarischer Kontrolle war die Slowakei stets durch Bergbau und Landwirtschaft geprägt. Eine Industrialisierung erfolgte nur teilweise in den wenigen großen Städten. Nachdem unter anglo-französischer Patronage 1918/1919 der tschechoslowakische Staat entstand, fand sich das slowakische Volk erstmals mit dem tschechischen in einem gemeinsamen Staat wieder. Sinn und Zweck der Ersten Tschechoslowakischen Republik auf dem geopolitischen Schachbrett Mitteleuropas war es, dem deutschen Drang nach Osten bzw. die Donau hinab ein mit Paris und London alliiertes Bollwerk entgegenzusetzen. Unter dem Schlagwort „Nostrifizierung“ verstaatlichte die Prager Regierung Großbetriebe unter der Kontrolle von Deutschen und Österreichern, um sie dann wieder zu privatisieren. Mit der Nostrifizierung beabsichtigte die tschechoslowakische Staatsführung den Aufbau einer selbstständigen Wirtschaft.¹ Dabei setzten sich finanzkräftige französische Konzerne wie die atlantisch ausge-

¹ Vgl. Alice Teichova: Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte: Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit, Wien 1988.

richtete Schneider-Gruppe in der vor allem tschechischen Industrie fest.² Als Filetstücke der Schneider-Expansion sicherte sich diese Gruppe beispielsweise die *Škoda-Werke* und die *Berg- und Hüttengesellschaft (BH)*. Unter französischer Leitung expandierte die Prager *BH* besonders in die Slowakei, wo sie systematisch Konkurrenten aufkaufte.³ Die britischen Konzerne wiederum konzentrierten sich auf die Schifffahrtsindustrie entlang der Donau.⁴ Die ausländischen Unternehmen brachten jedoch keine wirtschaftlichen Impulse in die Slowakei, sondern veränderten lediglich die Konzernstrukturen.

Der Wegfall aller Handelshemmnisse gegenüber den tschechischen Gebieten versetzte den bis 1918 herausgebildeten slowakischen Industrialisierungsansätzen einen schweren Schlag. Böhmen und Mähren als früheres industrielles Zentrum des österreichischen Teils der k.u.k. Monarchie besaß eine viel weiter entwickelte Industrie als die Slowakei. In der Rezessionsphase von 1921-1923 konnten sich beispielsweise das Blechwalzwerk im mittelslowakischen Zvolen sowie die Eisenhütte im ostslowakischen Krompachy nicht gegen die Konkurrenz aus den tschechischen Landesteilen behaupten. Daher entwickelten sich die slowakischen Gebiete im Laufe der 1920er und 1930er Jahre vor allem zu Rohstoffzulieferern für die tschechische Industrie.⁵ Die Slowakei blieb somit ein peripherer Zulieferer des Weltmarktes, nur unter anderen politischen Vorzeichen.

Im politischen System des tschechisch dominierten Bundesstaates konnten lediglich zwei größere Parteien auf Rückhalt in der slowakischen Wählerschaft zählen: Die katholisch-autonomistische Volkspartei (SLS) unter ihrem Anführer Andrej Hlinka sowie die Kommunistische Partei (KSC). Als 1938 das erstarkte faschistische Deutschland das tschechoslowakische Bollwerk zerschlagen wollte, setzte Berlin unter anderem auf die katholischen Autonomisten in der Slowakei. Diese durften 1939 einen territorial zusammengeschrumpften „Schutzstaat“ aus der Taufe heben, dessen wirtschaftliche Kontrolle sich jedoch das Dritte Reich sicherte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlebte die Slowakei in der Dritten Tschechoslowakischen Republik zunächst einen Wiederaufbau unter kapitalistischen Vorzeichen. Bei freien Wahlen setzte sich 1946 die christlich-bürgerliche Demokratische Partei mit zwei Dritteln gegen die Kommunistische Partei durch.⁶ Als ab 1948 die Tschechoslowakische Kommunistische

² Vgl. Kees van der Pijl: *The Making of the Atlantic Ruling Class*, London 2012², S. 48.

³ Vgl. Alice Teichová: *Die Rolle des Auslandskapitals in der Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft AG in der Tschechoslowakei 1918-1938*, in: *Tradition: Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie*, Jg. 12 (1967), Nr. 3., S. 393-415 (408).

⁴ Vgl. Alice Teichová, Penelope Ratcliffe: *British Interests in Danube Navigation After 1918*, in: *Business History*, Jg. 27 (1985), Nr. 3, S. 283-300.

⁵ Vgl. Karl Bachinger, Vlatislav Lacina: *Wirtschaftliche Ausgangsbedingungen*, in: Alice Teichová, Herbert Matis (Hgg.): *Österreich und die Tschechoslowakei 1918-1938 – Die wirtschaftliche Neuordnung in Zentraleuropa in der Zwischenkriegszeit*, Wien/Köln/Weimar 1996, S. 51-90 (hier: S. 78).

⁶ Vgl. James Ramon Felak: *After Hitler, before Stalin – Catholics, Communists and Democrats*

Partei in Prag regierte, schien dem ZK der KSC sowie der sowjetischen Politikführung die slowakische Bevölkerung als unsicherer Kantonist, weswegen entgegen der in der Verfassung festgeschriebenen föderalen Struktur der Staat erneut zentralistisch umgebaut wurde.

Der Umbruch ab 1990

Trotz der bis 1968 anhaltenden politischen Marginalisierung der Slowaken konnte sich das realsozialistische System bis 1989 in der Bevölkerung fest verankern. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes kam es zu einer breit angelegten Industrialisierung. Kombinate der Metallverarbeitung und chemischen Industrie sowie der Rüstungsindustrie entstanden in der ganzen Slowakei. Hinzu kam der Ausbau des Straßen- und Schienennetzes, die Errichtung von Staudämmen zur Stromgewinnung und der geopolitisch wichtige Bau von Erdöl- und Erdgas-Pipelines quer durch das Land. All diese Aspekte sowie ein über die Jahrzehnte steigender Lebensstandard der breiten Masse der Slowaken sorgten dafür, dass der politische Widerstand gegen den Realsozialismus nur marginal blieb. Vor allem Kirchen-, Studenten- und Umweltgruppen bildeten die politische Opposition. Diese blieb jedoch hauptsächlich auf die zwei größten Städte Bratislava und Košice beschränkt.

Bei den ersten Wahlen 1990 in der im Übergang zum Kapitalismus befindlichen Tschechoslowakei konnten im tschechischen Landesteil das ‚Bürgerforum‘ (OF) sowie im slowakischen Bundesstaat die Sammlungsbewegung ‚Öffentlichkeit gegen Gewalt‘ (VPN) Erfolge verbuchen. Während im OF der Thatcherist Václav Klaus eine starke Stellung erlangte und damit politisch dauerhaft erfolgreich blieb, konnten sich die Vertreter einer „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ (so die Parole von Václav Klaus) zwar in der VPN durchsetzen, jedoch nicht im politischen System. Die Idee einer radikalen Abkehr vom starken Staat des Realsozialismus fand in der Slowakei kaum einen politischen Rückhalt. Aus der VPN spaltete sich die ‚Bewegung für eine demokratische Slowakei‘ (HZDS) ab und die frühere Sammlungsbewegung der Dissidenten VPN unter Führung des neoliberalen Soziologen Fedor Gál löste sich bereits 1992 auf.

Die ersten beiden Jahre der 1990er Jahre brachte für die Slowakei einen beispiellosen wirtschaftlichen Einbruch. Die Industrieproduktion sank zwischen 1990 und 1991 um 24,7 Prozent und im Jahr darauf nochmals um 13,8 Prozent.⁷ Ganze Industriezweige, wie die Produktion von Waffen und landwirtschaftlichen Geräten, kamen nahezu komplett zum Erliegen. Zum Zusammenbruch der vor allem in der Mittelslowakei angesiedelten Rüstungsindustrie hatten mehrere innere und äußere Gründe geführt. Während eines USA-Besuches des tschechoslowakischen Präsidenten Havel versprach dieser, dass

in Slovakia 1945-1948, Pittsburg 2009, passim.

⁷ Vgl. Hannes Hofbauer, David X. Noack: Slowakei: Der mühsame Weg nach Westen, Wien 2012, S. 77.

die Tschechoslowakei ihre Rüstungsexporte vollständig einstellen werde.⁸ Was als Friedensgeste gedacht war, hatte katastrophale Auswirkungen auf den slowakischen Landesteil. Hinzu kam der Druck von außen: Im Frühjahr 1992 stoppte ein Flottenverband der deutschen Bundesmarine unter der Führung des Zerstörers ‚Mölders‘ im Mittelmeer ein Frachtschiff, welches slowakische Panzer geladen hatte, und geleitete es zurück. Das Kriegsgerät war für die syrische Armee, die im Golfkrieg 1991 noch als verbündete Streitmacht der NATO-Armeen agiert hatte, bestimmt. ‚Der Spiegel‘ nannte die Aktion, die mit einer angeblichen „Gefahr im Verzug“ begründet wurde, eine „spektakuläre Kaperung“.⁹ Der Umstand, dass verkaufte slowakische Waffen nicht zu den Käufern gelangten, dürfte die Vertrauenswürdigkeit der Waffenindustrie des Landes auf dem globalen Rüstungsmarkt enorm geschmälert haben.

Die rasant ansteigende Arbeitslosigkeit sowie die von der Prager Föderalregierung forcierten Privatisierungen führten zu einer Wende im politischen System. Die HZDS unter dem Juristen Vladimír Mečiar gewann die Parlamentswahlen von 1992 deutlich und errang aus dem Stand 74 der 150 Sitze im Nationalrat. Mit der Etablierung dieser politischen Kraft gab es in der Slowakei zwei politische Pole, die sich dauerhaft unversöhnlich gegenüber standen. Auf der einen Seite standen die Parteien des grundsätzlich wirtschaftsliberalen und pro-euroatlantischen Diskurses und auf der anderen Seite die verschiedenen Kräfte eines sozialnationalen Mainstreams. Beide Strömungen hatten linke, „zentristische“ und rechte Parteien. Von 1992 bis 1998 – mit einer Unterbrechung von einem halben Jahr 1994 – sollte zunächst der sozialnationale Diskurs politisch dominieren. Dieser wies erstaunliche persönliche Kontinuitäten zum wenige Jahre zuvor gescheiterten Realsozialismus auf: Neun von 15 Ministern der ersten Mečiar-Regierung 1992-1994 hatten vor 1989 das kommunistische Parteibuch besessen.¹⁰ In Westeuropa waren die Reaktionen dementsprechend und von Anfang an prägten Negativzeichnungen, die sich durch Fakten nicht belegen ließen, die Berichterstattung über die Slowakei.¹¹

Die tschechischen Thatcheristen unter Klaus und Havel sahen die Slowakei als Klotz am Bein, den es bei der Hinwendung zu den westeuropäischen Märkten loszuwerden galt. Für die teure Modernisierung der slowakischen Firmen wollten sie nicht aufkommen. Hinzu kam politischer Druck von außen: Die 1992 bereits privatisierten Medienunternehmen in der Tschechoslowakei befanden sich zu einem übergroßen Teil im Besitz deutscher Konzerne

⁸ Vgl. Michael T. Klare: Trends in the Production and Transfer of Conventional Weapons, in: Jean-Francois Rioux (Hg.): Limiting the Proliferation of Weapons: The Role of supply-side Strategies, Kingston 1992, S. 139-153 (hier: S. 150).

⁹ Vgl. 26 Tage geschlafen, in: Der Spiegel 06/1992.

¹⁰ Vgl. Jánko Sekaj: Das Zünglein an der Waage, OST-WEST-Gegeninformationen 4/1994, S. 34.

¹¹ Vgl. Adam Burgess: Writing off Slovakia to "the east"? Examining charges of bias in British press reporting of Slovakia, 1993-1994, in: Nationalities Papers, Jg. 25, Nr. 4, S. 659-682.

und diese trotteten für eine Spaltung des Landes.¹² Innere und äußere Gründe führten somit dazu, dass zum 1. Januar 1993 die beiden Bundesstaaten der Tschechoslowakei getrennte Wege gingen.

Während die politische Führung Tschechiens den schnellen Weg in Richtung EG/EU und NATO suchte, vertrat das Führungspersonal in der Slowakei die „Vision einer politischen Selbständigkeit“, so der HZDS-Chefökonom Augustín Húška.¹³ Dieser Weg führte zu einer innerhalb der Visegrád-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) besonderen Variante des Kapitalismus und hatte auch außenpolitische Implikationen.

In der Innen- und Wirtschaftspolitik setzten die sozial-nationalen Mečiar-Regierungen (1992-1994 und 1994-1998) auf einen geordneten Übergang zum Kapitalismus ohne Schocktherapie. Eine lange Reihe von Konzernen wie Energieunternehmen, das Eisenbahnwesen und die Telekommunikation erklärten die Regierungen zu „strategischen Unternehmen“ und diese standen nicht zum Verkauf.¹⁴ Als Denkfabrik für die Wirtschaftspolitik des sozialnationalen Mainstreams fungierte die ‚Unabhängige Vereinigung der slowakischen Ökonomen‘ (NEZES). Unter der Ägide des NEZES- und HZDS-Gründers Hvezdoň Kočtúch setzte sich die HZDS in den 1990er Jahren für eine „soziale Marktwirtschaft in der Slowakei“ ein. Der Ökonom Peter Staněk und seine Kollegin Jana Černá wurden zu den bekanntesten Gesichtern von NEZES. Ersterer amtierte von 1994 bis 1998 als Vizefinanzminister und letztere setzte sich in ihren Schriften dafür ein, dass der Staat als Moderator und Beschützer der heimischen Wirtschaft auftreten müsse.¹⁵ Privatisierungen wurden von den HZDS-Politikern und NEZES-Ökonomen nicht abgelehnt, jedoch sollte der Staat gesamtwirtschaftlich wirken und die slowakischen Banken sich der politischen Zielsetzung der Regierung unterordnen.¹⁶ Bei der Entstaatlichung der slowakischen Wirtschaft achteten die HZDS-geführten Regierungen auch besonders auf die Nationalität der Käufer: Von 367 Privatisierungen im Jahr 1995 und 400 im darauf folgenden Jahr gingen insgesamt lediglich sieben Unternehmen an ausländische Käufer.¹⁷ Auch wenn die Mečiar-Regierungen in den 1990er Jahren Privatisierungen vorantrieben, blieb die zentrale Rolle des Staates in der Wirtschaft unangetastet und die Bildung einer heimischen Bourgeoisie wurde begünstigt.

Ausländische Direktinvestitionen spielten in der Mečiar-Slowakei im Vergleich zu den anderen Visegrád-Staaten eine untergeordnete Rolle. Während dieser

¹² Vgl. Miroslav Polreich: The European Union and German influence in Eastern Europe, german-foreign-policy.com 26.05.2003.

¹³ Vgl. Hannes Hofbauer: EU-Osterweiterung: Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen, Wien 2007, S. 171.

¹⁴ Vgl. Hofbauer, Noack: Slowakei: a.a.O., S. 77.

¹⁵ Vgl. Tim Haughton: HZDS: The Ideology, Organisation and Support Base of Slovakia's Most Successful Party, in: Europe-Asia Studies, Jg. 53 (2001), Nr. 5, S. 745-769 (hier: S. 749).

¹⁶ Vgl. Ebenda.

¹⁷ Vgl. Ebenda.

Anteil 1998 in Ungarn 39 Prozent und in Tschechien 13 Prozent der Investitionen ausmachte, betrug er in der Slowakei lediglich 9 Prozent.¹⁸ Investitionen aus Westeuropa kamen vor allem von kontinental ausgerichteten¹⁹ deutschen, französischen und österreichischen Konzernen, wie beispielsweise *Volkswagen*.²⁰ Auf die mit Schockmaßnahmen für die heimischen Märkte verbundenen IWF-Kredite verzichteten die Mečiar-Regierungen meist. Nach Verhandlungen im Jahr 1993 lehnte der HZDS-Premier einen Kredit des Weltwährungsfonds ab. Vertreter des IWF hatten eine Währungsabwertung der Krone um 40 Prozent gefordert. „Wir einigten uns darauf, keinen IWF-Kredit in Anspruch zu nehmen [...]“, erklärte Mečiar's Wirtschaftsberater Húška trocken, „[wir] fanden andere Finanzquellen bei deutschen, französischen und tschechischen Banken sowie durch eine Mobilisierung der eigenen Sparguthaben.“²¹ Die noch zu Zeiten der gemeinsamen Tschechoslowakei begonnenen Coupon-Privatisierungen stoppte die sozialnationale Regierungskoalition im Jahr 1995. Das eigentlich zur Schaffung vieler Kleininvestoren in der eigenen Bevölkerung gedachte Programm entwickelte sich zum Einfallstor für westeuropäische und nordamerikanische Investmentfonds. Die Nicht-Übernahme der IWF-Standards und der Versuch der Annäherung mit den kontinental ausgerichteten Kapitalfraktionen Westeuropas machte die Slowakei zur Zielscheibe der US-amerikanischen Außenpolitik.

Die außenpolitische Orientierung der Mečiar-Slowakei führte dazu, dass auch nicht-atlantische westeuropäische Politiker Misstrauen hegten. In offiziellen Verlautbarungen beharrte die HZDS-geführte Regierung auf einer Integration in die EU. Die Annäherung an die NATO lehnten die beiden kleineren Koalitionsparteien wiederum rundherum ab. Mečiar plädierte im Sommer 1997 für eine „neutrale Zone“ von der Schweiz über Österreich bis zur Slowakei.²² Auf der Ebene der internationalen Organisationen verband die Slowakei mit den GUS-Staaten zu diesem Zeitpunkt schon eine längere Kooperation. Seit 1993 beteiligte sich die Slowakei als einziger Nicht-GUS-Staat am sogenannten Surgut-Projekt, welches dem kleinen Land die kontinuierliche Lieferung russischen Erdöls zu Preisen weit unter dem Weltmarktniveau sicherte.²³ Sowohl die Nichtunterordnung unter IWF- und EU-Diktate als auch die Anbindung an den Osten führten dazu, dass verschiedene westeuropäische und nordamerikanische Politikstiftungen in die Parlamentswahlen 1998 eingriffen.

¹⁸ Vgl. Hofbauer: EU-Osterweiterung, a.a.O., S. 165.

¹⁹ Vgl. Kees van der Pijl: *Global Rivalries – From the Cold War to Iraq*, London 2006, S. 264.

²⁰ Andere waren der französische Konzern *Chemlon* und die österreichische Gesellschaft *ÖMV*. Vgl. Hofbauer: EU-Osterweiterung, a.a.O., S. 167.

²¹ Zitiert nach ebd., S. 167.

²² Zitiert nach Michael Frank: Widersprüchliches von Vladimir Mečiar, *Süddeutsche Zeitung* 07.08.1997.

²³ Vgl. Ivo Samson: Die Slowakei zwischen Annäherung an Moskau und Streben nach Westintegration, Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Köln) Nr. 2/1997.

Durchsetzung des Neoliberalismus

Diese Wahlen gewannen die Parteienkoalition ‚Slowakische Demokratische Koalition‘ (SDK), die neoliberal gewendete Sozialdemokratie (SDL) sowie eine linksliberale Formation (SOP). Der sozialnationale Mainstream hatte massiv an Vertrauen verloren, da etliche Korruptionsskandale die Regierungskoalition erschütterten und mehrere Parlamentarier undemokratisches und unprofessionelles Verhalten an den Tag gelegt hatten. Die drei Wahlgewinner bildeten unter dem Premier Mikuláš Dzurinda die erste euroatlantische Regierung der Slowakei, die dauerhaft Bestand haben sollte. Der als „Reformer“ gepriesene Dzurinda wurde Anfang der 1990er Jahre am marktradikalen Londoner ‚Adam Smith Institute‘ geschult und trat seitdem stets als radikal-neoliberaler Politiker auf.

Wie von der neuen Regierung forciert, begann sich die politökonomische Ausrichtung des Landes von Grund auf zu verändern. Ein Herzstück der ersten neoliberalen Koalition war die Neu-Privatisierung der *Ostslowakischen Stahlwerke (VSŽ)* in Košice. Dieser Konzern trug damals allein zehn Prozent zum Export und sieben Prozent zum Bruttoinlandsprodukt der Slowakei bei.²⁴ Die Regierung Dzurinda entzog der Belegschaft sowie einflussreichen Personen der heimischen Bourgeoisie die Kontrolle des Konzerns und privatisierte das Stahlunternehmen erneut. Die US-Firma *US Steel* erhielt den Zugriff und führt seitdem das strategisch wichtige Unternehmen unter dem Namen *US Steel Košice*.²⁵ Der strategische Ausverkauf der wichtigen slowakischen Industriekonzerne hatte begonnen. Als das zweite zu verkaufende Kernstück hatten sich die Neoliberalen den Gassektor ausgesucht. Wenige Monate vor der Wahl 2002 verkaufte die slowakische Regierung einen 49-Prozent-Anteil am staatlichen Erdgasmonopolisten *SPP* an *Ruhrigas* und *Gaz de France*.²⁶ Eine so genannte „Goldene Stimme“ unter Kontrolle der beiden westeuropäischen Konzerne sorgte dafür, dass die Regierung mit ihren 51 Prozent keinen Einfluss auf die Unternehmensführung mehr nehmen konnte.

Von 1998 bis 2002 sowie von 2002 bis 2006 regierte der Thatcherist Dzurinda und versuchte – mit Abstrichen in der ersten Amtszeit und vollumfänglich in der zweiten Legislaturperiode –, die Slowakei zu einem neoliberalen Musterstaat umzubauen. Für die von der liberalkonservativen Regierung forcierten Rentenreform 2004 flog José Piñera, früherer chilenischer Arbeits- und Bergbauminister Pinochets sowie einer der berühmt-berüchtigten „Chicago Boys“, in die Slowakei ein. Der Charismatiker setzte als „Berater“ eine ultra-

²⁴ Vgl. Klaus W. Bender: Kampf um den slowakischen Stahlkonzern VSŽ mit allen Mitteln, Frankfurter Allgemeine Zeitung 30.12.1999.

²⁵ Vgl. Carola Kaps: Amerikas Unternehmen erschließen von der Slowakei aus den europäischen Markt, Frankfurter Allgemeine Zeitung 06.03.2001.

²⁶ Vgl. Hans-Willy Bein: Ruhrgas stößt an seine finanziellen Grenzen, Süddeutsche Zeitung 19.03.2002.

neoliberale Rentenreform durch.²⁷ Neben der Rentenreform trafen mehrere neoliberale Schockpakete die slowakische Wirtschaft, angefangen bei Privatisierungen, der Verdoppelung von Sozialmieten, dem breit angelegten Erhöhen von Massensteuern bis hin zur Einführung von Praxisgebühren. Eine neoliberale Steuergesetzgebung, die ausländischen Großkonzernen wie *Volkswagen* und *US Steel* Steuererleichterungen garantierte, führte zu einem konstanten Kapitalfluss von Ost nach West.²⁸

Zum Herzstück der Neoliberalen wurde die Einführung der „Flat Tax“, also der einheitlichen Besteuerung im Bereich der Einkommens-, Körperschafts- und Mehrwertsteuer von 19 Prozent. Der Einkommenssteuersatz wurde dabei halbiert, während die Mehrwertsteuersätze für Nahrungsmittel, Strom, Gas, Wohnen, Baubedarf und alle anderen Güter des täglichen Bedarfs von 14 Prozent auf 19 Prozent stiegen.²⁹ Eine klare Umverteilungsmaßnahme von unten nach oben.

Neben dem Klassenkampf von oben und dem Ausverkauf wichtiger Industriebetriebe konzentrierte sich die Dzurinda-Regierung auf das Anlocken von ausländischem Kapital. Aufgrund der niedrigen Steuern und Löhne sowie der Verfügbarkeit von in der Metall- und Rüstungsindustrie geschulten Arbeitskräften siedelten sich mehrere Automobilkonzerne entlang der Achse Bratislava-Trnava-Žilina an. Die Konzentration auf den Westen des Landes lässt sich durch seine Anbindung an das westeuropäische Schienen-, Autobahn- und Wasserschiffahrtsnetz erklären. Da mit Žilina der östlichste der Produktionsstandorte aber gerade einmal in der Mitte des Landes liegt, führte die politisch forcierte Konzentration auf die PKW-Produktion zu steigenden regionalen Disparitäten. Vor allem der Osten des Landes ist heutzutage wirtschaftlich unterentwickelt und hat viel höhere Arbeitslosigkeitsraten als die Westregionen nahe Österreich. Das von *Volkswagen*, *PSA Peugeot Citroën* und *KIA* geschaffene Automobilproduktionscluster sorgt dafür, dass die Slowakei die höchste Pro-Kopf-Autoproduktionsrate in Europa und die drittgrößte in der Welt hat. Nahezu eine Million Autos produzieren die drei Konzerne pro Jahr im Land an der Hohen Tatra³⁰ – bei einer Einwohnerzahl von 5,4 Millionen Menschen. Doch der alleinige Fokus auf die Produktion von Personenkraftwagen für den westeuropäischen Markt hat als Kehrseite die Abhängigkeit von der Konjunkturentwicklung in Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien.

Als bereits eng mit der NATO verbündetem neoliberalen Musterschüler gelang der Slowakei am 29. März 2004 der Beitritt in den Nordatlantikpakt sowie am 1. Mai 2004 die Aufnahme in die Europäische Union. Kurz zuvor waren die Kehr-

²⁷ Vgl. Mitchell A. Orenstein: Out-liberalizing the EU: Pension privatization in Central and Eastern Europe, in: Rachel A. Epstein; Ulrich Sedelmeier (Hgg.): *International Influence Beyond Conditionality: Postcommunist Europe After EU Enlargement*, London 2013, S. 104-122 (hier: S. 111).

²⁸ Vgl. Hofbauer, Noack: *Slowakei: a.a.O.*, S. 142-143.

²⁹ Vgl. Hannes Hofbauer: *Das neue Hongkong, junge Welt* 19.12.2003.

³⁰ Vgl. Jana Liptáková: *Global industry in Slovakia – Slovakia Has Grown From A Military Producer Into A Car Producer*, spectator.sme.sk 18.11.2013.

seiten der radikal-neoliberalen Austeritätspolitik deutlich geworden, als im Osten des Landes bei Hungerunruhen hunderte Roma Supermärkte stürmten.³¹ Die Dzurinda-Regierung setzte Armee und Sonderpolizei ein, um den Aufstand unter Kontrolle zu bekommen.

Gradueller Kurswechsel 2004

Mit der Integration der Slowakei in die euroatlantischen Strukturen sicherte die liberalkonservative Regierungskoalition den von ihr eingeschlagenen Kurs dauerhaft ab. Dabei begann der Wind sich gerade wieder zu drehen. Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen im April 2004 hatten zwei Vertreter des sozialnationalen Diskurses aus den 1990er Jahren gewonnen. Ex-Premier Mečiar und sein damaliger Parlamentspräsident Gašparovič gingen in die Stichwahl, die dann letzterer gewinnen konnte. Die Parlamentswahlen zwei Jahre später gewann dann auch zum ersten Mal in der EU seit langem ein Parteienbündnis, welches sich explizit nicht als wirtschaftsliberal verstand.³² Die liberalkonservativen Parteien brachen bei dem Urnengang ein und die wirtschaftsliberale ANO flog sogar aus dem Parlament.

Mit dem Amtsantritt des in Westeuropa als „Linkspopulisten“ verschrieenen Linkssozialdemokraten Robert Fico folgte für die Slowakei eine schrittweise Rückkehr der Politik in die Bereiche Wirtschaft und Soziales. Neben der von Fico gegründeten „SMER – SD“ (Richtung – Sozialdemokratie) saßen als Juniorpartner der Koalition mit der HZDS und der SNS zwei Parteien der sozialnationalen Zeit aus den 1990er Jahren mit am Kabinetttisch. Präsident Gašparovičs HZD, eine Abspaltung der HZDS, gelang der Einzug in das Parlament nicht – aber das Staatsoberhaupt erwies sich als treuer Verbündeter der linkssozialdemokratisch geführten Koalition.³³

Eingebettet in die EU-Vertragswerke und bei der großen Außenhandelsabhängigkeit der Slowakei konnte die erste Regierung von Robert Fico jedoch nicht alle ihre Wahlkampfziele durchsetzen. Mit einer Politik der kleinen Schritte gelang es ihr jedoch, dem neoliberalen Trend erfolgreich Maßnahmen entgegenzusetzen. Als erste Wegmarke stoppte die neue Regierung alle bereits laufenden Privatisierungen und verhinderte somit den Verkauf des Flughafens von Bratislava. Außerdem verstaatlichte die Regierungskoalition den Pipeline-Betreiber *Transpetrol*, was dem Fiskus seitdem dauerhaft Einnahmen beschert.³⁴ Mit Kampagnen gegen die privaten Rentenversicherungen gelang es der Regierung, dass Bürger in das staatliche Rentensystem zurückkehrten, um somit das dort praktizierte Solidarsys-

³¹ Vgl. Hofbauer: EU-Osterweiterung, a.a.O., S. 183-187.

³² Vgl. Hannes Hofbauer: Die Rückkehr der Politik, junge Welt 23.01.2008.

³³ Die aus dem Parlament geflogene Kommunistische Partei der Slowakei (KSS) unterstützte die Koalition im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Vgl. Tomasz Konicz: Wir lehnen Privatisierungen ab – Interview mit Luboš Blaha, junge Welt, 17.06.2006 sowie ders.: Wir sind nicht der Don Quijote der EU – Interview mit Luboš Blaha, junge Welt, 17.07.2006.

³⁴ Vgl. Wikileaks-Depesche der Botschaft in Bratislava 06BRATISLAVA529, 29.06.2006.

tem zu stärken.³⁵ Durch das Reaktivieren der nationalen Kartellbehörde sowie ein neues Gesetz, welches Preiserhöhungen bei Konzernen mit staatlicher Beteiligung vom Plazet der Regierung abhängig machte, erhöhte die Fico-Regierung ihren Einfluss auf den Erdgasmonopolisten *SPP*, ohne ihn zurückzukaufen.³⁶ Die Verstaatlichung erfolgte erst im Sommer 2014.³⁷ Darüber hinaus initiierte die SMER-geführte Regierung den Bau einer Autobahn in die Ostregionen des Landes. Da der slowakische Staat jedoch selbst nicht über genug Geld dafür verfügt, verfolgte die Regierung das Projekt im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft („Public Private Partnership“).³⁸

Weitere soziale Maßnahmen der ersten Fico-Regierung umfassten die Erhöhung des Mindestlohns, die teilweise Senkung der Mehrwertsteuer, die Abschaffung der Praxisgebühr, die Wiedereinführung der Invalidenrente, die staatliche Regulierung von Lebensmittelpreisen, die Stärkung von Gewerkschaftsrechten und die weitestgehende Beendigung von Leih- und Zeitarbeit. Der Neoliberalismus schien auf dem Rückzug zu sein.

Die Krise ab dem Jahr 2007 und ihre Folgen

Doch all diese Maßnahmen konnten an der Achillesverse der slowakischen Wirtschaft, der Außenhandelsabhängigkeit, nichts ändern. Als mit dem Beginn der Wirtschaftskrise 2007/2008 die Konjunktur in Westeuropa abflaute, brach die slowakische Wirtschaft um 10 Prozent ein. Die Parlamentswahlen 2010 endeten dann für die sozialnationale Koalition im Desaster: Aufgrund von Korruptionsskandalen schrumpften die kleineren Koalitionspartner zusammen. Eine Partei flog aus dem Parlament und die andere kam auf knapp etwas mehr als 5 Prozent der Stimmen. Der Soziologin Iveta Radičová von der liberalkonservativen SDKÚ-DS (Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei) gelang es, aus sechs Parteien und Gruppen eine neue neoliberale Koalition auf die Beine zu stellen.

Wieder im Amt begannen die „Blauen“ der SDKÚ-DS mit der Privatisierung des Flughafens von Bratislava, von Verkehrsunternehmen, Kraftwerken sowie der staatlichen Telekom.³⁹ Eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts folgte und außerdem stoppte der neue Verkehrsminister das Projekt einer Autobahn in die Ostprovinzen. Damit die politischen Spielräume in Zukunft weiter eingeengt werden, verabschiedete die Regierungskoalition eine Schuldenbremse. Als über 1.000 slowakische Ärzte wegen der niedrigen Löhne in einer koordinierten Maßnahme Ende 2011 kündigten, griff die liberalkonservative Regierung zum Äußersten: Sie erklärte den Ausnahmezustand im Gesundheitsbereich und somit

³⁵ Vgl. Hannes Hofbauer: Vorsichtige Rückkehr des Staates, *junge Welt* 17.02.2009.

³⁶ Vgl. ebd.

³⁷ Vgl. Beata Balogová: State now lone *SPP* stakeholder, *spectator.sme.sk* 09.06.2014.

³⁸ Vgl. Hofbauer, Noack: *Slowakei*: a.a.O., S. 204-205.

³⁹ Vgl. Karin Bachmann: Slowakei will Teile ihres Tafelsilbers zu Geld machen, *Wiener Zeitung* 29.12.2010.

ein Streikverbot für die Krankenhausangestellten. Darüber hinaus ließ die Regierung tschechische Militärärzte als Streikbrecher über die Grenze holen.⁴⁰ Mit harter Hand beendeten die Neoliberalen diesen Arbeitskampf.

Scheitern sollte die Regierung Radičová schließlich am EU-Finanzaufsichtssystem ESFS. Die radikal-neoliberale Partei SaS lehnte eine slowakische Beteiligung an dem EU-Projekt ab und die Regierungskoalition zerbrach. Die SMER-SD sicherte ihre Unterstützung zu, da im gleichen Zug Neuwahlen beschlossen wurden. Diese gewannen die Sozialdemokraten dann im Frühjahr 2012 und regieren seitdem mit absoluter Mehrheit im Parlament.

Als wichtigstes Vorhaben setzte die zweite Regierungskoalition unter Premier Fico der „Flat Tax“ ein Ende und kehrte zu einer – wenn auch bescheidenen – progressiven Besteuerung zurück. Außerdem nahm die sozialdemokratische Mehrheit im Nationalrat die „Flexibilisierungen“ bei den Arbeitsgesetzen erneut zurück. Von dem Stopp aller Privatisierungen, wie noch 2006 und 2010 proklamiert, hat sich die weiter in den westeuropäisch-rechtssozialdemokratischen Mainstream der EU-Sozialdemokraten gerückte SMER-SD jedoch verabschiedet. Die slowakische Telekom soll an den Mehrheitseigner *Deutsche Telekom* verkauft werden.⁴¹ Offiziell begründet wird dieses Vorhaben mit der Schuldenbremse, die sonst automatische Etatkürzungen vorsieht.⁴²

Der Weg der Slowakei seit 1989 weist viele widersprüchliche Entwicklungen und mehrere radikale Kurswechsel auf. Nachdem eine Mehrheit der Bevölkerung einem starken Staat mit vielen sozialen Rechten nach dem Ende des Realsozialismus weiter positiv gegenüberstand, prägte eine sozialnationale Dekade die Entwicklung der Slowakei. Dabei setzte eine Regierungskoalition auf einen starken Staat, die Entwicklung einer heimischen Bourgeoisie und eine Abgrenzung vom Neoliberalismus, wie er beispielsweise in Polen und Ungarn praktiziert wurde. Auf die sozialnationale Epoche folgte die radikal-neoliberale, in der eine beispiellose wirtschaftliche Schocktherapie die slowakische Wirtschaft auf die Integration in den Weltmarkt nach IWF-Bedingungen vorbereitete. Als Erbe dieser Epoche blieben die NATO- und EU-Mitgliedschaft der Slowakei und die hohe Außenhandelsabhängigkeit durch die Bildung des größten Automobilproduktionsclusters in Europa. In der dritten – bis heute andauernden – Epoche seit 2006 versuchten und versuchen verschiedene nationale und soziale Kräfte, die Auswüchse des Neoliberalismus in die Schranken zu weisen. Mit der Mitgliedschaft im Euro und der EU sowie einer in der Verfassung festgeschriebenen Schuldenbremse und dem gesamten Bankensektor in ausländischer Hand bleiben den Regierungen des einst weit links gestarteten Premiers Robert Fico jedoch nur wenige Spielräume für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik.

⁴⁰ Vgl. Pavla Horáková: Czech military doctors sent as reinforcements to Slovak hospitals, radio.cz 05.12.2011.

⁴¹ Vgl. Beata Balogová: State's telecom stake for sale, spectator.sme.sk 24.02.2014.

⁴² Vgl. David X. Noack: Regierungschef der Slowakei wird seinen Prinzipien untreu, Neues Deutschland, 29.07.2013.

Matyas Benyik

Die Entwicklung des Kapitalismus in Ungarn nach 1990

Zum Typ des Kapitalismus in Ungarn heute und seinen wichtigsten Widersprüchen

Systemwechsel

Ungarn erlebte Ende der 1980er Jahre einen Systemwechsel. Schon ab 1985 hatte sich die Führungsebene von Partei und Regierung für einen Pfad der Liberalisierung und die Aufgabe des bestehenden politischen Systems entschieden. Die bürgerlich-demokratische Opposition wurde aktiver, organisierte sich zunehmend und gewann an Einfluss, ab 1987 konnte sie sogar öffentlich auftreten. Treffen wurden abgehalten, Publikationen herausgebracht und viele Menschen schlossen sich der oppositionellen Bewegung an. Schließlich gewann sie so viel Einfluss, dass der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) 1989 eine „Übereinkunft über einen nationalen runden Tisch“ (NRA) abgerungen werden konnte. Die regierenden Sozialisten kamen zu dem Schluss, dass sie nur überleben könnten, wenn sie die Macht teilen würden. Die Übereinkunft sah vor, dass niemand wegen seiner kommunistischen Vergangenheit bestraft werden sollte. Ebenso sollte niemand enteignet oder vom politischen Leben ausgeschlossen werden. Zudem sollten, das bestimmte der zweite Teil, ohne Restriktionen Parteien gegründet und „freie Wahlen“ abgehalten werden. So gründeten sich von 1988 bis 1989 viele Parteien und 1990 konnten schließlich entsprechende Wahlen in Ungarn stattfinden.

Der politische Wandel in den Mittel- und Osteuropäischen (CEE) Ländern verdankte sich einer Kombination verschiedener Faktoren: Das System des Staatssozialismus wurde von einer Krise erfasst; politische und ökonomische Krisen verstärkten sich wechselseitig; die Reserven der Planwirtschaft waren erschöpft. Schon seit den 1970er Jahren war der Unterschied zwischen West und Ost – vor allem in Sachen Lebensstandard und -qualität – zunehmend sichtbar geworden. Dies führte zur Erosion, manchmal sogar zum Zusammenbruch staatssozialistischer Systeme. Auch andere Faktoren trugen zu den inneren Unzulänglichkeiten des Systems bei. Zu nennen wären hier der Kalte Krieg, die Rüstungslasten und militärischen Unternehmungen der Sowjetunion (Afghanistan), die Erschöpfung ihrer Ressourcen, der Fall des Ölpreises in den 1980er Jahren. Der Systemwechsel verlief in allen CEE-Ländern etwa nach dem gleichen Muster: Die Auflösung der Einparteien-Systeme, eine zunehmende Dominanz von Privat- gegenüber Staatseigentum, die Öffnung zum Weltmarkt und die Schaffung wettbewerbsorientierter Märkte mit entsprechenden Einrichtungen (Konzerne, Banken und Börsen).

Nach dem Ende des Kalten Krieges sahen sich die Menschen der postsozialistischen Staaten plötzlich mit dem Phänomen der Globalisierung konfrontiert. Westeuropäische Unternehmen drängten auf die Märkte der CEE-Länder und trugen zum Entstehen eines Raubtierkapitalismus bei. Die schwachen antikapitalistischen Kräfte konnten diesem Prozess wenig Widerstand entgegensetzen. Zur gleichen Zeit wurde die Vorbereitung zur EU-Integration durchgesetzt. Da nimmt es nicht wunder, dass viele Menschen die Globalisierung als Überfall und die Integration als Diktat, als Kolonisierung empfanden, oder im besten Fall als Austausch der Sowjetunion durch die Europäische Union. Heute betrachten sich viele Menschen als Opfer der Entwicklung.

Der Zerfall des Staatssozialismus in den CEE-Ländern hinterließ ein ideologisches Vakuum. In diese Lücke stieß vielerorts ein brandgefährlicher Mix aus antisemitischem, antiziganistischem Rassismus und nationalistischen Vorurteilen. Hinzu kamen ein militanter Antikommunismus, revisionistische Zielsetzungen und ein rachedurstiger, antisowjetischer Fundamentalismus. Der aktuelle Vormarsch des Rechtsextremismus ist untrennbar mit der Krise des „Neuen Kapitalismus“ in den CEE-Ländern verbunden. Unter dem Banner von „freedom and democracy“ marschieren ungestört neonazistische Gruppen und Parteien. Der Neofaschismus wird dabei von heimischen und ausländischen kapitalistischen Gruppen und Individuen finanziert und von Repräsentanten lokaler Mächte unterstützt.

Die nationalistischen Staatskonzepte der neuen Machteliten in den CEE-Ländern werden immer extremer: Je mehr sich Vorstellungen und Praxis unabhängiger Nationalstaaten mit faschistischen, antikommunistischen Traditionen verbinden, desto mehr tendieren sie zu Formen des Nationalfaschismus. In dieser Beziehung sind die Ukraine, die baltischen Staaten, Ungarn und Kroatien die erschreckendsten Beispiele, also überall dort, wo Nazi-Kollaborateure während des zweiten Weltkrieges eine besondere Rolle gespielt hatten (z.B. die Glorifizierung des Ulmanis-Regimes in Lettland).

Elitengeführte Transformation

Über die Rolle der Eliten im Transformationsprozess schreibt Tökés: „Ungarns institutioneller Übergang und sozioökonomische Transformation waren interaktive Bestandteile eines eliten-geführten Langzeitprozesses institutioneller Anpassung, ökonomischer Modernisierung, sozialer Differenzierung und eines Wertewandels. Der Strasse vom institutionellen Prototypalismus zur parlamentarischen Demokratie, vom Mix aus erster und zweiter Ökonomie zur Marktwirtschaft, von neuer ‚Mittelschicht‘ zur Zivilgesellschaft, also vom ‚Homo Kadaricus‘ aus der ‚lustigsten Baracke‘ zum frustrierten Kaufhausbummler der ‚traurigsten Einkaufsmeile‘ ist in Ungarn immer noch im Bau. Politische Veränderungen wurden in den letzten 45 Jahren von kathartischen Ereignissen ausgelöst, wie der Revolution/Konterrevolution von 1956, strategischen Entscheidungen der politischen Führung wie der Einführung des Neuen Ökonomischen Mechanismus (NÖM) 1968 und von politischen Bündnissen wie dem

NRA von 1989. In jedem Fall suchten die Eliten durch politische Vereinbarungen und neue legitimatorische Prinzipien einen neuen modus vivendi zwischen Regime und Öffentlichkeit zu erreichen. In jedem Fall ging es um eine institutionell abgesicherte Flucht vor der Vergangenheit, um Versuche, ein verändertes wirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen, die Gesellschaft neu zu formen und systemische Stabilität wiederherzustellen.“ (Tökés, in: Braun/Barany 1999, S. 126/127)

Der wichtigste Grund für den Systemwechsel war die Tatsache, dass die Modernisierung des staatssozialistischen Experiments an sozialem Rückhalt eingebüßt hatte und dass nach dem Aufschwung in den 1960er Jahren kein eigenständiger Weg eingeschlagen wurde, der den Möglichkeiten des Landes angepasst war. Im letzten Jahrzehnt des sozialistischen Systems zeigten die ökonomischen Kennziffern deutlich, dass sich die Lage verschlechterte; ab 1978 geriet Ungarn in die Schuldenfalle. Die letzte Dekade war in jeder Hinsicht ungünstiger als alle vorherigen, Investitionsquoten und Realeinkommen gingen zurück. Die ungünstige Wirtschaftsentwicklung untergrub die Legitimität des sozialistischen Systems. Es war dem Untergang geweiht, um – nicht zum ersten Mal – erneut den ersehnten Anschluss an die Entwicklung anderer Länder zu versuchen.

Der ambitionierteste Versuch, die zentral geplante Wirtschaft Ungarns zu reformieren, war die Einführung der Neuen Ökonomischen Mechanismen (NÖM) 1968. Durch die Aufgabe verbindlicher Planziele wurde bei unveränderten Eigentumsverhältnissen ein gewisser Grad von Dezentralisation erreicht. Die Periode wurde charakterisiert durch den Übergang zu selbständiger Landwirtschaft im Hofland und die Verbreitung intensivierter Landwirtschaft. In der Wirtschaftspolitik legte man besonderen Wert auf den Ausbau der Infrastruktur; die Handelsbeziehungen mit dem Westen nahmen rasch zu.

Die „zweite Welle“ der Reformen in den 1980ern begannen in einem anderen weltwirtschaftlichen Umfeld, vor allem im Rahmen des Kampfes gegen Auslandsschulden. Wegen der hohen Energieabhängigkeit und der Verschuldung stand Ungarns Wirtschaft 1981 kurz vor dem Zusammenbruch. Um den Bankrott abzuwenden, wurde auf höchster politischer Ebene die Idee geboren, dem Internationalen Währungsfond und der Weltbank beizutreten; alsbald gab es auch grünes Licht von der Führung der USA. Ungarn erhielt Beihilfe durch den IWF und Kredite der Weltbank, um zu überleben. Die Zahlungsbilanzkrise und der Anschluss an den IWF im Mai 1982 fielen mit den ersten größeren Veränderungen dieser Periode zusammen: dem Aufbau kleinerer Unternehmen und der Dezentralisierung großer Staatsbetriebe.

1987 band der IWF die Verlängerung der Kredite an harte Konditionalitäten. Dabei sollten direkte staatliche Eingriffe in die Ökonomie gestoppt und das Land privaten Märkten geöffnet werden, so dass wirtschaftliche Ressourcen effizienter eingesetzt würden. Im Geiste des „Washington Consensus“ schlugen IWF und Weltbank Maßnahmen zur Dezentralisation, Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung vor.

Mit der Einführung eines Trennbankensystems, der Erneuerung der Steuergesetzgebung, mit der Vorbereitung radikaler Liberalisierung, Deregulierung und der Verwandlung von Staatseigentum in Aktiengesellschaften begann eine neue Phase der Reformen. Diese Veränderungen führten zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ noch vor dem politischen Zusammenbruch, so dass – abgesehen vom Eigentum – marktwirtschaftliche Institutionen in fast allen Bereichen etabliert wurden.

Indem Ungarn 1989 die Grenze zu Österreich öffnete und tausenden Ostdeutschen die Ausreise in den Westen ermöglichte, beschleunigte es den Kollaps des Staatssozialismus in den CEE-Ländern. Wenige Monate später fiel die Berliner Mauer.

Angesichts der mannigfachen internen sozioökonomischen, psychologischen, externen (größtenteils wirtschaftlichen) Hemmnisse verwundert es nicht, dass von einer schnellen Implementierung der ungarischen „Neuen Demokratie“ in Form einer dreigleisigen Strategie von Demokratisierung, Marktwirtschaft und Einführung von Rechtsstaatlichkeit in den 1990er Jahren nicht die Rede sein konnte. Statt „perfekter Demokratie“, einer flexiblen Marktwirtschaft und funktionierenden Zivilgesellschaft mussten bis auf weiteres Lösungen zweiter Wahl herhalten. Das Missverhältnis zwischen dem institutionellen Erbe der Kadar-Ära und der neuen politischen Architektur, zwischen wirtschaftlicher Fehlentwicklung und Marktzwängen, zwischen moralischem Verfall und ziviler Redlichkeit konnte bis jetzt nicht überwunden werden – und wird es auf absehbare Zeit auch nicht. Insgesamt aber scheint das Glas mehr als halb voll: Institutionelle Veränderungen können nicht mehr rückgängig gemacht werden, die Privatwirtschaft hat Wurzeln geschlagen und wird dominieren, und die Menschen haben genug von ungeeigneten Politikern und unbeholfener Politik. Heute ist Ungarn das halb-fertige Haus zehn Millionen unzufriedener, desillusionierter Bürger.

Der Grund dafür, dass sich unter den Verlierern des Systemwechsels bis jetzt kein politischer Widerstand geregt hat, liegt im Erbe des Staatssozialismus. Im Gegensatz zu den Ländern des europäischen Südens konnten große Bevölkerungsteile der CEE-Region private Ressourcen mobilisieren, um harte Zeiten durchzustehen. Dies mag dazu beigetragen haben, die Risiken gewalttätigen und zerstörerischen sozialen Widerstandes gegen die ökonomischen Probleme im Osten zu minimieren. Eine andere Hypothek der sozialistischen Vergangenheit ist die Schwäche der Zivilgesellschaft. Durch den atomisierenden Effekt des Sozialismus zogen sich Bürger ins Private zurück und flohen in die „second economy“, anstatt kollektive Maßnahmen zu ergreifen. Als wichtiges Mittel, seinem Ärger Luft zu machen, erwies sich in den postsozialistischen Staaten die Protestwahl.

Früh setzte eine Ausdifferenzierung der politischen Parteien in Ungarn ein. Diejenigen Parteien, die es bei den ersten Wahlen 1990 ins Parlament schafften, bildeten drei Blöcke: die Konservativen, die Liberalen und die Sozialisten. 1990 bildete eine übergroße Koalition der Konservativen Parteien eine Regierung, geführt von Premierminister Jozsef Antall, die wichtige ökonomische Reformen einleitete.

Radikale Privatisierung, hohe soziale Kosten

Die frühe Transformation in Ungarn wird gemeinhin als schrittweiser Prozess charakterisiert. In Bezug auf die makroökonomische Stabilisierung mag das zutreffen, doch es erweist sich als falsch für den wirtschaftlichen Übergang im Ganzen. Die Antall-Regierung implementierte ein radikales marktwirtschaftliches Programm, wobei die Konkurrenz die Unternehmen zwang, sich ohne Übergang dem verändernden wirtschaftlichen Umfeld anzupassen. Innerhalb von vier Jahren war fast die Hälfte der Unternehmen im privaten Sektor organisiert. 1998 zog Ungarn fast die Hälfte aller ausländischen Direktinvestitionen der CEE-Länder an sich.

Trotz der Bemühungen der konservativen Regierung, negative wirtschaftliche Folgen der Transformation abzufedern, musste sie 1994 eine herbe Niederlage einstecken. Viele Protest- und Wechselwähler verwandelten den ehemals großen „Bund Freier Demokraten“ (MDF) zur Kleinpartei. Die sozialistische MSZP hingegen wurde von einer kleinen zu einer großen Partei und gewann die Parlamentswahlen. Die sozialistisch-liberale Koalition erhielt weitere finanzielle Hilfen von IWF und Weltbank, um die um sich greifenden katastrophischen Folgen von Liberalisierung und Privatisierung in den Griff zu bekommen und führte ein Stabilisierungs-Paket ein (das berüchtigte „*Bokros Paket*“). Das Horn-Kabinett setzte aber die Privatisierungspolitik der Vorgänger-Regierung fort und verkaufte das ungarische Handels- und Kreditbankensystem an ausländische, zumeist österreichische, Banken. Das „*Bokros Paket*“ sollte Ungarn vor dem finanziellen Kollaps retten und seine Ökonomie stabilisieren. Das Paket enthielt einige unüberlegte und in vielen Fällen unnötige Maßnahmen, welche die Bevölkerung wie ein Schock trafen. Mit diesen drakonischen Maßnahmen war aber auch für ein Jahrzehnt keine weitere IWF-Hilfe mehr nötig.

1998 verlor die MSZP die Wahl. Wieder hatten die Bürger sich auf die Protestwahl besonnen, da der Lohnzuwachs immer noch hinter dem wirtschaftlichen Wachstum hinterherhinkte und eine große Anzahl an Wählern keine Mehrung ihres Wohlstandes erfahren hatte. Ein anderer Grund für die Wahlniederlage der Sozialisten lag in dem Versprechen der rechtslastigen Fidesz, das Wirtschaftswachstum auf acht Prozent zu beschleunigen, gegenüber den lediglich fünf Prozent der Sozialisten.

Die Orban-Regierung wechselte mit einer Rhetorik des wirtschaftlichen Nationalismus den Fokus der Wirtschaftspolitik und betonte die Bedeutung des heimischen, ungarischen Unternehmertums. In der zweiten Hälfte der Legislatur, während einer internationalen Rezession, experimentierte die Regierung mit Maßnahmen zur Steigerung der Binnennachfrage, um eine relativ hohe Rate des Wirtschaftswachstums aufrechtzuerhalten: Sie verdoppelte den Mindestlohn, führte ein Wohnungsbauprogramm ein und entwarf ein Kreditprogramm für klein- und mittelständische Unternehmen mit subventionierten Krediten. Dennoch verlor die Fidesz 2002 die Wahl und wurde durch eine sozialistisch-liberale Regierung ersetzt.

Nach einer schmutzigen Wahlkampagne, welche die Glaubwürdigkeit der MSZP in Frage stellte, sah sich die sozialistische Medgyessy-Regierung gezwungen, ihre Wahlversprechen einzuhalten. Als Resultat stiegen die Reallöhne in Ungarn 2002/2003 um ca. 22 Prozent, während die Leistungsbilanz und Staatshaushalt große Defizite aufwiesen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft brach ein und die ausländischen Direktinvestitionen verlangsamten sich. Hektische Veränderungen beim Wechselkurs des Forint und Konflikte um den wirtschaftspolitischen Kurs zwischen Nationalbank und Finanzministerium vergrößerten die Unsicherheit. So musste die Medgyessy-Regierung unpopuläre Maßnahmen ergreifen, um die Wirtschaftspolitik an wirtschaftliche Zwänge anzupassen. Die Regierung musste das Staatsdefizit vermindern, den Anstieg der Löhne bremsen, den Wechselkurs des Forint auf einem für die Exportindustrie günstigen Niveau stabilisieren, die Privatisierung vorantreiben und neue Anreize für ausländische Investoren schaffen, sowie den Umbau der Sozialsysteme in Angriff nehmen.

Der Übergang war innerhalb von 15 Jahren geschafft und Ungarn wurde zu einer exportorientierten, von Auslandsinvestitionen abhängigen, offenen Wirtschaft. Das Land durchstand eine tiefe Transformation und eine damit einhergehende strukturelle Krise mit hohen sozialen Kosten. Der Übergang ging mit völlig überflüssigen sozialen Opfern einher, die der Großteil der Bevölkerung zu tragen hatte. Trotz dieser Belastungen gelang der wirtschaftliche Aufholprozess nicht. Es gelang nicht, zur Entwicklung in Westeuropa aufzuschließen; weder wurden die Lebensbedingungen nachhaltig verbessert noch die großen Einkommens- und Reichtumsunterschiede verringert. Auch die wirtschaftliche Entwicklung unterprivilegierter Regionen wurde nicht in Angriff genommen.

Die Konsequenzen des Systemwandels: 1,5 Millionen Arbeitslose, Rückgang des BIP um 20 Prozent, totale Öffnung für den internationalen Markt, für Güter und Kapital aus dem Westen, eine zerstörte industrielle und landwirtschaftliche Struktur, ein Verlust an nationalem Reichtum, der wahrscheinlich höher war als im Zweiten Weltkrieg, und eine hohe Abhängigkeit von ausländischem Kapital. Der Übergang bedeutete für Millionen von Menschen Jahrzehnte eines Lebens der Arbeit für Niedriglöhne und Leiden unter Problemen einer im Wandel begriffenen Wirtschaft, ohne dass dies einen Weg zu einem besseren Leben geebnet hätte.

„Außenmodell“ des Systemwechsels

Die CEE-Region stellt eine nach oben hin mobile Formation dar, die zu den europäischen Kernländern hinstrebt. In den CEE-Ländern, besonders in Ungarn (wenig später auch in der Tschechischen Republik, der Slowakei, Polen und den baltischen Staaten) „wurde der Kapitalismus *von außen aufgebaut*“, wobei dem Auslandskapital und den multinationalen Konzernen eine entscheidende Rolle zufiel. Ungarn als Musterschüler in den Jahren des Systemwandels hatte seine führende Rolle unter den CEE-Ländern eingeübt. Ungarn erlebte eine doppelte Marginalisierung: Sowohl in der EU als auch in der CEE-Region fiel das Land zurück.

Das „*Außenmodell*“ des Systemwechsels wurde durch eine neue politische Klasse implementiert, die im Besitz des Gewaltmonopols war: Der Wechsel wurde von den Staaten typischerweise top-down vollzogen, sein wirklicher sozio-ökonomischer Inhalt wurde in nationale und ethnische Formen gekleidet.

In Ungarn war der Systemwandel mit dem Sieg der „so genannten *Kadar-Technokraten*“ verbunden, die deshalb als dominierende Kräfte innerhalb der Eliten wirken konnten, weil sie eng mit den *Superstrukturen des globalen Kapitalismus* (IWF, WTO, Weltbank, Rating-Agenturen, etc.) verbunden waren. 1989 konnten sie an ihre alten *Beziehungen zum Westen* anknüpfen. Das Konzept einer zentral-europäischen Region bereitete in den 1980ern die Westorientierung Ungarns vor. Das Ausland machte vor, wie die Modernisierungsstrategie auszusehen hatte: Entstaatlichung, Deregulierung, Privatisierung, Monetarismus, ganze Serien von sozialen, ökonomischen und politischen Akten, die auf dem neuen Individualismus basierten. Heute ist dem Großteil der Ungarn bewusst, dass die Gesellschaft durch importierte Ideen und Institutionen weder stimuliert werden kann, noch in die Lage versetzt wird, zum Westen aufzuschließen. Eine erfolgreiche Modernisierung manifestiert sich in einer ökonomischen und sozialen Struktur, die auf den Möglichkeiten des Landes beruht und die fähig ist, angesichts sich wandelnder externer und interner Umstände zu operieren und eine soziale Struktur hervorzubringen, die als Basis eines – in all seinen Komponenten – weitestgehenden Modernisierungsprozesses dienen kann.

Tatsächlich aber ist historisch gesehen, basierend auf BIP und BSP-Berechnungen, die Wirtschaftsleistung Ungarns seit den 1860er Jahren im Vergleich zu anderen Ländern relativ konstant geblieben: Ungarn erreicht um die 60 Prozent der Wirtschaftsleistung des europäischen Zentrums, bei Abweichungen von vier bis sechs Prozent (ohne Berücksichtigung zyklischer Schwankungen und bei Gewichtung der Vergleichsräume). Wenn wir die Wirtschaftsleistung zu Beginn des 21. Jahrhunderts betrachten und sie mit derjenigen der EU-15 vergleichen (vor 2004), stand Ungarn bei 57-58 Prozent (das goldene Zeitalter der ungarischen Wirtschaft lag zwischen 1997 und 2001, als das BIP im Mittel um 4,6 Prozent zunahm. Dieses Wachstum verringerte sich signifikant zwischen 2002 und 2007, um dann in eine offene Krise überzugehen). Wenn wir Ungarns Leistung von 2006 mit der der EU-27 vergleichen, kommen wir auf 63 Prozent.

Ungarn als Teil der weltwirtschaftlichen Semi-Peripherie

Ungarns Wirtschaft blieb im Mittelfeld und hat es seit 1979 nicht geschafft, einer Situation zu entkommen, in der nach einer Periode des Aufstiegs wieder ein Rückfall eintritt, mit Ungleichgewichten, Haushaltsdefiziten und wachsender In- und Auslandsverschuldung. Es folgten tiefe Rezessionen und damit verbundene Krisen. Dies erklärt sich aus Ungarns Zugehörigkeit zur weltwirtschaftlichen Semi-Peripherie. Das Problem der relativen Zurückgebliebenheit und des semi-peripheren Status hängt nicht mit der jeweiligen Regierung oder mit der Wirtschaftspolitik zusammen, es ist meistens nicht einmal durch innere

soziale Strukturen bestimmt. Die semi-peripheren CEE-Länder befinden sich in einer mittleren Position auf dem Weltmarkt, sie stehen zwischen Zentrum und Peripherie. Sie können jedoch nicht einfach aus dieser Weltökonomie ausschließen, sie können nicht „draußen“ bleiben. In dutzenden Ländern scheiterten entsprechende historische Versuche; dies gilt auch für die Sowjetunion. Das Problem der CEE-Länder ist nur der Grad an Offenheit. Aber es geht nicht nur um die Offenheit der Märkte; es gibt auch neue, aufstrebende Konkurrenten, die oft mehr Kapitalkraft haben als die ganze ungarische Wirtschaft. Der neue Kapitalismus in Ungarn ist sehr offen. Er muss Verluste hinnehmen, die sich aus seiner semi-peripheren Stellung ergeben – dies gilt vor allem für die Austauschbeziehungen im Handel. Denn die wichtigsten Handelspartner von vor 1989 (vor allem die Sowjetunion und die sozialistischen Länder) wurden durch die europäischen Kernländer und in erster Linie Deutschland ersetzt.

Das Problem der heutigen Gesellschaft in Ungarn besteht darin, dass das neue System nicht grundlegend leistungsfähiger sein kann. Das neue kapitalistische System kann den gordischen Knoten nicht durchschlagen, den der Verlust von einer Million arbeitsfähiger Menschen bedeutet (verglichen mit einer aktiven Bevölkerung von 4,8 Millionen vor 1989). Durch die Veränderungen in den Klassenbeziehungen ist die heimische industrielle Reservearmee enorm gewachsen. Das chronisch niedrige Beschäftigungsniveau besteht im Wesentlichen schon seit 1993. Vielen Bedürftigen stehen relativ wenige Steuerzahler gegenüber (die Steuergrundlage ist nicht ausreichend), so dass die Umverteilung der Kosten sich als sehr schwierig erweist. In der Folge sind die Steuern hoch und die Bereitschaft, zu sparen oder zu investieren, ist niedrig. Die wirtschaftliche Gesamtleistung des neuen ungarischen Kapitalismus ist ungefähr gleich der des Staatssozialismus, doch die Ressourcen und die Einkommen sind sehr viel stärker polarisiert. Einige hunderttausend Menschen sind außerordentlich wohlhabend, sie haben im Vergleich zum europäischen Zentrum aufgeholt, während vier Millionen Menschen, 40 Prozent der Bevölkerung, unterhalb der Armutsgrenze leben. In den letzten 25 Jahren tauchen immer mehr völlig desintegrierte Unterlassen-Gruppen auf, darunter insbesondere ein hoher Anteil von Roma, die sich unter ständigem Druck der Sozialhilfe befinden. Dadurch wird die Tragfähigkeit der Öffentlichen Hand stärker beansprucht, als sie durch die Privatisierung öffentlichen Eigentums, durch ursprüngliche Einkommenstransfers und Rückerstattungen gestärkt worden war.

Die Folgen der ökonomischen Krise in Ungarn

Ungarn zählt zu den größten Verlierern der derzeitigen Krise. Nach 1989 hatten ausländische Direktinvestitionen eine wichtige Rolle bei der Erneuerung der ungarischen Industrie und der Entstehung neuer industrieller Räume gespielt. Die Wirtschaftskrise traf Ungarn – und gerade die globalisierte, export-orientierte Industrie – sehr massiv. Vor allem jene Branchen der lokalen Wirtschaft litten am meisten, die eng in die globale Wirtschaft eingebunden sind (Automobil-Industrie und Elektronik). Diese Auswirkungen waren besonders in den nördlichen transdanubischen Regionen zu spüren, die als Kernregionen dieser Industriezweige und

damit der Krise zu bezeichnen sind. Darüber hinaus brachte die Krise die räumliche Dichotomie der ungarischen Industrie ans Licht und trug dazu bei – wenn auch nur zeitweise – die regionalen Unterschiede abzumildern. Das neue, semi-post-fordistische Muster der ungarischen Industrie wurde jedoch keineswegs reorganisiert. Der starke Einbruch des BIP 2009 war eng mit dem Niedergang der Bauwirtschaft und dem Abschwung am Häusermarkt verbunden.

Ende 2008 und Anfang 2009 wurde die Ungarische Währung gegenüber dem Schweizer Franken um 15 und gegenüber dem Euro um 17 Prozent abgewertet, was zu Insolvenzen und einer Kreditkrise führte. Die Verschuldung der privaten Haushalte in fremder Währung stieg an. In der Folge verschlechterte sich die Situation der Haushalte, die Einkommens- und Ausgabenverhältnisse veränderten sich. Die soziale Zusammensetzung nach Einkommen und finanzieller Situation wurde stärker polarisiert, die Schere zwischen den Reichsten und Ärmsten öffnete sich, die Qualität des Lebens in den Städten verschlechterte sich.

Die Krise in Ungarn hat uns klar die schwache Wettbewerbsfähigkeit seiner heutigen Wirtschaft vor Augen geführt, ebenso den Mangel an Ressourcen, die zu geringe Größe des heimischen Marktes, die ungünstigen demographischen Trends sowie die quantitativen und strukturellen Probleme des Arbeitskräftepotentials.

Aktuelle Entwicklungen (2010-2014)

2010 wählte Ungarn die Fidesz-Partei und ihren Vorsitzenden Viktor Orban an die Macht. Seitdem hat die Regierung eine Reihe unorthodoxer Wirtschaftsreformen eingeleitet, die Kritik von Ökonomen und Finanzanalysten auf sich zog. Um die öffentliche Schuldenlast abzubauen, wurden Sozialleistungen gestrichen und private Pensionsfonds nationalisiert. Orban führte die in Europa höchsten Steuersätze für Banken und Finanzunternehmen ein und belastete besonders Firmen aus Energie, Einzelhandel und dem Telekommunikationssektor. Die auf 27 Prozent erhöhte Mehrwertsteuer ist die höchste in der ganzen EU. Zusätzlich kündigte Orban die Absicht an, die Wechselkurse für private Schulden an den Schweizer Franken zu binden. Zu den unorthodoxen Maßnahmen zählen auch die Einmischung in die Unabhängigkeit der Zentralbank, die Nationalisierung der Anlagen privater Pensionen in Höhe von 14 Mrd. US \$ und die Erhöhung des Mindestlohns um 18 Prozent. Vor den Parlamentswahlen 2014 führte die Orban-Regierung wieder soziale Elemente ein, unter anderem startete sie den „Zuschlags-Kampf“, der Anbieter von Gas, Elektrizität und Wasser dazu zwang, ihre Preise in zwei Schritten um insgesamt 20 Prozent zu senken: 10 Prozent im Januar und 10 Prozent im Oktober 2013.

Nach vier Jahren Fidesz an der Macht hat Ungarn 2014 nicht einmal die Wirtschaftsleistung von vor der Krise erreicht. Die ‚Kohäsion‘ im Rahmen der EU kommt auch nicht weiter voran: 2009 erreichte Ungarn gerade zwei Drittel der durchschnittlichen Kaufkraftparität der EU, und die Kluft wächst mit jedem Jahr. Nach vier Jahren unorthodoxer Maßnahmen ist das Wirtschaftswachstum von drei Prozent auf 0 bis 1 Prozent abgesunken.

Allerdings deuten jüngste Statistiken darauf hin, dass die ungarische Wirtschaft endlich aus dem negativen 'Wachstum' herausgekommen sein könnte. Im ersten Quartal 2014 lag das BIP um 3,5 Prozent über dem Vorjahresstand. Nach den ersten Veröffentlichungen von Eurostat wuchs das BIP der EU-28 im gleichen Zeitraum nur um 0,3 Prozent, das Deutschlands um 0,8 Prozent.

Trotz BIP-Wachstums warnt der jüngste IWF-Report die Orban-Regierung: „Ausgehend von der momentanen Wirtschaftspolitik bleiben die mittelfristigen Wachstumserwartungen – auch wenn sie sich leicht verbessern – weit hinter denen von Ungarns Nachbarn zurück. Während der Schuldenabbau im privaten Sektor wie geplant mittelfristig voran gehen sollte, behindern die schlecht einzuschätzende Politik und die andauernden Staatsinterventionen private Investitionen. Zur gleichen Zeit wird die Situation am Arbeitsmarkt – wenn sie sich auch leicht verbessert – durch eine niedrige Erwerbsquote, schwache Arbeitsproduktivität und fehlende Qualifizierung beeinträchtigt. Auch wenn Prognosen mit hoher Unsicherheit belastet sind, legen sie nahe, dass sich bei Beibehaltung der momentanen Politik das Wachstum nur leicht von Null (2013) auf 0,9 bis 1,7 Prozent bis 2019 erhöhen wird.“ In Bezug auf die staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vertritt der IWF die Auffassung, dass diese zu teuer seien, ein eher traditionelles Sozialprogramm vorstellten und ineffizient seien, weil sie keinen Schwerpunkt auf Weiterbildung legten. Nur 13 Prozent der Teilnehmer schafften den Übergang zum Arbeitsmarkt.

Bei den Parlamentswahlen am 6. April 2014 bestätigten die Wähler die neue Wirtschaftspolitik der Orban-Regierung, als deren Ziel angegeben wird, eine Ökonomie auf der Grundlage von „*Arbeit statt Spekulation*“ aufzubauen. Orban versprach die Fortführung seiner Strategie, die Industrialisierung voranzutreiben, die Energiepreise niedrig zu halten und – besonders kontrovers – den Anteil ungarischen Besitzes in der Agrarwirtschaft und im Bankensektor zu erhöhen. Orban und Ungarns Zentralbankchef György Matolcsy wüßten gerne mehr als 50 Prozent des Bankvermögens im Besitz ungarischer Institutionen; die Quote liegt gegenwärtig bei 42 Prozent. Zusätzlich wurde die Steuerbelastung für mehrheitlich von ausländischen Eignern dominierte Wirtschaftszweige erhöht. Das erklärte Ziel: Multinationale Konzerne sollten keinen „illegalen Profit“ erwirtschaften. „Ungarn und das ungarische Land gehört dem ungarischen Volk.“ Kritiker aus Ungarn bemängeln, dass die Reformen der Fidesz lokale Unternehmen begünstigen, die der Partei nahe stehen. Liberale werfen ihm dagegen vor, sozialistische Maßnahmen einzuführen. Auf Ungarns Währung lastet indes seit den letzten Monaten ein enormer Druck, da die internationalen Investoren sich aus den „emerging markets“ zurückziehen. Ungarn wird somit zu den „wackeligen Sechsen“ gezählt, Schwellenländern, die für Kapitalflucht besonders anfällig sind.

Das Hauptproblem, dem wir uns heute ausgesetzt sehen – als Resultat eines dysfunktionalen Wirtschaftsmodells – ist die ausweglose Situation, in die der größte Teil Europas, und damit auch Ungarn, geraten ist. Unglücklicherweise sitzen viele Entscheider aus der Politik immer noch dem Irrtum auf, dass die Kombination

von ausländischem Kapital und niedrigen Lohnkosten eine Möglichkeit darstelle, zu den Kernländern „aufzuschließen“. Es ist gleichermaßen ein großes Problem, dass beide großen ungarischen Parteien – bei geringfügigen Differenzen – dieser irrigen Wirtschaftstheorie anhängen. Neoliberale Wirtschaftspolitik wird von rechts – von Fidesz – mit völkischen Elementen verbrämt, bei der MSZP auf der anderen Seite verbindet sie sich mit einer unkritischen Anbiederung an die EU. Ohne Frage könnte dem Kapital eine konstruktive Rolle zufallen, doch es hat schon die Grenzen überschritten und eine sozial unerträgliche Situation geschaffen. Zusätzlich zu den traditionellen Aushandlungsprozessen und Kämpfen zwischen den Antagonisten Kapital und Arbeit spielt heute das Wissen eine Rolle als dritter Faktor im Produktionsbereich. Die ungarischen Eliten, die in den letzten 25 Jahre am Ruder waren, haben diesen Umbruch ignoriert und so Ungarn zu niedriger Produktivität verdammt. Es wird interessant sein zu beobachten, ob sich die Wirtschaftspolitik der Fidesz auf lange Zeit auszahlen wird. Wenn dem so sein sollte, wäre es interessant zu sehen, wie die Wirtschaftswelt den Erfolg von Maßnahmen bewertet, die darauf abzielen, den Konsum auf Kosten der Binneninvestitionen anzukurbeln.

Literatur

- Aurel Braun, Zoltan D. Barany: *Dilemmas of Transition: The Hungarian Experience*, Rowman and Littlefield, 1999.
- L. Csizmadia: *The Transition Economy of Hungary between 1990 and 2014*. Aarhus School of Business, University of Aarhus, June 2008.
- Gabor Karsai: *A magyar gazdaság folyamatai, 1990-98*. Budapest, 1999. (Economic processes of the Hungarian Economy, 1990-98.) pp. 2.-30.
- IMF Country Report No. 14/156 Hungary 2014. New York, 2014.
- Tamas Morva: *Austerity Policy in Hungary*, Transform! Issue 10/2012. Brussels, 2012.
- Endre Spaller: *The political and Economic Transition in Hungary* www.koed.hu/medit/endre.pdf
- Erzsebet Szalai: *New Capitalism – and what Can Replace it*. Mandatum Kiado, Budapest 2006.
- Peter Szigeti: *A magyarországi újkapitalizmus természete és helye a világszisztemben*, Eszmelet No. 88. Budapest, 2010. pp. 63.-79. (The nature and the place of Hungary's new capitalism in the world system).
- Peter Rona: *Credibility of the country must be restored* <http://www.fecsego.eu/2012/03/05/rona-vissza-kell-allitani-az-orszag-hitelesseget/>
- R.Tökés: *Political Transition and Social Transformation in Hungary* <http://www.raco.cat/index.php/revistacidob/article/viewFile/28011/27845>

Übersetzung aus dem Englischen: *Alan Ruben van Keeken*

Der Osten Europas und die NATO

Drei Prozesse kennzeichnen die internationalen Beziehungen in Europa: Erstens: Die Integrationsprozesse im Rahmen der Europäischen Union (EU) setzen sich in die Tiefe und mit der Osterweiterung auch in die Breite fort – das schließt auch die verschiedenen Assoziierungsabkommen, so mit der Ukraine, Georgien und Moldawien ein; zweitens: die Desintegrationsprozesse im post-sowjetischen Raum sind, wie der Konflikt um die Ukraine zeigt, nicht beendet und stehen in einem komplizierten Wechselverhältnis zu neuerlichen Integrationsprozessen, etwa in Gestalt der Eurasischen Wirtschaftsunion zwischen Russland, Kasachstan und Weißrussland; drittens: die Osterweiterung der NATO ist Teil einer von den USA betriebenen Neuordnung der Welt, wobei diese auf differenzierte Interessenlagen der „alten“ NATO-Mitglieder einerseits und der „neuen“ Beitrittsländer andererseits trifft.

Im Westen wird angesichts des Zerfalls der Sowjetunion eine unabhängige Ukraine als Kernpunkt geopolitischer Neuordnung im Osten Europas angesehen. Zbigniew Brzeziński, Vordenker US-amerikanischer Globalstrategie, betonte, eine unabhängige Ukraine sei „geopolitischer Dreh- und Angelpunkt“ dafür, dass Russland in einer geschwächten Position verbleibt. Das müsse fester Bestandteil einer umfassenden Strategie der USA und des Westens in Eurasien sein.¹

Allerdings hatte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Parag Khanna gemeint, es gäbe in der Welt drei imperiale Zentren: die USA, China und die EU. Die weitere Entwicklung in der Welt hänge davon ab, wie es diesen gelingt, die übrigen Teile der Welt an sich zu binden, sich Einflusszonen zu schaffen und diese dauerhaft zu dominieren.² In gewissem Sinne ist diese Feststellung Ausdruck dessen, dass heute weder eine unipolare Welt – mit den USA im Zentrum, wie nach dem Ende des Kalten Krieges viele meinten, – noch eine multipolare Welt, sondern ein „Konzert der Mächte“ existiert, in dem wirtschaftlich, militärisch und politisch starke Zentren um Macht und Einfluss ringen. Hierzu wären auch Russland, Indien, Brasilien und Südafrika zu rechnen, die in ihren Regionen ebenfalls mehr oder weniger nachdrücklich Einfluss ausüben.

Zugleich sind die USA und die EU – mit Deutschland als dem hegemonialen Zentrum der Union³ – auf der einen Seite Konkurrenten, auf der anderen mit-

¹ Zbigniew Brzeziński: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a.M. 1997, S. 74, 216.

² Vgl. Parag Khanna: Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin 2008.

³ Ausführlich dazu: Erhard Crome: Deutschland in Europa. Eine neue Hegemonie, in: Erhard Crome, Raimund Krämer (Hrsg.): Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahr-

einander „verbündet“, wo sie sich gehalten sehen, Interessen gemeinsam oder zumindest parallel zu verfolgen. So sind die Osterweiterung der NATO und die der EU nicht „zwei Seiten der selben Medaille“, sondern unterschiedliche, voneinander zu unterscheidende Entwicklungen.

Machtpolitische Weichenstellungen

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre kam der Ost-West-Konflikt an sein Ende. Michail Gorbatschow und andere, die in Moskau Verantwortung trugen, hatten mit ihrer Friedenspolitik die USA in eine außenpolitische Defensive gebracht, den Rückzug aus Afghanistan und anderen Ländern der Welt sowie einseitige Schritte der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung vollzogen und faktisch den Kalten Krieg beendet. Sie meinten, die systemische Differenz zwischen beiden Gesellschaftssystemen sei die eigentliche Ursache der Spannungen und der Kriegsgefahr gewesen. Das erwies sich als grandioser Irrtum: Die antirussische Grunddisposition des Westens, die noch aus dem 19. Jahrhundert stammt, hatte sieben Jahrzehnte lang eine antisowjetische Gestalt und nahm nun wieder ihre alte Form an.

Die Charta von Paris für ein neues Europa als Erklärung der Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten vom 21. November 1990 wurde als Dokument der Beendigung des Kalten Krieges angesehen. Frieden, eine auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhende Demokratie sowie Marktwirtschaft sollten gemeinsame Grundlage für Europa sein.⁴ Der Warschauer Vertrag löste sich auf. Nichts lag näher, als dass die NATO ebenfalls verschwindet. Auch viele Politiker und Politikwissenschaftler im Westen erwarteten dies.

Tatsächlich jedoch wurde bereits mit dem Golfkrieg von 1990, vor Unterzeichnung jener Charta von Paris, anderes deutlich: Die USA unter Präsident Bush I wollten diesen Krieg, um ihre Dominanz in der angestrebten „Neuen Weltordnung“ – das heißt der internationalen Ordnung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts – durchzusetzen. Den Casus belli führte die US-amerikanische Diplomatie selbst herbei: Saddam Hussein, damals Staatschef des Irak, der nach dem ruinösen Krieg gegen den Iran die irakischen Schulden abbauen wollte, indem er dem Irak das ölfreiche Nachbarland Kuwait einverleibte, bestellte die US-Botschafterin und fragte, wie die USA auf eine Annexion Kuweits reagieren würden. Sie antwortete, diese sähen ihre Interessen nicht tangiert, es sei eine „inner-arabische Angelegenheit“ – was Saddam Hussein als Akzeptanz verstand, um anschließend die Botschafterin desavouiert und sich im Konflikt mit der Weltgemeinschaft zu sehen. Allerdings war die völkerrechtliche Sachlage klar: Saddam Hussein hatte ein souveränes Land überfallen, der UNO-Sicherheitsrat sanktionierte den Militäreinsatz.⁵ Das unterschied jenen Golf-

hundert, Potsdamer Textbücher, Bd. 20, Potsdam 2013, S. 165-205.

⁴ Charta von Paris, in: Curt Gasteyer: Europa zwischen Spaltung und Einigung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 321, Bonn 1994, S. 538ff.

⁵ Vgl. Pierre Salinger/Eric Laurent: Krieg am Golf. Das Geheimdossier, München/Wien 1991,

krieg von den nachfolgenden imperialen Kriegen, die der Westen in den zwei Jahrzehnten nach Ende des Kalten Krieges führte. Entscheidend war jedoch etwas anderes: Während in Europa Freude über das Ende des Kalten Krieges Platz griff, in Deutschland die zweite Vereinigung (nach der von 1871) vollzogen wurde und die Moskauer kommunistische Führung ihr historisches Kapitulationen als großen Erfolg perzipierte, bereitete die US-Regierung eine Neuordnung der Welt vor, zu der an der „Peripherie“ auch regionale Kriege gehörten; die frühere Gegenmacht des Kalten Krieges konnte sie daran nicht mehr hindern. Krieg wurde wieder zu einem „normalen Mittel“ imperialistischer Politik.

Im Zuge des deutschen Vereinigungsprozesses bestanden die USA auf der Einbeziehung des einheitlichen Deutschlands in die NATO. Der Sowjetunion die Zustimmung dazu abzuhandeln, schickte Bush seinen Außenminister Baker nach Moskau, der am 9. Februar 1990 mit Staatschef Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse zusammentraf. Die Frage, die Baker stellte, lautete: „Würden Sie ein wiedervereinigtes Deutschland außerhalb der NATO und ohne US-Streitkräfte, dafür aber vielleicht mit eigenen Atomwaffen, lieber sehen? Oder ziehen Sie ein wiedervereinigtes Deutschland vor, das an die NATO-Beschlüsse gebunden ist, während gleichzeitig gewährleistet ist, dass die NATO ihr Territorium um keinen Zentimeter in Richtung Osten ausweitet?“⁶ Die USA drohten, ein nicht-kontrolliertes Deutschland könnte zu einer neuerlichen Gefahr für Russland – oder damals noch für die Sowjetunion – werden, hatte dieses doch zweimal im 20. Jahrhundert in seinen Kriegen zur Eroberung Europas Russland überfallen. Dann folgte: Wenn denn nach der deutschen Vereinigung nicht mehr die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges Deutschland kontrollieren – im Februar 1990 wurden die Gespräche begonnen, die zum „2+4“-Vertrag über die abschließende Lösung der deutschen Frage führten –, so wollen dies die USA künftig allein tun. Dies sollte in Gestalt der dauerhaften Einbindung ganz Deutschlands in die NATO erfolgen. Mit anderen Worten: Moskau wurde die NATO offeriert als Konstrukt zur Kontrolle Deutschlands. Wenn diese dauerhaft sein sollte, musste auch die NATO auf Dauer gestellt sein. Im Gegenzug wurde Russland zugesagt, dass es keine weitere Osterweiterung der NATO, über das Territorium der DDR hinaus, geben sollte, „um keinen Zentimeter“, oder in anderer Übersetzung: „dass die NATO ihr Territorium um keinen Daumenbreit Richtung Osten ausweitet“. Die NATO wurde in den Folgejahren dennoch nach Osten ausgeweitet. Gorbatschow sah sich und Russland auch noch in der Rückschau hintergangen: „Washington dachte damals, dass es uns als Konkurrenten nicht mehr gibt und dass es sich alles leisten kann. Die USA waren darauf aus, ein neues Imperium zu errichten.“⁷

S. 49ff, insbesondere S. 63; Erhard Crome: Menetekel neuer Weltenauseinandersetzungen? Noch einmal über den Golfkrieg, in: IPW-Berichte, Berlin, Heft 11-12/1991, S. 40-43.

⁶ Michael R. Beschloss, Strobe Talbott: Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989-1991, Düsseldorf u.a. 1993, S. 245.

⁷ Der Spiegel, Hamburg, Heft 14/2009, S. 113.

Nach dem Kalten Krieg und dem Zerfall der Sowjetunion hätte mit dem Ende des Warschauer Vertrages auch das der NATO historisch auf der Tagesordnung gestanden. Die USA jedoch bestanden auf deren Fortexistenz, ist doch die NATO die einzige, vertraglich fest gefügte Verankerung, die die NATO-Staaten, historisch zunächst Westeuropa, an die USA bindet und umgekehrt diesen die Möglichkeit gibt, direkt, unmittelbar und vertraglich sanktioniert in europäische Angelegenheiten einzugreifen. So war die Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der NATO nicht nur wichtigste Bedingung der USA, der deutschen Vereinigung zuzustimmen, sondern das eigentliche Ziel US-amerikanischer Europapolitik 1989/90, wofür auch die Zustimmung der Sowjetunion erlangt werden sollte. Alle damaligen Äußerungen der US-Administration zur „Viermächte-Verantwortung“ für Deutschland, zur Rolle der KSZE usw. erscheinen aus heutiger Sicht als „taktisch-diplomatische Kunstgriffe zum Erreichen dieses Ziels“.⁸ Die Erhaltung, Aufrechterhaltung und Ausweitung der NATO und ihre Suche nach neuen Aufgaben ist also nicht einfach ein organisationssoziologisches Phänomen – dass Organisationen, einmal in die Welt gesetzt, den Drang haben, sich fortzuzugehen und ggf. neue Aufgaben zu suchen, und die sie tragenden Bürokratien gern ihre angestammten Rollen weiterspielen wollen, wie etliche Beobachter unterstellt hatten –, sondern entspringt dem Kern der Deutschland- und Europapolitik der maßgebenden Kräfte der USA und deren Vorstellung von der Rolle Europas bei der Umsetzung dessen, was Gorbatschow „ein neues Imperium zu errichten“ genannt hat.

Strategische Kontinuität

Nach dem Wechsel zu Präsident Barack Obama blieb dies eine Konstante. Daniel Hamilton, Direktor des Center for Transatlantic Relations, Washington D.C., betonte auf einer Konferenz am Beginn der Obama-Administration drei Punkte. *Erstens*: „Die Verpflichtung der NATO zu einer gemeinsamen Verteidigung ist das Herz der Allianz. Eine NATO, die sich ständig vergrößert, ohne in der Lage zu sein, das erweiterte Gebiet des Paktes zu verteidigen, läuft Gefahr, ein inhaltsleeres Bündnis zu werden.“ Das stellt eine Abkehr von der unter Bush II praktizierten Verfahrensweise dar, „Koalitionen der Willigen“ an die Stelle der NATO-Institutionen zu setzen. *Zweitens* werden die NATO und die damit verbundene Einbindung der USA in die europäischen Angelegenheiten auch weiterhin als Bedingung für Frieden und Stabilität unterstellt. „Ein Mangel an Vertrauen in die grundlegende Verteidigungsbereitschaft der NATO könnte zudem ein zentrales Element des Bündniszwecks untergraben: nämlich die Rückkehr zu jener Nationalisierung der europäischen Verteidigung und der Sicherheitsgarantien zu verhindern, die Europa in die Katastrophen des 20. Jahrhunderts geführt hat.“ Abgesehen von der Unterstellung an die Europäer, sie seien unfähig zum Frieden, meint dies, die USA

⁸ Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel, Berlin 2002, S. 212.

wollen auch weiterhin auf unbegrenzte Zeit in Europa bleiben. *Drittens* hob Hamilton hervor: „Die NATO muss eine unterstützende Funktion im Rahmen einer sehr viel breiter angelegten Strategie transatlantischer Widerstandsfähigkeit haben, die über die Sicherheit des eigenen Territoriums hinausgeht.“ Das ist der Anspruch, weit über das eigene Territorium hinaus militärische Einsätze in der Welt durchzuführen, die dann mit zivil-militärischen Aktivitäten verbunden werden. „Die Bedrohungen der Bündnissicherheit haben ihren Ursprung nicht unbedingt auf dem Territorium, das durch den Nordatlantikpakt abgedeckt ist. Viele sind nichtmilitärischer und asymmetrischer Natur. [...] Diese Bedrohungslage bedeutet, dass die NATO drei Hauptaufgaben in der Welt hat: Krisenprävention und Krisenintervention [...]; Durchführung von Stabilisierungs- und Wiederaufbauoperationen; Verbesserung der eigenen Fähigkeiten, effektiv mit Partnern zusammenzuarbeiten, seien dies Staaten, internationale Regierungsorganisationen oder Nichtregierungsorganisationen.“⁹

Damit wird die NATO nicht nur als militärisch-politisches Bündnis zur Verteidigung seiner Mitglieder, gegen wen auch immer, angesehen, sondern soll Weltpolizei-Aufgaben wahrnehmen, die aus einer diffusen, nicht wirklich spezifizierten Bedrohungsanalyse abgeleitet werden. Die Weichenstellungen dazu erfolgten bereits auf dem NATO-Gipfel in Rom im November 1991, nur wenige Monate nach der Auflösung des Warschauer Vertrages, die am 1. Juli 1991 vereinbart worden war. Anstelle der großen Bedrohung war jetzt die Rede von „Instabilität und Spannungen“, einem „Umfeld von Ungewissheit und unvorhersehbaren Herausforderungen“. Kern des Herangehens war durchgängig die „Umgestaltung des Bündnisses“.¹⁰

Auf dem NATO-Gipfel aus Anlass des 50. Gründungstages 1999 wurde dies bekräftigt. „Während die Warschauer Vertragsorganisation sich 1991 auflöste, gab sich der westliche Militärpakt eine neue Existenzberechtigung und definierte das sicherheitspolitische Umfeld neu. An die Stelle der ‚Hauptbedrohung der Vergangenheit‘ traten Risiken, die ‚ihrer Natur nach vielgestaltig‘ sind und ‚aus vielen Richtungen‘ kommen, ‚was dazu führt, dass sie schwer vorherzusagen sind‘ (Rom, Ziffer 9). Die Risiken ergaben sich für die NATO ‚weniger aus der Wahrscheinlichkeit eines kalkulierten Angriffs auf das Hoheitsgebiet der Bündnispartner‘, als vielmehr aus ‚Instabilitäten‘, ‚der Verbreitung von [...] Massenvernichtungswaffen und ballistischer Flugkörper‘, dem Vorhandensein großer Militärsensale, die (wieder) gegen die NA-

⁹ Internationale Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung: „Die NATO in einer veränderten Welt – Auslaufmodell oder unverzichtbare Allianz?“ am 6. und 7. März 2009 in Berlin. Die Tagung war gezielt in das Vorfeld der Veranstaltungen zum 60. Jahrestag der NATO gestellt. Die Zitate sind entnommen aus: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Die NATO in einer veränderten Welt, Berlin 2009, S. 10f.

¹⁰ Erklärung von Rom über Frieden und Zusammenarbeit, in: Curt Gasteyer, a.a.O., S. 436f. Das strategische Dokument: The Alliance's New Strategic Concept, agreed by the Heads of State and Government participating in the Meeting of the North Atlantic Council, unter http://www.nato.int/cps/en/SID-A4CCE1ED-8BF2B255/natolive/official_texts_23847.htm.

TO gerichtet werden könnten oder auch ‚der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror- und Sabotageakten‘ (Rom, Ziffer 10-13). Regional verortete die NATO bereits 1991 die Risiken in Mittel- und Osteuropa, dem GUS-Raum sowie am südlichen Mittelmeer und im Nahen Osten, betonte aber zugleich: ‚Die Sicherheit des Bündnisses muss jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen.‘ (Rom, Ziffer 13 und wortgleich Washington, Ziffer 24). Schon 1991 war also die Out-of-area-Ausrichtung der NATO und damit die Umorientierung auf Offensivaufgaben beschlossen worden. An dieser Stelle ist hundertprozentige Kontinuität der NATO-Politik zu verzeichnen. Allerdings ist die Liste der Sicherheitsrisiken erweitert worden: Neben dem Risiko ‚des organisierten Verbrechens‘ wird ‚die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte‘ neu angeführt (Washington Ziffer 20). Demnach sieht die NATO ihre Sicherheit durch Flüchtlingsbewegungen beeinträchtigt. Während sich zur Zeit der Kalten Kriege nur der Warschauer Pakt von der NATO bedroht sehen konnte, können heute alle Länder, die die NATO als ‚Risikofaktor‘ eingestuft hat, ins Fadenkreuz geraten. Der Jugoslawien-Krieg war ein erster Anwendungsfall.“¹¹

Metamorphosen

Strategisch war die NATO-Osterweiterung stets ein Vorrücken der geostrategischen und militärischen Positionen der USA und des von ihnen dominierten militärisch-politischen Gefüges in Richtung Osten und damit im Kern gegen Russland gerichtet. Aus Sicht der politischen Klassen in Warschau, Prag und Budapest wurde die Aufnahme in die NATO als Rückversicherung gegenüber Moskau und Konsequenz des Systemwechsels angesehen. Aus polnischer Perspektive gab die Aufnahme in die NATO darüber hinaus die Möglichkeit, auch mit dem größeren und wirtschaftlich ungleich stärkeren Deutschland „auf gleicher Augenhöhe“ zu verkehren.¹² Die ursprünglichen westeuropäischen NATO-Partner haben die Erweiterungsprozesse ihrerseits mitgetragen und im Sinne ihrer jeweiligen Interessen zu beeinflussen versucht.

Die erste NATO-Osterweiterung um Polen, Tschechien und Ungarn im Jahre 1999 ging noch davon aus, dass die erreichte Kriegsführungsfähigkeit der Organisation erhalten bleiben sollte. Die Militärorganisation, ihre Institutionen und Strukturen, wie sie sich bis dahin herausgebildet hatten, sollten erhalten bleiben. Dann wurde der Krieg der NATO gegen Jugoslawien (1999) geführt und der Krieg der USA gegen den Irak (2003) angezettelt. Der Jugoslawien-Krieg war – im Unterschied zum zweiten Golfkrieg 1991 – einerseits Probe darauf, einen Angriffskrieg außerhalb der UNO zu führen, sich selbst dazu zu

¹¹ Friedensmemorandum des Bundesausschusses Friedensratschlag 2000, unter: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/memorandum/NATO-Strategie.html>.

¹² Bogdan Koszel: Polens dorniger Weg zur NATO, in: WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik, Potsdam, Nummer 10/Frühjahr 1996, S. 45ff.

ermächtigen und sich dabei über geltendes Völkerrecht hinwegzusetzen. Daran waren alle damaligen NATO-Staaten beteiligt. Insofern war die Nichtbeteiligung einer Reihe von NATO-Staaten, darunter Deutschland, Frankreich und Belgien, an dem Krieg gegen den Irak Ausdruck einer gewandelten Position dieser Staaten und einer veränderten Konstellation innerhalb der NATO. Andererseits war die NATO 1999 noch im herkömmlichen Sinne als Militärbündnis in Erscheinung getreten: Die anderen Mitgliedsländer redeten mit, und die USA mussten politisch und in der unmittelbaren Kriegsführung auf diese Rücksicht nehmen.

Die Lage hatte sich mit dem Amtsantritt von Bush II und den Folgen der Anschläge auf US-Einrichtungen am 11. September 2001 verändert. Die USA waren bestrebt, global ein von ihnen bestimmtes imperiales Gefüge zu schaffen. Mit dem Krieg gegen den Irak ging es nicht nur darum, das Regime Saddams Husseins zu stürzen, sondern die islamische Welt zu transformieren. Es ging auch nicht nur um Öl, sondern um Geopolitik. Das Scheitern der USA in Irak und Afghanistan verhinderte weitere Kriege dieser Art. Obama hat die regulären US-Truppen aus dem Irak abgezogen. Das dort errichtete Regime sollte sich festigen. Inzwischen scheint auch das zu scheitern. Zerfall des Staates und Vordringen djihadistischer Kräfte sind schließlich die Folgen. Der Afghanistankrieg dagegen wurde fortgesetzt. Hier blieb nur noch Gesichtswahrung als politisches Ziel übrig. Der Abzug der meisten Militärkontingente des Westens rückt näher, die regierungsfeindlichen Kräfte erstarben wieder. Am Ende ist ebenfalls Staatszerfall das Ergebnis.

Die gewandelte NATO

Unter Bush II wurde die NATO von den USA als politisches Bündnis genutzt, wenn die anderen Mitglieder die USA-Politik unterstützen, und sie wurde ignoriert, sofern sich Widerstände aufboten. Eine „Mitsprache“, wie während des Jugoslawien-Krieges, war weder gewollt noch akzeptiert. Die im November 2002 auf dem NATO-Gipfel in Prag beschlossene Erweiterung um weitere sieben Staaten – Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien – ging dann nicht mehr von einer Kriegsführungsfähigkeit der NATO als Militärorganisation in einem herkömmlichen Sinne aus. Vielmehr sollte sie, zusammen mit der Schaffung weltweit einsatzfähiger „NATO-Reaktionskräfte“, zu einer Art „Baukasten“ mutieren, mit dem wie während des Irak-Krieges „Koalitionen der Willigen“ gebildet werden.

Die NATO sollte dabei für die USA die Funktion behalten, Einfluss auf die europäischen Entwicklungen und Staaten zu nehmen. Dies wurde mit dem Beitritt auf weitere osteuropäische Länder ausgedehnt. Über die NATO wird zugleich die Umrüstung und weitere Aufrüstung der Armeen der neuen Mitglieder gesteuert. Dabei werden diese gleichsam von Kunden des Militärisch-Industriellen-Komplexes (MIK) Russlands zu Kunden des MIK der USA und teilweise Westeuropas. Geopolitisch wurde die strategische Landverbindung in Ost-Mittel-Europa zwischen Norwegen und der Türkei ausgebaut. Mit dem

Hinweis auf Albanien, Mazedonien und Kroatien wurde bereits in Prag eine dritte Runde der Osterweiterung der NATO angekündigt. Albanien und Kroatien wurden 2009 in die NATO aufgenommen. Der Beitritt Mazedoniens liegt wegen des Namensstreits mit Griechenland auf Eis. Angestrebt wurde von Seiten der Bush II-Administration auch ein Beitritt Georgiens und der Ukraine. Das würde die NATO noch direkter an die Grenze Russlands bringen. Dieser Beitritt liegt nach dem Kaukasus-Krieg von 2008 ebenfalls auf Eis, ist aber weiter Teil des strategischen Kalküls.

Seit dem Prager Gipfel wurde die NATO ein Bündnisgefüge, das stärker politischen Charakter hat. Zugleich wurde sie unter Bush II „militärischer“, nicht im Sinne einer herkömmlichen Landesverteidigung, sondern im Sinne eines Rekrutierungsfeldes für „Koalitionen der Willigen“ der USA. Dabei wurde sie zugleich „pro-amerikanischer“, wie die Unterstützungserklärungen mehrerer ostmitteleuropäischer-, südosteuropäischer und osteuropäischer Regierungen für den Irak-Krieg der USA gezeigt haben, die die US-Regierung gegen die politischen Positionen Deutschlands und Frankreichs zu nutzen versuchte.

Die EU hat sich mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam weiter auf dem Wege der Integration entwickelt. Die Spannungen zwischen der EU und den USA auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet haben mit dem Euro weiter zugenommen, schon deshalb, weil der Euro die Rolle des US-Dollar als Weltreserve-Währung unterminiert. Kurz nach dem Jugoslawien-Krieg beschloss der Europäische Rat, das höchste Organ der EU, den Aufbau einer eigenständigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Durch den Aufbau militärischer Fähigkeiten sollte die äußere Handlungsfähigkeit der EU erweitert werden. Aus dem Jugoslawien-Krieg wurde gefolgert, die EU sollte bei der Realisation außenpolitischer Interessen nicht auf die militärischen Kapazitäten der USA angewiesen sein. Deshalb wurde beschlossen, eine eigene Eingreiftruppe der EU zu schaffen. Die in Prag beschlossene Bildung von NATO-Reaktionskräften (NATO Response Force) war dagegen geeignet, diese Bemühungen der EU zu konterkarieren und wieder der Kontrolle der USA zu unterstellen. In den Jahren 2003/04 wurde eine feste Abstimmung zwischen NATO und EU vereinbart. Auf dem NATO-Gipfel 2009 wurde bekräftigt, Kooperation und Koordination zwischen NATO und den militärischen Entwicklungen der EU zu gewährleisten. US-Präsident Obama hatte deutlich gemacht, die Zusammenarbeit in der NATO zu präferieren und die EU-Europäer in Entscheidungen stärker einzubeziehen. Das hat seinen Preis, etwa in Gestalt des Druckes, das „Engagement“ in Afghanistan zu verstärken, oder die Beziehungen zu Russland zu verschlechtern, auch wenn dies den wirtschaftlichen Interessen der EU-Länder widerspricht.

Die Ukraine und das Erweiterungsproblem

Die Osterweiterung von EU und NATO hat Einfluss auf die Entwicklungsprozesse im Osten Europas. Das Argument in Bezug auf einen NATO-Beitritt, das bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zum Beispiel in Polen und

Ungarn eine Rolle spielte, lautete, man wolle nicht in einer „Grauzone“ der Sicherheit zwischen NATO und Russland verbleiben. Mit der Osterweiterung der NATO verschwindet das Problem der „Grauzone“ jedoch nicht, sondern es verlagert sich geographisch nach Osten. Es sei denn, alle verbleibenden Staaten im Kaukasus, die Ukraine, Belarus und Moldawien werden in die NATO aufgenommen – was die Spannungen mit Russland aber praktisch weiter vergrößern würde. Das ist eines der Kernprobleme der gegenwärtigen Krise um die Ukraine.

Die Europäische Union hat in Angriff genommen, ihren Einfluss nach Osten weiter auszudehnen. Mit der Ukraine sollte im November 2013 ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen abgeschlossen werden. Allerdings hatte der ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch erklärt, parallel dazu mit der „Eurasischen Wirtschaftsunion“ von Russland, Kasachstan und Belarus zusammenarbeiten zu wollen. Daraufhin hatte EU-Kommissionspräsident Barroso gefordert, die Ukraine müsse sich entscheiden, sie könne nicht gleichzeitig ein Freihandelsabkommen mit der EU und eine Zollunion mit Russland haben.

Nachdem Janukowitsch sich geweigert hatte, den Vertrag zu unterzeichnen, und neue Vereinbarungen mit Russland traf, sollten in Kiew veränderte Machtverhältnisse geschaffen werden. Der Spiegel schrieb: „Der Kampf um die Ukraine ist einer zwischen dem russischen Präsidenten und der deutschen Kanzlerin.“ Die Geschichte sei aber „noch nicht zu Ende“. Es gehe „im Kampf um Kiew um viel mehr als freien Warenaustausch am Rand der Europäischen Union. Fast 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges geht es darum, wer es schafft, die früheren Sowjetrepubliken der Region in seinen Einflussbereich zu ziehen. Es geht um Geopolitik, um das ‚Grand Design‘, wie es die Experten gern nennen.“¹³ Nach monatelangen organisierten Protesten auf dem Kiewer Maidan-Platz und am Ende blutigen Auseinandersetzungen wurde Präsident Janukowitsch gestürzt. Die EU-Kommission hatte die Amtsenthebung rasch anerkannt. Die neue Regierung, zu der auch erklärte Faschisten gehören, bekundete, sie werde die Ukraine in die EU führen. Der neugewählte Präsident Petro Poroschenko unterstrich dies bei seiner Amtseinführung am 7. Juni 2014.

Der „politische“ Teil des Assoziierungsabkommens wurde von Seiten der Ukraine am 21. März 2014 in Brüssel unterzeichnet, der „wirtschaftliche“ Teil am 27. Juni 2014 bei einem EU-Gipfel durch Poroschenko. Entsprechende Abkommen wurden ebenfalls mit Georgien und der Republik Moldau unterzeichnet. Die Anbindung dieser Länder an die EU ist vertraglich vollzogen. Eine feste Zusicherung auf spätere EU-Mitgliedschaft haben sie nicht. Damit gehören sie zur äußeren Peripherie des imperialen Zentrums EU nach Osten und sind gegen Russland in Stellung gebracht.

Den Gedanken des *Spiegel* aufnehmend folgt: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat stets die „Freundschaft“ mit den USA beschworen, zugleich aber die

¹³ Der Spiegel, Hamburg, Heft 50/2013, S. 22-24.

Spielräume deutscher Außenpolitik insbesondere gegenüber den USA vergrößert. Programmatisch hat sie betont, Deutschland solle gestärkt aus der Finanz- und Euro-Krise hervorgehen. Heute ist es in einer dominierenden, hegemonialen Position innerhalb der EU. Gegenüber Russland hat sie stets die Menschenrechtskarte gespielt, aber auch die strategische Zusammenarbeit gepflegt. Nun wird unter Nutzung der USA die Ukraine aus dem Einflussfeld Russlands gelöst und in das der EU, das heißt Deutschlands, eingeordnet. Russland hat sich im Gegenzug die Krim genommen, was vom Westen mit Protesten quittiert wurde, aber am Ende ist Russland froh, die Beziehungen mit dem Westen, sprich Deutschland, weiter aufrecht zu erhalten. Diese Neuordnung Europas ist ein weitreichender außenpolitischer Vorgang. Hier wird etwas realisiert, woran Deutschland in zwei Weltkriegen scheiterte. Dazu reicht es, dass die NATO im Hintergrund steht. Die Ukraine muss nicht Mitglied der NATO sein, um diese Neuordnung zu beglaubigen.

LSW

analysen. fakten. argumente.
 institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.



In fünf Kapiteln belegen die Autoren: TTIP würde die Demokratie in ihrem Nerv treffen. TTIP wäre das Ende gewerkschaftlicher Tätigkeit, wie wir sie kennen. TTIP hätte verheerende Folgen für die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern. TTIP würde die internationalen Beziehungen vergiften und die Konfliklinien in der Welt weit aufreißen. Die ökonomische und die militärische Nato würden sich in ihren aggressiven Rollen gegenseitig stützen.

Conrad Schuler: TTIP muss verhindert werden – und wir können das auch / Leo Mayer: Arbeitsplätze und Wohlstand durch Freihandel? / Franz Garnreiter: Das ifo-Institut als Argumentelieferant für die TTIP-Befürworter / Fred Schmid: TTIP – der Handelsimperialismus der G7 / Conrad Schuler: Neue Regeln für die Weltwirtschaft und der Weg dorthin

isw-report 97 Juli 2014 / 36 S. / 3,50 EUR + Versand

Alle lieferbaren isw-Publikationen:

www.isw-muenchen.de

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V., Johann-von-Werth-Straße 3
 80639 München. fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

Sebastian Chwala

Der FN in Frankreich – auf dem Weg zur „Neuen Arbeiterpartei“?

Der 25. Mai in Frankreich – ein „Aufstand der Armen“?

Als am Abend des 25. Mai feststand, dass der Front national (FN) mit deutlichem Vorsprung die Europawahl gewinnen würde, ließen die Reaktionen der nationalen (und internationalen) Presse nicht lange auf sich warten. So sprach man von einem „Triumph der Marine Le Pen“ und einer „Schockwahl“, die den FN zur „ersten Partei Frankreichs“ gemacht hätte. Auch die Diskussion über die Ursachen folgte bald. So lieferte der Wirtschaftswissenschaftler Nicolas Bouzou mit einem Leitartikel in „Le Monde“-online vom 27. Mai unter dem Titel „Die Revanche der Deklassierten“ einen Versuch, die Beweggründe der Wähler_innen des FN zu erklären. So seien es die Verlierer der „wirtschaftlichen Transformationsprozesse“ der letzten dreißig Jahre, die in den Sog der nationalistischen „Populisten“ geraten wären (Bouzou 2014). Bouzou gab mit dieser Analyse tatsächlich eine Zusammenfassung der im Moment vom wissenschaftlichen Mainstream verfolgten Deutungs-Linie, nach der der politische Aufstieg des FN unmittelbar mit dem Anstieg von Arbeitslosigkeit, Armut und Ausweglosigkeit einhergehen würde. Manche Beobachter glauben im Front national sogar eine neue sozialdemokratische Partei erblicken zu können, die mit ihrem Diskurs die soziale Frage anspreche, während sich die Rechte und die Linke um die beste marktliberale Ausrichtung der französischen Ökonomie streiten würden (z.B. Crépon 2010: 6).

Tatsächlich lassen die Zahlen, die die Demoskopie im Nachgang der französischen Europawahlen präsentierte, auf den ersten Blick einen besonders hohen Zulauf für den FN aus der „classe populaire“ („Volksklasse“) und vonseiten der Jungen und Präkären erkennen: So lässt sich feststellen, dass 43 Prozent der Stimmen für den FN von „Arbeitern“ kamen, 38 Prozent von Angestellten, 37 Prozent von Arbeitslosen und 30 Prozent von den Geringverdienern. Darüber hinaus scheint die FN-Wählerschaft relativ jung zu sein. So erreichte der FN bei den 30 bis 35jährigen ca. 30 Prozent der Stimmen. Zentrale Gründe für die Wahlentscheidung waren die „Zuwanderungspolitik“ gefolgt von „Kaufkraft“, und „Arbeitslosigkeit“. Ein Großteil der FN-Wähler_innen macht für diese Entwicklung die EU verantwortlich. So sehen 58 Prozent die EU-Mitgliedschaft als problematisch an und fast alle Wähler_innen (93 Prozent) wollen eine „Stärkung der Handlungsfähigkeit Frankreichs“ innerhalb der EU (Ipsos 2014: 4ff).

Allerdings zeigt sich auf den zweiten Blick, dass nicht die Rede davon sein kann, dass der FN massiv an Stimmen dazu gewonnen hätte. Der Erfolg hängt vor allen Dingen mit der hohen Mobilisierungsfähigkeit der „Stammwähler“ des FN zusammen, denn über 90 Prozent der Wähler_innen, die 2012 Marine Le Pen ihre Stimme gegeben hatten, wählten den FN auch bei der Europawahl

2014 wieder. Da die Wahlbeteiligung insgesamt bei nur 42,3 Prozent lag, entsprechen die 24,9 Prozent des FN allerdings „nur“ 10,3 Prozent aller Wahlberechtigten, was einem relativ konstanten Wert seit den 1980er Jahren entspricht.

Ohnehin zeigt sich, dass gerade die Milieus überdurchschnittlich stark zur Wahl gingen, die ohnehin der Rechten zuneigen: Gutverdienende und Rentner_innen (Ipsos 2014: 8f.). Die Angehörigen der „Volksklasse“ dagegen, die „lohnabhängigen Beschäftigten“, beteiligten sich trotz der ihnen unterstellten besonderen Affinität zum FN nur unterdurchschnittlich (36 Prozent). Das gleiche gilt für die Jungwähler_innen, die sich nur zu 27 Prozent der Wahlberechtigten dieser Altersklasse an der Wahl beteiligten (Ipsos 2014: 8). Der hohe prozentuale Anteil des FN hängt also mit der insgesamt niedrigen Wahlbeteiligung bei beiden Gruppen und der unterschiedlichen Mobilisierungsfähigkeit der Rechten und der Linken in diesem Segment zusammen.

Der FN und die Arbeiter – „Ausgrenzungserfahrungen“ als Grund für den „Rechtsruck“?

Dass innerhalb der wissenschaftlichen Debatte der Fokus dennoch auf dem Verhältnis „Volksklasse“ und FN liegt, ist darauf zurückzuführen, dass innerhalb der französischen Sozialwissenschaft eine „Radikalisierung aus der Mitte der Gesellschaft“ nicht ernsthaft diskutiert wird. Verantwortlich dafür sind die Diskussionen sowohl in der Geschichtswissenschaft als auch der Sozialwissenschaft. Während erstere Frankreich als ein Land mit einer „breiten (liberalen) politischen Mitte“ darstellt, das nur in ökonomischen Krisenzeiten von den sich radikalierenden „sozialen Absteigern“ „von außen“ bedroht worden wäre (was eine Deckungsgleichheit zwischen „linksaußen“ und „rechtsaußen“ impliziert), betonte die Sozialwissenschaft in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr, dass der klassische Klassenantagonismus verschwunden sei und an seine Stelle eine „Mittelschichtgesellschaft“ getreten sei, die kein „oben“ und „unten“, sondern nur noch „innen“ und „außen“ kenne (vgl. Bidou-Zachariasen 2003: 35ff). Mit der „neoliberalen Transformation“ seien insbesondere die Angehörigen der „Arbeiterklasse“ ausgeschlossen worden und suchten in ihrer Hilflosigkeit ein Ventil, um dieser Ausgrenzungserfahrung entgegenzuwirken (Castel 2003: 13). Denn „als Angehörige der ‚Volksklassen‘ fühlen sie sich (die Arbeiter) nicht der Rechten zugehörig. Sie teilen viel mehr zahlreiche Werte und Einstellungen mit den Wählern der Linken, aber sie scheinen sich auf eine Stimme für den FN festgelegt zu haben aufgrund ihrer Ablehnung der Politischen Klasse, der Fremdenfeindlichkeit, der sozialen Enttäuschung und der Feindseligkeit gegenüber dem Aufbau Europas“ (Perrineau 1997: 218). Die Folge ist laut Perrineau der „Gaucholepenismus“ (Linkslepenismus). Ehemalige Linkswähler_innen hätten sich nach rechts „radikalisiert“. Dieser „Rechtsruck“ habe dafür gesorgt, dass Themen wie Fremdenfeindlichkeit und Angst vor dem Verlust der eigenen Identität auf einmal im Zentrum der politischen Debatte gestanden hätte (Holeindre 2014).

Fairerweise muss man Sozialwissenschaftlern wie Perrineau zugestehen, dass

seit den 1990er Jahren tatsächlich ein deutlicher Anstieg der Stimmenanteile des FN vor allen Dingen in den alten Hochburgen der Sozialistischen Partei zu beobachten war. Eine Entwicklung, die ihren Höhepunkt mit dem Wahlsieg des FN bei den Kommunalwahlen in diesem Frühjahr in der alten Bergbaugemeinde Hénin-Beaumont im Pas-de-Calais, die jüngst vor allem durch ihre hohe Zahl an Erwerbslosen und ihre korrupte Stadtverwaltung für Schlagzahlen sorgte, ihren Höhepunkt erreichte (Crépon 2014).

Die wenigen neuen Arbeitsplätze, die entstanden sind, finden sich vor allem Dingen in der Logistikbranche und einigen neuen Einkaufszentren. Dort aber wo in den Kohleminen noch starke Gewerkschaften „kollektive Solidarität“ unter den Arbeitern herstellten, ist die Arbeitswelt dieser „neuen Arbeiterklasse“ von Vereinzelung und Prekarität geprägt (Crépon 2014). Darf man den Zahlen, die von Statistikern und Soziologen regelmäßig wiederholt werden, glauben, arbeiten aktuell ca. 40 Prozent der französischen Arbeiterklasse unter ähnlichen Bedingungen (Mayer 2012: 155). Die „Fragilität“ der eigenen Lebenskonzepte geht somit einher mit der Angst vor „Globalisierung“ und „Migration“. Das niedrige Lebensalter der Betroffenen, das kein persönliches Erleben des Vichy-Regimes oder der faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit beinhaltet, lässt die „geistige Schutzbarriere“ gegenüber der extremen Rechten sinken und eine Stimme für den FN möglich erscheinen (Holeindre 2014).

Die Fokussierung auf die Wählergruppen aus der „Volksklasse“ hat allerdings zur Generalisierung der These geführt, dass die „soziale Deklassierung“ der zentrale Grund für die Wahlentscheidung zugunsten des Front national sei. Wirklich empirische Studien über die „FN-Wahl“ sind allerdings rar geblieben (vgl. Cartier et al. 2008: 253). Gleichzeitig wird in den vorherrschenden Analysen gerne vergessen, dass rechts wählende Arbeiter kein neues Phänomen in der jüngeren französischen Geschichte sind. So gingen am Beginn der V. Republik 42 Prozent der Arbeiterstimmen an De Gaulle (Mayer 2012: 155). Auch die Entwicklung in den Folgejahren zeigte, dass ein gutes Drittel der Arbeiterklasse bei Wahlen rechten Kandidaten und Parteien zuneigte (Huelin 2013: 17f.). Vieles deutete darauf hin, dass auch der FN sein Wähler_innen aus diesem „rechten Arbeitermilieu“ und nicht aus der Linken rekrutiert hat. So schätzten sich bei Befragungen im Jahr 2011 61 Prozent der FN wählenden Arbeiter als in der „Mitte stehend“ oder „eher Rechts“ ein, während die Arbeiter, die nicht für Marine Le Pen stimmen wollten, sich zu 58 Prozent als „eher links“ einordneten (Mayer 2012: 155). De Gaulejac rechnet diese Arbeiter zu den „Aufstiegsorientierten“, die Techniker, Meister oder leitende Angestellte werden und somit in die „Mittelschicht“ aufsteigen möchten (De Gaulejac 2013: 9).

Tatsächlich lässt sich nach Meinung der beiden Soziologen Michelat und Simon ein „Arbeiterautoritarismus“ nachweisen, der sich durch Intoleranz gegenüber Minderheiten und verkrampfte Nähe zur nationalen Identität auszeichnet. Dieser korreliert, so die Autoren, aber mit einem positiven (und nicht ablehnenden)

Bezug zum (ökonomischen) Liberalismusbegriff, was die Entscheidung für die Wahl des FN wesentlich erleichterte (Michelat/Simon 2012: 2). Studien aus einer Zeit, als die politische Linke noch die Arbeiterbewegung zu dominieren schien, bestätigen die Existenz dieses Milieus. So gaben im Jahre 1978 ca. 32 Prozent der befragten Arbeiter an, den Traum zu hegen, ein eigenes kleines Unternehmen zu eröffnen und die „Arbeiterexistenz“ hinter sich zu lassen (Goodliffe 2012: 87).

Gaxies' FN-Wähler – „Mittelschicht“ statt „Deklassierung“

Die besondere Affinität dieses Milieus für den FN konnte der Politikwissenschaftler Daniel Gaxie in der Mitte der 2000er Jahre in einer Studie, in deren Rahmen über ein Jahrzehnt Interviews mit Sympathisanten des FN geführt wurden, empirisch nachweisen.

So einte die meisten Befragten ihre Zustimmung zu einer „neoliberalen“ Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die meisten äußerten sich negativ über Reglementierungen zuungunsten der Unternehmen, über hohe Steuern und über die „sozialstaatliche“ Umverteilung. Positiv besetzt war das Leitbild des individuellen Erfolges (Gaxie 2006: 236).

Grund dafür war, dass ein Großteil der Befragten direkt oder indirekt in Beziehung zum Kleinunternehmertum stand. Selbst die befragten „Arbeiter“, waren entweder selber zu kleinen Eigentümern aufgestiegen, waren Angestellte des familieneigenen Unternehmens oder hatten verwandtschaftliche Beziehungen zu Kleineigentümern. Zusätzlich waren fast alle Befragten, die sich positiv zum FN äußerten, Immobilienbesitzer (Gaxie 2006: 237). „Die mehr oder weniger ausgeprägte Integration in die Welt der Eigentümer, der unabhängigen Berufe und der Geschäftswelt so wie die objektive und oft subjektive Distanz zu den entgegengesetzten Welten der Arbeitnehmerschaft, der Subalternität, der Armut, der Immigration, der Sozialpolitik, der Lohnkämpfe der Gewerkschaften und der Linken werden nicht zuletzt deshalb aufgewertet, weil sie als Ergebnis persönlicher ‚Leistung‘ oder ‚Verdienste‘ wahrgenommen werden.“ (Gaxie 2006: 237) Zugleich zeigte sich, dass kaum jemand der Befragten von andauerndem sozialem Abstieg bedroht war, eher im Gegenteil. Viele befanden sich in einer Phase des sozialen Aufstieges, und das oftmals nachdem sie im bisherigen Leben von ökonomischen Schwierigkeiten nicht verschont geblieben waren (Gaxie 2006: 237f.).

Gemeinsam war aber auch vielen FN-Wählern eine familiäre Sozialisation, die sich auszeichnete durch regelmäßigen Kirchenbesuch, den Besuch von Konfessionsschulen oder Kontakt zu Angehörigen bei Polizei oder Militär (Gaxie 2006: 239).

Die „suburbanen“ Räume – regionale Hochburgen des FN

Wie oben erwähnt ist der Anteil der Immobilienbesitzer unter den FN-Wählern stark ausgeprägt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Einfamilienhaussiedlungen an den Rändern der städtischen Agglomerationen – den

in Frankreich in Abgrenzung zum „banlieue“ so genannten „suburbanen“ oder periurbanen“ Räumen – die höchsten Stimmenanteile für den FN aufweisen. Diese Einfamilienhaussiedlungen gelten als die „Welt der Mittelschichten“ und der „sozialen Aufsteiger“. Sie sind die Welt derer, die weggezogen sind aus den vom sozialen Wohnungsbau geprägten Stadtvierteln und die auf scharfe Abgrenzung zu den „Sozialen Brennpunkten“ aus sind (Bosc 2008: 103).

Die aufstiegsorientierten Arbeiter_innen aus der „unteren Mittelschicht“ richten ihren Blick gesellschaftlich „nach oben“. Sie orientieren sich hin zu den Angehörigen der freien Berufe, den „Leitungskadern“ der Privatindustrie und den Selbstständigen, die in der eigenen Nachbarschaft wohnen, denen man sich sozial zugehörig fühlt, deren Lebensstandard man sich aber eigentlich nicht leisten kann. Eine Sicht, die mit der Forderung nach einer weiteren „Deregulierung“ des Arbeitsmarktes einhergeht, in der Hoffnung, höhere Haushaltseinkommen erzielen zu können. Demzufolge finden sich diese „kleinen Eigentümer“ auch in den „wirtschaftsliberalen“ Diskursen der Rechten wieder, die die „Leistungswilligen“ gegen die „Empfänger von Sozialleistungen“ auszuspielen suchen. Damit einher geht die Ablehnung von Solidarität für „sozial schwächere“ Gruppen (Cartier et al. 2008: 273).

Die hohen Eintrittskosten in die „Mittelklasse“ führen bei vielen jungen „kleinen Mittelern“ zwischen 30 und 40 somit zu Frustration und dem Gefühl, in einem „Schraubstock“ zu stecken. Die wahrgenommenen Distanz „nach oben“ geht einher mit einer weiteren Abgrenzung „nach unten“. Ergebnis ist eine Krise des „positiven Individualismus“ der Mittelschichten, deren ganze Selbstwahrnehmung darauf beruht, durch persönlichen Erfolg zur „Selbstverwirklichung“ und damit „zu sich selbst“ zu gelangen (Pinçon/Pinçon-Charlot 2007: 103). Die Ablehnung, mit „Fremden“ (besonders migrantischen Neuankömmlingen) zusammenzuleben, und die damit verbundene Angst, dass das eigene Quartier zum „Ghetto“ und dem Ort der eigenen Deklassierung wird, sind die gängigsten Ausdrucksformen dieses widersprüchlichen Denkens, dass sowohl Überlegenheitsgefühle als auch Abstiegsängste miteinander vereint. Damit geht einher, dass vorhandene rechte Einstellungen noch weiter nach rechts verschoben werden (Cartier 2008 et al.: 274).

Dass in erster Linie diese (mobilisierbaren) „Milieus“ für die Rechtsentwicklung der letzten Jahre verantwortlich sind, zeigt sich auch, wenn man die alljährlichen Umfragen des „Nationalen Zentrums für Menschenrechte“ betrachtet. Die Werte für Rassismus, Antisemitismus und Homophobie steigen allgemein an, der Anstieg geht aber vor allen Dingen auf „Antwortende“ zurück, die sich auf der Rechts-Links-Skala als in der „Mitte“ oder aber „Rechts“ stehend verorten (Mayer 2013). Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass eine konstante Mehrheit der Sympathisanten der („bürgerlich-republikanischen“) UMP eine „engere Zusammenarbeit“ mit dem Front national wünscht (vgl. France Info 2014).

Das Programm des FN – „nationalliberal“ statt „sozial“

Genau diese Einstellungsmuster bedient der FN in seiner Programmatik. So zeichnet sich die Partei durch einen „Hass auf alles Soziale“ aus, denn die einzige sozialpolitische Maßnahme, die der FN kennt, besteht in der „préférence nationale“, derzufolge soziale Leistungen nur noch Franzosen zukommen sollen. Ansonsten durchzieht eine wirtschaftsliberale gewerkschaftsfeindliche Rhetorik die Programmatik des FN (Hayot 2014: 50).

So wendet sich der FN offen gegen Streiks denn sie „bedrohen die Unternehmen und die Beschäftigung“ und würden „Frankreich ins Chaos stürzen“ (Chapelle 2012: 2). Deshalb soll das Streikrecht eingeschränkt werden, indem die Legitimität jeder einzelnen Arbeitsniederlegung erst durch ein Richterkollegium bestätigt werden muss (VISA 2011: 19).

Weiterhin will der FN „die Unternehmen vom staatlichen Dirigismus“ befreien, indem das Arbeitsrecht „vereinfacht“ wird. Die „Ausgestaltung“ der sozialen Mindestrechte der Beschäftigten soll auf der Branchenebene „verhandelt“ werden. Dort sollen „friedliche, unternehmerfreundliche, berufsständische Organisationen die Interessenvertretungen der Beschäftigten übernehmen. Denn die Gewerkschaften sind „veraltet und nicht repräsentativ“ (VISA 2011: 15f.). Natürlich plädiert der FN auch für eine „kapitalgedeckte Rente“, die Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus (an dessen Stelle sollen individuelle Hilfen zum Erwerb von Eigentum treten) und einer Verschärfung der Repression gegen Erwerbslose (Front National 2011).

Auch dem Öffentlichen Dienst soll es an den Kragen gehen. Ziel ist die „Qualitätssteigerung des öffentlichen Dienstes“ durch „Flexibilisierung und Nicht-Wiederbesetzung von Stellen“ zwecks „Verbesserung der öffentlichen Haushalte“, damit dem „Kleinunternehmertum“, das vor dem Wirken der Globalisierung geschützt werden müsse, die Steuern gesenkt werden können (VISA 2011: 14-15).

Die „Rechte“ vor der Rückkehr an die Macht – Die Sozialisten vor dem „Scherbenhaufen“ ihrer Politik

Nachdem die Sozialisten bei der Europawahl und bei der Kommunalwahl schon zwei katastrophale Wahlniederlagen in Folge einstecken mussten, deutet alles darauf hin, dass 2017 die Rechte wieder in den Élysée-Palast einziehen wird. Angesichts der Korruptionsskandale, von denen die UMP aktuell wieder durchgeschüttelt wird, scheint es sogar möglich, dass der FN die UMP als führende Rechtspartei ablöst und sich Marine Le Pen Chancen auf die Präsidentschaft ausrechnen kann. Tatsächlich steht aber weder hinter der UMP noch dem FN eine gesellschaftliche Mehrheit. Vielmehr ist es so, dass die Sozialisten mit ihrer französischen Variante der deutschen Agendapolitik ihre eigenen Wähler_innen, die 2012 noch im Glauben auf Hollandes Worte, dass das „Finanzkapital sein wirklicher Gegner“ sei, der PS ihre Stimme gegeben hatten (vgl. Biver 2012 a und b), in die „Wahlenthaltung“ getrieben haben.

Die Anhänger des FN und große Teile der UMP-Wählerschaft bleiben dagegen mobilisiert. Zwar bringen die Unterstützer des FN ihr Unbehagen über das Ende der Periode des „regulierten Kapitalismus“ zum Ausdruck. Doch die sozialen Aufsteiger verlangen nicht nach mehr gesellschaftlicher Solidarität. Sie setzen dem modernen Finanzmarktkapitalismus die klassischen frühkapitalistischen Werte des Kleinbürgertums entgegen. Hier dominieren der Glaube an traditionelle Werte (Familie, Kirche) und an harte Arbeit (vgl. Goodliffe 2012: 93ff). Deshalb gelang es auch der gesamten Rechten derart erfolgreich um die Jahreswende 2012/2013 gegen die Legalisierung der Ehe von gleichgeschlechtlichen Partnern zu mobilisieren. Ergebnis ist die irrationale Glorifizierung der Rückkehr des vergangenen Besseren und damit eines rechten (identitären) Nationalismus.

Von all diesen Entwicklungen kann die „Radikale Linke“ verständlicherweise kaum profitieren. Ihr fehlt nicht nur ein kohärentes Gegenprojekt zum Neoliberalismus. Gravierender dürfte sein, dass sie nicht mehr über die wichtigen Säulen für die Stabilisierung und Tradierung des linken Bewusstseins verfügt, wie sie in früheren Jahren mit der Existenz relativ einheitlicher und solidarischer Kollektive „auf unterer Ebene“ (Betrieb, Wohnviertel) und der Existenz starker Organisationen (Gewerkschaften, Parteien) gegeben waren, die im politischen und sozialen Raum die „Arbeiterideen“ geltend machen konnten und von denen sich die Arbeiter vertreten fühlten (Michelat/Simon 2004: 154). Verantwortlich dafür war die „Deindustrialisierung“ der französischen Volkswirtschaft, die mit der Schließung aller Kohleminen, aber auch so gut wie aller Stahlwerke sowie etlicher großer Automobilfabriken einherging. Dies war verbunden mit dem Verlust der „kollektiven Identität“ und damit auch des Klassenbewusstseins, als Folge der Schwächung der Gewerkschaften und Linken Parteien (Beaux/Pialoux 2012: 404).

Folge ist ein „Negativer Individualismus“, der sich unter den Angehörigen der „Klasse“ ausbreitet hat. Anstatt von den Arbeiterorganisationen mobilisiert zu werden, vereinzeln und vereinsamen insbesondere die jungen nachrückenden Generationen, unter denen sich ein Gefühl der Perspektivlosigkeit breitgemacht hat (vgl. Pinçon/Pinçon-Charlot 2007: 104 ff).

Ergebnis ist neben der geringen Bereitschaft, sich in linken Organisationen vor Ort zu engagieren, auch eine Wahlenthaltung, die mindestens 10 Prozent über dem nationalen Durchschnitt liegt (Gougou 2007: 9).

Literatur

- Beaud, Stéphane/Pialoux, Michel (2012): *Retour sur la conditions ouvrière – Enquête aux usines Peugeot de Sochaux-Montbéliard*; Paris
- Bidou-Zachariasen, Catherine (2003): *Der Erfolg der „Mitte“ der Gesellschaft – Entstehungszusammenhänge und Feldeffekte* In: Bischoff, Joachim/Boccarda, Paul/Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg): *Klassen und soziale Bewegungen – Strukturen im modernen Kapitalismus*; Hamburg
- Biver, Nico (2012a): *Präsidentenwahlen in Frankreich: Die Renaissance der radikalen Linken*, in: Z 90, Juni 2012, S. 8-17

- Biver, Nico (2012b): Fallstricke der Autonomie. Die Linksfrente in Frankreich nach den Wahlen, in: Z 91, September 2012, S. 146-155
- Bosc, Serge (2008): Sociologie des classes moyennes; Paris
- Bouzou, Nicolas (2014): La revanche des déclassés; URL: http://www.lemonde.fr/idees/article/2014/05/27/la-revanche-des-declasses_4426956_3232.html
- Cartier, Marie/Coutant, Isabelle/Masclat, Olivier/Syblot, Jasmine (2008): La France des „petits-moyens“- enquête sur la banlieue pavillonnaire; Paris
- Castel, Robert (2003): Das Verschwimmen der sozialen Klassen in: Bischoff, Joachim/Boccard, Paul/Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg): Klassen und soziale Bewegungen- Strukturen im modernen Kapitalismus; Hamburg
- Chapelle, Sophie (2012): Pourquoi Marine Le Pen et le FN se moquent des ouvriers; URL: <http://www.bastamag.net/article2320.html>;
- Crépon, Sylvain (2010): Le Tournant anti-capitaliste du Front National. Retour sur un renouveau idéologique des années 1990; Fragments sur les temps présents URL: <http://tempspresents.com/2010/04/25/sylvain-crepon-tournant-anti-capitaliste-du-front-national>
- Crépon, Sylvain (2014): Hénin-Beaumont, le laboratoire FN à L'épreuve des municipales; http://www.huffingtonpost.fr/sylvain-crepon/henin-beaumont-front-national_b_4954601.html
- De Gaulejac, Vincent (2013): De L'éclatement des classes sociales à la lutte des places in: <http://projet.pcf.fr/3847> La Revue Du Projet Nummer 26
- France Info (2014): Les sympathisants UMP et FN favorables à des accords locaux, Selon un sondage; URL: http://www.francetvinfo.fr/elections/municipales/les-sympathisants-ump-et-fn-favorables-a-des-accords-locaux-selon-un-sondage_559891.html
- Front national (2011): Le Projet de Marine Le Pen URL: <http://www.frontnational.com/le-projet-de-marine-le-pen>
- Gaxie, Daniel (2006): Des Penchants vers les ultras-droites in: Collovald, Annie/Gaiti, Brigitte (2006): La démocratie aux extrêmes. Sur la radicalisation politique; Paris
- Goodliffe, Gabriel (2012): The Resurgence of the Radical Right – From Boulangisme to the Front National; New York
- Gougou, Florent (2007): Les mutations du vote ouvrier sous la Ve république; Fondation Gabriel Péri URL: <http://www.gabrielperi.fr/Les-mutations-du-vote-ouvrier-sous?lang=fr>;
- Hayot, Alain (2014): Face au FN. La Contre Offensive, Paris
- Holeindre, Jean-Vincent (2014): Front national: les raisons d'une ascension; URL: http://www.scienceshumaines.com/front-national-les-raisons-d-une-ascension_fr_31658.html
- Huelin, Jean-Phillipe (2013): Où en est le vote ouvrier? Fondation Jean-Jaurès; URL: <http://www.jean-jaures.org/Publications/Les-notes/Ou-en-est-le-vote-ouvrier>;
- Ipsos (2014): Elections européennes 2014 comprendre le vote des Français URL: <http://www.ipsos.fr/ipsos-public-affaires/actualites/2014-05-25-europeennes-2014-comprendre-vote-francais>

- Mayer, Nonna (2012): L' electorat du Front National a-t-il changé? in: Delwitt, Pascal (2012): Le Front national. Mutation de l' extreme droite francaise; Brüssel
- Mayer, Nonna (2013): France is not moving to the right, but the french right is undergoing a process of radicalisation URL: <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2013/12/20/france-is-not-moving-to-the-right-but-the-french-right-is-undergoing-a-process-of-radicalisation/>
- Michelat, Guy/Simon, Michel (2004): Les ouvriers et la politique. Permanences, ruptures, réalignements (1962-2002); Paris
- Michelat, Guy/Simon, Michel (2012): Le vote des ouvriers, de l' alignement à gauche à une „drotisation“? Informationsbroschüre des CEVIPOF Januar 2012; URL: <http://www.cevipof.com/rtefiles/File/AtlasE13/NoteMICHELAT.pdf>
- Perrineau, Pascal (1997): Le Symptome Le Pen – Radiographie des électeurs du Front National; Paris
- Pinçon, Michel/Pinçon-Charlot, Monique (2007): Sociologie de la bourgeoisie; Paris
- Vigilance et Initiatives Syndicales Antifascistes (VISA) (2011): Le FN, le pire ennemi des salarié-e-s; URL: <http://www.wobook.com/WBzt3VW5Gv1S/FN-pire-ennemi-des-salaries.html>

FORUMRECHT

Das rechtspolitische Magazin für Uni und soziale Bewegungen

Kostenlos lesen und call for papers unter:

www.forum-recht-online.de



Klaus Dräger

Das Bundesverfassungsgericht – heimlicher Machtfaktor in der Eurokrise?

„Der Februar-Gipfel des Jahres 2010 ist der Tag, an dem sich die Macht innerhalb des Euro-Klubs zu verschieben beginnt – und damit die sorgsam austarierte Machtbalance in ganz Europa. Deutschland wird zu dem Partner, nach dem sich alle anderen richten müssen. Einmal wegen seiner wirtschaftlichen Stärke. Aber auch wegen der Grenzen seiner Handlungsfähigkeit, die das Bundesverfassungsgericht aufzeigt. Merkel sind zunehmend die Hände gebunden, weil ihr stets Karlsruhe im Nacken sitzt. Das Bundesverfassungsgericht entwickelt sich zum heimlichen Mitglied der Währungsgemeinschaft, weil es den Handlungsspielraum der Bundesregierung einengt.“

Cerstin Gammel/Raimund Löw: Europas Strippenzieher, Berlin 2014, S. 72

„Einst befragt, wo er den Grad der realen Unabhängigkeit des deutschen Bundesverfassungsgerichts verorten würde – näher beim italienischen Verfassungsgericht, das für seine allgemeine Fügsamkeit bekannt ist, oder dem Supreme Court der USA, der fähig ist, jede (US-)Regierung herauszufordern – antworte Dieter Grimm, das vielleicht angesehenste neuere Mitglied dieses Gremiums, ohne zu zögern: besser als das italienische, aber näher bei diesem als beim amerikanischen. Es ist unwahrscheinlich, dass die Oligarchie der EU jemals einen ernsthaften Rückschlag aus Karlsruhe erfahren muss.“¹

Perry Anderson: After the Event, New Left Review 73, Jan/Feb 2012, London, S. 53

Das deutsche Bundesverfassungsgericht (BVerfG) sieht sich als Wahrer der souveränen Verfassungsidentität der Bundesrepublik Deutschland. Seine Rolle in der Europapolitik wird von Politikern, Medien und Wirtschaftsverbänden bisweilen kontrovers bewertet. Die einen preisen es als Garant von Demokratie, Volkssouveränität und grundgesetzlich geschützten Grundrechten. Die anderen kritisieren es als ‚Bremsklotz der europäischen Integration‘.

Letzteres machte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in den ersten Etappen der globalen Finanzkrise zunutze. Vorstöße des damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy für einen EU-Fonds zur Bankenrettung (2008) blockierte sie mit dem Hinweis, dies ergebe wohl Probleme mit dem Bundesverfassungsgericht. Stattdessen: Jeder kehre vor seiner eigenen Tür – also nationalstaatliche Konjunktur- und Bankenrettungsprogramme, keine Eurobonds mit Gemeinschaftshaftung usw. So erwarb sie sich zunächst den Ruf von Europas Madame Non.

Als die Finanzkrise sich zur Eurokrise zuspitzte (Griechenland, Irland, Portu-

¹ Eigene Übersetzung aus dem Englischen (KD).

gal, Zypern, Spanien ...), wurde die Rettung des Euro als oberste Priorität ausgerufen: „Scheitert der Euro, scheitert Europa“. Zu den Euro-Rettungsschirmen erzwang Merkel eine Änderung des EU-Vertrags², angeblich um einem möglicherweise negativen Urteil des BVerfG wegen fehlender primärrechtlicher Grundlagen dazu vorzubeugen.

Euro-Rettungspolitik abgenickt

Das BVerfG winkte mit seinem Urteil vom 07.09.2011 die Griechenlandhilfe wie auch den Eurorettungsschirm EFSF als verfassungsrechtlich unbedenklich durch. In späteren Entscheidungen (28.10.2011; 28.02.2012) lehnte es lediglich das Vorhaben der Bundesregierung ab, diesbezügliche Beteiligungsrechte des Bundestages auf ein Sondergremium von 9 Abgeordneten zu übertragen. Am 12.09.2012 blieben Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Verhinderung der Ratifikation von ESM-Vertrag³ (Europäischer Stabilitätsmechanismus) und Fiskalpakt im Wesentlichen erfolglos.

Mit seinem Urteil vom 18.03.2014 zu ESM und Fiskalpakt, dem Europlus-Pakt, ‚six pack‘⁴ usw. blieb es bei dieser Linie. Die derzeitige Haftungssumme Deutschlands im ESM von rund 190 Mrd. Euro sei nicht zu beanstanden. Von der Bundesregierung wird verlangt, die Beteiligungsrechte des Bundestages zu wahren und ihrer Unterrichtungspflicht jeweils zeitnah nachzukommen. Die Regierung dürfe die Haftungssumme nur anheben, wenn der Bundestag dem zustimmt. Weiterhin müsse sie in ihrer Haushaltsplanung die dafür vorgesehenen Mittel transparent darstellen.

Insgesamt fuhr das BVerfG damit eine Linie, die Eurorettungspolitik mit den neu geschaffenen Instrumenten (Rettungsschirme, Verfahren zur wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU usw.) grundsätzlich abzusegnen und dabei aber auf die Informations- und Beteiligungsrechte des Bundestags zu pochen.

Bemerkenswert ist insbesondere die Einschätzung des BVerfG zum Fiskalpakt (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion). Dies ist ein zwischenstaatlicher Vertrag von 26 EU-

² In Artikel 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) wurde ein neuer Absatz 3 hinzugefügt: „Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen.“

³ Der ESM-Vertrag ist ein zwischenstaatlicher Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten des Euro-raums außerhalb des Gemeinschaftsrechts. Das ESM ist laut diesem Vertrag eine ‚internationale Finanzinstitution‘ und von jeglichen Beschränkungen, Zulassungs- und Lizenzierungspflichten befreit, wie sie sonst für Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsunternehmen in der EU gelten.

⁴ Das ‚six pack‘ und ‚two pack‘ ist ein Bündel von EU-Verordnungen (und einer Richtlinie), mit denen die EU-Verfahren bei einem ‚übermäßigen Defizit‘ verschärft und ein neues Verfahren zur ‚Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte‘ in der EU (Leistungsbilanzdefizite/-überschüsse) eingeführt wurden. Dazu, zum EuroPlusPakt, zur Europa 2020 Strategie und den Verfahren zur ‚wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU‘ usw. vgl. Dräger (2011)

Mitgliedstaaten (ohne Großbritannien und die Tschechische Republik) außerhalb des EU-Gemeinschaftsrechts, der aber von EU-Institutionen koordiniert (EU-Kommission) und überwacht (EuGH) wird. In diesem Vertrag legen sich die 26 beteiligten Mitgliedstaaten Selbstverpflichtungen auf, die Bestimmungen des Lissabon-Vertrags und des EU-Sekundärrechts zu achten, aber in punkto haushaltspolitischer Überwachung usw. weiter zu gehen als diese. Zur rechtlichen Problematik dieser Konstruktion – mögliche Friktionen zwischen EU-Vertrag und Fiskalpakt – äußert sich das BVerfG nicht explizit.

In seinem Urteil zum Vertrag von Lissabon (30.06.2009) kommentierte das BVerfG unter anderem: „Die Europäische Union muss sowohl in Art und Umfang als auch in der organisatorischen und verfahrensrechtlichen Ausgestaltung demokratischen Grundsätzen entsprechen.“

Die nach der Gemeinschaftsmethode von Rat und EP verabschiedeten einschlägigen EU-Verordnungen zum ‚six pack‘ und ‚two-pack‘ schaffen dazu neue Abstimmungsmechanismen im Rat (umgekehrte qualifizierte Mehrheit). Artikel 7 des Fiskalpakt-Vertrags verankert dieses neue Verfahren in Form einer Selbstverpflichtung der 26 unterzeichnenden Mitgliedstaaten.

Schlägt die Kommission im Rahmen dieser Verfahren gegen einen Mitgliedstaat Sanktionen oder Geldbußen vor, so kann ihr Vorschlag nur noch durch eine qualifizierte Mehrheit im Rat (ohne die Stimmen des betroffenen Mitgliedstaats) *abgelehnt* werden.⁵ Es könnte also eine Mehrheit der Mitgliedstaaten im Rat gegen den Vorschlag der (nicht demokratisch gewählten und legitimierten) Kommission votieren, und trotzdem käme dieser durch. Im geltenden Vertrag von Lissabon (Artikel 126 AEUV) zum Defizitverfahren steht dazu noch: ein Vorschlag der Kommission gilt nur als angenommen, wenn eine qualifizierte Mehrheit im Rat diesem zustimmt. Die ohnehin bescheidene „Demokratie“ der EU-Institutionen (das EP ist an Entscheidungen zu Defizitverfahren, makroökonomischen Ungleichgewichten und überhaupt an der gesamten wirtschaftspolitischen Steuerung der EU nicht beteiligt) wird auch im Hinblick auf Ratsentscheidungen durch diese Neuerungen auf den Kopf gestellt. Auch dies war kein wesentliches Thema für das BVerfG.

Kontroverse um das Staatsanleihen-Ankaufprogramm der Europäischen Zentralbank (OMT)

Neues Ungemach für die Eurorettung erwarten viele Kommentatoren von der

⁵ Der Fiskalpakt soll vom EuGH überwacht werden und enthält dazu einige Regeln. Unklar bleibt: Muss der EuGH einen Mitgliedstaat verurteilen, der sich nicht an die damit eingegangene Selbstverpflichtung bei einer Abstimmung im Rat hält? In den Verordnungen des nach der Gemeinschaftsmethode von Rat und EP im Mitentscheidungsverfahren verabschiedeten ‚six-pack‘ und ‚two pack‘ ist dieses neue Verfahren explizit und verbindlich verankert. Man mag sich dabei auf Zusatzprotokolle zum Lissabon-Vertrag zum Thema ‚Verfahren bei einem übermäßigen Defizit‘ berufen, die eine weitere Konkretisierung der vertraglichen Vorgaben erlauben. Aber kann man ein EU-vertraglich verankertes Abstimmungsverfahren im Rat durch bloßes Sekundärrecht einfach in sein Gegenteil verkehren?

Vorlageentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 07.02.2014 über den Beschluss des Rates der Europäischen Zentralbank vom 6.9.2012 zum Ankauf von Staatsanleihen. Dieses Thema war zuvor vom BVerfG zu einem gesonderten Verfahren von den Klagen gegen ESM, Fiskalpakt usw. abgetrennt worden.

Im so genannten OMT-Beschluss (*Outright Monetary Transactions*) der EZB ist vorgesehen, dass sie in unbegrenzter Höhe Staatsanleihen mit kurzer Laufzeit (1-3 Jahre) von Mitgliedstaaten ankaufen kann, welche von den Eurorettungsschirmen EFSF und ESM unter strengen Auflagen der Troika (EZB, IWF, EU-Kommission) Finanzhilfen erhalten.⁶ Mit dem OMT-Beschluss entstanden erhebliche und nicht kalkulierbare Haftungs- und Zahlungsrisiken für die Deutsche Bundesbank und den Bundeshaushalt (mindestens in Höhe des deutschen Anteils am Eigenkapital der EZB), welche das Budgetrecht des Bundestages beeinträchtigen könnten, so ein zentrales Argument der Kläger.

Das Gericht ist der Auffassung, dass der OMT-Beschluss der EZB nicht durch die Regeln des EU-Vertrags zum Mandat der EZB (Währungspolitik) gedeckt ist. Insbesondere könne damit das Verbot einer monetären Haushaltsfinanzierung der Mitgliedstaaten unterlaufen werden. Die Verfassungsrichter bauen der EZB und dem EuGH allerdings eine Brücke: durch eine „einschränkende Auslegung des OMT-Beschlusses im Lichte der Verträge“ könne es möglich sein, eine mit dem EU-Primärrecht konforme Lösung zu erreichen. Das Urteil in dieser Sache wurde vorerst ausgesetzt. Zum ersten Mal in seiner Geschichte wendete sich das Bundesverfassungsgericht mit einem Fragenkatalog an den Europäischen Gerichtshof (EuGH), um dessen Einschätzung einzuholen. Endgültig entscheiden will es nach gründlicher Prüfung der Stellungnahme des EuGH. Diese wird nicht vor Mitte 2015 erwartet.

Das BVerfG folgt in seiner Begründung und seinem Fragenkatalog an den EuGH im Kern den Argumenten der mehrheitlich konservativen, ordoliberalen Wirtschaftsexperten (Deutsche Bundesbank, C. Fuest, K.A. Konrad, H.W. Sinn), deren Gutachten ihm vorlagen. Diese machten eine ganze Reihe von Einwänden gegen das OMT-Programm geltend.

Der Markt für Staatsanleihen in Europa sei nicht gestört, zwischen ‚fundamental gerechtfertigten‘ und ‚spekulativ hochgetriebenen‘ Zinsaufschlägen für Anleihen könne die EZB nur willkürlich unterscheiden. Deshalb laufe der OMT-Beschluss auf eine vertragswidrige Suspendierung von Marktmecha-

⁶ Die EZB hat das OMT-Programm bisher nicht umgesetzt, es wurden in diesem Rahmen keine Staatsanleihen angekauft. EZB-Päsident Mario Draghi berührte Sätze vom 26.07.2012 („Innerhalb unseres Mandats sind wir bereit, alles zu tun, um den Euro zu schützen. Glauben Sie mir, es wird genug sein.“) reichten aus, um ein Ansteigen der Risikoaufschläge auf Staatsanleihen der EU-Krisenstaaten zu verhindern – ganz so wie es Ökonomen wie Paul De Grauwe schon Jahre zuvor gefordert und prognostiziert hatten (z.B. De Grauwe 2011). Aus Platzgründen verzichte ich auf eine polit-ökonomische und klassenpolitische Bewertung des OMT-Programms und der qualitativen Lockerung der Geldpolitik. Sie wird von der EZB eher restriktiv und von den Zentralbanken der USA, Japans und Großbritanniens sehr viel umfangreicher durchgeführt. Zu ihrer Fundierung durch die monetaristische Wirtschaftstheorie siehe Magdoff u. Foster (2009). Zum Thema Kapitalismus – Krise – Demokratie auch in diesem Zusammenhang siehe Streeck (2014).

nismen hinaus. Hohe Zinsaufschläge für ihre Staatsanleihen zu vermeiden, sei Aufgabe der betroffenen Krisenstaaten (z.B. Griechenland, Spanien, Portugal, Zypern usw.), indem sie das Vertrauen der Finanzmärkte durch Austeritätspolitik und Strukturreformen zurück gewinnen.

Das Mandat der EZB sei auf die Währungspolitik beschränkt, d.h. vorrangig soll sie Preisniveaustabilität gewährleisten. Finanzstabilität im Euroraum zu sichern sei hingegen Aufgabe der Regierungen der Mitgliedstaaten (Rat) und nicht der EZB. Ein Austritt einiger EU-Staaten aus der Währungsunion könne zwar das Ziel der Finanzstabilität, aber kaum das geldpolitische Ziel der Preisniveaustabilität gefährden. Schließlich seien mit EFSF und ESM bereits die (wirtschaftspolitischen)⁷ Instrumente geschaffen worden, um die Finanzstabilität des Euroraums zu gewährleisten und so zu verhindern, dass die Währungsunion ungewollt auseinander bricht.

Das ESM kann u.a. im Unterschied zur EZB Anleihen von Krisenstaaten auf den Primärmärkten (direkt von den Regierungen) als auch wie diese auf den Sekundärmärkten (von Banken und anderen Anlegern) kaufen. Dass die EZB parallel dazu ein eigenes Programm zum Ankauf von Anleihen auflegt, sei geldpolitisch nicht begründbar und verwische in unzulässiger Weise die Verantwortlichkeiten von Geld- und Fiskalpolitik. Dass die EZB den Ankauf von Staatsanleihen von Programmländern der Euro-Rettungsschirme EFSF und ESM an die dort vereinbarten Konditionalitäten anbindet, sei erstens Wirtschaftspolitik (Überschreitung ihres Mandats). Zweitens widerspreche dies der vertraglich garantierten Unabhängigkeit der EZB (weil die strengen Auflagen von EFSF und ESM von Regierungen kommen, während die EZB keine Weisungen von Regierungen der Mitgliedstaaten entgegen zu nehmen hat).

Das OMT-Programm der EZB verfolge vorrangig das Ziel, den Zugang der Krisenstaaten zum Kapitalmarkt aufrechtzuerhalten und ihre Finanzierungskosten zu senken. Es diene daher nicht in erster Linie geldpolitischen Zielen und stehe im Widerspruch zum im EU-Vertrag verankerten Verbot der monetären Haushaltsfinanzierung. Weil die EZB nur Anleihen von EU-Staaten kaufen will, die Programmländer der Eurorettungsschirme EFSF und ESM sind, würden erstens die übrigen Euro-Staaten diskriminiert und zweitens die Risiken eines Staatsbankrotts der Krisenländer zwischen Banken und Steuerzahlern sowie zwischen den Steuerzahlern verschiedener Mitgliedstaaten der Währungsunion insgesamt umverteilt. Dies sei durch das währungspolitische Mandat der EZB in keiner Weise gedeckt.

Schließlich sei es mit der Marktlogik und einer unabhängigen Marktpreisbildung kaum zu vereinbaren, Staatsanleihen ohne zeitlichen Mindestabstand zu ihrer

⁷ Der Europäische Gerichtshof bestätigte in seiner Entscheidung zum ESM (Rechtssache C-370/12 Pringle vom 27.11.2012), dass dieses mit dem EU-Recht vereinbar sei und nicht gegen die Kompetenzverteilung in der EU verstößt. Die Aktivitäten des ESM bewertete der EuGH als Wirtschaftspolitik, die auf den Zusammenhalt der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ausgerichtet sei. Auch wenn das ESM Staatsanleihen seiner Programmländer kaufe, sei dies keine Währungspolitik.

Emission am Primärmarkt anzukaufen und sämtliche erworbenen Staatsanleihen bis zur Fälligkeit zu halten. Das gleiche gelte etwa für den Fall, wenn die EZB ankündige, Staatsanleihen der Krisenstaaten kaufen zu wollen. Damit beeinflusse sie die Preisbildung bei der Emission von Staatsanleihen der Krisenstaaten. Staatsanleihen ohne Mindestanforderung an ihre Bonität zu erwerben (Ausfallrisiko) und eine Gleichbehandlung des Europäischen Systems der Zentralbanken mit privaten und anderen Inhabern von Staatsanleihen hinzunehmen (Schuldenschnitt) schaffe Haftungs- und Zahlungsrisiken für Deutschland. Weil die EZB ankündigte, notfalls unbegrenzt Staatsanleihen von Programmländern der Eurorettungsschirme zu kaufen, sei der Horizont für derartige Haftungsrisiken nach oben im Zweifel bis ins Unendliche offen. Auch bestehe bei einem notfalls unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen die Gefahr, dass die von den Eurorettungsschirmen verordneten Auflagen für die Krisenländer umgangen werden könnten.

Kampf zweier Linien des deutschen Liberalismus

Unter dem Strich hat das BVerfG sich nahezu 1:1 für den Geist von Maastricht entschieden, so wie die wirtschaftstheoretische Orthodoxie der Bundesbank ihn stets interpretierte. Die Argumentation der EZB und anderer deutscher Experten (M. Fratzscher, F. Schorkopf, A. Winkler) lautete, dass der Markt für Staatsanleihen ein wichtiger Teil jener Geld-, Kredit- und Kapitalmärkte sei, deren Funktionieren eine Grundvoraussetzung für die Umsetzung geldpolitischer Maßnahmen darstelle. Deshalb seien Staatsanleihenkäufe durchaus geldpolitisch begründbar. Diese alternative Position wurde von der großen Mehrheit der Verfassungsrichter (6:2) im Ergebnis verworfen.

Prof. Dr. Adalbert Winkler hat m.E. überzeugend dargestellt, dass nach den Kriterien der ordoliberalen deutschen Wirtschaftsexperten dann auch die Vollzuteilungspolitik der EZB in der Finanzkrise 2008/2009 und den Folgejahren gegen marktwirtschaftliche Prinzipien verstoßen habe und als nicht von ihrem währungspolitischen Mandat gedeckt eingestuft werden müsse (Winkler 2013). Um einen Kollaps des Interbankenmarktes⁸ zu verhindern, flutete die EZB in mehreren Wellen die Nachfrage des Bankensektors mit Zentralbankgeld zu einem festen Refinanzierungssatz von 1 Prozent. Folge man der Argumentation der Ordoliberalen, so Winkler, dann gelte dafür z.B.: „*Liquiditätsrisiken* als Ursache des Zinsanstiegs stellen kein Argument für geldpolitisches Handeln dar, weil es nicht Aufgabe der EZB, sondern der Regierungen ist, den Konkurs von Banken zu verhindern und damit den Zusammenhalt des Finanzsystems zu sichern. (...) Zudem beeinträchtigt der Kollaps einiger Banken vor allem das Ziel Finanzstabilität, aber kaum das Ziel *Preisniveaustabilität*.“ (Winkler 2013: 681) Im Unterschied zum OMT-Beschluss der EZB verteidigte die Bundesbank jedoch diese Vollzuteilungspolitik stets als geldpolitisch gebotene Notwendigkeit.

⁸ Die Banken liehen sich untereinander kaum noch Geld, weil sie bei den jeweils anderen Finanzinstituten Insolvenzrisiken wg. des hohen Anteils von Schrottpapieren in deren Bilanzen befürchteten.

Ähnlich wäre im Übrigen nach dieser ordo-liberalen Logik das vorherige Anleihenankaufprogramm der EZB zu kritisieren – das bis zum September 2012 laufende Securities Markets Programme (SMP), mit dem die EZB im Umfang von 218 Mrd. Euro Staatsanleihen von Irland, Griechenland, Spanien, Italien und Portugal erwarb.

Prof. Winkler unterstreicht, dass die Erhaltung von Finanzstabilität als ‚öffentliches Gut‘ zu den Aufgaben einer Zentralbank gehört, die dazu stets als ‚Kreditgeber der letzten Instanz‘ (Lender of Last Resort) agieren müsse. Mit ESM und Bankenunion sei die EU dabei, den Konstruktionsfehler der Währungsunion zu korrigieren: dass im Vertrag von Maastricht keinerlei Institutionen und Instrumente vorgesehen waren, die die Produktion des öffentlichen Gutes Finanzstabilität für die Eurozone ermöglicht hätten. Der nächste logische Schritt wäre Winkler zufolge die Errichtung einer Fiskalunion.

In dieser Perspektive würde sich die EU dann weitere staatsanalog ausgestaltete Kompetenzen verschaffen. In der Diskussion sind z.B. seit längerem direkte Durchgriffsrechte von Brüssel auf die Haushalte der Mitgliedstaaten (Schäuble), ein europäischer Finanzminister mit eigenem Schatzamt (Trichet), die Schaffung eines eigenen Haushalts der Eurozone, „Reformverträge“ der Euromitgliedstaaten zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin und Bekämpfung von makro-ökonomischen Ungleichgewichten (EU-Ratspräsident Van Rompuy) usw.. Dies würde im Wesentlichen durch die Spitzen der Exekutiven der EU-Mitgliedstaaten ausgehandelt, ohne dass die Völker der Mitgliedstaaten als demokratischer Souverän dies und die gesamte Richtung der Euro-Rettungspolitik in irgendeiner Weise beeinflussen könnten.

Die Diskussion um das OMT-Programm in Deutschland wurde damit im Wesentlichen von zwei konkurrierenden liberalen wirtschaftspolitischen Ansätzen bestritten: der eine verteidigt den ‚Eisernen Käfig‘ von Maastricht und damit eine von Anfang an verfehlt Konzeption der Wirtschafts- und Währungsunion, der andere führt unter den gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen auf den Weg, ein bereits autoritär verfasstes Euroregime nochmals autoritärer und undemokratischer zu machen.⁹

Zunächst liegt der Ball im Feld des Europäischen Gerichtshofs. Das BVerfG hat ihm bereits einen Wink mit dem Zaunpfahl gegeben, wie er sich aus der Grundsatzkontroverse um die vertragliche Kompetenz der EZB in Sachen Geldpolitik und dem Verbot monetärer Staatsfinanzierung heraus winden könnte: „Einschränkende Auslegung des OMT-Beschlusses im Lichte der Verträge“. Was immer der EuGH dazu befinden wird: auf einen offenen Konfrontationskurs und Kompetenzstreit mit ihm werden die deutschen Verfassungsrichter es m.E. angesichts ih-

⁹ Auch die Bundestagsfraktion DIE LINKE hatte gegen den OMT-Beschluss der EZB geklagt. In ihren *juristischen* Argumenten thematisierte sie ähnliche Fragen wie die Ordoliberalen (OMT-Programm als Wirtschaftspolitik, das währungspolitischen Mandat der EZB wird verletzt usw.). *Politisch* kritisiert sie traditionell und grundsätzlich die Fehlkonstruktion der Währungsunion, die absolute Unabhängigkeit der EZB usw. usf. Das wurde in ihren einschlägigen Publikationen (vgl. Fisahn u.a. 2014) zum Thema auch deutlich gemacht.

rer bisherigen Rechtsprechung kaum ankommen lassen. Dem EuGH als obersten Hüter des Europarechts Fragen vorzulegen, entlastet das BVerfG davon, den Buhmann gegen Merkel, EZB & Co. spielen zu müssen.

Der Vorrang des EU-Rechts und der verfassungsrechtliche Schutz von Grundrechten und Sozialstaat in Deutschland

In den Verfassungen der meisten EU-Mitgliedstaaten stehen die Grundrechte als höchstes Rechtsgut an der Spitze der Normenhierarchie – insbesondere im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Das BVerfG geht davon aus, dass die EU im Regelfall einen ausreichenden Grundrechtsschutz biete. Im Rahmen der Rechtsordnung der EU und dem vom EuGH über Einzelentscheidungen geschaffenen Richterrecht werden die Grundrechte allerdings in ein hierarchisches Verhältnis mit den überwiegend unternehmerischen Grundfreiheiten (freier Kapital-, Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr/Niederlassungsfreiheit) gestellt (vgl. Höpner 2008 und 2014).¹⁰

Diese Grundfreiheiten dienen zur Durchsetzung des liberalisierten EU-Binnenmarktes als „tragender Grundsatz“ der EU. Sie sind dabei als subjektive Rechte einklagbar, die nicht nur für natürliche, sondern auch für juristische Personen (wie z.B. Unternehmen) gelten. Die im EU-Vertrag verbrieften Grundfreiheiten werden in der Rechtsprechungspraxis des EuGH gegen die Grundrechte abgewogen. Sie erhielten z.B. in den EuGH-Entscheidungen zur Dienstleistungsfreiheit und EU-Entsenderichtlinie (Fälle Viking, Laval, Luxemburg, Ruffert usw.) ein höheres Gewicht als Grundrechte und sozialstaatliche Regelungen. Grundrechte werden in der EU-Rechtsordnung nur als nicht justiziable „allgemeine Rechtsgrundsätze“ in Betracht gezogen.

Die mit dem Vertrag von Lissabon verbundene EU-Charta der Grundrechte hat daran nichts Wesentliches geändert. So wird von ihr z.B. das Streikrecht gemäß der jeweiligen „nationalstaatlichen Traditionen und Vorschriften“ anerkannt – es muss allerdings „im Einklang mit dem Gemeinschaftsrecht“ stehen. Was dieser harmlos erscheinende Zusatz bedeutet, hat die Rechtsprechung des EuGH in den Fällen Viking und Laval verdeutlicht: die von den finnischen und schwedischen Gewerkschaften ergriffenen Kampfmaßnahmen würden die von Artikel 49 EG-Vertrag garantierte Dienstleistungsfreiheit (Laval) und die von Artikel 43 EG-Vertrag garantierte Niederlassungsfreiheit für Unternehmen (Viking) behindern und seien deshalb unzulässig (auch wenn sie nach dem jeweiligen nationalstaatlichem Recht/Traditionen durchaus erlaubt waren).

Artikel 53 der Charta bestimmt zu ihrem Schutzniveau ausdrücklich: „Keine

¹⁰ Höpner zeichnet historisch versiert nach, wie der EuGH (und die Kommission) seit den 1960er Jahren über diese Methode zunächst Grundsätze wie die unmittelbare Wirkung des Gemeinschaftsrechts (Vorrang vor nationalstaatlichem Recht) durchsetzte und dann sukzessive das EU-Primärrecht (Gemeinschaftsverträge) und Sekundärrecht (EU-Verordnungen und -Richtlinien) im Sinne einer Vertiefung der Binnenmarktintegration und -liberalisierung radikalisierend umdeutete. An der Ausarbeitung der entsprechenden Grundsätze des Gemeinschaftsrechts waren die zuständigen legislativen Organe der EU (Rat und/oder Parlament) nicht wesentlich beteiligt.

Bestimmung dieser Charta ist als eine Einschränkung oder Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten auszulegen (...).“ Damit werden auch hier die Grundfreiheiten des Binnenmarktes auf eine Ebene mit Menschen- und Grundrechten gestellt. So wird die Position des EuGH bestärkt, zwischen Grundfreiheiten und Grundrechten sei abzuwägen. Die Erläuterungen zur Charta, welche dem EuGH zur Rechtsauslegung an die Hand gegeben wurden, bestimmen zu Artikel 52 der Charta (Tragweite und Auslegung der Rechte und Grundsätze), dass „die Ausübung dieser Rechte, insbesondere im Rahmen einer gemeinsamen Marktorganisation, Beschränkungen unterworfen werden“ kann. Und zu Artikel 16 (Unternehmerische Freiheit) halten diese Erläuterungen unter anderem fest, dass hier Bezug auf „Artikel 119 Absätze 1 und 3 des Vertrags“ genommen wird, „in dem der freie Wettbewerb anerkannt wird.“

Insbesondere die Rechtsprechungspraxis des EuGH zur Radikalisierung der Binnenmarktintegration zeigt deutlich: Je tiefer das abgeleitete europäische Recht in die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten eindringt, umso mehr treten die nationalstaatlichen Grundrechte, sozialstaatlichen Arrangements und die sie wahrenden Verfassungsgerichte in den Hintergrund. Dass das Bundesverfassungsgericht z.B. im Juli 2006 das Berliner Tarifreuevergabegesetz für grundgesetzkonform erklärte, hatte im EuGH-Fall Ruffert keine Beachtung gefunden. Das BVerfG hatte dabei eine Reihe von sozialpolitischen Zielen hervorgehoben, die einen Eingriff in die Berufsfreiheit rechtfertigen. Daran hatte sich der EuGH jedoch nicht orientiert und die Tarifreueverpflichtung des niedersächsischen Vergabegesetzes für gemeinschaftswidrig erklärt. Mit Bezug auf den Vorrang des EU-Rechts ist das Bundesverfassungsgericht in seiner Selbstzuschreibung als Wahrer von sozialstaatlichen Prinzipien (und Grundrechten) inzwischen eher eine lahme Ente.

Das Bundverfassungsgericht als Verteidiger der universalen Werte der Demokratie?

In seinem Lissabon-Urteil von 2009 merkte das Bundesverfassungsgericht an: „Der Umfang politischer Gestaltungsmacht der Union ist – nicht zuletzt durch den Vertrag von Lissabon – stetig und erheblich gewachsen, so dass inzwischen in einigen Politikbereichen die Europäische Union einem Bundesstaat entsprechend – staatsanalog – ausgestaltet ist.“ Obwohl schon ‚staatsanalog ausgestaltet‘, stelle die EU aber „weiterhin einen völkerrechtlich begründeten Herrschaftsverband dar, der dauerhaft vom Vertragswillen souverän bleibender Staaten getragen wird.“ Und weiter: „Solange im Rahmen einer europäischen Bundesstaatsgründung nicht ein einheitliches europäisches Volk als Legitimationssubjekt seinen Mehrheitswillen gleichheitsgerecht politisch wirksam formulieren kann, bleiben die in den Mitgliedstaaten verfassten Völker der Europäischen Union die maßgeblichen Träger der öffentlichen Gewalt, einschließlich der Unionsgewalt.“

Der französische Linksintellektuelle Alain Supiot (2012) nahm dieses Urteil in der Europadebatte der Zeitschrift *New Left Review* zum Anlass, dem BVerfG eine „moralische Autorität“ zu bescheinigen, dem „keines seiner

Pendants sonst wo in Europa“ das Wasser reichen könne. Wegen der kritischen Ausführungen des BVerfG zum Demokratiedefizit der EU und der im deutschen Grundgesetz verankerten ‚Ewigkeitsgarantie‘ für die Demokratie feierte Supiot die deutschen Verfassungsrichter als profilierte Verteidiger „des universalen Wertes der Demokratie“ in Europa.

Die Völker von zwei der vom BVerfG angesprochenen Mitgliedstaaten der EU (Frankreich und Niederlande) hatten als maßgebliche Träger der öffentlichen Gewalt zuvor allerdings den fast gleichlautenden Vertrag über eine Verfassung der Europäischen Union in Volksabstimmungen abgelehnt.

Perry Anderson (2012: 53) antwortete auf Supiot so: „Wenn demokratische Rechte so unantastbar sind, wie es die Begründung des Gerichts theoretisch behauptet, hätte der Vertrag von Lissabon – offensichtlich entworfen, um den demokratischen Willen der französischen und niederländischen Wähler zu umgehen – von ihm nicht bestätigt werden dürfen. Warum das Gericht dies tat – während es mit der einen Hand demokratische Prinzipien hochhielt, um mit der anderen Hand ihre Abräumung durchzuwinken – war völlig konservativ motiviert: dem aktuellen politischen Establishment entgegen zu kommen.“

Diese Analyse von Perry Anderson teile ich. Sie lässt sich vor dem Hintergrund der Eurorettungspolitik der EU und der dominanten Rolle der deutschen Regierung darin noch weiter zuspitzen.

In seinem Lissabon-Urteil beschied das BVerfG damals: „Zwar müssen nicht eine bestimmte Summe oder bestimmte Arten von Hoheitsrechten in der Hand des Staates bleiben. Die europäische Vereinigung auf der Grundlage einer Vertragsunion souveräner Staaten darf jedoch nicht so verwirklicht werden, dass in den Mitgliedstaaten kein ausreichender Raum zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse mehr bleibt.“¹¹

Keinen ausreichenden Raum zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse (also das Minimum, was das BVerfG für Deutschland nicht unterschritten sehen will) hatten oder haben jene EU-Mitgliedstaaten, die unter Kuratel der Troika gestellt wurden: vormals Ungarn, Rumänien, Lettland, dann Griechenland, Irland, Portugal, Zypern, Spanien usw.. Sie mussten oder müssen immer noch die so genannten ‚Memoranda of Understanding‘ (MoU) erfüllen, welche demokratisch nicht legitimierte Institutionen wie EU-Kommission, IWF und EZB ihnen im Gegenzug für Kredite auferlegen. Sie wurden und werden zum Abbau der Reste des Sozialstaats, zu Lohn- und Rentenkürzungen, radikaler Zerschlagung der Tarifautonomie und von Flächentarifverträgen, drastischen Ausgabenkürzungen bei Verwaltung, Gesundheit und jeglicher staatlicher Investitionen und Infrastruktur, zur Privatisierung öffentlichen Eigentums usw. gezwungen. Dies ging in den betroffenen

¹¹ Man mag fragen: warum und weshalb sollen ‚einzelne Arten‘ oder ‚eine bestimmte Summe‘ von Hoheitsrechten (und wenn ja, welche?) an einen völkerrechtlich begründeten Herrschaftsverband wie der EU abgetreten werden, dem das BVerfG eine den Standards des Grundgesetzes vergleichbare demokratische Legitimation entschieden abspricht?

Mitgliedstaaten vielfach mit der Verletzung von Grund- und Menschenrechten, ILO-Konventionen usw. einher (vgl. Fischer-Lescano 2013).

Die demokratische Legitimation der Troika-Konstruktion war für das BVerfG auch kein Thema. Warum sollte es sich auch damit befassen, die Bundesrepublik Deutschland ist ja kein Programmland. Die Troika aber ist es, die mit den MoU bestimmt, was mehr oder weniger demokratisch gewählte Regierungen¹² zu tun haben, um die jeweils nächste Tranche von Euro-Rettungskrediten zu bekommen. Ob eine in der EU dominante deutsche Bundesregierung maßgeblich daran mitwirken darf, de-facto die demokratisch-souveräne Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse in anderen Mitgliedstaaten weitgehend außer Kraft zu setzen, wäre vor dem Hintergrund der obigen prinzipiellen Aussage des BVerfG zumindest fraglich.¹³

Fritz Scharpf (2014: 37) bringt m.E. diese Problematik auf den Punkt: „Die Vertreter der nationalen Regierungen sind durch ihre jeweiligen Parlamente und Wähler allenfalls indirekt-demokratisch dazu legitimiert, Verpflichtungen durch das eigene Land einzugehen und allgemeinen Regeln für alle Mitgliedstaaten zuzustimmen. Aber die deutschen Wähler und der Deutsche Bundestag könnten den Bundesfinanzminister und die Kanzlerin nicht zu diskretionären Einzelfall-Entscheidungen legitimieren, die den Bürgern Portugals schwerste Opfer auferlegen. Aus deren Perspektive jedenfalls handelt es sich dabei um die demokratisch nicht legitimierbare Herrschaft fremder Regierungen. Und daran würde sich im Prinzip auch dann nichts ändern, wenn Einzelentscheidungen durch das Europäische Parlament gebilligt werden müssten.“

Das BVerfG vertritt die Position, dass das deutsche Grundgesetz offen ist für die Schaffung eines demokratischen Bundesstaates auf europäischer Ebene. Zuvor sei bei allen weiteren Integrationsschritten „das tragende Prinzip der begrenzten und von den Mitgliedstaaten kontrollierten Einzelermächtigung zu wahren.“ Das BVerfG hat aus meiner Sicht z.B. in punkto EFSF, ESM, Fiskalpakt, Euro-PlusPakt, ‚six pack‘ und ‚two pack‘ Einzelermächtigungen legitimiert, die das von ihm attestierte demokratische Defizit der EU weiter verschärfen. Sie tragen dazu bei, ein ohnehin autoritäres Euroregime zu verfestigen und auszubauen. Insofern kann ich Perry Andersons Verdikt nur zustimmen: Die Oligarchie der EU¹⁴ hat von diesem deut-

¹² In Griechenland und Italien erzwang der kombinierte Druck von EZB, Merkel und Finanzmärkten in 2011/12 vorübergehend Expertenregierungen (Papadimos in Griechenland, Monti in Italien) ohne vorheriges Mandat durch eine allgemeine demokratische Wahl.

¹³ Auch wenn dies im Kontext der bestehenden Kompetenzen des BVerfG nicht unbedingt zielführend sein mag.

¹⁴ Cerstin Gammel und Raimund Löw beschreiben in ihrem Buch ‚Europas Strippenzieher‘ (2014) anhand der ihnen von Spitzendiplomaten zugespielten Protokollnotizen diverser EU-Gipfel, wie die Eurorettungspolitik in einem Zick-Zack-Kurs entwickelt wurde und welche Kräfte maßgeblich darauf Einfluss hatten. Ergänzt wird dies durch gut belegte Analysen der Lobbypolitik in der EU hinter den Kulissen. Was die EU-Oligarchie von politischen und wirtschaftlichen Eliten ausmacht, wird dabei kenntlich. Was die Vorschläge des Autorenduos für eine Weiterent-

schen Verfassungsgericht wohl keinen ernsthaften Widerstand zu befürchten.

Literatur

- Anderson, Perry (2012): After the Event, *New Left Review* 73, Jan/Feb 2012
- BVerfG (2014): OMT-Urteil, 2 BvR 2728/13 vom 14.01.2014; http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20140114_2bvr272813.html
Die übrigen im Artikel erwähnten Urteile des BVerfG sind auf seiner Webseite unter ‚Entscheidungen‘ zu finden.
- De Grauwe, Paul (2011): Only a more active ECB can solve the euro crisis, CEPS Policy Brief No. 250, August 2011
- Dräger, Klaus (2011): Europäische Wirtschaftsregierung. EU auf dem Weg zum „Deutschen Europa“?; in: *Widerspruch* 61, 31. Jg./2. Halbjahr 2011
- Fisahn, Andreas u.a. (2014): Wider das Recht; Ein Gutachten zur Unrechtmäßigkeit der EZB-Aktivitäten im Rahmen der autoritären Kürzungspolitik der Troika; Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, Mai 2014
- Fischer-Lescano, Andreas (2013): Austeritätspolitik und Menschenrechte. Rechtspflichten der Unionsorgane beim Abschluss von Memoranda of Understanding; Rechtsgutachten im Auftrag der Kammer für Arbeiter/innen und Angestellte für Wien, Bremen, 22.12.2013
- Foster, John Bellamy u. Magdoff, Fred (2009): *The Great Financial Crisis: Causes and Consequences*; Monthly Review Press, January 2009
- Höpner, Martin (2008): Usurpation statt Delegation. Wie der EuGH die Binnenmarktintegration radikalisiert und warum er politischer Kontrolle bedarf; MPIfG Discussion Paper 08/12, Köln, Dezember 2008
- Höpner, Martin (2014): Wie der Europäische Gerichtshof und die Kommission Liberalisierung durchsetzen; MPIfG Discussion Paper 14/8, Köln, April 2014
- Scharpf, Fritz W. (2014): Legitimierung, oder das demokratische Dilemma der Euro-Rettungspolitik; in: *Wirtschaftsdienst* 2014, Sonderheft EU-Krise
- Streeck, Wolfgang (2014): How will capitalism end? In: *New Left Review* 87, May/June 2014, London, S. 35 -64
- Supiot, Alain (2012): Under Eastern Eyes; *New Left Review* 73, Jan/Feb 2012, London, S. 29 – 36
- Wehr, Andreas (2012): Nötiger Perspektivwechsel; *Junge Welt* vom 25.10.2012
- Winkler, Adalbert (2013): EZB-Krisenpolitik, Vollzuteilungspolitik und Lender of Last Resort; in: *Wirtschaftsdienst* 2013/10

Ralf Krämer

Lohnpolitik und gewerkschaftliche Alternativen in der Euro-Krise¹

Mehr als vier Jahre nachdem die Europäische Zentralbank im Mai 2010 zum ersten Mal nur mit einer massiven Intervention die gemeinsame Währung retten konnte, ist die sogenannte Euro-Krise keineswegs überwunden. Im Juni 2014 senkt die EZB erneut ihren Leitzins auf einen neuen Tiefstand von 0,15 Prozent und führt einen Strafzins von 0,1 Prozent für Banken ein, die ihre überschüssige Liquidität bei der EZB parken. Erneut werden den Banken längerfristige Kredite zu niedrigen Zinsen angeboten, die diese – das ist neu – an Unternehmen außerhalb des Finanzsektors ausreichen sollen. Doch solange in der EU weiterhin Austeritätspolitik herrscht und vor allem gegenüber Krisenstaaten brachiale Kürzungen der Löhne und der staatlichen Ausgaben durchgesetzt werden, wird die Krise fortauern.

Die neoliberale Propaganda versucht den Leuten weis zu machen, dass die Staatsverschuldung und speziell die übermäßigen Ausgaben der Krisenstaaten der Grund und Kern der sog. Euro-Krise sind. Wobei das eher die Populärversion für politische Zwecke ist. In den fachlicheren Veröffentlichungen der EU wird mittlerweile durchaus eine differenziertere Sicht dargelegt, die sich allerdings sehr auf die Probleme des Finanzsektors fokussiert.² Der tatsächliche Hintergrund dieser Krise sind letztlich außenwirtschaftliche Ungleichgewichte und internationale Verschuldungsverhältnisse zwischen den verschiedenen Euro-Ländern, die sich seit Beginn der Europäischen Währungsunion aufgebaut haben.

Diese haben etwas zu tun mit dem Grundproblem, dass der Euro-Raum eine Vielzahl von Ländern vereint, deren wirtschaftliche Entwicklung in Niveau, Struktur und Dynamik sehr unterschiedlich ist. Und dass es keine wirksamen Mechanismen gab, die davon ausgehenden Probleme zu kontrollieren und ihnen entgegenzuwirken. Stattdessen gab es eine einseitige Fixierung auf die Frage der Staatsverschuldung; die Frage der privaten Verschuldungen von Unternehmen und Haushalten und die Regulierung des Finanzsektors wurden dagegen völlig vernachlässigt.

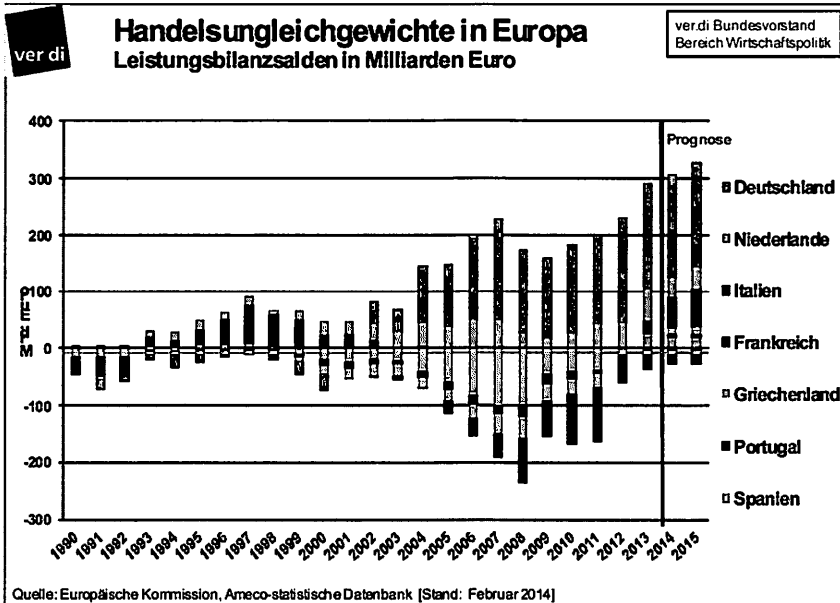
Ökonomische Ungleichgewichte im Euro-Raum

Wir haben dann im vergangenen Jahrzehnt eine Entwicklung der außenwirtschaftlichen Positionen erlebt, die gewissermaßen zwischen verschiedenen Ländern des Euroraums polarisiert war. Auf der einen Seite stand vor allem Deutschland, das seine Export- und Leistungsbilanzüberschüsse immer weiter

¹ Der Text beruht wesentlich auf einem Vortrag auf dem 10. Workshop Europäische Tarifpolitik von ver.di und WSI am 8./9. Mai 2014, <https://www.verdi.de/wegweiser/tarifpolitik/veranstaltungen>.

² http://ec.europa.eu/economy_finance/explained/the_financial_and_economic_crisis/why_did_the_crisis_happen/index_de.htm.

steigerte. Seit 2006 betragen diese durchgängig über sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts, Größenordnung 150 Mrd. Euro im Jahr. Auf der anderen Seite standen Griechenland, Portugal, Spanien mit immer größeren Defiziten.³



Genau dies sind dann die Krisenstaaten, denn das Problem ist die internationale Verschuldung. Laufende Überschüsse bedeuten stetiger Ausbau einer internationalen Gläubigerposition. Laufende Leistungsbilanzdefizite bedeuten immer höhere internationale Verschuldung der gesamten Volkswirtschaft. Diese betrug bei Griechenland 2007, 2008 in der Spitze über 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bei Spanien und Portugal über 9 Prozent. Später gerieten auch Frankreich und Italien immer mehr ins Defizit, wobei das durch die Größe der Länder relativiert wird, bei Frankreich hat das eine Größenordnung von 2 Prozent des BIP.

Wie kam und kommt das zustande? Hat das etwas mit den Lohnentwicklungen zu tun, genauer gesagt mit der unterschiedlichen Entwicklung der Lohnstückkosten? Diese steigen dann, wenn die Löhne stärker steigen als im gleichen Zeitraum die Arbeitsproduktivität steigt.

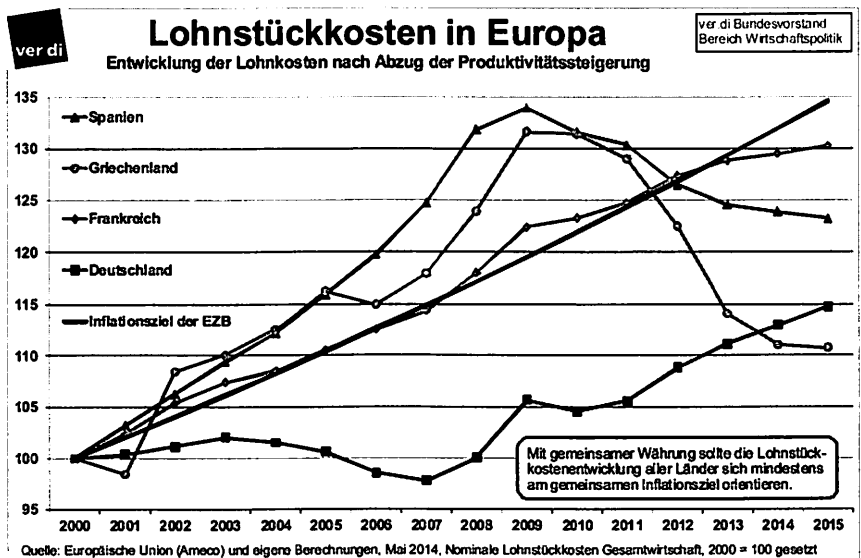
Faktisch ist die herrschende Position, dass die Lohnentwicklung das zentrale Problem war und ist. Diese Auffassung liegt der Politik in der EU und ihrer

³ Alle Daten entstammen der AMECO-Datenbank der EU, http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/ameco/index_en.htm.

neuen Economic Governance zugrunde. Und zwar in der Weise, dass es in den Krisenländern angeblich deutlich zu hohe Lohnzuwächse gab und dies deshalb gestoppt und zurückgedreht werden müsse. Deshalb wurde und wird massiver Druck auf die Krisenstaaten und zunehmend auch auf Frankreich und Italien und im Rahmen der Governance tendenziell auf alle Länder gemacht, nicht nur in Richtung auf Kürzung öffentlicher Ausgaben, sondern auch und vor allem auf Maßnahmen zur Senkung der Löhne und Dämpfung künftiger Lohnentwicklungen.

Divergenz der Lohnstückkostenentwicklung

Sieht man sich die Entwicklung der Lohnstückkosten seit dem Jahr 2000 an, scheint da auch etwas dran zu sein und man sieht auch die Wirkung der seitdem betriebenen Politik: Die Lohnstückkosten etwa Spaniens und Griechenlands stiegen bis zur Krise erheblich an und insbesondere weit stärker als die Deutschlands. Seit 2009 wurden dann die Löhne massiv gedrückt, die Lohnstückkosten sanken und sinken weiter. Auf der anderen Seite bewegte sich die Lohnstückkostenentwicklung in Deutschland bis 2008 um die Nulllinie. Erst seit der Krise ist die Lohnentwicklung in Deutschland ein bisschen besser geworden, so dass die Lohnstückkosten hierzulande wieder steigen.



Die scharfe Austeritäts-, also Ausgaben- und Lohnkürzungspolitik hat erstmal die Krise im Südeuropa massiv verschärft und viele Millionen Menschen ins Elend gestürzt. Aber, sagt die Kommission, es funktioniert, Ihr könnt es

sehen, die außenwirtschaftlichen Defizite der Krisenländer gehen zurück. Das angeblich unvermeidliche Tal der Tränen sei irgendwann zu Ende, und zwar bald, es gehe wieder aufwärts in den nächsten Jahren.⁴ Das ist erstens zynisch gegenüber dem angerichteten Elend, das keineswegs unvermeidlich war, und zweitens extrem geschönt. Denn ob und wie dauerhaft es aufwärts geht ist sehr fraglich. Die Zerstörungen an Wohlstand und Wirtschaftsleistung werden auf jeden Fall sehr lange Zeit nicht aufgeholt werden. Es ist aber auch eine einseitige und in mehrfacher Hinsicht falsche Sichtweise.

Denn der Abbau des Außenhandelsdefizits der Krisenländer liegt in hohem Maße am Rückgang der Importe durch die schrumpfende Wirtschaft und die sinkenden Einkommen. Auch sinkende Preise für Energieimporte spielen eine Rolle. Das bietet aber keinen Weg zu einer dauerhaften ökonomischen Stärkung oder gar zu einem sozial und ökologisch ausgerichteten qualitativen Wachstum. Dafür müsste die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und auch der Exportsektoren dieser Länder nachhaltig gestärkt werden. Die Energiewende zu Wind und Solarenergie muss vorangetrieben werden, auch um Importe zu sparen. Dazu braucht es große Investitionen und nicht Kürzungspolitik. Diese birgt zudem die Gefahr einer Deflation. Und so oder so gilt: Die nächste Krise kommt bestimmt, die einzige Frage ist wann, und dann sind die positiven Prognosen ohnehin Makulatur.

Auch in Bezug auf Deutschland sind die stagnierenden Lohnkosten natürlich nicht der einzige Grund für die hohen Exporte und Überschüsse. Das wird von den Industriegewerkschaften betont. Deutschland hat eine starke Weltmarktposition in zentralen Bereichen von Fahrzeugbau, Maschinenbau, Chemie, Elektrotechnik, und die hat profitiert vom Wachstum und den Investitionen anderer Länder. Im vergangenen Jahrzehnt waren das in beachtlichem Maße auch die heutigen Krisenländer, Spanien etwa. In den letzten Jahren sind es zunehmend China und andere Schwellenländer. Das hat vor allem mit qualitativen Aspekten zu tun, die Löhne in diesen Industriebereichen sind absolut betrachtet relativ hoch.

Aber das bedeutet nicht, dass die Lohnentwicklung dafür nicht wichtig war und ist. Denn diese starke Position der deutschen Industrie gibt es schon länger, aber dennoch sind die Exportüberschüsse erst seit der Währungsunion dermaßen explodiert. Deutschland hatte schon früher geringere Inflationsraten und Lohnsteigerungen als andere Länder, insbesondere die in Südeuropa. Aber das wurde immer wieder durch Aufwertungen ein Stück weit kompensiert. Dadurch stiegen die Preise für deutsche Produkte auf dem Weltmarkt, und einen gewissen Effekt auf die Wettbewerbsfähigkeit hat das dann schon. Außerdem hat Deutschland mittlerweile Überschüsse auch in Bereichen, wo das offenbar auch mit Lohndumping zu tun hat, ich erinnere nur an die Verhältnisse in der Fleischverarbeitung.

Deutschlands stagnierende Löhne und Binnenwirtschaft

Und es gibt einen zweiten Wirkungszusammenhang. Vor der Währungsunion führten die DM-Aufwertungen auch zu einem erhöhten Realwert der deut-

⁴ Vgl. http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/forecasts/2014_spring_forecast_en.htm.

schen Einkommen. Importe und Auslandsaufenthalte wurden billiger. Auch das fiel im Euroraum aus, es gab keinen Ausgleich mehr für die schwache deutsche Lohnentwicklung, die Ungleichgewichte wurden immer größer.

Die Löhne speisen direkt als Nettolöhne und indirekt über die daraus finanzierten Sozialeinkommen den Hauptteil der Konsumnachfrage und damit einen großen Teil der inländischen Gesamtnachfrage. Im vergangenen Jahrzehnt stagnierte aufgrund der schlechten Lohnentwicklung die Konsumnachfrage in Deutschland. Zugleich wurden auch die sozialstaatlichen Ausgaben beschränkt und relativ zur Wirtschaftsleistung abgebaut. Das bedeutete in der Konsequenz auch stark gedämpfte Importnachfrage. Der Überschuss ist ja die Differenz aus Exporten und Importen. Wären die deutschen Importe, dazu zählen auch Ausgaben deutscher Touristen im Ausland, ebenso kräftig gestiegen wie die Exporte, gäbe es keinen immer größeren Überschuss.

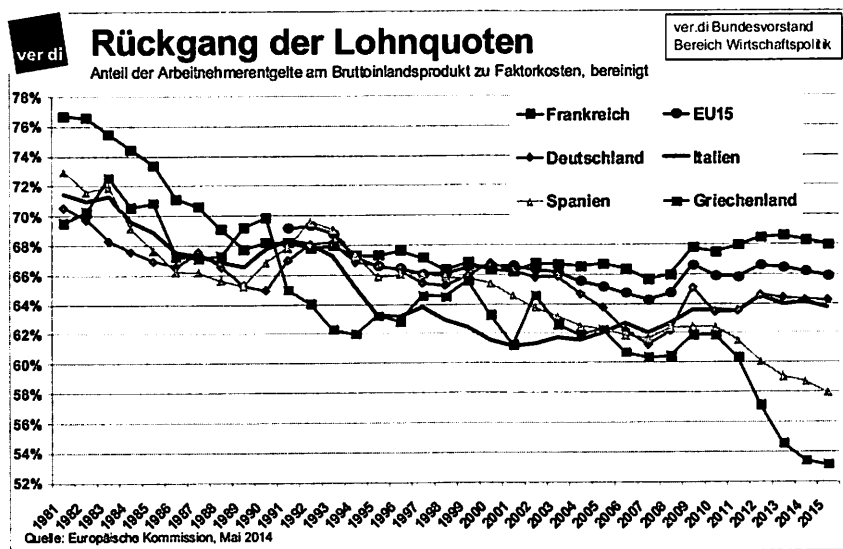
Die schwache Entwicklung der Binnennachfrage verstärkte gleichzeitig die Auslandsorientierung der deutschen Wirtschaft. Die Exportsteigerungen wurden nicht in heimische Kaufkraft umgesetzt, sondern in explodierende Unternehmensgewinne, die eben nicht im Inland investiert wurden, sondern direkt im Ausland investiert oder die über die liberalisierten internationalen Finanzmärkte ins Ausland flossen. Und zwar zu einem großen Teil auch in die heutigen Krisenländer. Denn die dort steigenden Defizite mussten ja finanziert werden, und zwar über die internationalen Finanzmärkte. Letztlich aus Ländern mit Überschüssen, also insbesondere auch aus Deutschland. Es ist dann überhaupt nicht zufällig, dass gerade auch die deutschen Banken massive Forderungspositionen gegenüber den Krisenländern aufgebaut hatten, die durch die Euro-Krise bedroht waren und die durch die sogenannte Rettungspolitik dann gerettet wurden.

In den heutigen Krisenländern fand vor der Krise ein stark verschuldungsgetragener oder -getriebener Boom statt, der sozusagen die andere Seite der Medaille der deutschen Überschüsse darstellt. Auch das hatte mit der Währungsunion zu tun, weil relativ zu der dort höheren Inflationsrate die Zinsen sehr niedrig, viel niedriger als früher waren, und dies begünstigte die Verschuldung. Die Überschüsse bzw. die Vermögenden und die Unternehmen und die Banken Deutschlands und anderer Länder suchten und fanden dort Anlagemöglichkeiten für ihr Geldkapital. Wobei das letztlich eine Blase war, die da aufgepumpt wurde und in der Krise platzte.

Sinkende Lohnquoten in der EU, besonders in Deutschland

Vor diesem Hintergrund muss man auch die Lohnentwicklung in diesen Ländern betrachten. Diese war nämlich keineswegs exorbitant oder überzogen, wenn man sich die Reallöhne anschaut. Die Lohnzuwächse liefen vielfach den Preissteigerungen nur hinterher. Auch in diesen Ländern stiegen die Gewinne, es gab keineswegs eine Umverteilung zugunsten der Löhne und zu Lasten der Profite und Vermögenseinkommen. Das zeigt die Entwicklung der bereinigten Lohnquoten. Diese sind nämlich in fast allen kapitalistischen Ländern seit Anfang

der 1980er Jahre, also seit weit über 30 Jahren, seit der Neoliberalismus sich zunehmend durchgesetzt hat, kräftig gesunken. Und das hat auch im letzten Jahrzehnt stattgefunden, auch in den Krisenländern, aber besonders heftig in Deutschland, wegen unserer miesen Lohnentwicklung.



Man muss sich ganz grundlegend einen Punkt klarmachen, wenn man die Entwicklung der Lohnstückkosten beurteilt. Der Maßstab, die Benchmark für die Entwicklung der Lohnstückkosten ist keineswegs die Nulllinie. Das sehen höchstens Unternehmer und Neoliberale so. Sondern die Messlatte für eine halbwegs stabile Entwicklung ist eine kontinuierliche Steigerung der Lohnstückkosten etwa oder mindestens in Höhe der Zielinflationsrate, die die EZB mit knapp zwei Prozent vorgegeben hat.

Wenn man sich die Grafik der Lohnstückkostenentwicklung ansieht ist ganz klar, wo das Hauptproblem der Lohnentwicklung in Europa liegt: bei der viel zu niedrigen Lohnentwicklung in Deutschland. Seit 2009 sieht es etwas besser aus. Demnächst werden wir einen Mindestlohn und eine gewisse Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen bekommen. Das dürfte stabilisierend wirken, auch wenn der Mindestlohn sehr niedrig ist.

Anders als in den allermeisten Ländern hat Deutschland gegenwärtig auch keinen Druck der EU-Kommission, die Löhne zu drücken. Im Gegenteil, in ihrem Bericht zu den Ungleichgewichten in Bezug auf Deutschland vom Februar 2014 schreibt die Kommission einiges Richtiges, was unsere Position bestätigt und stützt und was wir der Politik und den Unternehmern in Deutschland unter die Nase reiben können, wenngleich das sehr geschminkt

und oft neoliberal verpackt formuliert wird. Das geht bis zu solchen Formulierungen: „Der Zuwachs bei den Unternehmensersparnissen ist vor dem Hintergrund des durch Lohnzurückhaltung gestützten kräftigen Anstiegs der Betriebsgewinne vor der Krise zu sehen. Genutzt wurde dieser Ersparniszuwachs nicht für Investitionen, sondern für den Erwerb finanzieller Vermögenswerte und zum Schuldenabbau. (...) Angesichts der soliden öffentlichen Haushalte wäre Deutschland gut beraten, die ausgesprochen niedrigen Zinsen als Gelegenheit für Investitionen in solide zukunftsorientierte Projekte zu nutzen. Wichtig wird es insbesondere sein, die in den letzten Jahren bereits verstärkten Bildungsausgaben und Investitionen in die Infrastruktur weiter aufzustocken. (...) Um die Binnennachfrage weiter zu stärken, sollten geeignete Bedingungen zur Begünstigung des Lohnwachstums geschaffen werden.“⁵

Das will die Bundesregierung möglichst klein reden beziehungsweise so darstellen, dass dies schon realisiert werde. Aber tatsächlich reichen die bisherigen Verbesserungen der Lohnentwicklung und die geplanten Reformen längst nicht aus, und leider ist es schon zu spät: die Katastrophen in Südeuropa sind schon passiert und setzen sich fort. Die soziale Alternative zur Kürzungspolitik wären gewesen und sind aber auch weiterhin massiv erhöhte Lohnzuwächse in Deutschland verbunden mit EU-weiten Aufbau- und Investitionsprogrammen, die möglichst durch Abgaben auf die Millionenvermögen finanziert werden sollten. Und in den Krisenländern stabile, nicht sinkende Löhne.

So gesehen sind auch jetzt die Lohnzuwächse in Deutschland weiterhin zu gering. Richtig wären gesamtwirtschaftliche Lohnsteigerungen hierzulande, die etliche Jahre klar über der Summe aus Trendproduktivitätszuwachs von 1 oder 1,5 Prozent plus Zielinflationsrate von 2 Prozent liegen, die also möglichst bei mindestens 4 Prozent pro Jahr, also bezogen auf 12 Monate liegen müssten. Um eine Angleichung der Lohnstückkosten nach oben hinzubekommen. Auch wenn davon auszugehen ist, dass dies auf absehbare Zeit nicht durchzusetzen sein wird, so bleibt der Zusammenhang doch richtig.

Neoliberale Economic Governance in der EU

Diese Orientierungen treffen auf entschiedenen Widerstand der Kapitaleseite und der Neoliberalen. Hierzulande machen die harten Neoliberalen schon wieder verstärkt Kampagne, weil ihnen die bescheidenen Korrekturen am Umverteilungskurs von unten nach oben der letzten Jahrzehnte, die die Große Koalition jetzt vornimmt, schon zu weit gehen. Eine solche Orientierung ist aber auch von der EU-Kommission keineswegs gewollt, sondern sie stünde auch im Widerspruch zu den Zielsetzungen der Kommission und der Economic Governance, wie sie in den letzten Jahren in diversen Beschlüssen und Verordnungen der EU verankert worden ist.

Denn diese ist ganz eindeutig darauf gerichtet, zwar zugespitzte Krisen zu vermeiden, aber den Kurs der Umverteilung zugunsten der Gewinne und

⁵ http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/documents/ocp174.pdf.

Vermögen fortzusetzen. Die ganzen Benchmarks der Economic Governance der EU, festgeschrieben in den Verordnungen zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und zugehörigem Scoreboard („Anzeiger“), sind asymmetrisch. Bekämpft werden zu hohe, nicht zu niedrige Lohnzuwächse, bekämpft werden Defizite, nicht Überschüsse.⁶ Was in den Texten der EU „Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit“ heißt und faktisch das höchste Ziel zu sein scheint, ist nur eine schöner klingende Umschreibung für Steigerung der Unternehmensgewinne und damit fortgesetzte Lohndämpfung. Das ist in EU-Recht gegossener Klassenkampf von oben.

Die zunehmenden Deflationstendenzen, also die Gefahr sinkenden Preisniveaus im Euroraum und einer daraus resultierenden Spirale schrumpfender Einkommen, Konsums, Investitionen und Wirtschaftsleistung zeigen das ökonomische Problem, das selbst aus Sicht des Kapitals mit dieser Politik verbunden ist. Dagegen geht jetzt die Europäische Zentralbank mit ihren Zinssenkungen und Krediterleichterungen vor. Das wird aber alles keinen durchschlagenden Erfolg haben können, solange in großen Teilen des Euroraums weiterhin die Löhne und die öffentlichen Ausgaben abgebaut werden und damit die Kosten und die Nachfrage sinken. Ein Verfall der Preise ist unter diesen Bedingungen fast unvermeidlich.

Eine wirksame Politik gegen Krise und Deflation wird nur gelingen, wenn auch die Finanzpolitik auf einen expansiven Kurs umschwenkt und die öffentlichen Ausgaben und insbesondere Investitionen deutlich ausweitet, und wenn zugleich die Löhne nicht mehr sinken, sondern EU-weit wieder steigen. Dann werden auch die privaten Investitionen wieder zunehmen. Das entspricht aber nicht der ökonomisch-politischen Strategie der dominierenden Kräfte in der EU.

Die EU-Kommission und die Bundesregierung verkaufen es jetzt als Erfolg, dass die innereuropäischen Ungleichgewichte geringer werden, zugleich aber die Überschüsse Deutschlands überhaupt nicht sinken. Das läuft darauf hinaus, den Euroraum und die EU insgesamt gegenüber dem Rest der Welt zu einer gewaltigen Überschussregion zu machen. Überspitzt gesagt ist das Ziel, die ganze EU ökonomisch zu einem großen Deutschland zu machen, das auf den Weltmärkten andere Länder niederkonkurriert und so der europäischen Exportindustrie sprudelnde Gewinne beschert.

Das kann aber letztlich nicht funktionieren. Zum einen verfestigt und verstärkt dieser Kurs Ungleichgewichte im Weltmaßstab. Weil da muss es ja dann irgendwo die Defizitländer geben, konkret die USA und Schwellenländer. Das wird sich in künftigen Krisen entladen und nebenbei auch zur massiven Vernichtung deutscher und europäischer Auslandsvermögen führen, die auf diese Weise aufgehäuft werden. Das war ja schon bei der von den USA ausgehenden weltweiten Finanzkrise 2008 so und wird sich dann wiederholen. Zum

⁶ Vgl. http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-979_de.htm;
http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/macroeconomic_imbalance_procedure/index_en.htm, http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-970_de.htm.

zweiten kennzeichnet der extrem hohe Export- und Industrieanteil Deutschlands eine besondere Rolle in der internationalen Arbeitsteilung. Diese Rolle können aber nur einige Länder und nicht alle oder sehr viele haben, das müsste eigentlich völlig klar sein. Deutschland kann daher nicht realistisch Vorbild für viele andere Länder oder die ganze EU sein.

Gewerkschaftliche Schlussfolgerungen

Schlussfolgerung 1: Notwendig ist ein alternativer, verstärkt und vorrangig binnenwirtschaftlich ausgerichteter Entwicklungspfad. Dazu gehören andere Verhältnisse, also eine stetig steigende Lohnentwicklung in ganz Europa. Aber ebenso eine Stärkung der öffentlichen und sozialstaatlichen Ausgaben und Leistungen und die dazu notwendige Finanzierung. Also statt Senkung eine Erhöhung der Staatsquoten in den meisten europäischen Ländern, insbesondere auch in Deutschland. Hier liegen auch riesige Potenziale und Erfordernisse für gesellschaftlich nützliche zusätzliche Beschäftigung zum Abbau der Massenerwerbslosigkeit.

Schlussfolgerung 2: Die Gewerkschaften in der EU und insbesondere im Euroraum müssen sich stärker koordinieren und versuchen, gemeinsam eine Lohnentwicklung wie beschrieben und gefordert durchzusetzen. Es gibt dazu seitens des Europäischen Gewerkschaftsbundes auch wieder verstärkte Bemühungen – nach eigener Einschätzung bisher nicht besonders erfolgreich.⁷ Orientierung ist dabei mindestens den „verteilungsneutralen Spielraum“ aus Preissteigerung plus Produktivitätssteigerung auszuschöpfen. Als Preissteigerung soll dabei die EZB-Zielinflation von knapp zwei Prozent angesetzt werden. Sollte die reale Inflation allerdings höher liegen ist das zu berücksichtigen, die absolute Untergrenze der Lohnentwicklung muss die Reallohnsicherung sein.

Schlussfolgerung 3: Die Gewerkschaften müssen auch verstärkt gemeinsam Druck für eine alternative wirtschaftspolitische Ausrichtung entwickeln und diese durchsetzen. Konkret tut der Europäische Gewerkschaftsbund letzteres mit dem Vorschlag und einer Kampagne für ein großes europäisches Investitions- und Aufbauprogramm „A new path for Europe“⁸. Den Anstoß dazu hat der Deutsche Gewerkschaftsbund gegeben mit seinem Vorschlag für einen „Marshallplan für Europa“⁹. Die reale Aktivität und Druckentwicklung hält sich allerdings in Grenzen. Es ist sehr schwierig eine internationale Mobilisierung hinzubekommen, erst recht für ein relativ abstraktes Anliegen und wenn keineswegs alle Gewerkschaften wirklich dahinter stehen.

Es dürfte aber auch deutlich geworden sein, welche Widerstände insgesamt überwunden werden müssen um solche Vorstellungen durchzusetzen. Es geht nicht einfach um mehr oder weniger Koordinierung, sondern es geht um die

⁷ Vgl. http://www.etuc.org/documents/etuc-coordination-collective-bargaining-and-wages-eu-economic-governance#.U5i_oChAeAY, <http://collective.etuc.org/>.

⁸ Vgl. <http://www.etuc.org/new-path-europe>.

⁹ Vgl. <http://www.dgb.de/themen/++co++985b632e-407e-11e2-b652-00188b4dc422>.

Ausrichtung dieser Koordinierung, das ist m.E. der Kernpunkt der Auseinandersetzung. Die herrschenden, kapitalistischen und mehr oder minder neoliberalen Kräfte in der EU wollen eine Koordinierung für stetig steigende Gewinne und Privatvermögen und Expansion der Unternehmen. Wir wollen eine Koordinierung für stetig steigende Löhne, Sozialstaat und Wohlstand für alle. Das sind Interessengegensätze.

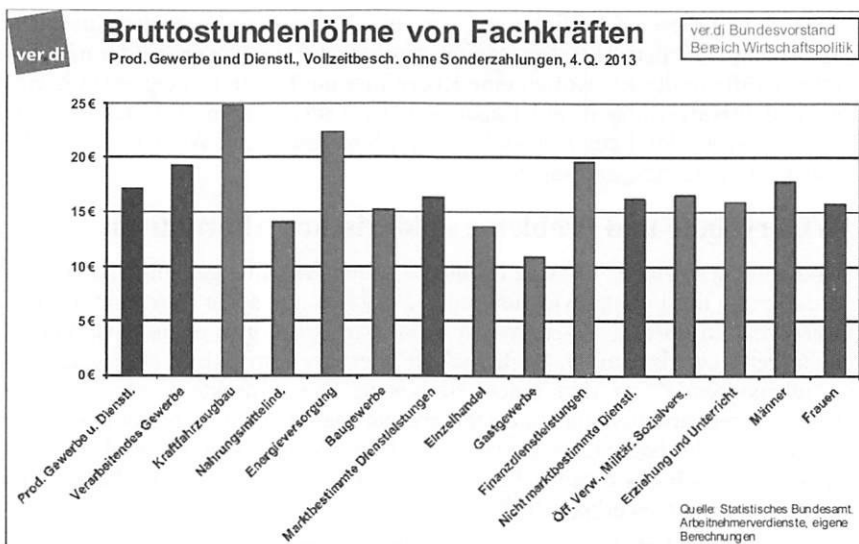
Widerstände und Probleme solidarischer Alternativen

Und außerdem gibt es massive Probleme, eine wirksame, gar solidarische Koordinierung der Lohnentwicklung auch zwischen und sogar innerhalb der Gewerkschaften durchzusetzen. Wenn es konkret wird, gibt es massive Vorbehalte der Gewerkschaften, Rechenschaft über ihre Tarifpolitik abzulegen und „Außenstehende“ da rein reden zu lassen. Die abstrakte Orientierung in Grundsatzklärungen für eine stärkere europäische Koordinierung steht in Kontrast zu der begrenzten Bereitschaft dazu, wenn es konkret wird. Das gilt schon innerhalb des eigenen Landes und selbst zwischen den Fachbereichen innerhalb einer Gewerkschaft.¹⁰

Auch ungleiche Entwicklung der Löhne gibt es nicht nur zwischen verschiedenen Staaten, sondern auch zwischen verschiedenen Wirtschaftsbereichen innerhalb einzelner Länder. Dabei gehe ich davon aus, dass die Löhne die Reproduktionskosten der Lohnabhängigen zu decken haben und dass die Entwicklung der Löhne abgesehen von eher kurzfristigen Abweichungen aufgrund unterschiedlicher Branchenentwicklungen der gesamtwirtschaftlichen Produktivitäts- und Preisentwicklung folgen sollte. Tatsächlich hat es dort krasse Verschiebungen gegeben. Nun wäre es dies ja gut und wünschenswert, wenn dadurch ungerechtfertigte Lohnunterschiede geringer und vorher unterbewertete Arbeiten aufgewertet worden wären. Aber es ist eher das Gegenteil der Fall.

So sind die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte je Stunde nach Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von 1970 bis 2013 in der Industrie von hundert auf 125 Prozent des Durchschnitts gestiegen. Gleichzeitig sanken sie im Baugewerbe von 100 auf 85 Prozent, in Handel und Gastgewerbe von 90 auf 79 Prozent, bei öffentlichen und sonstigen Dienstleistungen von 110 auf 98 Prozent. Dabei spielen erheblich Veränderungen in der Struktur der Beschäftigung und innerhalb dieser breiten Wirtschaftsbereiche eine Rolle. Aber wir haben auch krasse Verdienstunterschiede zwischen Beschäftigten, die in etwa ein gleiches Qualifikationsniveau ihrer Tätigkeit aufweisen, und die müssten auch etwa gleich bezahlt werden. Wir fordern ja immer gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit.

¹⁰ Vgl. zu diesem Komplex den Beitrag von Jörg Wiedemuth auf der ver.di/WSI-Tagung 2014, <https://www.verdi.de/wegweiser/tarifpolitik/++file++537a02d4bd98d4d1b00006e/download/Joerg%20Wiedemuth.pdf>.



Tatsächlich zeigt die Verdienststatistik, in der die Beschäftigten in verschiedene Leistungsgruppen eingeteilt werden, gewaltige Unterschiede. Etwa bei Fachkräften mit Berufsausbildung und Erfahrung (Leistungsgruppe 3) reichen die Bruttostundenverdienste von Vollzeitbeschäftigten (ohne Sonderzahlungen) von 25 Euro im KFZ-Bau und über 22 Euro in der Energieversorgung bis zu 13,60 Euro im Einzelhandel und elf Euro im Gastgewerbe. Damit verbunden ist auch eine geschlechtsspezifische Ungleichheit, über alle Branchen liegen die Durchschnittsverdienste männlicher Fachkräfte bei knapp 18 Euro je Stunde, die der Frauen bei 15,70 Euro.¹¹ Und es sind in den letzten Jahrzehnten oft gerade die ohnehin schlecht Bezahlten, die weiter verloren haben. Das gilt zwischen, aber auch innerhalb der einzelnen Branchen.

Dafür gibt es eine Reihe von längerfristig wirkenden gesellschaftlichen und ökonomischen und mit der Stärke der Gewerkschaften zusammenhängenden Ursachen und auch solche, die mit der Arbeitsmarktpolitik und Finanzpolitik der vergangenen Jahrzehnte zu tun haben. Dies soll hier nicht weiter diskutiert werden. Es zeigt aber jedenfalls, dass für eine wirklich solidarische Lohnpolitik auf allen Ebenen in den kommenden Jahrzehnten noch riesige Herausforderungen warten, die teilweise bisher noch nicht einmal Thema sind und die nicht unmittelbar betroffenen Gewerkschaften auch kaum interessieren.

¹¹ https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/ArbeitnehmerverdiensteJ2160230137005.xlsx?__blob=publicationFile.

Marcello Musto

Anmerkungen zur Geschichte der Internationale

Erste Schritte

Am 28. September 1864 war die St. Martin's Hall im Londoner Stadtzentrum zum Bersten überfüllt. Zweitausend Arbeitsleute waren gekommen¹. Der Grund war eine Versammlung, zu der englische Gewerkschaftsführer und eine kleine Gruppe von Arbeitern vom europäischen Festland aufgerufen hatten.

Die Organisatoren konnten sich nicht vorstellen, geschweige denn vorhersehen, welche Folgen ihre Initiative schon kurz danach haben sollte. Ihre Idee war es eigentlich, ein internationales Forum aufzubauen, wo die wichtigsten die Arbeiterschaft betreffenden Probleme untersucht und diskutiert werden konnten. Die Gründung einer Organisation mit dem Ziel der Koordinierung der gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten der Arbeiterklasse beinhaltete diese ursprüngliche Idee nicht. Tatsächlich allerdings wurde die gewählte Form zum Prototypen für alle folgenden Organisationen der Arbeiterbewegung, die sowohl für die reformistischen wie auch die revolutionären Strömungen zum Referenzpunkt wurde: Die Internationale Arbeiterassoziation (IAA).²

Die Internationale sorgte dafür, dass bald nach ihrer Gründung in ganz Europa Leidenschaften geweckt wurden. Sie machte Klassensolidarität zu einem Ideal und inspirierte eine große Zahl von Männern und Frauen für das radikalste aller Ziele zu kämpfen: Die Veränderung der Welt. Dank der Internationale gelang es der Arbeiterbewegung nicht nur, ein klareres Verständnis der Funktionsweise der kapitalistischen Produktionsweise zu gewinnen; sie wurde sich auch ihrer eigenen Stärke viel bewusster und konnte neue und modernere Kampfformen entwickeln.

Der richtige Mann am richtigen Platz

Die Arbeiterorganisationen, die die Internationale gründeten, waren ein kunterbunt zusammengewürfelter Haufen. Die treibende Kraft waren die briti-

¹ Dieser Artikel basiert auf der Einleitung von: Marcello Musto (Hrg.), *Workers Unite! The International 150 Years Later*, New York/London: Bloomsbury, 2014, ein Sammelband mit zentralen Dokumenten der Internationale.

Alle mit GC oder PI gekennzeichneten Zitate beziehen sich auf die mehrbändige Veröffentlichung der offiziellen Protokolle, die unter den Titeln „General Council of the First International“, 5 Bde., Moskau 1963-1968 (= GC), und „Première Internationale“, 4 Bde., Genf 1962 und 1971 (= PI) erschienen sind.

² Gegen Ende der IAA wurde von einigen Mitgliedern des Generalrates während der Debatte über die Neufassung der Statuten die Frage aufgeworfen, ob „men“ im englischen Namen der Organisation nicht durch „persons“ ersetzt werden sollte. Engels antwortete darauf, „daß man allgemein angenommen habe, daß ‚men‘ als geschlechtsneutraler Begriff gemeint sei“. Die Arbeiterassoziation stand also sowohl Frauen als auch Männern offen.

schen Gewerkschaften, deren Führer hauptsächlich an ökonomischen Fragen interessiert waren. Sie kämpften für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter, aber ohne den Kapitalismus in Frage zu stellen. Daher stellten sie sich die Internationale als ein Instrument vor, dass die Zufuhr von Arbeitskräften vom Festland im Falle von Streiks verhindern sollte.

Dann waren da die Mutualisten, die lange Zeit in Frankreich dominant waren, aber auch in Belgien und der französisch sprechenden Schweiz über großen Rückhalt verfügten. In Einklang mit den Theorien von Pierre-Joseph Proudhon waren sie nicht nur gegen jedes Engagement der Arbeiterklasse in der Politik, sondern sie lehnten auch den Streik als Mittel im Kampf ab. Gleichzeitig vertraten sie in den Diskussionen über die Emanzipation der Frau konservative Positionen. Sie traten für ein Kooperativsystem nach föderalem Muster ein und gingen von der Möglichkeit aus, den Kapitalismus durch den gleichen Zugang zu Krediten für jedermann schrittweise zu verändern. Man kann daher sagen, dass sie de facto den rechten Flügel der Internationale bildeten.

Neben diesen beiden Gruppen, die die Mehrheit ausmachten, gab es allerdings auch noch andere Akteure. So waren die Kommunisten die dritt wichtigste Strömung. Sie gruppierten sich um Karl Marx, waren Antikapitalisten und in kleinen Gruppen mit begrenztem Einfluss aktiv. Sie traten gegen das herrschende Produktionssystem auf und verfochten die Notwendigkeit politischen Handels als Weg zum Sturz des Kapitalismus.

Zur Zeit ihrer Gründung umfassten die Reihen der Internationale auch allgemein demokratische Elemente, die nichts zu tun hatten mit der sozialistischen Tradition. Weiter verkompliziert wird das Bild durch den Umstand, dass manche Arbeiter, die Mitglied der Internationale wurden, die unterschiedlichsten verworrenen Theorien mitbrachten, von denen manche utopisch inspiriert waren. Gleichzeitig lehnte die Partei der Lassalleaner, die sich niemals der Internationale anschloss, aber immer um sie kreiste, die Gewerkschaftsbewegung ab und verstand politisches Handeln als strikt nationale Angelegenheit.

Das Zusammenwirken all dieser Strömungen in derselben Organisation zu gewährleisten, deren Programm weit weg von den Denkansätzen war, aus denen die einzelnen Gruppierungen einst entstanden waren, ist Marxens große Leistung. Sein politisches Talent ermöglichte es ihm, scheinbar Unvereinbares in Einklang zu bringen und somit sicherzustellen, dass die Internationale nicht sofort zur Bedeutungslosigkeit verdammt war, wie viele vorangegangene Arbeiterassoziationen³ Es war Marx, der der Internationale ein klares Ziel gab und der erreichte, dass das politische Programm zwar nicht ausschließend, aber dennoch entschieden klassenbasiert war und der Internationale einen Massencharakter jenseits allen Sektierertums gab. Die politische Seele des Generalsrats war immer Marx: Er entwarf all seine wichtigen Resolutionen und bereitete die meisten Kongressberichte vor. Er war „der richtige Mann am rich-

³ Vgl. Henry Collins/Chimen Abramsky, Karl Marx and the British Labour Movement, London 1965, S. 34.

tigen Ort“ wie es der deutsche Arbeiterführer Johann Georg Eccarius auf den Punkt brachte.⁴

Vor allem dank Marxens Fähigkeiten konnte die Internationale eine politische Synthese entwickeln, die die vielen nationalen Kontexte in einem Projekt gemeinsamen Kampfs vereinte. Die Aufrechterhaltung der Einheit war mitunter zermürend, besonders da Marxens Antikapitalismus niemals in der Organisation dominierte. Mit der Zeit allerdings wurde das marxssche Denken zur hegemonialen Konzeption – teils aufgrund von Marxens eigener Beharrlichkeit, teils infolge gelegentlich vorkommender Abspaltungen anderer Richtungen.

Mitgliedschaft und Struktur

Während der gesamten Zeit ihrer Existenz galt die Internationale als eine gewaltige und mächtige Organisation. Die Zahl ihrer Mitglieder wurde aber immer überschätzt. So gab der Staatsanwalt, der im Juni 1870 einige ihrer französischen Führer unter Anklage stellte, ihre Mitgliedschaft in Europa mit 800.000 an⁵. Ein Jahr später, nach der Niederlage der Pariser Kommune, sprach die Londoner *Times* von zweieinhalb Millionen⁶. In Wirklichkeit waren die Mitgliederzahlen viel niedriger. Selbst den eigenen Führern und denjenigen, die sich intensiv mit den Zahlen beschäftigten, fiel es seinerzeit schwer, auch nur ungefähre Schätzungen abzugeben. Aber nach heutigem Stand der Forschung lässt sich die Hypothese aufstellen, dass auf dem Höhepunkt der Organisation zwischen 1871-1872 die Mitgliederzahl 150.000 nicht überstieg.

Zu einer Zeit allerdings, wo es – mit Ausnahme der englischen Gewerkschaften und des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins – kaum wirksame Organisationen der Arbeiterklasse gab, war diese Zahl dennoch beachtlich. Außerdem muss man sich darüber klar sein, dass die Internationale während des gesamten Zeitraums ihrer Existenz nur in Großbritannien, der Schweiz, Belgien und den USA legal war. In anderen Ländern existierte sie bestenfalls am Rande der Legalität und ihre Mitglieder waren der Verfolgung ausgesetzt. Allerdings hatte die Assoziation die bemerkenswerte Fähigkeit, ihre einzelnen Gliederungen zu einem in sich geschlossenem Ganzen zu vereinen. Innerhalb weniger Jahre nach ihrer Gründung hatte sie es geschafft, hunderte von Arbeitervereinen zu einem Bund zusammenzuschließen. Nach 1868 kamen Vereine in Spanien hinzu und im Nachgang der Pariser Kommune entwickelten sich auch Sektionen in Italien, den Niederlanden, Dänemark und Portugal.

Dennoch machten die Mitglieder der Internationale nur einen kleinen Teil der gesamten Arbeiterschaft aus. In Großbritannien war die Internationale, mit Ausnahme der Stahlarbeiter, im Industrieproletariat immer nur schwach ver-

⁴ Johann George Eccarius to Karl Marx, 12 October 1864, in: Marx-Engels-Gesamtausgabe, Bd. III/13, Berlin 2002, S. 10.

⁵ Siehe Oscar Testut, *L'Association internationale des travailleurs*, Lyon, 1870, S. 310.

⁶ *The Times*, 5 June 1871.

treten.⁷ Die große Mehrzahl der Mitglieder arbeitete im Schneiderhandwerk, in der Bekleidungsindustrie, in der Schuhmacherei und Tischlerei, also den Bereichen der Arbeiterklasse, die am besten organisiert waren und das größte Klassenbewusstsein hatten. Nirgendwo bildeten die Fabrikarbeiter jemals eine Mehrheit, am wenigsten, nach dem die Organisation sich nach und in Südeuropa ausgedehnt hatte. Das andere große Hindernis waren die Misserfolge beim Versuch, Mitglieder unter den ungelerten Arbeitern zu gewinnen⁸ – trotz gewisser Erfolge, die im Vorfeld des ersten Kongresses erzielt wurden.

Die Entstehung der Internationale

Großbritannien war das erste Land, wo Beitrittsgesuche zur Internationalen gestellt wurden. In der Folge trat im Februar 1865 die Gewerkschaft der Maurer mit rd. 4.000 Mitgliedern bei, kurz darauf folgten die Assoziationen der Bauarbeiter und der Schumacher.

In *Frankreich* begann die Internationale im Januar 1865 Form anzunehmen, als ihre erste Sektion in Paris gegründet wurde. Allerdings blieb sie sehr schwach, hatte wenig ideologischen Einfluss und schaffte es auch nicht, eine nationale Organisationsstruktur aufzubauen. Trotzdem gelang es den französischen Unterstützern der Internationale – größtenteils Anhängern von Proudhons Mutualismus –, sich als zweitgrößte Gruppe auf der ersten Konferenz der Organisation zu etablieren.

Im folgenden Jahr setzte die Internationale ihre Ausdehnung in Europa fort und baute ihre ersten bedeutenden Organisationskerne in *Belgien* und in der französisch-sprechenden *Schweiz* auf. Das Koalitionsverbot in Preußen hatte aber zur Folge, dass die Internationale keine Sektionen im *Deutschen Bund* gründen konnte. Der 5.000 Mitglieder starke Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, die erste Arbeiterpartei der Geschichte, verfolgte eine ambivalente Linie des Dialogs mit Otto von Bismarck und zeigte in den ersten Jahren ihrer Existenz wenig bis kein Interesse an der Internationale. Dieses Desinteresse teilte auch Wilhelm Liebknecht, trotz seiner politischen Nähe zu Marx.

Die Aktivität des Generalrats in London war entscheidend für die weitere Stärkung der Internationale.

Im September 1866 beherbergte die Stadt Genf den ersten Kongress der Internationale mit 60 Delegierten aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Hier konnte die Assoziation eine ausgesprochen positive Bilanz der ersten beiden Jahre seit ihrer Gründung ziehen, hatten sich doch über hundert Gewerkschaften und politische Organisationen zur IAA bekannt. Die Teilnehmer des Kongresses teilten sich in zwei Blöcke. Der erste Block, der aus den Britischen Delegierten, den wenigen Deutschen und einer Mehrheit

⁷ Collins/Abramsky, a.a.O., S. 70; Jacques D'Hondt, Rapport de synthèse, in: Colloque International sur la première Internationale, La Première Internationale: l'institution, l'implantation, le rayonnement, Paris 1968, S. 475.

⁸ Collins/Abramsky, a.a.O., S. 70; Jacques D'Hondt, a.a.O., S. 289.

der Schweizer bestand, folgte den Direktiven des Generalrates, die von Marx (der in Genf nicht anwesend war) formuliert worden waren. Den zweiten Block – die französischen Delegierten und einige aus der französischsprachigen Schweiz – bildeten die Mutualisten. Zu diesem Zeitpunkt waren in der Internationale de facto moderate Positionen vorherrschend.

Indem sie sich auf die von Marx vorbereiteten Resolutionen stützten, gelang es den Führern des Generalrats erfolgreich, die Mutualisten auf dem Kongress zu marginalisieren und Abstimmungen zugunsten von Staatsintervention für sich zu entscheiden. Zu letzterem Punkt hatte Marx sich klar geäußert: „Bei der Durchsetzung solcher Gesetze ... stärkt die Arbeiterklasse keineswegs die Macht der Regierung. Im Gegenteil, sie verwandelt jene Macht, die jetzt gegen sie gebraucht wird, in ihre eigenen Diener.“⁹

Hinzu kommt, dass die Marxschen „Instruktionen“ für den Genfer Kongress die grundlegenden Aufgaben der Gewerkschaften betonten.

Wachsende Stärke

Ab Ende 1866 verstärkte sich die Streiktätigkeit in vielen europäischen Ländern. Sie wurde von einer großen Masse von Arbeitern getragen und half ein Bewusstsein für die eigene Situation zu schaffen. Diese Streiks waren das Herzstück einer neuen und wichtigen Welle von Kämpfen.

Obwohl einige Regierungen dieser Zeit die Internationale für die Unruhen verantwortlich machten, wussten die meisten der in die Kämpfe einbezogenen Arbeiter nicht einmal von ihrer Existenz. Der Grund ihrer Proteste waren die furchtbaren Lebens und Arbeitsbedingungen, die sie gezwungenermaßen erdulden mussten. Die Mobilisierung führte jedoch dazu, dass eine Phase des Kontakts und der Koordinierung der Streikbewegungen mit der Internationale begann. So wurden sie von der IAA mit Deklarationen und Solidaritätsaufrufen unterstützt und es wurden Gelder für die Streikenden gesammelt. Des Weiteren unterstützte die Internationale die Kämpfe gegen Versuche der „Bosse“, den Widerstand der Arbeiter zu schwächen.

Es war diese praktische Rolle der Internationale, die die Arbeiter erkennen ließ, dass diese Organisation ihre Interessen vertrat und die dazu führte, dass sie sich ihr in manchen Fällen auch anschlossen.¹⁰ Arbeiter in anderen Ländern sammelten Geld zu Unterstützung der Streikenden und waren sich darin einig, keine Arbeit anzunehmen, die sie in „industrielle Söldner“ verwandelt hätte. Dies zwang die „Bosse“, auf viele Forderungen der Streikenden einzugehen und Kompromisse zu finden. In den Gemeinden, die im Zentrum des Geschehens standen, wurden hunderte neue Mitglieder geworben. Später stellte ein Bericht des Generalrats fest: „Die Internationale Arbeiterassoziation

⁹ Musto, a.a.O., Dokument 2 (= Karl Marx, Vorschläge für das Programm der Internationalen Arbeiterassoziation [IAA], in: MEW 16, S. 194).

¹⁰ Jacques Freymond, Introduction, in: PI, I, S. XI.

drängt die Menschen nicht dazu zu streiken, aber es sind die Streiks, die die Menschen in die Arme der Internationalen Arbeiterassoziation treiben“.¹¹

Gestärkt durch ihren Erfolg, ihre steigenden Mitgliederzahlen und einer verbesserten Organisation machte die Internationale ab 1867 überall in Kontinentaleuropa Fortschritte.

Aber Großbritannien blieb das Land, wo die Internationale die größte Präsenz hatte. Im Laufe des Jahres 1867 stieg die Zahl der Mitglieder durch den Beitritt dutzender weiterer Organisationen auf ca. 50.000.¹² Nirgendwo anders erreichte die Mitgliedschaft der Internationale ein derartiges Niveau. Dennoch waren die folgenden Jahre in Großbritannien, im Gegensatz zum Zeitraum 1864-1867, durch eine gewisse Stagnation geprägt. Dafür gab es mehrere Gründe. Der wichtigste aber war, dass es der Internationale nicht gelang, Fabrikarbeiter und ungelernte Arbeiter zu organisieren.

Weiterhin trug die wachsende Institutionalisierung der Arbeiterbewegung zu einem Abflauen der Aktivität der Internationale bei. Die Legalisierung der Gewerkschaften, die die Gefahr der Verfolgung und der Repression für ihre Mitglieder beendete, ermöglichte es der „Vierten Gewalt“, eine wirkliche Präsenz in der Gesellschaft zu erlangen.

Die Situation auf dem Kontinent war allerdings eine andere. Im Deutschen Bund existierten Tarifverhandlungen faktisch nicht. In Belgien wurden Streiks mit einer Repressionswelle beantwortet, als seien sie Kriegsakte. In der Schweiz wurden sie als Normabweichung betrachtet, mit der sich das Establishment nur schwer anfreunden konnte. In Frankreich waren Streiks zwar seit 1864 legal, aber die Aktivitäten der ersten Gewerkschaften unterlagen nach wie vor harten Restriktionen.

Vor diesem Hintergrund versammelte sich die durch eine erweiterte Mitgliedschaft zu neuer Stärke gekommene Internationale zu ihrem Kongress 1867. Marx war mit der Arbeit an den Korrekturfahnen für das „Kapital“ vollständig ausgelastet und nahm weder an Sitzungen des Generalrates, in denen die vorbereitenden Dokumente erarbeitet wurden, noch am Kongress selber teil.¹³ Die Auswirkungen waren natürlich spürbar, was sich darin zeigte, dass der Kongress seinen Fokus auf die bloße Berichterstattung über das Wachstum der Organisation in zahlreichen Ländern legte und ansonsten dank der stark vertretenen Mutualisten vor allem über proudhonianische Themen diskutierte.

Von den frühesten Tagen der Internationale an waren Proudhons' Ideen im größten Teil des Französisch sprechenden Europas hegemonial. In der Internationale

¹¹ Report of the [French] General Council, 1 September 1869, in: PI, II, S. 24.

¹² Henri Collins, *The International and the British Labour Movement: Origin of the International in England*, in: *Colloque International, La Première Internationale*, a.a.O., S. 34.

¹³ Marx setzte die Praxis, bei den Kongressen nicht persönlich anwesend zu sein, in der Folge fort. Eine Ausnahme bildete nur der wichtige Kongress von Den Haag (1872).

repräsentierten die Mutualisten vier Jahre lang den gemäßigtsten Flügel. Die britischen Gewerkschaften, die die Mehrheit bildeten, teilten zwar Marxens Antikapitalismus nicht, aber sie hatten auch nicht den Einfluss auf die Politik der Organisation, den die Anhänger Proudhons auszuüben vermochten.

Marx spielte zweifelsfrei eine Schlüsselrolle in dem langen Kampf zur Schwächung des Einflusses Proudhons in der Internationale. Seine Vorstellungen waren grundlegend für die theoretische Entwicklung ihrer Führer, und er besaß die bemerkenswerte Fähigkeit, diese Ideen auch bei jedem größeren inhaltlichen Konflikt innerhalb der Organisation durchzusetzen. Die Arbeiter hatten allerdings bereits selbst Abstand von den Theorien Proudhons genommen. Vor allem die Wirksamkeit der Streiks überzeugte die Mutualisten von der Fehlerhaftigkeit ihrer Auffassungen. So hatte die Arbeiterbewegung selber bewiesen, dass es, im Gegensatz zur Position Proudhons, unmöglich war, sozialökonomische von politischen Fragen zu trennen.¹⁴

Der Brüsseler Kongress von 1868 beschnitt dem Mutualismus die Flügel. Die Versammlung erreichte ihren Höhepunkt mit der Annahme des Antrags von De Paepe, der die Sozialisierung aller Produktionsmittel forderte – ein großer Schritt vorwärts bei dem Versuch, eine ökonomische Basis des Sozialismus zu definieren. So stand dieser Punkt jetzt nicht mehr nur in den Schriften einzelner Intellektueller, sondern war Teil des Programms einer transnationalen Organisation. Was die Bereiche Landwirtschaft, Minen und Transport betraf, so beschloss der Kongress, dass die Notwendigkeit bestehe, das Land in „allgemeines gesellschaftliches Eigentum“ zu überführen.¹⁵ Sogar die verheerenden Folgen privaten Waldbesitzes für die Umwelt wurden erkannt. Dies kann als großer Sieg des Generalrats gesehen werden, bedeutete es doch, dass zum ersten Mal sozialistische Grundsätze in einem politischen Programm einer großen Arbeiterorganisation verankert wurden.

Der Kongress von Basel 1869 war ebenso von Interesse, weil Michail Bakunin als Delegierter an den Beratungen teilnahm. Kurz nach dem er der Internationale 1869 beigetreten war, war der Einfluss des berühmten russischen Revolutionärs in einigen schweizerischen, spanischen und französischen Sektionen rasch gestiegen (wie auch in Italien nach der Pariser Kommune), und bereits auf dem Baseler Kongress gelang es ihm, Einfluss auf den Ausgang der Beratungen zu nehmen. Nachdem er die Mutualisten endgültig besiegt hatte und das Gespenst Proudhon seine letzte Ruhe finden ließ, hatte Marx sich nun mit einem härteren Kontrahenten auseinanderzusetzen. Bakunin baute eine neue Strömung auf, den Anarchismus, und versuchte, die Kontrolle über die Organisation zu gewinnen.

¹⁴ Freymond, Introduction, in: PI, I, S. XIV.

¹⁵ Musto, a.a.O., Dokument 3.

Ausdehnung quer durch Europa und Opposition zum Deutsch-Französischen Krieg

Die späten sechziger und die frühen siebziger Jahre waren eine Zeit reich an sozialen Auseinandersetzungen. Viele Arbeiter, die an den Protestaktionen teilnahmen, entschieden sich dafür, mit der Internationale in Kontakt zu treten.

Das Jahr 1869 sah eine signifikante Ausweitung der IAA über ganz Europa. In jedem europäischen Land, wo die Internationale halbwegs stark war, gründeten ihre Mitglieder neue Organisationen, die völlig unabhängig von jenen waren, die bereits existierten. In *Großbritannien* jedoch, wo die Gewerkschaften die Hauptbasis der Internationale bildeten, lösten diese ihre eigenen Organisationsstrukturen natürlich nicht auf. Der in London ansässige Generalrat hatte demzufolge zwei Aufgaben zugleich zu erfüllen: Einerseits war er internationales „Hauptquartier“, andererseits agierte er als Leitungsorgan für Großbritannien, wo die angeschlossenen Gewerkschaften 50.000 Mitglieder in ihrem Einflussbereich hatten.

In *Frankreich* sorgte die repressive Politik des Zweiten Kaiserreich dafür, dass das Jahr 1868 zu einem ernststen Krisenjahr für die Internationale wurde. Das folgende Jahr hingegen ging einher mit einer Wiederbelebung der Organisation, und neue Führer, die die mutualistischen Positionen hinter sich gelassen hatten, rückten in die erste Reihe. Der Höhepunkt der Entwicklung für die französische Sektion der Internationale kam im Jahr 1870. Trotz ihres bemerkenswerten Wachstums konnte die Organisation in 38 der 90 Départements allerdings niemals Fuß fassen. Die Gesamtzahl der Mitglieder in Frankreich lag irgendwo zwischen 30.000 und 40.000.¹⁶ Wenn die Internationale in Frankreich auch keine wirkliche Massenorganisation darstellte, so war sie dennoch zu einer Organisation von beachtlicher Größe herangewachsen, die weitverbreitetes Interesse weckte.

In *Belgien* erreichte die Mitgliederzahl im Frühjahr 1870 ihren Höchststand mit mehreren zehntausend Mitgliedern. Damit überschritt man in Belgien vermutlich die Zahl der Mitglieder in Frankreich. Belgien war damit das Land, indem die IAA nicht nur die zahlenmäßig höchste Dichte an Mitgliedern, sondern auch den größte gesellschaftlichen Einfluss erreichte. Eine positive Entwicklung war zu dieser Zeit ebenso offensichtlich in der *Schweiz*.

Im *Norddeutschen Bund* war der Enthusiasmus für die Internationale trotz der Existenz zweier Arbeiterorganisationen – des lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der marxistischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei – gering und die Neigung, ihr beizutreten, nur schwach. Während der ersten drei Jahre ihrer Existenz wurde sie von deutschen Aktivisten aus Angst

¹⁶ Jacques Rougerie, in: Les sections françaises de l'Association Internationale des Travailleurs, in: Colloque International sur la première Internationale, a.a.O., S.111, sprach von "einigen zehntausend".

vor Verfolgung durch die deutsche Obrigkeit faktisch ignoriert. Das Bild änderte sich nach 1868 mit wachsender Bekanntheit und zunehmenden Erfolgen der Internationale in Europa; beide rivalisierenden Parteien strebten nun danach, die IAA in Deutschland zu vertreten.

Unter diesen allgemeinen Umständen, die gekennzeichnet waren durch offene Widersprüche zwischen den Staaten und deren ungleiche Entwicklung, bereitete die Internationale ihren fünften Kongress vor. Der Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges 1870 ließ allerdings keine andere Wahl, als den Kongress abzusagen. Der Konflikt im Herzen von Europa verschob die Prioritäten: Jetzt kam alles darauf an, der Arbeiterbewegung dabei zu helfen, eine unabhängige Position zu formulieren, weit weg von der nationalistischen Rhetorik ihrer Zeit. In seiner „Ersten Adresse des Generalrates über den Deutsch-Französischen Krieg“ forderte Marx die französischen Arbeiter auf, Louis Bonaparte zu stürzen und das Kaiserreich, das dieser 18 Jahre zuvor installiert hatte, verschwinden zu lassen. Die deutschen Arbeiter ihrerseits sollten verhindern, dass die Niederlage Bonapartes zu einem Angriff auf das französische Volk ausarten könnte: „Diese einzige große Tatsache, ohnegleichen in der Geschichte der Vergangenheit, eröffnet die Aussicht auf eine hellere Zukunft. Sie beweist, daß, im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz, eine neue Gesellschaft entsteht, deren internationales Prinzip der *Friede* sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht – die *Arbeit*! Die Bahnbrecherin dieser neuen Gesellschaft ist die Internationale Arbeiterassoziation.“¹⁷

Die Internationale und die Pariser Kommune

Nach dem deutschen Sieg in Sedan und der Gefangennahme Bonapartes wurde am 4. September 1870 in Frankreich die Dritte Republik proklamiert. Mit einer neuen Regierung konfrontiert, die die Stadt entwaffnen wollte und jede Sozialreform verweigerte, wendeten sich die Pariser gegen Adolphe Thiers und initiierten am 18. März 1871 das erste große politische Ereignis im Leben der Arbeiterbewegung: Die Pariser Kommune.

Obwohl Bakunin die Arbeiter aufgefordert hatte, den patriotischen Krieg in einen revolutionären Krieg zu verwandeln,¹⁸ entschied sich der Generalrat in London zunächst dafür, zu schweigen. Man übertrug Marx die Aufgabe, einen Text im Namen der Internationale zu schreiben, aber der verzögerte die Veröffentlichung – aus komplizierten, aus tiefster Überzeugung vertretenen Beweggründen. So war er sich sowohl der wirklichen Kräfteverhältnisse vor Ort als auch der Schwäche der Kommune bewusst. Ihm war klar, dass sie zur Niederlage verdammt war. Eine leidenschaftliche Deklaration, die die Kom-

¹⁷ Musto, a.a.O., Dokument 54. (= Karl Marx, Erste Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg, in: MEW 17, S. 7).

¹⁸ Arthur Lehning, Introduction, in: Ders. (Hrg.), Bakunin-Archiv, Bd. VI: Michel Bakounine sur la Guerre Franco-Allemande et la Révolution Sociale en France (1870-1871), Leiden 1977, S. XVI.

mune begeistert aufgenommen hätte, trug die Gefahr in sich, falsche Erwartungen bei den Arbeitern in ganz Europa zu wecken, die in der Folge womöglich eine Quelle für Demoralisierung und Misstrauen geworden wäre. Seine düsteren Vorahnungen erwiesen sich bald als stichhaltig. Am 28. Mai 1871 wurde die Kommune im Blut ertränkt. Zwei Tage später erschien Marx wieder im Generalrat mit einem Manuskript unter dem Titel „Der Bürgerkrieg in Frankreich“. Es wurde nach Verlesung einstimmig beschlossen und anschließend unter den Namen aller Ratsmitglieder veröffentlicht. Dieses Dokument hatte in den nächsten Wochen einen gewaltigen Einfluss, größer als der aller anderen Dokumente der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert.

Trotz des blutigen Ausgangs in Paris, der Welle von Verleumdungen und staatlicher Repression überall in Europa wurde die Internationale in der Folge der Kommune immer stärker und bekannter. Für die Kapitalisten und die Mittelklassen stellte sie eine Gefahr für die herrschende Ordnung dar, aber für die Arbeiter nährte sie die Hoffnung auf eine Welt ohne Ausbeutung und Unrecht.¹⁹ Das aufständische Paris festigte die Arbeiterbewegung und trieb sie dazu, immer radikalere Positionen einzunehmen. Die Erfahrung zeigte, dass Revolution möglich war und dass es das Ziel sein musste, eine Gesellschaft zu errichten, die völlig verschieden von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. Die Erfahrung zeigte aber auch, dass die Arbeiter sich dafür dauerhafte und gut organisierte Formen der politischen Assoziation schaffen mussten.²⁰

Diese gewaltige Vitalität war überall spürbar. Die Beteiligung an den Versammlungen des Generalrates verdoppelte sich. Zeitungen, die mit der Internationale verbunden waren, wuchsen nicht nur ihrer Zahl nach, sondern steigerten auch ihre Auflagen. Besonders bemerkenswert war das Wachstum in Belgien und Spanien, wo das Niveau der Beteiligung der Arbeiter schon vor der Pariser Kommune beträchtlich gewesen war. Außerdem schaffte die Organisation den Durchbruch in Italien. Obwohl Giuseppe Garibaldi nur eine vage Vorstellung von der Assoziation hatte²¹, entschied der „Held der zwei Welten“ sich hinter sie zu stellen und unterschrieb einen Aufnahmeantrag, in dem die berühmten Worte standen: „Die Internationale ist die Sonne der Zukunft“.²² Der Abdruck dieses Briefes in dutzenden Arbeiterzeitungen und auf Flugblättern trug dazu bei, dass viele Unentschlossene sich der Organisation anschlossen.

Die Internationale eröffnete im Oktober 1871 eine neue Sektion in Portugal. In Dänemark begann sie im selben Monat die meisten der neu gegründeten Gewerkschaften in Kopenhagen und Jütland miteinander zu verknüpfen. Eine andere bedeutende Entwicklung war die Gründung von irischen Arbeitersektionen in Großbritannien. Ihr Führer John MacDonnell wurde zum korrespon-

¹⁹ Dazu Georges Haupt, *L'internazionale socialista dalla Comune a Lenin*, Turin 1978, S. 28.

²⁰ Ebd., S. 93-95

²¹ Nello Rosselli, Mazzini e Bakunin, Turin 1927, S. 323-324.

²² Giuseppe Garibaldi an Giorgio Pallavicino, 14 November 1871, in: Enrico Emilio Ximenes, *Epistolario di Giuseppe Garibaldi*, Bd. I, Milano 1885, S. 350.

dierenden Mitglied des Generalrates für Irland ernannt. Unerwartete Aufnahmesuche kamen aus den verschiedensten Ecken der Welt: So wollten nicht nur einige englische Arbeiter aus Kalkutta der Internationale beitreten, sondern auch Arbeitergruppierungen aus Victoria in Australien und Christchurch, Neuseeland. Dasselbe galt für eine Reihe von Handwerkern aus Buenos Aires.

Die Londoner Konferenz von 1871

Zwei Jahre waren seit dem letzten Kongress der Internationale vergangen, aber unter den bestehenden Umständen konnte kein neuer Kongress stattfinden. Der Generalrat entschied deshalb, eine Konferenz in London einzuberufen. Trotz aller Versuche, dieses Ereignis so repräsentativ wie möglich zu machen, wurde es tatsächlich nicht mehr als eine erweiterte Generalratssitzung. Marx hatte im Vorhinein angekündigt, dass die Konferenz sich „ausschließlich mit Organisations- und Strategiefragen“ beschäftigen würde²³, während theoretische Debatten ausgespart werden sollten.

Marx setzte sich mit ganzer Kraft für folgende Prioritäten ein: Reorganisation der Internationale; ihre wirksame Verteidigung gegen feindliche Kräfte; Zurückdrängung des wachsenden Einflusses von Bakunin. Während der Konferenz war er der mit Abstand aktivste Delegierte; er ergriff 102 mal das Wort, blockierte Anträge, die nicht seinen Vorstellungen entsprachen, und konnte diejenigen auf seine Seite ziehen, die bis dahin noch nicht überzeugt gewesen waren.²⁴ Die Zusammenkunft in London bestätigte Marxens Gewicht in der Organisation nicht nur als theoretischer Kopf der Organisation, sondern auch als einer ihrer kämpferischsten und fähigsten Aktivisten.

Die wichtigste Entscheidung der Konferenz und der Grund, weshalb man sich später an sie erinnern sollte, war die Annahme von Edouard Vaillants Resolution IX. Der Führer der Blanquisten, deren übrig gebliebene Kräfte nach dem Ende der Kommune der Internationale beigetreten waren, schlug vor, die Organisation zu einer zentralisierten, disziplinierten Partei unter der Führung des Generalrates umzugestalten. Trotz einiger Differenzen, besonders über die Blanquistische Position, dass ein straff organisierter kleiner Kern von Aktivisten für eine Revolution ausreichend sei, zögerte Marx nicht, eine Allianz mit der Gruppe von Vaillant einzugehen. Das geschah nicht nur, um die Opposition gegen Bakunins Anarchismus innerhalb der Internationale zu stärken. Vielmehr ging es darum, einen breiteren Konsens über die in der neuen Phase des Klassenkampfes für notwendig erachteten Veränderungen herzustellen. Die in London verabschiedete Resolution stellte schließlich folgendes fest: „In seinem Kampf gegen die kollektive Macht der besitzenden Klassen kann das Proletariat nur dann als Klasse handeln, wenn es sich selbst als besondere politische Partei im Gegensatz zu allen alten, von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien konstituiert. Diese Konstituierung des Proletariats als politi-

²³ Karl Marx, 15. August 1871, in: GC, Bd. IV, S. 259.

²⁴ Miklós Molnár, *Le déclin de la première internationale*, Genf 1963, S. 127.

sche Partei ist unerlässlich, um den Triumph der sozialen Revolution und ihres höchsten Zieles, der Aufhebung der Klassen, zu sichern. Die durch den ökonomischen Kampf bereits erreichte Vereinigung der Kräfte der Arbeiterklasse, muss in den Händen dieser Klasse auch als Hebel in ihrem Kampf gegen die politische Macht ihrer Ausbeuter dienen.“

Die Schlussfolgerung war klar: „Die soziale Emanzipation der Arbeiter ist untrennbar von ihrer politischen Emanzipation.“²⁵

Während der Genfer Kongress von 1866 die Bedeutung der Gewerkschaften betonte, verschob sich der Schwerpunkt auf der Londoner Konferenz in Richtung des anderen zentralen (Kampf)-Mittels der modernen Arbeiterbewegung: der politischen Partei. Es sollte allerdings betont werden, dass das Verständnis davon, was „Partei“ bedeutete, damals viel breiter war, als das, was im 20. Jahrhundert darunter verstanden wurde.²⁶

Nur vier Delegierte sprachen sich auf der Londoner Konferenz gegen die Resolution IX aus. Dennoch sollte sich Marxens Sieg bald als bedeutungslos herausstellen. Denn der Aufruf, in jedem Land Strukturen aufzubauen, die einer politischen Partei gleichkamen und dabei mehr Machtbefugnisse an den Generalrat abzugeben, hatten massive Auswirkungen auf das innere Leben der Internationale. Sie war noch nicht bereit dafür, so schnell von einem flexiblen auf ein einheitliches Organisationsmodell umzuschwenken.²⁷

Marx war davon überzeugt, dass so gut wie alle wichtigen Verbände und lokalen Sektionen die Resolutionen der Konferenz unterstützen würden, doch er hatte die Situation falsch eingeschätzt. So berief eine Föderation der Internationale, die aus dem schweizerischen Kanton Jura, für den 12. November einen eigenen Kongress in der kleinen Gemeinde Sonvilier ein und gründete dort offiziell, trotz Bakunins Abwesenheit, eine Oppositionsströmung innerhalb der Internationale.

Obwohl die Reaktion dieser Föderation nicht unerwartet kam, war Marx wahrscheinlich doch überrascht, als sich auch anderswo Zeichen der Unruhe und sogar offener Rebellion gegen die politische Linie des Generalrates zeigten. In einer größeren Zahl von Ländern wurden die Entscheidungen aus London als unakzeptable Einmischung in die lokale politische Autonomie gewertet. Sogar die

²⁵ Musto, a.a.O., Dokument 74 (= Karl Marx/Friedrich Engels, Beschlüsse der Delegiertenkonferenz der Internationalen Arbeiterassoziation, abgehalten zu London, vom 17. bis 23. September 1871, in: MEW 17, S. 421).

²⁶ In den frühen 1870er Jahren war die Arbeiterklasse nur in Deutschland als Partei organisiert. Die Verwendung des Wortes „Partei“ war daher sowohl bei den Anhängern Bakunins als auch bei Marx sehr unklar. Selbst Marx benutzte es mehr als Synonym für Klasse. Die Debatten in der Internationale konzentrierten sich nicht auf die Frage nach der Gründung einer politischen Partei (ein Ausdruck, der auf der Londoner Konferenz nur zweimal und auf dem Den Haager Kongress nur fünfmal benutzt wurde), sondern drehen sich vielmehr um die Nutzung des Adjektivs „politisch“ (Haupt, a.a.O., S. 84).

²⁷ Jacques Freymond/Miklós Molnár, *The Rise and Fall of the First International*, in: Milorad M. Drachkovitch, *The Revolutionary Internationals, 1864-1943*, Stanford 1966, S. 27.

Belgische Föderation, die versucht hatte, auf der Konferenz zwischen den verschiedenen Lagern zu vermitteln, begann nun eine deutlich kritischere Haltung zu den Londonern einzunehmen, und auch die Niederländer gingen später auf Distanz zum Generalrat. In Südeuropa, wo die Gegentendenzen sogar noch stärker wirkten, gewann die Opposition bald beachtliche Unterstützung. Tatsächlich bezog die große Mehrheit der iberischen Mitglieder der Internationale gegen den Generalrat Stellung und bekannte sich zu Bakunins Ideen. Auch in Italien betrachtete man die Ergebnisse der Londoner Konferenz in einem negativen Licht. So nahm der Gründungskongress der italienischen Föderation sogar die radikalste Gegenposition zur Linie des Generalrates ein: Er beschloss, am kommenden Kongress der Internationale nicht teilzunehmen, sondern schlug einen „antiautoritären Generalkongress“ vor²⁸, der in Neuchâtel in der Schweiz stattfinden sollte. Dies sollte sich als der erste Akt der drohenden Spaltung erweisen.

Diese Auseinandersetzungen schadeten auch den Beziehungen der Mitglieder in London untereinander. So entwickelte sich das Verhältnis zwischen Marx und zweien seiner Mitstreiter, John Hales und Johann Georg Eccarius, zum Schlechten, und auch in Großbritannien begannen die ersten internen Konflikte aufzubrechen. Unterstützung für den Generalrat kam von der Mehrheit der Schweizer, den Franzosen (jetzt meist blanquistisch), den schwachen Deutschen, den kürzlich gegründeten dänischen Sektionen, aus Irland, Portugal und den osteuropäischen Gruppen in Ungarn und Böhmen. Zusammengekommen war das aber viel weniger an Zustimmung, als Marx nach der Londoner Konferenz erhofft hatte.

Die Opposition zum Generalrat variierte in ihrem Charakter und hatte oft hauptsächlich persönlich Motive. Dennoch, trotz der Faszination in einigen Ländern für Bakunins Theorien und trotz der Fähigkeit eines Guillaumes, die verschiedenen Oppositionellen zu vereinen, lag die Haupttriebkraft gegen die beschlossene Resolution über „Arbeiterklassenpolitik“ darin begründet, dass das Umfeld der Internationale nicht dazu bereit war, diesen von Marx vorgeschlagenen qualitativen Schritt nach vorne mitzugehen. So sah nicht nur die bakuninsche Strömung, sondern der Großteil der Föderationen und lokalen Sektionen das Prinzip der Autonomie und den Respekt vor den verschiedenen Besonderheiten als einen Grundpfeiler der Internationale an. Marx Fehleinschätzung in dieser Frage führte dazu, dass die Krise der Organisation beschleunigt wurde.²⁹

Das Ende der Internationale

Die letzte Schlacht zeichnete sich für den Ausgang des Sommers 1872 ab. Der fünfte Kongress der Internationale fand im September in Den Haag statt. Anwesend waren 65 Delegierte aus vierzehn Ländern. Die entscheidende Bedeu-

²⁸ Verschiedene Autoren, Risoluzione, programma e regolamento della federazione italiana dell' Associazione Internazionale dei Lavoratori, in: Gian Mario Bravo, La Prima Internazionale, Rom 1978, S. 787.

²⁹ Siehe Freymond/Molnár, a.a.O., S. 27-28.

tung des Kongresses veranlasste Marx dazu, in Begleitung von Engels persönlich anwesend zu sein.³⁰ Es war der einzige Kongress der Organisation, an dem er teilnahm

Die Repräsentativität der Delegierten war allerdings auf den Kopf gestellt, denn sie gab die realen Kräfteverhältnisse innerhalb der Organisation nicht wieder. Die französischen Sektionen waren in den Untergrund getrieben worden und die Legitimität ihre Mandate war hoch umstritten. Dennoch stammte der größte Delegiertenblock aus Frankreich. Danach folgten schon die deutschen Vertreter, die gut ein Viertel der Delegierten stellten, die aber über keine Sektionen innerhalb der Internationale verfügten. Andere Vertreter waren gleich durch den Generalrat delegiert worden und vertraten somit nicht den Willen irgendeiner Sektion.

Die Annahme der Resolutionen des Kongresses von Den Haag war nur aufgrund dieser verzerrten Zusammensetzung möglich. Die wichtigste Entscheidung, die in Den Haag getroffen wurde, bestand darin, die Resolution IX der Londoner Konferenz von 1871 als Artikel 7a in die Statuten der Assoziation zu übernehmen. Der politische Kampf war nun das notwendige Mittel zur Umgestaltung der Gesellschaft, denn: „Die Herren des Grund und Bodens und die Herren es Kapitals werden ihre politischen Vorrechte stets ausbeuten zur Verteidigung und Verewigung ihrer politischen Monopole und für die Versklavung der Arbeit. Die Eroberung der politischen Macht ist daher zur großen Pflicht der Arbeiterklasse geworden.“³¹

Die Internationale hatte sich nun im Vergleich zu ihrer Gründungsperiode deutlich verändert: So hatte die radikaldemokratische Fraktion die Organisation verlassen, nachdem sie in wachsendem Masse marginalisiert worden war. Dann waren die Mutualisten zurückgedrängt und viele ihre Aktivisten zu Marxisten geworden. Somit machten die Reformisten nicht länger den Großteil der Mitglieder der Assoziation aus (mit der Ausnahme Großbritanniens), und der Antikapitalismus war zur politischen Linie der ganzen Assoziation geworden. Dies galt auch für erst jüngst entstandene Richtungen wie die anarchistisch-kollektivistische Strömung. Obwohl es während der Jahre, in denen die Internationale existierte, ein gewisses Maß an ökonomischem Aufschwung gegeben hatte, der die Lebensbedingungen in manchen Fällen etwas erleichterte, verstanden die Arbeiter, dass wirkliche Veränderung nicht durch solche Verbesserungen sondern nur durch das Ende der Ausbeutung des Menschen erreicht werden konnte. Sie begründeten ihre Kämpfe mehr und mehr durch Forderungen, die ihren eigenen materiellen Bedürfnissen entsprachen und weniger im Namen der politischen Gruppen, denen sie angehörten.

³⁰ Siehe Karl Marx an Ludwig Kugelmann vom 29. Juli 1872, in: MEW Band 33, S. 505. Dort schrieb er: „Auf dem internationalen Kongreß ... handelt es sich um Leben oder Tod der Internationalen; und bevor ich austrete, will ich sie wenigstens vor den auflösenden Elementen schützen.“

³¹ Musto, a.a.O., Dokument 65.

Auch die Gesamtlage hatte sich radikal verändert. So hatte die Deutsche Einigung 1871 den Beginn eines neuen Zeitalters eingeläutet, in dem der Nationalstaat zum allgemeinen Bezugspunkt in Fragen der politischen, rechtlichen und territorialen Identität wurde. Diese Entwicklung warf Fragen für jedes supranationale Gremium auf, das sich nicht nur durch Mitgliedsbeiträge, die in jedem Land separat erhoben wurden, finanzierte, sondern das von seinen Mitgliedern auch verlangte, auf einen beträchtlichen Teil ihrer politischen Führungsfunktionen zu seinen Gunsten zu verzichten. Zur gleichen Zeit machten die wachsenden Differenzen zwischen nationalen Bewegungen und Organisationen es dem Generalrat äußerst schwer, eine politische Generallinie zu formulieren, die die Forderungen aller Beteiligten befriedigen konnte.

Sicherlich ist der Hinweis richtig, dass die Internationale von Beginn an eine Ansammlung verschiedenster Gewerkschaften und politischer Assoziationen war, die nicht leicht miteinander in Einklang zu bringen waren, und dass dies ein ungewöhnliches Ausmaß an Befindlichkeiten und unterschiedlichen Tendenzen mit sich brachte. Im Jahr 1872 jedoch waren die verschiedenen Organisationen der Assoziation und, allgemeiner gesprochen, der Klassenbewegungen der Arbeiter, nicht nur mit einem klareren politischen Programm ausgestattet, sie waren auch besser organisiert. Die Legalisierung der britischen Gewerkschaften hatte sie zu einem offiziellen Teil des nationalen politischen Lebens werden lassen. Die Belgische Föderation innerhalb der Internationale war eine weit verzweigte Organisation mit einer politischen Führung, die in der Lage war, bedeutende eigenständige theoretische Beiträge zu formulieren. Deutschland hatte zwei Arbeiterparteien, die Sozialdemokratische Deutsche Arbeiterpartei und den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, die beide auch über eine parlamentarische Vertretung verfügten. Die französischen Arbeiter von Lyon bis Paris hatten bereits versucht „den Himmel zu stürmen“, und die spanische Föderation stand kurz davor, den Durchbruch zu einer Massenorganisation zu schaffen. Ähnliche Veränderungen hatten sich auch in anderen Ländern ergeben.

Die ursprüngliche Ausgestaltung der Internationale war somit überholt, genauso wie ihre ursprüngliche Mission zu einem Ende gekommen war. Die Aufgabe bestand nicht länger darin, europaweit Streiks vorzubereiten oder zu unterstützen. Genauso so wenig konnte es einfach weiter darum gehen, Kongresse einzuberufen, die über die Zweckmäßigkeit von Gewerkschaften oder die Notwendigkeit der Sozialisierung von Land und Produktionsmitteln debattieren sollten. Solche Themen gehörten nun zum kollektiven Erbe der ganzen Organisation. Nach der Pariser Kommune war die wirkliche Herausforderung für die Arbeiterbewegung eine revolutionäre: Was war organisatorisch zu tun, um die kapitalistische Produktionsweise zu einem Ende zu bringen und die Institutionen des bürgerlichen Staates zu stürzen? Die Frage war nicht länger, wie die bestehende Gesellschaft zu reformieren sei, sondern wie eine neue Gesellschaft geschaffen werden könnte.³²

³² Freymond, Introduction, in: PI, I, S. X.

Obwohl die Arbeiterparteien unter den verschiedensten Formen in den unterschiedlichen Ländern entstanden waren, durften sie sich auf keinen Fall den nationalen Interessen unterwerfen.³³ Der Kampf für Sozialismus konnte nicht darauf beschränkt werden. Gerade unter den neuen historischen Rahmenbedingungen musste der Internationalismus weiter der Orientierungspunkt für das Proletariat bleiben wie auch das Mittel zu Immunisierung gegen die tödliche Umarmung des Staates und des kapitalistischen Systems.

Was sich in der morgendlichen Sitzung des 6. Septembers 1872, der dramatischsten Phase des Kongresses, ereignete, war der letzte Akt der Internationale, wie sie über die Jahre erdacht und aufgebaut worden war. So stand Engels zum Erstaunen der Anwesenden auf und ergriff das Wort. Er schlug vor, dass der Sitz des Generalrates für die Jahre 1872-1873 nach New York verlegt werden sollte und dass er aus Mitgliedern des dortigen Föderationsrates zusammengesetzt sein sollte.³⁴ Damit wären Marx und andere „Gründungsväter“ nicht mehr Teil des zentralen Gremiums der Assoziation. Stattdessen würde sich dieses jetzt aus Leuten zusammensetzen, deren Namen unbekannt waren.

Selbst viele Anhänger der „Mehrheit“ stimmten gegen den Umzug nach New York, der gleichbedeutend mit dem Ende der Internationale als arbeitsfähige Struktur gewesen wäre. Dass der Beschluss letztendlich mit einer knappen Mehrheit von drei Stimmen angenommen wurde (26 dafür und 23 dagegen), lag daran, dass sich neun Delegierte enthielten und war in der Tatsache begründet, dass einige Mitglieder der „Minderheit“ es gerne sahen, dass dieses Gremium an einen Ort weit weg von ihren Aktivitätszentren verlegt wurde. Ein Faktor für die Verlegung war sicherlich, dass Marx die Internationale lieber aufgeben wollte, als sie als sektiererische Organisation in den Händen seiner Gegner enden zu sehen. Der Niedergang der Internationale, der mit der Verlagerung des Generalrates nach New York sicherlich folgen würde, war auf jeden Fall einer langen und verheerenden Abfolge von „Bruderkriegen“ vorzuziehen.

Trotzdem ist das von vielen geteilte Argument³⁵ nicht überzeugend, dass der Konflikt zwischen den beiden Hauptströmungen oder womöglich zwischen deren Repräsentanten Marx und Bakunin der Hauptgrund für den Verfall der Internationale war – unbeschadet des großen Formats der beiden Männer. Vielmehr waren es die Veränderungen, die in der Welt rundherum stattfanden, die die Internationale als überlebt erscheinen ließen: Das Wachstum und die Transformation der Organisationen der Arbeiterbewegung, die Stärkung des Nationalstaats als Ergebnis der italienischen und der deutschen Einigung, die Expansion der Internationale in Ländern wie Spanien und Italien (wo die wirt-

³³ Vgl. Haupt, a.a.O., S. 100.

³⁴ Friedrich Engels, 5. September 1872, in: PI, II, S. 355.

³⁵ Miklós Molnár, Quelques remarques à propos de la crise de l'Internationale en 1872, in: Colloque International, La Première Internationale, a.a.O., S. 439.

schaftlichen und sozialen Verhältnisse völlig andere waren als in Großbritannien und Frankreich), die Tendenz der britischen Gewerkschaften in Richtung einer noch weiteren Mäßigung und nicht zuletzt die Repression, die der Pariser Kommune folgte. Alle diese Faktoren zusammen ließen den ursprünglichen Aufbau der Internationale in der neuen Zeit als nicht mehr angemessen erscheinen.

In diesem stark von zentrifugalen Trends geprägten Szenario spielten Entwicklungen im Leben der Internationale und ihrer wichtigsten Protagonisten natürlich auch eine Rolle. Zum Beispiel war die Londoner Konferenz bei weitem nicht das rettende Ereignis, das Marx sich erhofft hatte. Im Gegenteil, das unachgiebige Durchziehen der Tagung verschlimmerte die interne Krise, denn die vorherrschenden Stimmungen wurden nicht in Rechnung gestellt und es fehlte der Weitblick, der nötig gewesen wäre, um die Stärkung der Position Bakunins und seiner Richtung verhindern zu können.³⁶ Die Londoner Konferenz erwies sich als Phyrussieg für Marx. Der Versuch, die internen Konflikte zu lösen, führte nur dazu, dass sie noch weiter akzentuiert wurden. Tatsächlich jedoch hatten die Londoner Entscheidungen nur einen Prozess beschleunigt, der längst im Gange war und der unmöglich aufgehalten werden konnte.

Schlussfolgerung

Diese bedeutende, 1864 entstandene Organisation, die über acht Jahre hinweg nicht nur erfolgreich Streiks und Kämpfe unterstützt hatte, sondern die auch ein antikapitalistisches Programm entwickelt hatte, implodierte letztlich auf dem Haager Kongress. Aber unbeschadet dessen beschloss die Arbeiterbewegung in späteren Jahrzehnten ein sozialistisches Programm, weitete sich auf ganz Europa und den Rest der Welt aus und bildete neue Strukturen supranationaler Koordination. Jenseits der Kontinuität der Namen (die zweite Internationale bestand von 1889 bis 1916, die Dritte Internationale von 1919 bis 1943) bezog sich jede dieser Gliederungen auf die Werte und Lehren der Ersten Internationalen. Somit zeigte sich ihre revolutionäre Botschaft als äußerst fruchtbar und bewirkte mit der Zeit Erfolge, die bedeutender waren, als die, die während ihrer Existenz erreicht wurden.

Die Internationale half den Arbeitern zu verstehen, dass die Befreiung der Arbeit nicht in einem Lande erreicht werden konnte, sondern eine globale Aufgabe sein musste. Sie verbreitete unter ihnen auch ein Bewusstsein darüber, dass sie dieses Ziel selber erreichen mussten, durch ihre eigene Fähigkeit sich zu organisieren, statt die Durchsetzung der eigenen Interessen an irgendwelche anderen Mächte zu delegieren. Und dass – hier war der Marxsche Beitrag entscheidend – es essentiell ist, die kapitalistische Produktionsweise und die Lohnarbeit zu überwinden, denn Verbesserungen im Rahmen des bestehenden Systems, so notwendig der Kampf um sie auch sein mag, würden nicht die Abhängigkeit von der Herrschaft der Unternehmer verschwinden lassen.

³⁶ Molnár, *Le Déclin de la Première Internationale*, a.a.O., S. 144.

Ein Graben trennt die Hoffnungen dieser Zeit von dem Zweifel, der so charakteristisch für uns selber ist, er trennt den „antisytemischen Mut“ und die Solidarität des Zeitalters der Internationale von der ideologischen Unterordnung und dem Individualismus einer heutigen Welt, die von neoliberaler Konkurrenzdenken und Privatisierung geformt wurde. Die Begeisterung für Politik unter den Arbeitern, die sich 1864 in London versammelten, steht in scharfem Kontrast zu Apathie und Resignation, die heute vorherrschend sind.

Zu einem Zeitpunkt, wo die Welt der Arbeit zu Ausbeutungsbedingungen zurückkehrt, die denen des 19. Jahrhunderts gleichen, hat das Projekt der Internationale einmal mehr an Aktualität gewonnen. Die heutige Barbarei der „Welt Ordnung“, die ökologischen Katastrophen, die von der gegenwärtigen Produktionsweise verursacht werden, die wachsende Kluft zwischen den wenigen reichen Ausbeutern und der übergroßen verarmten Mehrheit, die Unterdrückung der Frauen, der stürmische Wind von Krieg, Rassismus und Chauvinismus, fordern gebieterisch von der zeitgenössischen Arbeiterbewegung, sich auf Basis zweier Grundprinzipien der Internationale neu zu organisieren: Vielfältigkeit der Strukturen, Radikalität der Ziele. Die Ziele der vor 150 Jahren in London gegründeten Organisation sind heute lebendiger denn je. Um den Herausforderungen der Gegenwart gerecht zu werden, kann die neue Internationale dieser doppelten Anforderung nicht entgehen: Sie muss pluralistisch und sie muss antikapitalistisch sein.

Übersetzung aus dem Englischen: *Sebastian Chwala*

express	ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT	O Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 € (99g. Vkl.)
	Niddastr. 64, 60329 FRANKFURT Tel. (069) 67 99 84 express-afp@online.de www.express-afp.info	

Dieter Hooge

Solidarität mit den Opfern des Grubenunglücks in Soma – Für eine Türkei ohne Erdogan¹

*Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

wir versammeln uns heute hier, um gegen den Massenmord an den türkischen Grubenarbeitern in Soma zu protestieren und noch einmal unsere Solidarität und unser tiefes Mitgefühl mit den Angehörigen und ihren Familien zum Ausdruck zu bringen.

Der DGB-Bundeskongress hat vor 14 Tagen ebenfalls eine Solidaritätserklärung für die Opfer, Hinterbliebenen und Überlebenden des Grubenunglücks verabschiedet. Die IG Bergbau, Chemie und Energie hat ein Spendenkonto eingerichtet. Dafür danken wir.

Aber in der DGB-Solidaritätserklärung fehlt etwas, das ich hier heute nachtragen werde: Die Schuldigen der Katastrophe von Soma haben einen Namen: „Erdogan, die neoliberale AKP und die skrupellosen türkischen Kohle-Oligarchen.“

Was ist dieser Erdogan für ein fürchterlicher Mensch? Schlimmer wie er kann man in Soma nicht mit den Gefühlen der Hinterbliebenen und den Opfern umgehen. Seine Äußerungen und sein Verhalten bei seinem Besuch dort vor zwei Wochen waren zynisch und menschenverachtend.

Auf einer Pressekonferenz wurde er gefragt, warum so etwas passieren konnte, warum ein Unternehmen, das für solche Unfälle überhaupt nicht vorbereitet war, die Mine weiter betreiben konnte. Seine Reaktion wörtlich: „So etwas passiert eben“ Als Beispiele führt er dann Grubenunglücke in England 1862, 1866 und 1894 an. Als weitere Rechtfertigung zählt er dann auch noch Grubenunglücke in Japan, Russland und China in den letzten Jahren auf.

Aus seiner Sicht ist das Unglück von Soma daher nichts Besonderes.

Als ob dies alles noch nicht reicht, tritt einer seiner Berater auf ein Polizeiopfer ein und Erdogan selbst schlägt einen Passanten vor einem Supermarkt.

Dies alles hat Methode. Erdogan und die AKP haben die früher staatlichen Zechen, so auch die in Soma, Privatkapitalisten zugeschanzt. Privatisierung, Deregulierung der Arbeitswelt, Duldung inhumaner Arbeitsbedingungen und die Behinderung der Gewerkschaften stehen für Erdogan und die AKP ganz oben auf der Agenda.

Im türkischen Kohlebergbau – und nicht nur dort – spielt Arbeitsschutz nur

¹ Ansprache bei der Protestkundgebung auf dem Opernplatz in Frankfurt am Main (23. Mai 2014) gegen den Erdogan-Besuch am 24. Mai 2014 in Deutschland und für Solidarität mit den Opfern des Grubenunglücks in Soma und ihren Angehörigen.

noch eine untergeordnete Rolle. Die Folge sind täglich tödliche Arbeitsunfälle. Das ist Neoliberalismus pur!

Der Bergwerks-Betreiber von Soma, Gürkan, rühmte sich 2012 in einem Interview, die Produktionskosten einer Tonne Kohle von etwa 140 Dollar auf 23,80 Dollar gesenkt zu haben – und dabei wurde der Umsatz verdoppelt. Der durchschnittliche Monatslohn eines Kumpels in Soma liegt bei etwa 1.200,00 türkischer Lira, das sind etwa 420,00 Euro. Der *Spiegel* schreibt in seiner neuesten Ausgabe, ich zitiere: „Dieser geringe Lohn für eine sehr harte und eine sehr gefährliche Arbeit. Die Toten von Soma waren billiger als sie noch lebten.“

Als dann die türkischen Gewerkschaften in Soma zu Demonstrationen und Protestaktionen gegen diesen Massenmord aufriefen, wurden auch dort die Menschen auf brutale Weise von der Polizei niedergeknüppelt. Das gleiche in vielen anderen türkischen Städten, wo ebenfalls die Gewerkschaften zu Protesten aufgerufen hatten.

Seit Monaten immer wieder die gleichen Bilder: Die Polizei geht mit außerordentlich großer Härte bei Demonstrationen der demokratischen Opposition vor. Unvergessen sind die Polizei-Massaker im Gezi-Park in Istanbul.

Auch hier wieder der typische Zynismus von Erdogan: Er nennt seine Polizei „Helden in Uniform“.

Für mich steht fest: Die Türkei wurde mittlerweile zu einem brutalen Polizeistaat.

Ich kann da aus eigener Erfahrung etwas beitragen. 1976, zu Zeiten der Militärdiktatur in der Türkei, habe ich das Land auf Einladung der Gewerkschaften bereist. Mehrfach war ich Zeuge von brutalen Übergriffen des Militärs und der Polizei gegen Menschen in der Türkei.

Ich behaupte: Das Erdogan-Regime steht heute der Militärdiktatur in den 1970er Jahren in nichts mehr nach.

*Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

Erdogans Auftritt morgen in Köln ist für uns eine maßlose Provokation. Bereiten wir ihm einen außerordentlich unfreundlichen Empfang: Erdogan ist bei uns nicht willkommen.

Aber noch etwas ist über den Tag hinaus wichtig: Der politische Kampf in der Türkei muss weitergehen. Die Opposition muss alles daran setzen, damit dieser Mann im August nicht auch noch Staatsoberhaupt wird. Er darf die Wahlen nicht gewinnen. Das muss mit demokratischen Mitteln verhindert werden.

Ich wünsche dem türkischen Volk:

- die Überwindung des menschenverachtenden Neoliberalismus in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft.
- Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

- Die Durchsetzung umfassender Gewerkschaftsrechte.
- Umfassenden Arbeitsschutz und humane Arbeitsbedingungen.
- Gerechte Löhne für Frauen und Männer.
- Die Rückkehr zu einer demokratischen Gesellschaft.

Und ich wünsche ganz besonders das Ende des Polizeiterrors in der Türkei. Für eine Türkei ohne Erdogan.

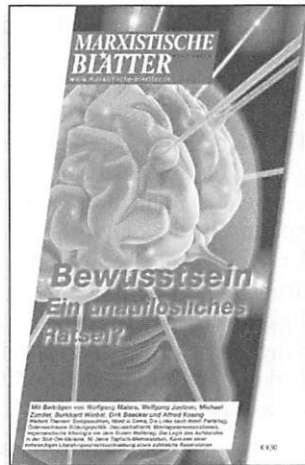
Danke für Eure Aufmerksamkeit!

Bewusstsein Ein unauflösliches Rätsel?

www.marxistische-blaetter.de

- ★ **Bewusstsein – ein unauflösbares Rätsel?**
Wolfgang Maiers
- ★ **Auf dem Wege zum Psychologischen Materialismus**
Wolfgang Jantzen
- ★ **Vom „Ego-Tunnel“ zur Bewusstseinsrevolution**
Michael Zander
- ★ **Neuromythologie – Die Deutungsmacht der Hirnforschung**
Burkhard Wiebel
- ★ **Gepflegtes Nichtwissen**
Dirk Baecker
- ★ **Zum Problem der Willensfreiheit**
Alfred Kosing

Weitere Themen u. a.:
Europawahl (Ph. Becher), Mord in Soma (M. Cakir), Die Linke nach ihrem Parteitag (E. Lieberam), Österreichische Bildungspolitik (R. Sellner), Montagsdemos „nicht rechts, nicht links“ (H.C. Stoodt), Imperialistische Ideologie vor dem ersten Weltkrieg (E. Hahn), Ostukraine – Die Logik des Aufstandes (B. Kagarlitzki), Togliatti und wir (F. S. Parteder), Konturen einer notwendigen Literaturgeschichte (R. Bernhardt) und viele Rezensionen



Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

**Neue
Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201-23 67 57

Axel Gehring

Die Türkei zwischen dem Grubenunglück von Soma und den Parlamentswahlen

Die Kohlemine von Soma war vor nicht allzu langer Zeit privatisiert worden; die Förderkosten wurden durch Verzicht auf Investitionen sowie die Beschäftigung von günstig operierenden Subunternehmen gesenkt. Große Teile der Gewinne investierten die Besitzer der Mine in den Bau von Luxuswohnungen in Istanbul – die Minengesellschaft operierte als Mischholding und transferierte den extrahierten Mehrwert in jenen Sektor der türkischen Ökonomie, der mit die besten Verwertungschancen bot – in den nicht zuletzt durch staatliche Interventionen stark geförderten Immobiliensektor. Dieser Transfer von industriell generierten Profiten in den Immobilien- oder den Finanzsektor ist geradezu typisch für das in der gegenwärtigen Türkei vorherrschende Akkumulationsmodell. So beruhten die hohen Wachstumsraten der 2000er Jahre nicht auf einem starken Anstieg der industriellen Investitionen oder gar einer Redistribution zwischen den Klassen, sondern auf einer Finanzialisierung der Ökonomie. Eine technisch veraltete, unproduktive und unsichere Industrie ist noch immer für die Türkei charakteristisch – zwischen dem Regierungsantritt der AKP Ende 2002 und dem Grubenunglück vom Mai 2014 waren über 1.000 Kohlearbeiter bei Arbeitsunfällen umgekommen, und in anderen Sektoren sieht es ähnlich dramatisch aus. Zugleich erlebt die Türkei steigenden Privatkonsum als einen ihrer Wachstumsmotoren. Auch die Stammebelegschaft der Kohlegrube konnte daran teilhaben, denn die Betreibergesellschaft der Grube verkaufte ihnen Eigentumswohnungen – auf Kredit. Und die Notwendigkeit, den Kredit zu bedienen, stellte nicht zuletzt die Disziplin der Arbeiter sicher. Auch dies ist typisch für das Leben von Millionen Menschen in der Türkei – bis hinein in die Mittelschichten.

Doch wie kam es, dass trotz offenkundiger und weithin bekannter Missstände im Arbeitsschutz die Minen von den Gruben-Inspektionen als sicher, sogar als mustergültig eingestuft wurden? Um von Privatisierungen zu profitieren, sind enge Beziehungen zur regierenden islamistischen AKP unabdingbar. Soma wirft ein Schlaglicht auf die politische Ökonomie der Wohltätigkeit: Die Eigentümer der Mine spendeten regelmäßig Kohle, die die AKP dann in ärmlichen Wohnquartieren verteilen ließ. Dabei nahm sie offensiv Rekurs auf die Pflicht der Muslime zur Wohltätigkeit. Fotos der Kohlesäcke aus Soma mit dem Logo der Partei kursierten nach der Katastrophe in den sozialen Netzwerken. Dieser Zusammenhang zwischen Privatisierung, verschärfter kapitalistischer Ausbeutung und islamistischer Wohltätigkeit (die Spenden waren letztlich Bruchteile des den Arbeitern abgepressten Extraprofits) konnte seit der neoliberalen Wende 1980 häufig beobachtet werden. So verdichteten sich im Grubenunglück von Soma Muster, die für die Gegenwart des Kapitalismus und die konkrete Gestalt der Klassenbeziehungen in der Türkei charakteris-

tisch sind. Nicht zuletzt deshalb wuchsen die Proteste gegen die Verantwortlichen so rasch an und erfassten eine ganze Reihe von Städten – wurden aber nach dem bekannten Muster mit äußerster Härte niedergeschlagen. Sogar der Ministerpräsident legte selbst Hand an.

Später suchte das AKP-Establishment die Ursache für die Tragödie in der Profitgier ihrer Eigentümer. Damit sollte von der politischen Verantwortung für die Tragödie abgelenkt werden, die sich aus der Privatisierung der Mine und der Nicht-Umsetzung wirksamer Kontrollen staatlicher Behörden ergibt. In diesem Kontext wurde auch der Vorstandsvorsitzende der Soma-Holding festgenommen und es wurden Verfahren wegen fährlässiger Tötung eingeleitet, während juristische Konsequenzen für die politisch und aufsichtsrechtlich Verantwortlichen ausblieben.

Obgleich alle Präsidentschaftskandidaten sich an der Seite der Opfer von Soma wännen, spielt der gegenwärtige türkische Neoliberalismus kaum eine Rolle im Wahlkampf. Gegen Recep Tayyip Erdoğan, Ministerpräsident und Kandidat der AKP, haben die kemalistische CHP und die ultrantionalistische MHP Ekmeleddin İhsanoğlu, von 2005 bis 2013 Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz und damit ein Politiker, der selbst in das neosmanische Projekt der AKP-Regierung eingebunden war, aufgestellt. Sie folgten dabei dem Gusto, wenn die AKP bislang mit islamisch-konservativen Kandidaten gepunktet habe, so brauche die Opposition auch einen solchen, so sie denn gewählt werden möchte. Den Nexus von kapitalistischer Exploitation und staatlich forciertem kulturellem Konservatismus, der gerade in der Tragödie von Soma so offen zu Tage trat, stellt dieser Kandidat nicht in Frage, vielmehr hat er ihn selbst jahrelang verkörpert. So droht der CHP der Verlust alevitischer und säkularer Wähler, die wenigstens noch eine laizistische Politik erwartet hatten. Die aus der kurdischen Bewegung hervorgegangene HDP hat dagegen mit Selahattin Demirtaş einen säkularen Kandidaten aufgestellt. Mit den Forderungen nach einer Dezentralisierung des türkischen Staates und einer liberalen Geschlechterpolitik sind klassische Kernthemen der kurdischen Bewegung auch im Wahlkampf präsent. Durch wiederholte Vergleiche zwischen der Repression der kurdischen Bewegung und der Repression der Gewerkschaftsbewegung hat die HDP versucht, symbolisch eine Brücke zwischen den verschiedenen Momenten staatlicher Gewalt in der Türkei zu schlagen. Letztlich lässt sich die Kernprogrammatik der HDP in diesem Wahlkampf jedoch als eine beschreiben, die mehr auf den staatlich-konstitutionellen Bedingungsrahmen sozialer Kämpfe fokussiert, als auf die Frage der Ausbeutung an sich. Letzteres hat insofern seine Berechtigung, als dieser Rahmen in der Türkei längst zerstört worden ist. Die Kämpfe um die Frage der Ausbeutung zu führen wird letztlich die Aufgabe der Lohnarbeitenden bleiben – denn die Zukunft des türkischen Neoliberalismus oder gar des Kapitalismus wurde nicht zur Wahl gestellt.

„Konfiskatorische Steuern“?

Anmerkungen zu den chronisch niedrigen Körperschaftssteuern und zur Besteuerung der großbetrieblichen Einheiten

Der Befund ist klar: Die Steuereinnahmen 2013 der Bundesrepublik Deutschland sind mit 620 Milliarden € so hoch wie nie; den Steuerschätzungen zufolge werden die Rekorderlöse 2013 noch vom Aufkommen 2014 mit über 640 Milliarden Euro getoppt¹. In seltsamen Kontrast dazu steht die Entwicklung des Körperschaftsteuer-Aufkommen. Es beträgt relativ konstant lediglich 3 Prozent der Gesamtsteuereinnahmen.

Die Körperschaftsteuer ist von den juristischen Personen des privaten Rechts zu entrichten. Zu diesen gehören in Deutschland ca. 18.000 Aktiengesellschaften und knapp eine Million GmbHs. Neben dieser Ertragsteuer fällt die Gewerbeertragsteuer an. Sie ist eine bundesrechtlich geregelte Gemeindesteuer. Die Körperschaftsteuer beträgt linear 15 Prozent (+ 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag, richtig: Ergänzungsabgabe = 15,825 Prozent) plus ca. 15 Prozent Gewerbeertragsteuer, die die Gemeinden über ihre „Hebesätze“ bestimmt. Jeder Gewinn-Euro wird also mit ca. 30 Prozent besteuert. Von „konfiskatorischer Besteuerung“ kann nicht die Rede sein.

„Legale“ Steuergestaltungen zielen darauf ab – durch Gewinnverlagerungen – in Steuerländern Gewinne anfallen zu lassen, in denen die so verlagerten Gewinne vielleicht nur noch mit 10 Prozent und/oder häufig auch mit 0,0 Prozent Besteuerung anfallen zu lassen. Hierzu sind i.d.R. allerdings nur multinational operierende (Groß-)Unternehmen fähig.

Hinweise zum bundesdeutschen Steueraufkommen

Der durch die bundesdeutschen Gewerkschaften und die politische Linke erkämpfte Sozialstaat hat zwingend den Steuerstaat zur Voraussetzung. Als Erweiterung des Sozialstaatsgebotes (Artikel 20 GG) soll eine Besteuerung entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgen. Dieses Leistungsprinzip soll unterschiedslos alle Steuersubjekte umfassen. Durch das Steuergeheimnis (§ 30 Abgabenordnung) wird heute jedoch jegliche Transparenz der Besteuerung (Belastung mit Ertragsteuern) von großbetrieblichen Einheiten und Banken abgeschirmt. Die durch die Berichterstattung publik gewordenen Tatsachen machen deutlich, dass diese Einheiten durch eine „aggressive“ Steuergestaltung keine (oder so gut wie keine) Ertragsteuern zur Finanzierung der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) beisteuern. Große Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (KPMG, Price Waterhouse Coopers,

¹ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) vom 25.5.2014.

Ernst & Young, Deloitte etc.), die „steueroptimierte“ Strategien passgenau zugeschnitten auf die Bedingungen der großbetrieblichen Einheiten erarbeiten, tragen dazu bei, dass das Körperschaftsteuer-Aufkommen anhaltend niedrig ist (vgl. Tab. 1) und im Kern nur von mittelgroßen und kleineren GmbHS und AGs aufgebracht wird. Natürlich werden die horrenden Beratungskosten zusätzlich zu Lasten der Konzern-Gewinne gebucht, was auch die Belastung mit Körperschaftsteuer (und in der Folge auch die Gewerbeertragsteuer) senken hilft.

Tab. 1: Steueraufkommen der BRD (in Mrd. Euro)

	2010	2011	2012	2013
Gesamtes Steueraufkommen	530,6	573,3	600,0	620,5
Lohnsteuer	127,9	139,7	149,6	158,2
Körperschaftssteuer absolut	12,0	15,6	16,9	19,5
Körperschaftssteuer in Prozent des Gesamteueraufkommens	2,26	2,73	2,82	3,14
Umsatzsteuer	180,0	190,0	194,6	196,8

Das skandalös niedrige Körperschaftsteueraufkommen auch in Deutschland ist Ausdruck dieser Steueraufkommenskrise, lässt die Steuermoral insgesamt erheblich unter Druck kommen und führt im Ende zu einer „ungerechten“ Besteuerung, weil das grundgesetzlich bestimmte „Leistungsfähigkeitsgebot“ ausgehebelt wird.

Wo keine Gewinne körperschaftsbesteuert werden können, entfällt auch die für die Städte und Gemeinden wichtige Gewerbe(ertrag)steuer. Mit dieser Steuer sollen die Gemeinden die hohen „Arbeitnehmerfolgekosten“ stemmen und die städtische Infrastruktur (z.B. öffentlicher Personennahverkehr, Kinderbetreuung, kulturelle und soziale Infrastruktur als sog. weiche Standortfaktoren) finanzieren.

Dimensionen der „aggressiven Steuergestaltung“

Erstaunlicherweise griff die Presse 2013 die „Steueroasen“-Problematik häufiger auf. Dies dürfte damit zu tun haben, dass sowohl OECD als auch EU (zumindest partiell) ihren politischen Willen zur „Austrocknung“ von „Steueroasen“ bekundeten und in der Bundesrepublik Bundestagswahlen anstanden. In der FAZ- Sonntagszeitung war unter dem Titel „Ab in die Steueroase“ z.B. zu lesen: „Wie viel Geld wird dem Staat vorenthalten? Schwer zu sagen: Was ist an Steuergestaltung noch akzeptiert, was aggressiv? Wer mag darüber richten? Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) traute sich: 90 Milliarden Euro büße der Staat pro Jahr ein. Die Brüsseler EU-Kommissare schätzen noch großzügiger: Sie beziffern den Schaden für die EU-Staaten auf

rund eine Billion Euro, wobei 160 Milliarden Euro auf Deutschland entfallen.² Das zeigt, dass die wirklich großen „Steuerhinterzieher“ nicht die „Privaten“ Hoeneß oder Alice Schwarzers sind, sondern Amazon, Apple, Google, IKEA, SAP, Deutsche Bank, VW etc.. Hierbei werden die Großbetriebe durch eine „laxe“ Praxis der Finanzämter begünstigt. Hoeneß „fährt ein“ (zu Recht!), die Konzernvertreter im Aufsichtsrat der „Bayern München AG“ von Telekom, VW-Audi und Adidas bleiben dagegen unbehelligt.

Die Journalistin Lina Verschwele verweist auf sechs Punkte der „legalen“ Praxis dieser Unternehmen: „Gewinne verschieben“; „Zinsvorteile abkassieren“; „Lizenzen vergolden“; „Überteuerte Dienste anbieten“; „Standorte optimieren“; „Profite im Internet verschleiern“. Die Praktiken zielen darauf ab, Gewinne im „Hochsteuerland“ BRD über gewinnmindernde Betriebsausgaben abzuschöpfen und in Niedrigsteuerländern („Steuroasen“) anfallen zu lassen. Das wird dann „Steuroptimierung“ oder „aggressive“ Steuergestaltung genannt.³

In der „Neuen Zürcher Zeitung“⁴ teilte Clemens Fuest (Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim) mit, dass mehrere „Grossunternehmen, darunter bekannte Namen wie General Electric, Starbucks und Google (...) hohe Gewinne einfahren, aber kaum Gewinnsteuern zahlen. General Electric wird vorgeworfen, im Jahr 2010 in den USA keine Gewinne versteuert zu haben, obwohl das Unternehmen weltweit gut 14 Mrd. US-Dollar verdient hat, davon mehr als 5 Mrd. US-Dollar im US-Markt. Der Kaffeeröster Starbucks hat in Großbritannien seit 1998 zwar 735 Läden eröffnet und mehr als 3 Mrd. US-Dollar umgesetzt, aber nur 8,6 Mio. englische Pfund Gewinnsteuern gezahlt. Google ist ebenfalls in Großbritannien dafür angegriffen worden, zwischen 2006 und 2011 Umsätze in Höhe von 18 Mrd. US-Dollar erzielt, aber nur 16 Mio. US-Dollar Steuern gezahlt zu haben.“

„Gewinne verschieben“

Die Verschiebung von Gewinnen ist zwischen „Mutter- und Tochterunternehmen“ möglich, die über die Grenzen mit Waren und Dienstleistungen handeln. Diese „klassische Methode“ zur Gewinnverlagerung arbeitet mit sog. „Verrechnungspreisen“: „Möbel werden vielleicht in Litauen kostengünstig produziert, für kleines Geld an eine konzernerneigene Zwischenhandelsgesellschaft in der Schweiz weiterverkauft. Von dieser Konzerngesellschaft kauft man teuer die Möbel ein und verkauft sie dann in Deutschland. Klar ist, der Gewinn fällt dann nicht in Deutschland an, sondern im wesentlichen in der Schweiz bei der konzernerneigenen Tochtergesellschaft. Damit kann der Gesamtgewinn des Konzerns weitgehend unbesteuert bleiben.“⁵

² FAS vom 18. August 2013.

³ „Freitag“ vom 6. März 2014.

⁴ NZZ vom 19. Dezember 2013.

⁵ plusminus“ (WDR/ARD) vom 5. 12. 2012 (Zitat Prof. Jarras).

Die „Verrechnungspreise“ werden durch die deutschen Steuerbehörden geprüft. Angesichts des niedrigen Körperschaftsteueraufkommens dürften diese jedoch regelmäßig Verlierer sein und damit auch der deutsche Steuerstaat. Die „Verrechnungspreise“ müssen dem *Fremdvergleichsprinzip* entsprechen. Es besteht eine breite Palette, diese Preise betriebswirtschaftlich zu bestimmen. Im „Außensteuergesetz“ ist ein 3-stufiges Verfahren festgeschrieben: Preisvergleichsmethode, Wiederverkaufspreismethode, Kostenaufschlagsmethode. Wenn keine uneingeschränkt vergleichbaren Fremdvergleichswerte vorliegen, ist eine z.B. gewinnorientierte Methode anzuwenden. Daneben gibt es auch den sog. *hypothetischen Fremdvergleich*. Durch das Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 wurde das Außensteuergesetz um Regelungen zur Besteuerung von Funktionsverlagerungen nach dem sog. Transferpaketansatz ergänzt. Dies wird von Großbetrieben in „Verrechnungspreisdokumentationen“ dargestellt. Diese umfassen nicht selten mehrere 100 Seiten.

Aufschlussreich ist ein vom „Bundesministerium der Finanzen“ erstelltes Glossar „Verrechnungspreise“ vom 19. Mai 2014⁶. Das Glossar ist eine „verwaltungsinterne Arbeitshilfe ohne Rechtsbindung“. Es erklärt „Fremdvergleichspreis/Fremdpreis“ wie folgt: „Der Preis, den Fremde als Entgelt für vergleichbare Lieferungen oder Leistungen angesetzt hätten, oder der Ertrag oder die Aufwendungen, die bei einem Verhalten wie unter Fremden beim Steuerpflichtigen angefallen wären. Zur Ermittlung von Fremdpreisen sind die Daten heranzuziehen, auf deren Grundlage sich die Preise zwischen Fremden im Markt bilden. Maßgebend sind die Preise des Marktes, auf dem Fremde die Geschäftsbedingungen aushandeln würden ...“ Die Worte „hätten“, „wären“ und „würden“ deuten schon an, dass es hier nicht ‚hart‘, sondern sehr vage zugeht.

„Lizenzen vergolden“

In den Niederlanden (auch dort werden natürliche Personen ganz ordentlich besteuert) gelten besonders niedrige Steuersätze für Einnahmen, die aus Patenten und Lizenzen entstehen. „Das Nutzen auch Internetkonzerne wie etwa Google. Der Konzern verkauft für wenige Cent je Mausklick Werbung. Die Einnahmen summieren sich allein im deutschen Teil des Internets auf Milliardenbeträge. Der deutsche Staat geht aber weitgehend leer aus, denn die Werbetreibenden erhalten von Google Rechnungen aus Irland. Dort gelten generell niedrige Steuersätze, doch für Google scheinbar noch nicht niedrig genug. Ein Großteil der Erlöse lässt Google als Lizenzgebühr für Patente an eine niederländische Tochter fließen. Die dank niederländischem Steuerrecht fast un versteuerten Gewinne werden schließlich bei einer weiteren Google-Tochter im Steuerparadies Bermudas gesammelt.“⁷

Der Möbel-Riese „IKEA“ verfährt ähnlich: Er lässt 5 Prozent des Umsatzes als Lizenzgebühren an IKEA-Niederlande fließen. Damit ist der deutsche

⁶ GZ: IV B 5 – S 1341/07/10006-01 – DOK: 2014/0348272.

⁷ „plusminus“, a.a.O.

Gewinn „abgeräumt“, denn die Lizenzgebühren haben als Betriebsausgaben in Deutschland den hiesigen Gewinn wie das Eis in der Sonne dahin schmelzen lassen. So verwundert es nicht, dass „die Zahl der Tochtergesellschaften deutscher Konzerne in den Niederlanden ... sich binnen zwölf Jahren mehr als versechsfacht“ hat. Insgesamt wurden für 2009 825 Tochtergesellschaften deutscher Konzerne in den Niederlanden angeben.⁸

Zu Lasten des Staates operieren nicht nur US-amerikanische Firmen wie Apple und Starbucks, sondern auch der DAX- und Software-Konzern SAP, der im hessischen Walldorf ansässig ist. Dieser Konzern liefert nicht selten auch den Finanzämtern (Länderfinanzbehörden) die notwendige Steuersoftware und macht so auch mit dem Staat gute Geschäfte. Ganz allgemein formuliert Tom Bergin das Gebaren so: „Viele Technologiekonzerne parken wertvolles geistiges Eigentum, wie etwa Software-Know-how, in Niedrigsteuerländern und lassen Firmentöchter hohe Lizenzen für dessen Nutzung bezahlen.“⁹ Die Lizenzgebühren mindern als Betriebsausgaben die Gewinne in „Hochsteuerländern“ zu Gunsten von Erträgen in „Steuerparadiesen“ wie Irland: „So fährt SAP in Irland 20 Prozent des Konzerngewinns ein, erwirtschaftet dort aber nur ein Prozent des Umsatzes mit ebenso wenigen Mitarbeitern. Die Töchter in Dublin beheimaten Software-Know-how von SAP-Mitarbeitern weltweit, das dann innerhalb des Konzerns lizenziert wird. Zum Steuersparmodell gehört es auch, dass eine Finanztochter in Irland anderen SAP-Gesellschaften Milliarden von Dollar verleiht – zu deutlich höheren Zinsen als am Markt üblich.“

Im deutschen Steuerrecht gilt der Grundsatz, dass das „Steuerrecht dem Zivilrecht“ folgt. So werden erst einmal die zivilrechtlich wirksamen Vereinbarungen (zwischen „Mutter“ und „Tochter“) vom deutschen Steuer-Fiskus anerkannt.

„Profite im Internet verschleiern“

„Nur sehr schwer zu kontrollieren ist der Handel im Netz. Unternehmen wie Amazon können ihre Gewinne verbuchen, wo sie wollen – solange in dem Staat, der gemieden werden soll, keine Betriebsstätte nachgewiesen werden kann. Kauft man also zum Beispiel ein E-Book oder Musik auf iTunes, können die Gewinne besonders flexibel angerechnet werden, da der Handel nur digital stattfindet. Das Tax Justice Network fordert deshalb, die Definitionen von Betriebsstätten besser an diese Realität anzupassen. Auch wäre es zum Beispiel möglich, den Käufer am heimischen Computer als ‚Steueranker‘ zu werten – und so den Ort des Kaufes zur Grundlage der Besteuerung zu machen.“¹⁰

Obwohl „Amazon“ z.B. im strukturschwachen (Nord-)Hessen steuerlich zu fassende „Betriebsstätten“ in Wetzlar und Hersfeld unterhält, kann davon aus-

⁸ FAS vom 1. September 2013.

⁹ Frankfurter Rundschau vom 1. Oktober 2013.

¹⁰ Lina Verschwele in: „Freitag“ vom 6. März 2014.

gegangen werden, dass die Gemeinden Wetzlar und Hersfeld bei der Gewerbeertragsteuer als einer wichtigen kommunalen Steuer leer ausgehen. Vor einem „zudringlichem Fiskus“ schützt diesen Großhändler und -logistiker vermutlich auch, dass hier zahlreiche (wenn auch prekäre) Arbeitsplätze entstanden sind, was einer breiteren Öffentlichkeit erst durch den Kampf der Gewerkschaft ver.di für menschenwürdige Arbeitsplätze an diesen Standorten bekannt geworden ist.

Körperschaftsteuersatz und Höhe des Körperschaftsteueraufkommens

Das Körperschaftsteueraufkommen wird natürlich auch von der Höhe des Körperschaftsteuersatzes beeinflusst.

Die Besteuerung der juristischen Personen des privaten Rechts (AG, GmbH, KGaA etc.) wurde umgestellt vom sog. Anrechnungsverfahren auf die Definitivbesteuerung. Im Rahmen der „alten Besteuerung“ konnten Körperschaftsteuerguthaben entstehen. Nach diversen Steuerrechts-Änderungen erfolgt nunmehr in den Jahren 2008 bis 2017 die ratenweise Auszahlung dieser Körperschaftsteuerguthaben an die juristischen Personen des privaten Rechts. Diese Auszahlungen belasten das Körperschaftsteueraufkommen.

Die Absenkung des Körperschaftsteuertarifes zum 1. Januar 2008 von 25 Prozent auf 15 Prozent im Rahmen der „Großen Koalition“ ließ das Körperschaftsteueraufkommen ebenfalls ‚unter Druck‘ geraten. Betrug das Körperschaftsteueraufkommen 2007 noch über 22,9 Milliarden Euro, so sank es 2008 um gut 7 Milliarden auf nunmehr 15,9 Milliarden Euro. Durch die diversen Änderungen ist das Aufkommen im Vergleich zu 2007 um 30,65 Prozent gesunken. Das Aufkommen hat sich seitdem prozentual und nominal auf diesem niedrigen Wert „stabilisiert“.

Hierher gehört auch die „Nullbesteuerung“ bei Veräußerung strategischer Beteiligungen der juristischen Personen des privaten Rechts – eine „Steuer-oase“ im Körperschaft-Steuer-gesetz.

SPD-Grün stellte ab 2000 die Veräußerung von strategischen Beteiligungen, die die Unternehmen (AG, GmbH etc.) im Anlagevermögen hielten, körperschaftsteuerfrei. Die Anündigung dieser Rechtsänderung durch den damaligen SPD-Finanzminister Hans Eichel (der Oskar Lafontaine Ende 1999 folgte), führte zu einem „Kursfeuerwerk“ an der Börse. Lafontaine wollte zumindest eine Mindestbesteuerung; Eichel setzte zusammen mit Schröder die „Nullbesteuerung“ durch. Dieser 8 b – Körperschaftsteuergesetz wird im Subventionsbericht der Bundesregierung nicht als Subventions-Tatbestand aufgeführt. Der Einnahmeverzicht des Staates ist bisher nicht beziffert worden. Es muss sich um horrende Milliardensummen handeln. Mit den steuerfreien Kapitalbeteiligungsveräußerungen konnten sich Großbanken und Großbetriebe eine riesige Liquidität schaffen, die einer Neuaufstellung nutzbar und auch zum „Zocken“ verwendet werden konnte.

Zur Wirkweise der Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist eine verbrauchsteuerähnliche Verkehrssteuer. Wirtschaftlich trägt sie nur der private Endverbraucher. Für die normalen Unternehmer ist die Umsatzsteuer ein „durchlaufender Posten“, der sie wirtschaftlich nicht belastet. Der Unternehmer vereinnahmt die Umsatzsteuer treuhänderisch für den Staat und führt sie an den Staat ab. Für die Vorumsätze ist der Unternehmer zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Die Umsatzsteuer ist eine unsoziale Steuer, weil die Privatpersonen mit kleinem Einkommen/Renten-Bezügen/Transferleistungen (Hartz IV) als Endverbraucher prozentual höher belastet werden als Gut- und Bestverdienende. Vergleichsweise hohe Beträge an Umsatzsteuer haben Kleinverdiener zu zahlen, weil sie ihre gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen neben den Wohnungskosten für Grundbedürfnisse wie Nahrung, Strom, Heizung, Bekleidung etc. verausgaben müssen. Lebensmittel z.B. werden mit 7 Prozent, Strom, Heizung, Kleidung mit 19 Prozent Umsatzsteuer belastet.

Eine Umsatzsteuersenkung ist bei entsprechenden politischen Kräfteverhältnissen durchaus möglich, wie die Absenkung des Regelsteuersatzes von 19 auf 7 Prozent für Hotelübernachtungsumsätze seit dem 1. Januar 2010 als Negativbeispiel deutlich macht. Diese auf Druck von CSU und FDP vorgenommene Absenkung der umsatzsteuerlichen Belastung führte jedoch nicht zu abgesenkten Hotelübernachtungspreisen.

Was könnte man ändern?

Das deutsche Steuerrecht als Teil des öffentlichen Rechts lebt von Über- und Unterordnung. Die (privaten) Steuersubjekte sind als ‚untergeordnet‘ zu sehen. Sie müssen – entsprechend der gesetzlichen Tatbestandsverwirklichung – Steuern gemäß ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entrichten. Das sollte auch für Konzerne und Großbanken gelten. Hierzu sind national und international (G 20, OECD, EU etc.) erste Schritte zu unternehmen. Folgende Schritte – unabhängig von Prioritäten – wären z.B. denkbar:

- Beratungshonorare für „aggressive Steuerberatung“ etc. sind steuerlich als nichtabzugsfähige Betriebsausgaben zu behandeln. Sie sollen den steuerlichen Gewinn nicht mindern können.
- Um ungerechtfertigte Steuergestaltungen zu vermeiden, müssen die Großbetriebe und Großbanken etc. zu mehr Transparenz verpflichtet werden (gegebenenfalls durch die Lockerung des „Steuergeheimnisses“). Das ist auch demokratiepolitisch geboten.
- Bilanzen und Gewinne sind konzernweit auszuweisen.
- Aufgeschlüsselt nach Ländern sind die Ertragsteuern zu veröffentlichen (Lockerung des „Steuergeheimnisses“).
- Angestellte und Arbeiter sind nach Produktionsstätten und Ländern aufgeschlüsselt zu führen.

- Im Bilanzbericht sind gehaltvolle Angaben zu Lizenzgebühren und Verrechnungspreisen zu machen.
- In der Gewinn- und Verlustrechnung sind diese Aufwandsposten tief gegliedert aufzuführen.
- Im deutschen elektronischen Handelsregister (EHUG) sind neben dem deutschen Abschluss auch die oben aufgelisteten Punkte abzubilden.
- Mit Blick auf die EU und vielleicht auch die OECD-Staaten sind die verschiedenen Körperschaftsteuersysteme zu harmonisieren. Denkbar ist eine „Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage“ auf EU-Ebene“. Diese wird auch von der „Großen Koalition“ gefordert.¹¹ Dort heißt es auch: „Die Herstellung von besserer internationaler Transparenz in Steuersachen gegenüber Finanzverwaltungen trägt erheblich zu fairerem Steuerwettbewerb und zur Vermeidung von Steuerhinterziehung bei.“
- Clemens Fust fordert beispielsweise: „... man (könnte) die weltweiten Gewinne multinationaler Firmen künftig nach Indikatoren realwirtschaftlicher Aktivität auf die Staaten aufteilen, etwa nach der Anzahl der Beschäftigten oder den Umsätzen in den Absatzmärkten. Grenzüberschreitende Zahlungen von Zinsen oder Lizenzgebühren wären steuerlich irrelevant.“¹²
- Lockerung bzw. Beseitigung des Steuergeheimnisses für alle DAX-30-Unternehmen und M-DAX-Unternehmen: Die erhöhte Publizität sollte alle großbetrieblichen Einheiten in Abhängigkeit eines bestimmten Umsatzes und/oder Gewinnes erfüllen müssen. Eine Lockerung bzw. Beseitigung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung [AO] kann mit einem großen „öffentlichem Interesse“ – wenn „zwingendes öffentliches Interesse besteht“ – begründet werden, da die Unternehmen „systemisch relevant“ sind und „Rettungsschirme“ die öffentlichen Haushalte belasten. „Systemisch relevante“ Unternehmen sind so marktstark, dass bei krisenhafter Entwicklung dieser Unternehmen ganze Volkswirtschaften massiv unter Druck geraten können.

¹¹ Vgl. „Freitag“ vom 6. März 2014 und Sonderausgabe „vorwärts“ 11/12-2013, S. 49.

¹² NZZ vom 19. Dezember 2013.

Die Linke in Europa nach den EU-Wahlen

Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 21. bis 23. Juli 2014

Zwei Monate nach den EU-Wahlen hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) zu einem „European Workshop on the Situation of the Left in Europe after the EU Elections: New Challenges“ eingeladen. Moderiert von *Cornelia Hildebrandt*, der stellvertretenden Direktorin des RLS-Instituts für Gesellschaftsanalyse und Mitherausgeberin mehrerer Sammelbände über linke Parteien in Europa¹, referierten und diskutierten fast vierzig Wissenschaftler, Vertreter des europäischen Transform-Netzwerkes linker Parteistiftungen sowie Mitarbeiter und Mitglieder verschiedener Linksparteien.

Das Eingangsreferat hielt *Gerassimos Moschonas* (Panteion Universität Athen) über die westeuropäische Sozialdemokratie. Er konstatierte für die Jahre 1950 bis 2009 starke Stimmenverluste und eine zunehmende Fluktuation der Ergebnisse. Die Sozialdemokratie stecke in einer tiefen Krise, weil der Niedergang stetig sei und sie „ihre Persönlichkeit“, ihre Identität, verloren habe.

Diese Einschätzung wurde auch durch die EU-Wahlen bestätigt. Die sozialdemokratische Fraktion verlor fünf Mandate. Dass der Stimmenanteil nicht unter das sehr niedrige Niveau von 2009 sank, verdankte sie vor allem dem überragenden Ergebnis der Demokratischen Partei Italiens, die allerdings als Fusion der früheren PCI mit diversen bürgerlichen Parteien nur schwerlich der traditionellen Sozialdemokratie zuzuordnen ist.

Das Abschneiden der radikalen Linken blieb hinter den Erwartungen zurück. Zwar wuchs die linke Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordisch-Grüne Linke (GUE/NGL) um fast 50 Prozent auf 52 Sitze. Den Teilnehmern lag aber eine Analyse aller Stimmenergebnisse von *Paolo Chiocchetti* (King's College London) vor, die diesen Zuwachs relativierte². Danach erhöhten die Parteien links der Sozialdemokratie in den 28 Mitgliedsstaaten ihren Stimmenanteil von 6,92 Prozent auf 7,96 Prozent. Das ist zwar das beste Ergebnis seit 1989, aber doch ein höchst bescheidener Erfolg angesichts der Krise und der Austeritätspolitik.

Walter Baier (Kordinator des Transform-Netzwerkes, Wien) verwies ebenso wie Chiocchetti auf eine sehr ungleiche Entwicklung in den einzelnen Regionen. Im „Europa der 9“ wie es zur ersten EU-Wahl 1979 bestand, ist der Stimmenanteil der radikalen Linken von 6,74 (2009) auf 5,14 Prozent gefallen, trotz Zuwächsen in den Benelux-Staaten und Irland. Dies ist durch das bisher schlechteste Ergebnis in Frankreich, die Dauerkrise der britischen Lin-

¹ Zuletzt: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt/Anna Striethorst, Von Revolution bis Koalition: Linke Parteien in Europa, Berlin 2010.

² Paolo Chiocchetti, Die radikale Linke und die EU-Parlamentswahl 2014, <http://transform-network.net/de/blog/blog-2014/news/detail/ Blog/-c5f323c33b.html>

ken und die Stimmenverluste in Italien bedingt, auch wenn durch das Überspringen der 4-Prozent-Hürde durch die Tsipras-Bündnis-Liste Hoffnung besteht, dass die italienische radikale Linke wieder zusammenfindet.

Im „Europa der 13“ (EU-Erweiterung seit 2004, vor allem Osteuropa) ist die radikale Linke – außer in Tschechien – mit 1,52 Prozent kaum präsent.

Die besten Ergebnisse erzielte die radikale Linke in den Krisenstaaten Griechenland, Portugal, Spanien, Irland und Zypern mit Anteilen zwischen 21 und 35 Prozent.

Die Rechtspopulisten und Neofaschisten haben erheblich stärker abgeschnitten als die radikale Linke. Sie konnten, wie in mehreren Beiträgen untersucht wurde, vor allem auf Kosten der christdemokratischen Parteien und in erster Linie in den reichsten Ländern stark zulegen.

Aufschlussreich für die Analyse der Erfolge und Misserfolge der radikalen Linken waren einige Länderbeispiele.

Luis Ramiro (Universität Leicester) zeigte, wie in Spanien die zunehmend negative Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Situation mit einem ebenso tiefen Verlust des Vertrauens in die Regierungsparteien und die größte Oppositionspartei einherging. Die regierenden Konservativen (PP) und die Sozialisten (PSOE) sanken erstmals zusammen auf einen Wähleranteil von weniger als 50 Prozent. Diese Bedingungen machten es möglich, dass die neue Liste Podemos aus dem Stand heraus auf 8 Prozent kam und die Vereinigte Linke (IU) von 4 auf 10 Prozent anstieg.

Anej Korsika (internationaler Koordinator der 2013 gegründeten slowenischen Initiative für Demokratischen Sozialismus, IDS) präsentierte die einzige osteuropäische Erfolgsgeschichte. Er war besonders guter Laune, weil es der Vereinigten Linken (ZL, dem im März gegründeten Bündnis aus der radikalen IDS und zwei kleineren Parteien) eine Woche vor dem Workshop gelungen war, mit 6 Prozent ins nationale Parlament einzuziehen. Bei den EU-Wahlen hatte die ZL bereits 5,5 Prozent erzielt. Die IDS war aus den Massenprotesten von 2012/13, die sich gegen Korruption und Austeritätspolitik richteten, entstanden und vor allem von jungen Menschen gegründet worden. Dies steht im starken Kontrast zu den erfolglosen Versuchen in Osteuropa, aus Splintern der ehemals kommunistischen Parteien linke Alternativen aufzubauen.

Richard Dunphy (Universität Dundee) überraschte durch die Feststellung, dass in Irland zwölf Marxisten im Parlament saßen. Sechs davon gehörten vier verschiedenen Parteien an und die anderen wären als Unabhängige gewählt worden. Als stärkste linke Partei entpuppte sich bei den EU-Wahlen jedoch die nationalistische Sinn Féin, die neben dem Mandat in Nordirland mit 19,5 Prozent drei weitere Sitze im Süden gewann. Die an der Regierung beteiligte Labour Partei ging mit 5,3 Prozent ebenso wie Parteien der radikalen Linken mit 3,3 Prozent leer aus. Letztere erzielten bei den parallelen Kommunalwahlen aber über 13 Prozent der Stimmen in Dublin.

Dunphy ging davon aus, dass SF nach den Parlamentswahlen 2016 zusammen

mit der konservativen Fianna Fáil, die sich 1926 von Sinn Féin abgespalten, eine Regierung bilden wolle. SF hätte erklärt, dass alles außer der irischen Einheit verhandelbar sei. Falls von den sozialen Versprechen der SF wenig übrig bliebe, könnte die Stunde der marxistischen Linken schlagen. Sie müssten aber aufhören „sich wie kleine Kinder zu benehmen“.

Giorgios Charalambous (Universität Zypern) führte den Rückgang der AKEL von 35 Prozent auf 27 Prozent auf ihre Regierungszeit (2008-2013) zurück. Der Sieg des AKEL-Kandidaten Dimitris Christofias bei der Präsidentschaftswahl 2008 habe viele Hoffnungen geweckt. Von Anfang an wären Medien, Kirche und Opposition sehr negativ eingestellt gewesen. Die Krise habe schließlich zu einer linken Austeritätspolitik geführt. Die Regierung habe keine wichtigen Reformen durchgeführt und die unteren Schichten nicht genug unterstützt. Die AKEL habe die Politik des Präsidenten verteidigt und trotz ihrer enormen gesellschaftlichen Verankerung nicht außerparlamentarisch mobilisiert. Die Folge sei ein Verlust an Glaubwürdigkeit gewesen.

Die Vielzahl von Länderbeispielen war sehr informativ, erschwerte aber kontroverse Diskussionen, weil die wenigsten Teilnehmer ein Detailwissen über mehrere Länder haben. Verallgemeinerungen waren deshalb auch Grenzen gesetzt. Das Einbeziehen parteiunabhängiger Wissenschaftler erwies sich als vorteilhaft, da damit diplomatischen Rücksichtnahmen auf die Befindlichkeiten bestimmter Parteien zumindest teilweise Grenzen gesetzt werden konnten. 2015 soll ein ähnlicher Workshop stattfinden.

Nico Biver

<p>Schwerpunkt Autogestion – Selbstverwaltung in Frankreich</p> <ul style="list-style-type: none"> • Geschichte der Selbstverwaltung in Frankreich • Forum für Selbstverwaltung • Selbstverwaltete Projekte in Frankreich • Interview mit der Gewerkschaft STRASS <p>EIN SCHNUPPERABO 3 MONATE FREI HAUS GIBT ES FÜR NUR 5€! <small>Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden! Gegen Vorkasse: Scheck / Briefmarken / Bankinzug.</small></p>	<p>CONTRASTE Die Monatszeitung für Selbstorganisation</p> <p>MANIFESTATION LIBERTAIRE PLACE DES FÊTES 11 HEURES</p>	<p>WERKHOF DARMSTADT Im Juli feiert der Werkhof Darmstadt 50-jähriges Bestehen</p> <p>25. TISCHLERINNENTREFFEN Tischlerinnen aus dem Organisationsteam stellen sich und ihr Treffen vor</p> <p>CULTURAL COMMONS COLLECTING SOCIETY Ein Interview zur neuen Verwertungsgesellschaft mit Veit Winkler von der CCS</p> <p>EX-MAFIALAND IN GENOSSENSCHAFTSHAND Genossenschaften gründen sich auf Ex-Mafialand</p> <p><small>Problemen: www.CONTRASTE.ORG Bestellungen: im Internet oder über CONTRASTE e.V., PF 10 45 20, D-69035 Heidelberg</small></p>
--	--	--

Eine Hochburg demokratischer Bewegungen

Walter Schmidt, *Die schlesische Demokratie von 1848/49. Geschichte und Akteure*, 2 Halbbände, trafo Verlag, Berlin 2012, 346 und 241 S., 39,80 und 29,80 EURO (Silesia. Schlesien im europäischen Bezugsfeld. Quellen und Forschungen, Bde. 13.1 u. 13.2)

Schlesien stellte im Revolutionsjahr 1848/49 von allen preußischen Provinzen die meisten demokratischen Abgeordneten für das Berliner Parlament. Das allein ist schon ein gewichtiger Grund, dieser für die Geschichte demokratischer Emanzipationsbewegungen bedeutsamen Provinz mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Bisher ist sie im Vergleich zur Rheinprovinz, zu Berlin und Wien eher vernachlässigt worden. Walter Schmidt, ausgewiesener Kenner der Revolution von 1848/49,¹ hat eigene langjährige Forschungsarbeiten und die seines verstorbenen Kollegen Helmut Bleiber in einer beeindruckenden Gesamtdarstellung vereint. Im Zentrum stehen die demokratischen Vereine in Schlesien und ihre wichtigsten Akteure. In elf Kapiteln wird im ersten Halbband die Geschichte der schlesischen Demokratiebewegung von der ersten Vereinsgründungswelle ab März 1848 bis zum Nachhall der demokratischen Aktivitäten in der Zeit nach der Niederlage der Revolution detailliert und kenntnisreich nachgezeichnet. Dabei geht es beileibe nicht nur um Organisationsgeschichte. In eigenen Unter-

abschnitten bzw. eingebunden in die jeweiligen Ereigniskomplexe erhält der Leser Einblick in Diskussionen und Kontroversen zu nahezu allen wichtigen zeitgenössischen Debatten, so zur Frage des Wahlrechts, der Rolle des Vereinigten Landtages, der Märzerrungenschaften, der Polen- und Slawenfrage, der Steuerverweigerungskampagne, der Arbeiterfrage und der Reichsverfassungskampagne, um nur einige zu nennen. Besonderes Interesse dürfte auch der Abschnitt über Frauenvereine und die Diskussionen, welches Verhältnis „das Weib zu Demokratie“ haben und welchen Anteil es am öffentlichen Leben nehmen dürfe, beanspruchen. Er fällt wegen der dürftigen Quellenlage leider knapp aus. Einleitung und Resümee bieten dem Leser Orientierung in der Faktenfülle. Die stringente und informative Gliederung hilft ebenfalls, Zeitabschnitte, Ereignisse oder Einzelfragen schnell zu erschließen.

Bereits wenige Tage nach den Barrikadenkämpfen in Berlin gaben Repräsentanten der Vormärzopposition in Breslau den Anstoß zur Konstituierung eines Demokratischen Vereins, der später als Demokratischer Hauptverein eine Schlüsselrolle in der Demokratiebewegung der Provinz und darüber hinaus einnahm. Moritz Elsner, Eduard von Reichenbach und Julius Stein gehörten neben anderen zu den prägenden Persönlichkeiten. „Doch blieben die politischen Vertreter des Bildungsbürgertums nicht unter sich“, wie Schmidt anmerkt. Die soziale Basis war zugleich durch Kleinbürgertum, Handwerker, Gesellen, Arbeiter bestimmt, von denen „bald stärker wer-

¹ Einzelheiten zu den wissenschaftlichen Arbeiten und zur Biografie des Autors sind im 2. Halbband der Arbeit wiedergegeben.

dende Bestrebungen politischer und sozialer Radikalisierung ausgingen“. (15) Der erste Provinzialkongress der schlesischen Demokratie im Juli 1848 vereinte bereits neben den Vertretern aus Breslau Delegierte bzw. Einzelpersonen aus weiteren 25 Orten. Bis zum zweiten Kongress im Oktober 1848 verdoppelte sich die Zahl der vertretenen Vereine. Bis in den Spätherbst 1848 hinein habe sich „die schlesische Demokratie fast über die ganze Provinz ausgebreitet“. (113)

Eng verwoben mit der demokratischen Bewegung entwickeln sich in der 1848er Revolution Organisationsbestrebungen der Arbeiterbewegung. Der Arbeiterverein wird innerhalb kurzer Zeit neben dem Demokratischen Hauptverein zur stärksten demokratischen Kraft in Breslau und mischte sich mit radikalen demokratischen Positionen in die Politik ein. Zugleich ging es um die Artikulierung ureigener ökonomischer Interessen. Der Zusammenhang zwischen politischen Freiheiten und sozialer Frage gehörte zu den heftig diskutierten und nicht selten auch umstrittenen Fragen. Dass von der demokratischen Studentenschaft die Einrichtung eines Lehrstuhls für Sozialismus an der Breslauer Universität gefordert und entsprechende Gesuche im August 1848 an das preußische Kultusministerium eingereicht wurden, dürfte weitgehend unbekannt sein. Dafür waren u. a. Arnold Ruge, Ludwig Feuerbach und Isidor Pinoff im Gespräch. Der Arzt und Redakteur Isidor Pinoff, der schon aus der Vormärzzeit als Sozialist bekannt war, hielt sogar auf Wunsch der Studenten eine Vorlesung über den „Sozialismus in seiner wissenschaftli-

chen Berechtigung“. Beim Kultusministerium stießen solche Vorstöße erwartungsgemäß auf wenig Gegenliebe. Waren doch schon die Vorlesungen des Botanikers Nees von Esenbeck über spekulative Philosophie mit Argwohn beobachtet worden.

Die auf eine Auswertung der Berichte der demokratischen Presse gestützte Rekonstruktion der Debatten um die soziale Frage gibt einen recht detaillierten Einblick in Basisdiskussionen, die in anderen Darstellungen zur Rezeptionsgeschichte sozialistischer Ideen keine oder nur andeutungsweise eine Rolle spielen. Während der allgemeine Arbeiterverein nach der Novemberkrise an Einfluss verlor, fanden die sozialistischen Bestrebungen im neugebildeten Sozialdemokratischen Arbeiterverein eine Organisationsbasis und mischten sich in die Wahlkämpfe des Frühjahr 1849 ein. Zu den wenigen Organisationen, die nach der Niederlage der Revolution 1850 für mehrere Monate den Faden demokratischer und sozialistischer Organisationsbestrebungen wieder aufnehmen konnten, gehört die Breslauer Arbeiterverbrüderung, deren Vertreter auch an der Leipziger Generalversammlung gestaltend beteiligt war. Bald wuchs die Breslauer Arbeiterverbrüderung auf 700 Mitglieder an. Ihr Verbot unterbrach diese Entwicklung. Erst in den späten 1860er Jahren konnten sich wieder selbständige Arbeiterorganisationen in Schlesien etablieren.

Erstmals wird der Entwicklung demokratischer Vereine und Initiativen und ihrer Rolle in den verschiedenen Etappen der Revolution in der gesamten Provinz nachgegangen. Es ist kaum möglich, das thematische

Spektrum der quellengestützten Untersuchung in einer Besprechung angemessen wiederzugeben. Dem Leser wird ein bemerkenswerter Reichtum an Quellen und Belegen präsentiert, deren Erschließung allein größtenteils Respekt abfordert. Die chronologisch-systematische Gliederung hilft, Entwicklungsphasen in ihren jeweiligen konkreten Zeitzusammenhängen zu erfassen. Dadurch werden auch die Diskussionen und Kontroversen genauer verortet. Die Differenzierung der schlesischen Demokratiebewegung und ihrer Akteure bleibt dennoch ein komplizierter, weil zugleich widersprüchlicher Prozess, zu dem die Untersuchung viel neues und belastbares Material vorlegt.

Hinter dem Zweiten Halbband verbergen sich ein biografisches Lexikon wichtiger Protagonisten der schlesischen Demokratiebewegung von 1848/49 sowie ein kommentiertes Verzeichnis von 26 demokratischen Zeitungen dieser Provinz. Es sind immerhin über 120 Personen, deren Lebenswege skizziert werden. Darunter etliche, deren biografische Daten aus Akten und anderen zeitgenössischen Quellen erstmals erschlossen werden. Außerdem erhält der Leser über ein Personen- und Ortsregister schnellen Zugriff auf ihn interessierende Passagen des Gesamtwerkes. Wer sich ein Bild von der Vielfalt der Demokratiebewegung in der Provinz Schlesien in der Revolution von 1848/49 machen möchte, sollte zu dieser Publikation greifen.

Jürgen Hofmann

1914: Der Weg in den Krieg

Stefan Bollinger, Weltbrand, „Urkatastrophe“ und linke Scheidewege. Fragen an den „Großen Krieg“, Verlag am park in der edition ost, Berlin 2014, 220 S., 16,99 Euro

Vor mehr als fünfzig Jahren publizierte der Hamburger Historiker Fritz Fischer seine Studie „Griff nach der Weltmacht“, in der ihm der Nachweis gelang, dass die Hauptverantwortung für die Entfesselung des Ersten Weltkrieges den damals herrschenden Eliten in Berlin zuerkannt werden müsse. Die sich daran anschließende Kontroverse, die auch konservative Politiker wie Franz Josef Strauß zu wutentbrannten Opponenten Fischers werden ließ, zog sich bis weit in die siebziger Jahre hin. Ihr Ergebnis bestand in einer allgemeinen Akzeptanz der Fischerschen Thesen, die sukzessive auch Eingang in die meisten Schulbücher fanden.

Angesichts des 100. Jahrestages des Kriegsausbruchs erleben wir den offenbar erfolgreichen Versuch, die Zeit gleichsam zurückzudrehen. Mit Hilfe einer Flut von Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften sowie durch geschickt vermarktete Bestseller prominenter Autoren (u.a. Christopher Clark, Herfried Münkler), werden die Thesen der konservativen Gegner Fischers revitalisiert, die von einer besonderen Schuld des Deutschen Kaiserreichs an der Entfesselung des „Großen Krieges“ nichts wissen wollten: Man sei eben – nach einem Wort David Lloyd Georges – in den Krieg „hineingeschlittert“.

Umso erfreulicher ist es, dass angesichts dieser massiven Kampagnen,

dem deutschen Imperialismus Absolution zu erteilen, aus der Feder von Stefan Bollinger ein Band vorliegt, der nicht nur die Geschehnisse im Juli/August 1914 rekonstruiert, sondern darüber hinaus der Frage nachgeht, wie sich die „Zusammenhänge von politischer wie ökonomischer Macht und Vorherrschaft“ (7) in den Jahren vor dem Beginn des Krieges darstellten.

Der Autor analysiert den Zusammenhang zwischen der neuen Entwicklungsstufe des Kapitalismus, dem sich um die Jahrhundertwende herausbildenden Imperialismus, und dem damit einher gehenden, wachsenden außenpolitischen Abenteuer-tum der damaligen Weltmächte. Er rekurriert dabei vor allem auf Lenins und Rosa Luxemburgs Imperialismusschriften, weniger auf Rudolf Hilferdings „Finanzkapital“, wobei er mit kritischen Anmerkungen nicht spart (55f.).

Olle Kamellen? Wohl nicht – angesichts mehrerer Generationen von Studierenden, die mit der einschlägigen geschichtswissenschaftlichen Literatur aus der DDR wie auch mit den einschlägigen Publikationen linker westdeutscher Autoren (u.a. Reinhard Opitz) nicht vertraut gemacht wurden.

Neben die Darstellung der ökonomischen Kriegsursachen – „Ohne ökonomische Interessen keine Kriegsursachenanalyse“ lautet eine überaus zutreffende Kapitelüberschrift (53) – tritt die knappe, aber präzise Darstellung der „Julikrise“ (93ff.). Daneben werden die Leserinnen und Leser ausführlich über die Inhalte diverser „Kriegszielenkschriften“ informiert: Von der September-Denkschrift des

Reichskanzlers von Bethmann Hollweg bis zu den entsprechenden Niederschriften führender Industrieller, wie z.B. August Thyssen oder Walther Rathenau. (107ff., 114ff.). Dabei wird deutlich, dass an die Herstellung einer ökonomischen und politischen Hegemonie des Deutschen Reiches in „Mitteleuropa“, dessen Grenzen weit nach Osten und Südosten gezogen werden sollten, gedacht wurde. Auch die Konzepte des Alldeutschen Verbandes und anderer „nationaler“ Verbände aus der Vorkriegszeit, die Expansion bis an den Persischen Golf, ja bis an die Grenzen Ägyptens und Indiens voranzutreiben, standen zur Diskussion. Worum es ging, war die Frage, ob vornehmlich „indirekte“ Formen der Beherrschung (z.B. Zollunion, Wirtschaftsgemeinschaften) praktiziert werden sollten oder ob es um territoriale Angliederungen an das Deutsche Kaiserreich gehen sollte, wobei an Teile von Belgien und Frankreich sowie von Polen gedacht wurde.

In einem zweiten Teil des Buches (131ff.) geht der Autor den Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie zu den Fragen von Krieg und Frieden seit Beginn des 20. Jahrhunderts nach. Mit zum Teil langen Zitaten kommen die Kontrahenten innerhalb der Partei zur Krieg-Frieden-Problematik und zur „Vaterlandsverteidigung“ zu Wort. Bollinger macht deutlich, dass die Entscheidung des 4. August 1914, als die SPD-Reichstagsfraktion zugunsten der Kriegskredite votierte, nicht vom Himmel fiel. Politiker wie Albert Südekum, Philipp Scheidemann und Friedrich Ebert konnten sich durchsetzen, weil seit fast zwei

Jahrzehnten eine wachsende Zahl von Abgeordneten und Redakteuren in Wort und Schrift vorschlugen, der imperialistischen „Weltpolitik“ Konzessionen zu machen. Ihr Einfluss wuchs beständig. Trotz mancher Massenaktionen bei Gelegenheit der Marokko-Krisen und der Balkankriege, ungeachtet mancher Parteitagsdebatten, ist zu fragen: Waren Probleme der Außen- und Militärpolitik innerhalb der Partei zu sehr die Sache von Spezialisten und einer begrenzten Zahl von Funktionären? Rosa Luxemburg und Clara Zetkin hatten wiederholt Klage geführt, dass z.B. die Aktionen der SPD gegen die wilhelminische Flottenpolitik zu wenig Massencharakter getragen hätten.

Wer sich über die Haltung der SPD zur Entfesselung des Ersten Weltkrieges, das Einschwenken einzelner Repräsentanten der „Vaterlandsverteidiger“ auf dezidiert rechte politische Positionen, aber vor allem auch über die Auseinandersetzungen der von den Kriegsbefürwortern dominierten Parteiführung mit den linken Kritikern um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin und Franz Mehring eingehend informieren möchte, wird nirgendwo sonst auf relativ knappem Raum eine zuverlässigere Darstellung finden.

Insgesamt hat der Autor mit seinen „Fragen an den Großen Krieg“ einen überaus gelungenen Band publiziert, dessen Lektüre eine Brise frischer Luft gegen den Mief der Clark, Münkler und Co. verbreitet.

Reiner Zilkenat

Welcher Kapitalismus? Was für eine Krise?

Wolfgang Krumbein, Julian Fricke, Fritz Hellmer, Hauke Oelschlägel, Finanzmarktkapitalismus? Zur Kritik einer gängigen Kriseninterpretation und Zeitdiagnose, Metropolis-Verlag, Marburg 2014, 160 Seiten, 18 EUR

Rückblick: Nach der Weltwirtschaftskrise von 1974/1975 entfalteten sich, ausgehend von den entwickelten Ländern, eine Reihe von Merkmalen des Kapitalismus, die in dieser Art und Kombination neu waren. Mit der mikroelektronisch-digitalen Revolution beginnt sich eine neue gesellschaftliche Betriebsweise herauszubilden. Sie krempelt nach dem Abschluss der Rekonstruktionsperiode im Gefolge des Zweiten Weltkrieges den gesamten Reproduktionsprozess und damit die Wirtschafts- und Sozialstruktur entwickelter Gesellschaften um. Diese Entwicklung ist mit einer Globalisierung verbunden, die sich hinsichtlich ihrer Qualität und Intensität von historisch früheren Globalisierungsschüben unterscheidet. In diesem Strukturumbuch wurde mit der Bedeutungsminde rung des national orientierten, alt-industriellen Rückgrades der Gewerkschaften auch das bisherige Konsensmodell zwischen Arbeit und Kapital geschreddert und um 1980 setzten sich konservative Orientierungen staatlichen Handelns durch: Reaganomics, Thatcherismus, Kohls Wendepolitik und schließlich auch sozialdemokratische Varianten dieser neoliberalen Politik. Nach jahrzehntelangen Steigerungen der Lohnquote begann diese zu sinken; die Mehrwertrate erhöhte sich wieder.

Die Einkommens- und Vermögensverteilung verschob sich erneut massiv zugunsten des Kapitals und die lange Zeit fallende Profitrate stabilisierte sich ab Mitte der 1980er Jahre. Dies ermöglichte im Verbund mit der Liberalisierung der Währungs- und Kapitalmärkte, die nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods durchgezogen wurde, jene neuen Formen und Umfänge der Kapitalmobilisierung, die angesichts des Strukturbruchs im Interesse international agierender Konzerne lagen. Daneben traten in den rasch expandierenden Finanzmärkten neue Finanzintermediäre machtvoll auf den Plan und bewegten und verwerteten gigantisch angewachsene Geldvermögen – die ein Gegenstück in steigenden privaten und öffentlichen Schulden haben – rund um den Erdball. All dies hat einen gesellschaftlichen Preis: Scheinbar längst überwunden geglaubte prekäre Arbeits- und Sozialverhältnisse werden erneut zu Alltagserscheinungen in den entwickelten Ländern. Die Verschiebungen, die sich in der internationalen Arbeitsteilung und den globalen Kräfteverhältnissen vollziehen, führen zu gefährlichen internationalen Ungleichgewichten. Bislang regional begrenzte Umweltprobleme eskalieren in globalen Dimensionen. Die mit der Kapitalakkumulation einhergehende Akkumulation von Widersprüchen im Reproduktionsprozess kulminierte in schweren zyklischen und Finanzkrisen und zuletzt in einer Weltwirtschaftskrise von einer lang nicht mehr erlebten Schwere. Aber trotz der enormen sozialen Kosten des Umbruchs, die vor allem subalterne Klassen und Schichten zu tragen ha-

ben, scheint die Hegemonie konservativer Kräfte und Orientierungen zurzeit ungebrochen. Aber auch sie kommen nicht umhin, neue politische Instrumente zu entwickeln, mit denen sie glauben, vor allem das internationale Finanzsystem, aber auch das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem insgesamt gegen erneute Kriseneinbrüche immunisieren zu können.

Auch wer davon ausgeht, dass das heute dominierende Gesellschaftssystem nach wie vor ein kapitalistisches System mit seinen alten Konstanten ist, kann nicht davor die Augen verschließen, dass es sich bei den beschriebenen Prozessen und Merkmalen um gravierende Veränderungen handelt, die danach schreien, auf den Begriff gebracht zu werden. Lange Zeit stand die regulationstheoretisch inspirierte Bezeichnung des Postfordismus im Mittelpunkt linker Diskurse. Aber dieses Wort ist inhaltsleer. Zwar wird damit konstatiert, dass sich etwas grundlegend verändert hat, aber nichts über den Inhalt des Umbruchs ausgesagt. Da sich diese Veränderungen nur allmählich entfalten und ein historisches Gesamtbild ergeben, ist es nicht verwunderlich, dass sie sich erst retrospektiv in einer Kategorie fassen lassen. Inzwischen werden für konkrete analytische Zwecke bestimmte Einzelmerkmale begrifflich hervorgehoben: Dienstleistungsgesellschaft, High-Tech-Kapitalismus, neoliberaler Kapitalismus, autoritärer Kapitalismus und so weiter. Noch bis weit in die 1990er Jahre wurden im linken Spektrum zwar auch einzelne Aspekte der wachsenden Bedeutung der Finanzmärkte diskutiert, aber erst gegen Ende jenes Jahrzehnts wurde eine „Herrschaft der Finanzmärkte“,

besser gesagt, der Finanzkonzerne (Jörg Huffschild) beziehungsweise ein „Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes“ (Michel Aglietta) thematisiert. Der Soziologe Paul Windolf prägte dann 2005 den Begriff des „Finanzmarktkapitalismus“, der vor allem mit der Finanzmarktkrise, die in die Weltwirtschaftskrise eingebettet war, seinen Siegeszug nicht nur im linken Debattenspektrum antrat.

Krumbein, Fricke, Hellmer und Oelschlägel (KFHO), Hochschullehrer und Studenten des Instituts für Regionalforschung an der Universität Göttingen, hinterfragen und kritisieren diese weit verbreitete Apostrophierung des heutigen Kapitalismus, und dies umso mehr, wenn damit eine besondere Formation oder ein Akkumulationsregime des Kapitalismus bezeichnet werden soll. Sie widersprechen auch der Diagnose, dass die Finanzmärkte unmäßig aufgebläht seien, dass sie weitgehend von den „Realmärkten“ abgekoppelt seien, diese dominierten und dass dies ursächlich für die jüngste Weltwirtschaftskrise sei (12f).

Nach einem einführenden Kapitel untersuchen KFHO die Entwicklung der Aktien- und Derivatemärkte sowie der Finanzvermögen, um ihre These zu belegen, dass die Finanzmärkte zwar gewachsen seien, aber weder von einer „unmäßigen Aufblähung“, noch von einer Entkopplung von den „Realmärkten“, noch von ihrer Dominanz gegenüber letzteren gesprochen werden könne. Im Einzelnen wollen sie anhand historischer Charts von Aktienkursen zeigen, dass es schon früher heftige Kursausschläge gegeben habe, dass diese Erscheinung heute nicht für alle Länder gleichermaßen zutref-

fe und dass die starke Steigerung der Kurse inzwischen eher einer Seitwärtsbewegung gewichen sei. Die Aktienmarktkapitalisierung sei im Vergleich zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den letzten Jahren wieder zurückgegangen. Obwohl sie nicht umhin kommen, ein „enormes Wachstum“ des Spekulationskapitals und der weltweiten Geldvermögen zu konstatieren (63), stellen sie an anderer Stelle fest, „der Anstieg verläuft kontinuierlich, ohne größere oder gar exponentielle Beschleunigungen“. Deshalb dürfe angezweifelt werden, dass dies ein „besonders starkes Größenwachstum“ sei. (59). Die konkret untersuchte Periode beginnt freilich erst mit den 1990er Jahren oder gar erst um 2000, als die erste große Welle des Wachstums der Finanzvermögen bereits abgeschlossen war, so dass der enorme Aufwuchs seit etwa 1985 im Vergleich zu den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten ausgeblendet bleibt. Die von den Autoren verwendete Definition einer Aufblähung als einer „nicht von gravierenden Kursrückschlägen unterbrochene(n) annähernd exponentiellen Beschleunigung eines Kursanstieges“ (21) erscheint fragwürdig, weil kein ökonomischer, sondern ein mathematischer Bezugspunkt der Aufblähung gewählt wird. Es ist eigentlich nicht zu übersehen, dass Finanzblasen (also Aufblähungen am Finanzmarkt) gehäuft und in großen Umfang entstehen. Auch die jeweils isolierte Analyse der Graphen der Aktienmärkte, der Derivatemärkte und des Geldvermögens führt beim Rezensenten zu dem Eindruck, dass hier vor lauter Bäumen der Wald nicht gesehen wird und – selbst wenn man, wie KFHO, bei ei-

ner rein quantitativen Analyse bleibt – gewichtige Merkmale des gestiegenen Gewichts der Finanzvermögen in der Analyse unbeachtet bleiben. Werden allein die letzten zwanzig Jahre verglichen, so hat sich das Bruttovermögen des Finanzsektors in Deutschland um 251% erhöht. Die entsprechenden Zahlen für den nichtfinanziellen Sektor, die privaten Haushalte und die Volkswirtschaft insgesamt lauten 117, 137 und 160 Prozent. Mit einem kaum 4 Prozent hohen Anteil am volkswirtschaftlichen Nettovermögen verfügt der Finanzsektor über inzwischen 66 Prozent aller Bruttovermögen – Macht über fremdes Kapital. Aber ihre Zurückweisung der Dominanzthese machen die Autoren nur daran fest, dass sie keine ununterbrochene, exponentielle Entwicklung des Finanzsektors glauben erkennen zu können. Solche Phänomene wie die Shareholder-Value-Orientierung oder des Too-big-to-fail bestimmter Finanzinstitute werden nicht thematisiert. Eine Untersuchung der Eigentums-, Beteiligungs- und Verfügungsstrukturen des Kapitals legen sie nicht vor.

Kritisch setzen sich KFHO auch mit der These von der Entkopplung der Finanzmärkte vom Realbereich auseinander. Natürlich kann es keine völlig losgelöste Entwicklung der Finanzmärkte und der hier gehandelten Geldvermögen von der Produktion und vom fungierenden Kapital geben. Irgendwann muss jedes Kapital in seinem Kreislauf auch die Geldform annehmen und letztlich müssen Erträge, die auf Finanzmärkten generiert werden, im „Realbereich“, mittels der Verwertung produktiven Kapitals, geschaffen werden. Aber was bedeutet

dieses „letztlich“? Geldkapital entsteht auch über den Geldschöpfungsprozess der Finanzintermediäre und einzelne Geldkapitale können sich über lange Zeit auch ohne direkte Verbindung zum produktiven Bereich verwerten. Es läuft auch Geld um, so Marx, „das der Zirkulation längst entzogene Waren repräsentiert“.¹ Beim fiktiven Kapital ist der Zusammenhang zum produktiven Kapital sehr weitgehend gelockert. Anlegern, die im Rahmen eines Ponzi-Spiels ihr Schäfchen rechtzeitig ins Trockene gebracht haben, ist es egal, dass es letztlich, also *langfristig* und *gesamtwirtschaftlich* keine Verwertung ohne Produktion geben kann; sie reißen trotzdem Teile des gesellschaftlichen Einkommens und Reichtums an sich. In der Tat – hier haben KFHO natürlich Recht – ist das keineswegs neu und wurde in seiner Essenz schon im 19. Jahrhundert beschrieben. Neu sind jedoch die Formen, das Ausmaß und die Wucht der Wirkungen, in der sich diese zeitweilige und relative Entkopplung in den letzten Jahrzehnten vollzog, als sich im Unterschied zum Nachkriegszeitraum schwere Finanzkrisen häuften. Die Finanzblasen, die sich in Wertpapierkursen, deren komplette Realisierung illusorisch ist, sowie in der hohen privaten und öffentlichen Verschuldung als Gegenstück der gewachsenen Vermögen zeigen, haben historisch vergleichsweise große Dimensionen erlangt, und ihr Platzen zeigt erstens, dass eine Entkopplung vorgelegen hat und zweitens, dass eine solche Entkopplung eben nur zeitweilig und partiell sein kann und sich in Finanzkrisen äußern muss,

¹ MEW 23, S. 153.

bevor sich eine Blase erneut aufbauen kann.

KFHO kritisieren freilich einen Begriff der Entkopplung, der offensichtlich anders gemeint ist, nämlich im Sinne von zwei nebeneinander existierenden Bereichen, die nichts miteinander zu tun haben und in sich „selbstreferenziell“ existieren können (12, 65). Die Kritik eines solchen Begriffs der Entkopplung, der an die Dichotomie der neoklassischen Ökonomie erinnert, ist völlig berechtigt.² Anhand exemplarischer Merkmale der „Finanzialisierung“ (einen Begriff, den KFHO akzeptieren) wird im Kapitel 6 gezeigt, wie sich die Verflechtung zwischen finanziellen und nicht-finanziellen Bereichen vollzieht.

Im 3. Kapitel fragen sie nach den Ursachen der Krise 2007/2009 und kommen zu dem Ergebnis, dass der Finanzbereich hier zwar eine wichtige Rolle gespielt, aber keineswegs ausschlaggebend gewesen sei. „Die Krise begann im Realsektor, was eine ebenfalls im Zeitverlauf zu konstatierende Verschärfung der Krise durch die Finanzkalamitäten nicht ausschließt“ (73). Aber wie der konkrete Krisenverlauf 2007/09 zeige, sei die Krisenentwicklung keineswegs finanzmarktdominiert gewesen (74). Es ha-

be ein „Krisenwanderung“ (70) gegeben: vom Realbereich zur Finanzsphäre und dann zum Staatssektor. Damit würden sie die These von einer finanzmarktdominierten Akkumulation keineswegs „schlicht umkehren und nun den Realbereich für generell strukturdominant erklären“. Vielmehr sei der Kapitalismus ein Real- und Finanzsystem umfassendes System, dem Hierarchisierungen dieser Sphären theoretisch nicht gerecht würden (74). Hierzu sei freilich angemerkt, dass Krisen sowohl vom Finanzbereich, wie vom sogenannten Realbereich ausgehen können; dazu muss ein Sektor gar nicht über den anderen dominieren. So unterschied schon Marx Geldkrisen als „besondere Phase jeder allgemeinen Produktions- und Handelskrise“ (d.h. einer zyklische Krise, die immer eine Geldkrise einschließt) von jener speziellen Sorte Geldkrise, „die selbständig auftreten kann“ und deren Sphäre „daher Bank, Börse und Finanz“ ist und die „auf Industrie und Handel nur rückschlagend wirkt“.³ Die besondere Schwere der Krise 2007/2009 erklärt sich wohl daraus, dass beide Momente zeitgleich wirksam wurden und sich wechselseitig verstärkten.

KFHO warnen davor, die Möglichkeiten politischer Steuerungseingriffe, der „Auffangmechanismen“ (77) zur Eindämmung der Krisen zu unterschätzen. Gegenwärtig würden durch den Zentralbankkredit (Rettungsschirme, Neudefinition der Zentralbankpolitiken in Form der Liquiditätssicherung öffentlicher Haushalte und privater Banken) diese Mechanismen erheblich erweitert. Die Rele-

² Wieso sie aber dafür z.B. Elmar Altvater kritisieren, der den Begriff „selbstreferenziell“ zwar gebraucht, aber noch im selben Satz darauf hinweist, dass auch „abgekoppelte Finanzinstitute ... von den produzierten Überschüssen der produzierenden Ökonomie“ abhängig sind, bleibt unklar. „Selbstreferenziell“ wird hier im oben erläuterten Sinne eines Ponzi-Spiels gebraucht. Vgl. Elmar Altvater, Über vielfältige Ursachen der kapitalistischen Krisen und einfältige Politik. In: Krisen-Analysen, Hamburg 2009, S. 14.

³ Vgl. MEW 23, S. 152, Fn. 99.

vanz dieser Entwicklung würde von den Linken gar nicht erfasst, zumindest würden ihre Risiken über-, ihre Chancen jedoch unterbewertet (79). Dies leitet zum Kapitel 4 über, in dem die Autoren nach der langfristigen Rolle dieser Krise fragen. Handelt es sich um eine „Große Krise“, die zu „akkumulationsrelevanten Neuordnungen“ in Ökonomie und Politik (88) führt? KFHO sind sich da keineswegs sicher. Sie sehen unterschiedliche Szenarien der weiteren Entwicklung: Revitalisierung, relative Stabilisierung, Krisenperpetuierung und Halbbarbarei (99-102). Vehement treten sie dafür ein, Revitalisierungs- und Stabilisierungsmöglichkeiten nicht zu unterschätzen. „Bei einer derartigen Verengung des analytischen Horizonts drohen linke ökonomische Untersuchungen incl. der daraus abgeleiteten politischen Strategien von „unvorhergesehenen“ Entwicklungen des Kapitalismus überrollt und blamiert zu werden“ (102).

Da die Autoren die These von einer finanzgetriebenen Akkumulation oder einer Dominanz des Finanzsektors ablehnen, Thesen, mit dem der Begriff des Finanzmarktkapitalismus eng verbunden ist, scheint es nur logisch, wenn sie diese Kennzeichnung des heutigen Kapitalismus verwerfen (Kapitel 5). Mehr noch: Wie schon in einer früheren Arbeit Krumbeins⁴ halten sie es generell für unmöglich, den Kapitalismus in Perioden einzuteilen. Seine strukturellen und zeitlichen

Entwicklungen seien dafür zu vielfältig und ausdifferenziert (109). Das Verdikt trifft alle diesbezüglichen Versuche, von der Theorie des Imperialismus und ihren Erweiterungen über die Regulationstheorie bis zu Wolfgang F. Haugs High-Tech-Kapitalismus und eben die Finanzmarkt-These. In der Tat lohnt es sich, angesichts der verschiedenen Kennzeichnungen über diesen Aspekt der Kapitalismustheorien erneut nachzudenken und die jeweils verwendeten Kriterien der Periodisierung kritisch zu hinterfragen. Die komplette Zurückweisung einer begrifflichen Charakterisierung verschiedener Kapitalismen wird diesem Anliegen jedoch kaum gerecht. Es ist ja wohl unbestreitbar, dass es zum Beispiel einen Manufakturkapitalismus gegeben hat, der vom Industriekapitalismus „abgelöst“ wurde. Dass die verschiedenen Phasen und Varianten gesellschaftlicher Entwicklung sich erst in einem längeren, widerspruchsvollen historischen Prozess – dem berühmten Zick-Zack der Geschichte – allmählich herausbilden und überlappen, sich also zeitlich nicht strikt voneinander trennen lassen, ist eher eine Selbstverständlichkeit als ein theoretisches Manko. Und ihre Existenz zu verwerfen, weil sie keine Entsprechung in der Entwicklung von Wertpapierkursen hätten, scheint doch recht kurzschlüssig. Übrigens schließt die Charakterisierung „Finanzmarktkapitalismus“ andere Charakterisierungen ja keineswegs aus.

Zusammenfassend sei konstatiert, dass es erfreulich ist, wenn – wie in dieser Arbeit – von Zeit zu Zeit innegehalten wird und allzu gängige Theorien kritisch und empirisch hinter-

⁴ Wolfgang Krumbein, Vom Scheitern der großen Kapitalismustheorien im Angesicht von Jahrhundertereignissen, in: Analysen. Online-Publikation des Arbeitskreis Kritische Regionalwissenschaft, Nr. 4 (2009).

fragt sowie Begriffe und Diagnosen auf Realitätsgehalt und Tragfähigkeit abgeklopft werden. Es ist auch zu begrüßen, wenn von linken Wirtschaftswissenschaftlern eine stärkere empirische Fundierung und Differenziertheit ihrer Analysen eingefordert wird und wenn KFHO zeigen, dass nicht alle wirtschaftlichen Erscheinungen, die heutigen, wirtschafts- und theoriehistorisch vielleicht weniger beschlagenen Zeitgenossen neu erscheinen, wirklich neu sind. Und es ist auch positiv zu vermerken, dass KFHO die Linken davor warnen, die Anpassungsfähigkeit des gegenwärtigen Kapitalismus zu unterschätzen. Dieser positiven Einschätzung tut es keinen Abbruch, dass – wie es dem Rezensenten scheint – einige Fakten nicht ausreichend zur Kenntnis genommen werden und bei mancher Kritik das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird.

Jürgen Leibiger

Landnahme-Theorem

Maria Backhouse, Olaf Gerlach, Stefan Kalmring, Andreas Nowak (Hrsg.), Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Landnahme im Kapitalismus, Westfälisches Dampfboot, Münster 2013, 340 S., 29,90 Euro

Der dem 2013 verstorbenen Sozialökonom Thomas Hurtiene gewidmete Sammelband enthält Beiträge von 15 Autoren, die sich um vier Themenblöcke gliedern: Einem ersten Abschnitt, der sich bemüht, die Theorie der Landnahme in den Kontext des Marxschen Werkes (vor allem der „ursprünglichen Akkumulation“) zu

bringen, folgt ein zweiter Teil, in dem versucht wird, das Landnahmetheorem für die Krisentheorie fruchtbar zu machen. Positiv ist anzumerken, dass auch die Schwächen dieses Ansatzes diskutiert werden, sich also Argumente sowohl für als auch gegen dessen Tauglichkeit finden. Der dritte Teil befasst sich mit der ökologischen Seite der gegenwärtigen Krise, u.a. mit der Frage, ob eine verstärkte Inwertsetzung der Natur ein (kapitalistischer) Ausweg sein könnte. Der letzte Teil, der explizit Arbeiten von Thomas Hurtiene behandelt, fällt etwas aus dem Rahmen der zentralen Fragestellung, hat aber seinen eigenen Wert.

Es ist im Rahmen einer Rezension nicht möglich, jeden der Beiträge gesondert zu behandeln. Eine kurze Inhaltsangabe findet sich im Vorwort. Daher soll im Folgenden versucht werden, eine – sicher parteiische – Interpretation und Kritik von Kernaussagen zu liefern, die sicherlich nicht allen Autoren gerecht werden kann. Als Ausgangspunkt dient die (wohl von allen akzeptierte) Feststellung, dass es sich bei der 2008 offen ausgebrochenen Krise um eine „Große Krise“ handelt, die sowohl das Moment der Restrukturierung als auch der Transformation der Produktionsweise beinhaltet. Konsens ist dabei weitgehend, dass beide Elemente von sozialen Kämpfen geprägt werden, deren Ausgang immer offen ist – man fragt sich in diesem Kontext, wer den von Kalmring inkriminierten „Traditionsmarxismus“ (78) vertritt, der angeblich etwas anderes behauptet.

Im Nachhinein ist es immer wieder gelungen, den Inhalt der Restrukturierungen nach den Großen Krisen

der Vergangenheit (insbesondere 1929/33 und 1973/75) zu bestimmen: Der Fordismus/Keynesianismus einerseits und der Neoliberalismus/Finanzmarktkapitalismus andererseits werden gemeinhin als Hauptzüge der Restrukturierungen der Produktionsweise im 20. Jahrhundert definiert. Merkwürdigerweise finden sich kaum Autoren, die das in den Großen Krisen ja auch immer enthaltene Moment der Transformation der Produktionsweise historisch behandeln: Entstehung und Entwicklung des sozialistischen Lagers waren ebenso wie dessen Zerfall schließlich auch (indirekte) Folgen der Großen Krisen.

Das aber nur nebenbei: Die im Sammelband diskutierte zentrale Frage ist, wie eine Neustrukturierung und/oder Transformation der kapitalistischen Produktionsweise heute aussehen könnte, wie die Prozesse theoretisch zu fassen sind und in welcher Weise ein Rückgriff auf ‚Klassiker‘ wie Marx und Luxemburg Beiträge zur Beantwortung dieser Frage leisten kann. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht das sich auf Rosa Luxemburg und David Harvey beziehende Landnahmetheorem: Rosa Luxemburg zufolge benötigt der Kapitalismus nicht-kapitalistische ökonomische Sphären, um die Tendenz zu Überproduktion/Überakkumulation in den kapitalistischen Zentren zu überwinden – in dem Sinne wäre also mit der Durchkapitalisierung der Welt das Ende der Fahnenstange erreicht. Harvey, und in seinem Gefolge Klaus Dörre, versuchen nun, diesen bei Luxemburg (und später bei Burkhart Lutz) endlichen Prozess zum ewigen Jungbrunnen des

Kapitalismus umzudeklarieren. Dörre unterscheidet zu diesem Zweck „zwischen Landnahmen erster und zweiter Ordnung“: Während die der ersten Ordnung von Marx (ursprüngliche Akkumulation) und Luxemburg beschrieben wurden, ist die Landnahme „zweiter Ordnung“ im Kern eine mit Krisen verbundene Veränderung der sozialen Verhältnisse: Zersetzung von Lohnabhängigenmacht, Sozialabbau usw. werden von Dörre dazu gezählt (131/132). Dagegen wendet z.B. Bernd Röttger mit Recht ein, dass die Landnahmehese in dieser Form nur einen allgemeinen kapitalistischen Mechanismus beschreibt, in dem selbst errichtete Schranken immer wieder überwunden werden, dass aber „historisch-spezifische Formen, in denen kapitalistische Krisenbewältigung möglich wird, in der zur allgemeinen Theorie kapitalistischer Entwicklung erhobenen Landnahme unkenntlich und eher camouffiert werden.“ (147) Ich würde – zugespitzt – hinzufügen, dass das Landnahmetheorem in der allgemeinen Form, in der es von Dörre (und auch von Harvey) formuliert wird, überflüssig ist, weil im Begriff des Kapitals als schrankenloser Bewegung von Werten bereits aufgehoben. Es ist nicht falsch, bringt aber gegenüber der Beschreibung der allgemeinen Tendenzen der kapitalistischen Akkumulation nichts Neues.

Begrifflich spielen bei der Beantwortung der oben skizzierten Ausgangsfrage, nämlich wie die Restrukturierung bzw. Transformation des Kapitalismus nach der Großen Krise von heute denn aussehen könnten, zwei Aspekte eine wichtige Rolle: Die eine ist die Frage nach der Rolle der außerökonomischen Gewalt. Kößler

behandelt die Rolle der politischen Gewalt bei Marx. Diese spiele in der Marxschen Analyse wesentlich nur am Anfang (ursprüngliche Akkumulation) und am Ende (Expropriation der Expropriateure) des Kapitalismus eine Rolle, zwischendurch überwiege der „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“. (25). Das sei aber „bestenfalls in der Modellannahme“ gültig; tatsächlich sei die politische Gewalt im Kapitalismus omnipräsent. Köbler meint daher, dass die von Marx im Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation geschilderten gewaltförmigen Prozesse im Grunde eine mehr oder weniger akzentuierte Dauererscheinung des Kapitalismus seien. Das ist eine anregende Debatte – wobei ich hier auf einen weiteren Aspekt aufmerksam machen möchte, der im Zuge des ‚Aufstiegs des Südens‘, d.h. der Entstehung neuer, kapitalistisch verfasseter Wirtschaftsmächte wie China, auftaucht: Gehört nicht die politische Ebene in Wirklichkeit zum Kernbestand der kapitalistischen Produktionsweise, wie sie sich in einigen Schwellenländern herausbildet? Ist die Trennung von Ökonomie und Politik nicht nur ein Merkmal der europäischen Variante – es sei daran erinnert, dass Marx in den Briefentwürfen an Vera Sassulitsch über die russische Bauerngemeinde hervorgehoben hat, dass der von ihm beschriebene Prozess der ursprünglichen Akkumulation als Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln lediglich den europäischen Weg beschreibt. Der zweite Aspekt betrifft die Fähigkeit des Kapitalismus, sich „aus sich selbst heraus“ zu reproduzieren (Dörre, 113), wobei dies in den meisten Bei-

trägen nicht als allgemeine Frage, sondern bezogen auf die konkret-historische Krise von heute diskutiert wird. Denn wenn man die kapitalistische Produktionsweise als historisch beschränkt ansieht und unterstellt, dass sie an ihr Ende kommen wird, dann taucht das Problem von Restrukturierung und Transformation in immer anderen historischen Formen auf: Angesichts zunehmender ökologisch bedingter Entwicklungsschranken stellt sich heute die Frage, ob – einerseits – der Kapitalismus an diesen Schranken zugrunde gehen muss oder ob – andererseits – die Inwertsetzung der Natur nicht sogar eine Grundlage der Restrukturierung im Sinne eines ‚green new deal‘ sein kann. Altwater vertritt die These, dass heute Grenzen der Ressourcennutzung erreicht seien, dass „der Wachstumsprozess also nicht nur zyklisch, sondern auch kumulativ“ verläuft. Dass „auf endlicher Erde irgendwann die Ressourcen geplündert, die Schadstoffsenken überlastet und Umschlagspunkte (...) erreicht sind, an denen es nicht weiter geht“ (229), ist kaum zu bestreiten. Unklar ist allerdings sowohl, ob dieses „irgendwann“ heute absehbar ist bzw. ob es dies als konkreten historischen Zeitpunkt überhaupt gibt. Das räumt Altwater ein: „Findige Menschen können an den Grenzen des Wachstums die Grenzen wachsen lassen.“ (235) Die ökologischen Grenzen können in der Zeit hinausgeschoben werden, und die Konkurrenz kann diesen Prozess zu einem Wettbewerbsvorteil machen – Altwater zufolge der Kern der Hoffnung auf einen „green new deal“. Diese Grenzverschiebungen sind aber mit großen Risiken verbunden, Risiken, die die

Menschheit nicht eingehen darf. Er stellt gegen diese durch den Wettbewerb angetriebenen systematischen Grenzverschiebungen die Forderung nach einem moralischen Konsens: „Grenzen können nur einvernehmlich festgelegt werden ..., wenn also eine moralische Ökonomie die kapitalistische Ökonomie der grenzenlosen Akkumulation ablöst.“ (240) Dies wirft implizit die Frage nach der Steuerungsfähigkeit der Ökonomie auf, d.h. die Frage, wie die von Altwater abgeleiteten moralischen Postulate einer an Gebrauchswerten orientierten Ökonomie umgesetzt werden können. Hier nimmt der Beitrag von Bischoff/Lieber eine klare Position ein: Nur eine kritische Wiederaufnahme der von Keynes als Antwort auf die große Krise von 1929/33 entwickelten Vorschläge für „einen Übergang in eine postkapitalistische Gesellschaftsformation“ (174) könne weiterführen.

Der Band diskutiert eine Fülle von Antworten auf die Frage der Neustrukturierung/Transformation des Kapitalismus nach der Großen Krise von heute. Er kann als eine Art ‚state of the art‘ von am Marxismus orientierten Positionen dazu gelesen werden: Dass diese insgesamt widersprüchlich und unzureichend ausfällt, ist nicht den Autoren anzulasten, sondern Ausdruck der Tatsache, dass die Frage heute offensichtlich noch nicht beantwortet werden kann. Allerdings weist der Sammelband doch eine große Leerstelle auf: Obwohl Thomas Hurtienne sich immer intensiv mit Frage der ‚Dritten Welt‘ befasst hatte, wird deren aktuelle wirtschaftliche Entwicklung theoretisch in keinem der Beiträge auch nur thematisiert. Dass die Großen Krisen

der Vergangenheit immer auch Große Krisen der Entwicklungsländer gewesen sind, dies aber nicht für die aktuelle Krise gilt, ist keinem der Autoren eine Überlegung wert. Es gibt zwar mehrere Beiträge, die sich – am Beispiel Brasilien – mit einzelnen Problemen von Entwicklungsländern befassen. Als theoretische Fragestellung aber kommt der sich im Süden entwickelnde ‚neue‘ Kapitalismus nicht vor. Angesprochen werden die „emerging economies“ eigentlich nur im Beitrag von Wolfgang Hein, der im letzten Teil (etwas außerhalb der Fragestellung des Bandes) auf der Grundlage von Arbeiten Hurtiennes fragt, inwieweit die Dependenztheorie heute noch etwas zu sagen hat. Hein räumt ein, dass die – meist an Länderbeispielen aus Lateinamerika – entwickelten Dependenzansätze, die im Kern eigenständige Entwicklungen im Rahmen der kapitalistischen Weltökonomie für unmöglich hielten, in dieser Form seit den 1980er Jahren nicht mehr haltbar sind. Seiner Ansicht nach aber hat die dependenztheoretische Diskussion drei heute noch gültige Erkenntnisse befördert: Dass „nachholende Industrialisierung (keinen) Nachvollzug früherer historischer Prozesse bedeutet“ (313), dass die Interessenkonstellation herrschender Klassen wichtig ist für die Entwicklungsorientierung von Ländern und dass ungleiche Entwicklung auch den Prozess von sozialer „Inklusion und Exklusion“ innerhalb der „emerging economies“ betrifft (315). Diese wenigen Bemerkungen können allerdings nicht darüber hinwegtrösten, dass der Sammelband sich weitgehend auf den europäisch-

nordamerikanischen Kapitalismus beschränkt und dass der Aufstieg ehemaliger Länder der Peripherie offensichtlich kein Thema der Krisen- und Kapitalismusanalyse ist.

Jörg Goldberg

Krisen in der Türkei

Ilker Ataç, Ökonomische und politische Krisen in der Türkei. Die Neoformierung des peripheren Neoliberalismus. Münster, Westfälisches Dampfboot, 2013, 191 S., 24,90 Euro

Ilker Ataç geht aus einer polit-ökonomischen Sicht nicht allein der Frage nach, wie sich das Verhältnis Staat und Ökonomie in der Türkei in der mit dem Putsch von 1980 begonnenen neoliberalen Phase verändert hat, sondern auch inwieweit das Akkumulationsmodell und die Wirtschaftspolitik der AKP-Regierung Recep Tayyip Erdogans in Kontinuität zu den 1990er Jahren steht. Im deutschen Sprachraum gibt es bislang kaum Publikationen zu diesen Fragen. In der Türkei werden sie hingegen recht intensiv diskutiert. Auf die türkischen Debatten bezieht sich Ataç stark. Hierbei identifiziert er zwei Grundpositionen. Institutionalistische PolitikwissenschaftlerInnen wie Ziya Öniş sehen in dem Strukturanpassungsprogramm von 2001, das durch die AKP-Regierung in vieler Hinsicht fortgeführt wurde, „insofern eine radikale Veränderung zur vorherigen Periode, als die regulativen Kapazitäten des Staates gestärkt wurden.“ Dies werde vor allem an der gestiegenen Kapazität zur Durchsetzung einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik festgemacht. Post-keynesianische und (post-)

marxistische ÖkonomInnen heben hingegen die Kontinuität mit der Periode seit 1989, die durch eine komplette Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs der Türkei geprägt ist, und ein Fortdauern struktureller Widersprüche und Krisenverwundbarkeiten hervor. Ataç ist der zweiten Gruppe zuzurechnen.

Die theoretischen Kernbezüge seiner Arbeit sind die Regulationstheorie und die Staatstheorie von Poulantzas. Die Regulationstheorie zieht Ataç speziell zur Analyse der Kapitalakkumulation in der Türkei heran. Hierbei interessieren ihn vor allem die Adaptierungen der Regulationstheorie für die Analyse (semi-)peripherer Ökonomien und von Finanzialisierungsprozessen. Für Ataç ist bei letzterer speziell die Unterscheidung zwischen staatszentrierter Finanzialisierung, bei denen die Budgetfinanzierung über hochverzinsliche Kredite eine zentrale Ausprägung der Finanzialisierung darstellt, und einer auf private KreditnehmerInnen ausgerichtete Finanzialisierung besonders relevant. Ein zentrales Charakteristikum von Finanzialisierungsprozessen in der Semi-Peripherie ist zudem, dass sie stark von Kapitalzuflüssen aus den Zentrumsländern abhängen. Die Form der Einbindung der Türkei in den Weltmarkt ist für Ataç „konstitutives Moment für die Akkumulationsstrategien“. Bei der Analyse der Herstellung der politischen Voraussetzungen für die Akkumulationsstrategien rekurriert er stark auf die Staatstheorie von Poulantzas, speziell die Interiorisierung externer Faktoren und die Rolle der inneren Bourgeoisie.

Ausgangspunkt einer Wende zu einem stärker außenorientierten Ent-

wicklungsmodell und neoliberaler Politik war die Krise der importsubstituierenden Industrialisierung. Anfang 1980 wurde noch unter parlamentarischen Bedingungen ein radikales neoliberales Wirtschaftsprogramm verabschiedet, das den Weg zu einem exportorientierten Modell ebnen sollte. Zum vollen Durchbruch verhalf neoliberaler Staatlichkeit und außenorientierter Akkumulation allerdings erst die im September 1980 etablierte Militärdiktatur. Sie schwächte, wie in der Arbeit von Ataç sehr deutlich wird, linke Kräfte und auch Gewerkschaften dauerhaft. Das institutionelle Erbe der Militärdiktatur wirkt bis heute fort. Als Grundmuster der Staatlichkeit des peripheren Neoliberalismus arbeitet Ataç die Entparlamentarisierung der Wirtschaftspolitik und die systematische Stärkung technokratischer Strukturen (z.B. eine „unabhängige“ Zentralbank und autonome Regulierungsbehörden) heraus. Hierbei setzten die Regierungen seit 1980 bewusst auf eine Schwächung der traditionellen Bürokratie, die relativ eng mit dem eher binnenorientierten Modell verbunden gewesen war. Diese Umformungen des türkischen Staates, die Ataç im Detail nachzeichnet, passten sich in die neoliberalen Programmatiken internationaler Finanzinstitutionen – dem Washington- und Post-Washington-Consensus – ein. Sie wurden speziell vom Internationalen Währungsfonds im Rahmen seiner Strukturanpassungsprogramme in der Türkei mitbetrieben.

Die veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse schlugen sich in Veränderungen der Staatlichkeit nieder, die ihrerseits wiederum die ver-

änderten Kräfteverhältnisse zumindest zeitweise zementierten. Das Militärregime bereitete einem exportorientierten Akkumulationsmodell den Weg, das bis Ende der 1980er Jahre andauerte. Zentrale wirtschaftspolitische Pfeiler des exportorientierten Modells waren drastische Reallohnsenkungen, die mittels brutaler Repression gegen die Gewerkschaften und einer dauerhaften Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte durchgesetzt wurden, und spezifische Maßnahmen der Exportförderung. Wie Ataç aufzeigt, stiegen die Exporte tatsächlich, das Exportwachstums war aber nicht durch eine substanzielle Modernisierung des Produktionsapparates getragen. Arbeitsintensiv produzierte Produkte blieben für den Export grundlegend. 1988/89 nahmen Streiks gegen die Niedriglohnpolitik zu und die Löhne stiegen. Die zentrale Grundlage der Exportpolitik erodierte. Auch die rechtsorientierte Özal-Regierung, die auf das Militärregime folgte und wirtschaftspolitisch in Kontinuität mit der Militärdiktatur stand, erlitt 1989 eine deutliche Schwächung.

1989 markiert den Wendepunkt zu finanzialisierten Akkumulationsmodellen. Zentral für deren Etablierung war die radikale Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs, die in diesem Jahr erfolgte. Das erste Jahrzehnt der Finanzialisierung war staatszentriert. Hohe Zinsen ermöglichten hohe Kapitalzuflüsse und einen überbewerteten Wechselkurs. Türkische Banken nahmen Kredite zu relativ günstigen Zinsen auf und liehen das Geld zu sehr hohen Zinsen an den türkischen Staat weiter. Die Hochzinspolitik erwies sich als zent-

raler Motor für steigende Budgetdefizite. Aufgrund der Währungsüberbewertung entstanden auch ein Import- und substantielle Leistungsbilanzdefizite. Das Akkumulationsregime erwies sich als extrem instabil. Instabil waren auch die Regierungen aufgrund der starken Fragmentierung der parteipolitischen Szene.

2001 kam es zur bislang schwersten Krise. Die damalige instabile Regierung Ecevit setzte daraufhin ein tiefgreifendes Strukturanpassungsprogramm in Kraft, das sehr stark die Handschrift von TÜSIAD, dem Verband der türkischen Großunternehmen, trug. Mit umfangreichen Kompetenzen wurde Kemal Derviş ausgestattet, ein Technokrat mit engen Bindungen an die internationale Finanzwelt. Derviş stellte auch das Bindeglied zum IWF dar, der die externe Finanzierung gewährleistete. Kernelemente der neuen Strukturanpassungspolitik, die durch den Post-Washington-Consensus geprägt war, waren eine grundlegende Reform des Bankensektors und der Zentralbank sowie die Schaffung unabhängiger Regulierungsbehörden. Die Krise hatte gravierende negative soziale Folgen, das Strukturanpassungsprogramm war unpopulär. Der Diskreditierung der bisherigen Regierung ermöglichte der AKP 2002 den Wahlsieg. Sie setzte die enge Kooperation mit dem IWF und die Umsetzung der Kernpunkte des Programms fort. Die Zeit seit 2002 ist insofern durch eine Veränderung des Finanzialisierungsprozesses gekennzeichnet, als nun die Privatverschuldung in den Vordergrund tritt. Steigende Privatverschuldung und Immobilienboom gehen Hand in Hand. Die budgetäre

Situation und die Staatsverschuldung stellen sich im Vergleich zu den 1990er Jahren weniger dramatisch dar. Überbewertete Währung und hohe Leistungsbilanzdefizite sind hingegen, wie Ataç herausarbeitet, weiter zentrale Verwundbarkeiten des Modells. Diese machten sich in der globalen Krise 2008/2009 in der Türkei auch stark bemerkbar. Diese Krise diskutiert Ataç leider nicht mehr in seinem Buch, wenngleich sie seine Kerndiagnose bestätigt.

Ilker Ataç liefert eine konzise, präzise argumentierte Analyse zur Politischen Ökonomie der Türkei seit 1980 wie auch einen Einblick in die entsprechenden türkischen Debatten.

Joachim Becker

Politische Trends in Lateinamerika

Dieter Boris, Bolívars Erben. Linksregierungen in Lateinamerika. PapyRossa Verlag, Köln 2014, 202 Seiten, 14,90 Euro

Das neueste Buch von Dieter Boris kommt insofern „just in time“, als Lateinamerika – oder genauer gesagt Südamerika – durch die Proteste um die Fußballweltmeisterschaft in Brasilien auch hier in den Medien präsent war; allerdings reicht die Betrachtung nur bis etwa 2010/11.

Ziel dieser Veröffentlichung ist ein Gesamtüberblick über die wesentlichen politischen Trends in Lateinamerika seit den 1990er Jahren, den „Linksruck“ – sozusagen aus der Vogelperspektive –, mit Schwerpunkt auf den Ländern Venezuela, Bolivien, Ecuador, Brasilien und Uruguay, oh-

ne spezifische Länderanalysen zu liefern, die anderweitig bereits vorliegen. Mit dem Blick auf den Subkontinent als Ganzes schließt sich eine Lücke in der neueren sozialwissenschaftlichen Literatur über Lateinamerika. Die mögliche strategische Rolle dieser Region in der Auseinandersetzung zwischen dem „globalen Norden“ und dem „globalen Süden“ wird skizziert. Daher ist der Titel mit Bezug auf den Anführer des Unabhängigkeitskampfes Lateinamerikas von der spanischen Kolonialmacht im 19. Jahrhundert sehr treffend gewählt.

Boris wendet sich ausdrücklich gegen die in den Mainstream-Medien vorherrschende skeptische Haltung gegenüber den Regierungen der vorgenannten Länder, die oft pauschal als populistisch und nicht wirklich demokratisch abqualifiziert werden und deren Bemühungen um Armutsbekämpfung, soziale Gerechtigkeit und (wirtschafts-) politische Unabhängigkeit wenig wahrgenommen und wertgeschätzt werden. Er analysiert die genannten Linksregierungen in ihrer Differenziertheit zwischen – dem Anspruch nach – „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (z.B. Venezuela) und einem „mehr oder minder sozialstaatlich gezügelten Kapitalismus“ (z.B. Brasilien). Betrachtet werden die historischen Rahmenbedingungen ihres Sieges, Programme und Politik sowie wesentliche sozio-ökonomische Errungenschaften, belegt mit reichem Faktenmaterial. Dabei verliert der Autor trotz seiner unverhohlenen Sympathien für den anti-neoliberalen Kurswechsel in weiten Teilen des Subkontinents nicht die kritische Distanz und betont immer wieder die inneren Widersprü-

che, die Prozesshaftigkeit und Fragilität dieser Linkswende.

Boris nähert sich der Behandlung spezifischer Themen, vor allem Wirtschaftspolitik, Sozialstruktur, Medien und Staatlichkeit in diesen sog. peripheren Ländern, auf der Grundlage eines Gesamtüberblicks mit einer vergleichenden Analyse der Links- und Mitte-Links-Regierungen. Dabei geht er auch auf die kontroverse Diskussion dieser Entwicklungen in der sozialwissenschaftlichen Literatur ein. Bei aller Unterschiedlichkeit der jeweiligen nationalen Konstellationen destilliert er sechs Charakteristika heraus, die den Linksregierungen – in unterschiedlicher Gewichtung – gemeinsam sind:

- Distanz gegenüber einem ungebremsten Neoliberalismus;
- Wiederaufwertung der Rolle des Staates, staatliche Wachstumsförderung;
- Stärkung der Binnennachfrage, Armutsbekämpfung, aktive Sozialpolitik;
- Förderung partizipativer Demokratie, Verbindung zu sozialen Bewegungen;
- Stärkung der nationalen Souveränität, insbesondere im Wirtschaftsbereich;
- Förderung regionaler lateinamerikanischer Bündnisse und Integrationsprojekte.

Diese Themenbereiche werden in den Folgekapiteln an vielfältigen Beispielen mit instruktivem Zahlenmaterial ausgeführt. Besonders hervorzuheben sind folgende Aspekte:

Demokratisierungsprozesse „von unten“ durch dezentrale Partizipationsformen, die schließlich in Massenbewegungen mit deutlich anti-neoliberaler Ausrichtung münden;

bemerkenswert ist, dass Linksregierungen oft mit sehr großer Mehrheit und bei Wiederwahl sogar noch weiter gesteigener Wahlbeteiligung und Mehrheit gewählt wurden.

Damit eng verknüpft, neue institutionelle Formen direkter Bürgerbeteiligung in Ergänzung zur repräsentativen Demokratie, auf kommunaler Ebene durch Dialogforen, Räte, usw. – oft noch in experimenteller Form – und auf nationaler Ebene durch plebiszitäre Regelungen, die es den Bürgern ermöglichen, ihre politischen Forderungen auch zwischen regulären Wahlterminen zu artikulieren bis hin zur Abwahl der Regierung in einigen Ländern.

Hilfreich bei der Einschätzung der Potenziale für die Weiterentwicklung der sozialen Transformationsprozesse in Lateinamerika ist der Hinweis auf die diversen Paradoxien in den komplexen Wechselwirkungen zwischen sozialen Bewegungen und Linksregierungen, um voreilige Schlussfolgerungen zu vermeiden.

Gerade weil in den letzten Jahrzehnten vor dem Umschwung nach links Bürgerrechte auch auf bislang marginalisierte Bevölkerungsteile ausgeweitet wurden, kam es zum sog. Paradox der Repräsentation: die Enttäuschung der Neuwähler über den Misserfolg der formalen Demokratisierungsprozesse führte zu den wachsenden anti-neoliberalen Protesten, zumal die versprochenen positiven Auswirkungen der neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ausblieben.

Hinzu kam – auch eine unbeabsichtigte Auswirkung neoliberaler Politik –, dass die allenthalben vorangetriebene

administrative Dezentralisierung linke Wahlsiege auf kommunaler Ebene in Verbindung mit wachsenden sozialen Bewegungen erleichterte und dem politischen Umschwung Schubkraft „von unten“ verlieh.

Schließlich führte auch die Öffnung der traditionellen Linksparteien für politische Pakte im Zuge der Demokratisierungsprozesse zur Verbesserung ihrer Wählbarkeit auch für neue Wählerschichten, obwohl Rücksichten auf Bündnispartner die politischen Handlungsspielräume einschränken. Genau das trägt allerdings auch zur konflikthafter Dynamik des Verhältnisses zwischen Linksregierungen und Basisbewegungen bei.

Besonders instruktiv ist die Analyse der Krisenbewältigungsstrategien der Linksregierungen, einschließlich der jüngsten Finanz- und Bankenkrise, die sich wie ein sozialer Gegenentwurf zum kahlschlagartigen Sozialabbau in der EU darstellen. Boris zeigt mit umfangreichem Zahlenmaterial die positiven Auswirkungen auf die Sozialstruktur, leugnet dabei aber keineswegs deren in vieler Hinsicht labile Basis.

Interessant ist auch die Darstellung der vielfältigen und hierzulande relativ unbeachteten Initiativen und Strukturen zur regionalen süd- bzw. lateinamerikanischen Integration, deren Ziel wirtschaftliche und politische Souveränität der Region als ganzer gegenüber den USA und der EU ist. Hinzu kommt die Süd-Süd Kooperation, einerseits durch die Rolle Brasiliens in der Runde der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) Schwellenländer, andererseits die rasante Zunahme der

Wirtschaftsbeziehungen zu China, denen Boris einen gesonderten Exkurs widmet und darin auch die Risiken beleuchtet.

Das Kapitel über den Kampf um die Hegemonie der Linksregierungen in den Medien widmet sich einem wichtigen, aber oft hinter wirtschaftlichen Themen zurücktretenden Aspekt sozialer Transformationsprozesse. Überraschend ist dabei allerdings die Erkenntnis, dass in der neueren Geschichte Lateinamerikas Linksregierungen auch gegen die Opposition wichtiger Massenmedien große Mehrheiten erzielen konnten und dass das Wahlverhalten nicht unbedingt vom traditionellen Medienkonsumverhalten abhängt (telenovelas!).

Die Darstellung und Kommentierung der aktuellen sozialwissenschaftlichen Debatte über Staatlichkeit und Transformationsprozesse in Lateinamerika schließt das Buch ab, wobei man sich gewünscht hätte, dass nicht nur die staatstheoretische Reflexion, so wichtig sie ist, sondern auch die realen Veränderungsprozesse der Staatlichkeit in den hier betrachteten Ländern diskutiert worden wären.

Fazit: ein sehr lesenswertes Buch für Lateinamerika-Interessierte; es setzt eine Leserschaft mit Vorkenntnissen der jüngeren Geschichte Lateinamerikas sowie einer gewissen Vertrautheit mit sozialwissenschaftlicher Analyse voraus.

Es ist nicht zu übersehen, dass das Buch nicht aus „einem Guss“ ist, sondern auf früheren, dann überarbeiteten Aufsätzen beruht, wie man an den verschiedenen Analyseebenen sowie an unterschiedlichen Betrachtungszeiträumen ablesen kann. Eine

Fortsetzung bzw. Ausweitung der Analyse auf die jüngsten politischen Entwicklungen in Südamerika wäre außerordentlich wünschenswert, auch wenn sie wahrscheinlich weniger positiv ausfallen würde. Ob sich Boris' insgesamt optimistische Einschätzung der Chancen zur weiteren Zurückdrängung der alten Eliten bewahrheitet, wird u.a. davon abhängen, ob Linksregierungen und die jeweiligen sozialen Bewegungen in der Lage sind, ihre Widersprüche als produktiven Lernprozess zu gestalten. Dazu Boris: „Sowohl der beständige Schub und die Kontrolle ‚von unten‘ wie auch die Koordination und Lenkung ‚von oben‘ sind – soll eine vorwärtsgerichtete Transformation gelingen – beides notwendige Prozesse, die nicht einfach wechselseitig substituiert werden können, sondern in einem konfliktiven Ergänzungsverhältnis zueinander stehen müssen.“ (180)

Regine Meyer

Autoritärer Kapitalismus

Frank Deppe, Autoritärer Kapitalismus – Demokratie auf dem Prüfstand, VSA-Verlag, Hamburg 2013, 299 S., 24,80 Euro

Spätestens seit Colin Crouchs Essay „Postdemokratie“ steht die Frage nach dem Zustand demokratischer Systeme im Zentrum politikwissenschaftlicher Zeitdiagnosen. In der deutschen Debatte wurde insbesondere von Wolfgang Streeck („Gekaufte Zeit“) die These vom Ende des „demokratischen Kapitalismus“ vertreten: Angesichts des neoliberalen Angriffs auf den Sozialstaat, die Etablierung der Finanzmärkte als

fünfter Gewalt (Breuer) und die Erosion der im Fordismus einst etablierten Mitbestimmungsmöglichkeiten trete scharf heraus, dass kapitalistische Produktionsweise und politische Demokratie weit eher in einem gegensätzlichen als in einem Bedingungsverhältnis zueinander stünden. Da zugleich der zentraler Akteur vergangener Demokratisierungsschübe, die organisierte Arbeiterklasse, erodiert sei, sehe die Zukunft der Demokratie (auch und gerade) in den Gesellschaften des Westens düster aus. Wachsende soziale Ungleichheit wirke sich zunehmend auch auf die politische Gleichheit aus (etwa bezogen auf die Beteiligung an Wahlen). „Postdemokratie“ bezeichnet in diesem Kontext eine substantiell ausgehöhlte „Fassadendemokratie“ (Habermas), in der wirtschaftliche Eliten zunehmend stärker und direkt Einfluss auf politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse nehmen könnten. Diese Analysen stehen in schroffem Gegensatz zur These einer ungebremsten Erfolgsgeschichte liberaler Demokratie, die sich in großen Demokratisierungsschüben fort-schreibe. In dieser (ausschließlich institutionalistischen) Perspektive erscheint der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und (bürgerlicher) Demokratie evident: Wo freie Märkte seien, müssten über kurz oder lang auch parlamentarische politische Systeme und eine rechtsstaatliche Jurisdiktion entstehen. Trotz etwaiger Rückschläge wird in diesem Kontext betont, weltweit seien heute mehr Staaten „demokratisch“ verfasst als in der Periode nach dem 2. Weltkrieg.

Frank Deppes neues Buch interveniert in diese Debatte. Sein Untertitel ist in

einem doppelten Sinn programmatisch: Zum einen prüft Deppe den zeitgenössischen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Demokratie(verfall). Zum anderen vertritt er die These, politische Demokratie stehe im Zeitalter der großen Krise seit 2008 abermals vor einer „Bewährungsprobe“ (Boltanski/Ciappello). Wie die Anhänger der Postdemokratietheorie hält auch er eine zunehmende Entwicklung hin zum „autoritären Kapitalismus“, mithin zu einem Kapitalismus, der den Zusammenhang von kapitalistischer Produktionsweise und liberaler Demokratie auflöst, für durchaus wahrscheinlich.

Im Vergleich mit anderen Büchern zum Thema beeindruckt dieser Beitrag zur Debatte dadurch, dass er drei unterschiedliche, sonst eher getrennt verlaufende Stränge der Diskussion zusammenführt. *Erstens* behandelt Frank Deppe gründlich die Zeitdiagnose eines Verfalls demokratischer Substanz vor dem Hintergrund historischer Alternativen, Demokratie zu denken. Minutiös zeichnet er die Ausdifferenzierung sozialer und liberaler, bzw. bloß politisch-formaler Demokratiekonzeptionen in der Ideen- und „Realgeschichte“ der bürgerlichen Gesellschaft nach, wobei er insbesondere den Weg von Rousseau zu Marx materialreich rekonstruiert. *Zweitens* leistet sein Buch jedoch auch einen bedeutenden Beitrag zur Diskussion um den Charakter der noch immer andauernden „großen Krise“ des Finanzmarktkapitalismus, die derzeit mit einer Verschärfung von Austeritätspolitik bekämpft wird („Fiskaldiktatur“). *Drittens* analysiert Deppe diese Prozesse vor dem Hintergrund der Umbrüche in der politi-

schen und ökonomischen Weltordnung, namentlich des Niedergangs der USA als Hegemonialmacht und des Aufstiegs Ostasiens. Erst durch die Analyse dieses Geflecht, so betont Frank Deppe zurecht, lässt sich die Infragestellung demokratischer Selbstverständlichkeiten – neben der Zurückdrängung von Sozialstaatlichkeit, auch die Aufweichung etwa des Folterverbots oder der schwindeleerende Ausbau von Formen der Überwachung – in ihrem Zusammenhang begreifen. Theoretisch lässt sich dieser Prozess als (neuerlicher) Frontalangriff auf das Prinzip der Volkssouveränität interpretieren. Praktisch-Politisch besteht er im zunehmend offenen Versuch, Gesellschaften finanzmarktkonform „durchzuregieren“. Trotz der Vielgesichtigkeit autoritärer Kapitalismusmodelle, die Deppe anhand exemplarischer Länderstudien zu den USA, Russland, China und Indien aufzeigt, entsteht somit in Übereinstimmung mit der Postdemokratiediagnose das Bild eines Trends zum zunehmenden Antagonismus von Kapitalismus und politischer Demokratie.

Indem Frank Deppe einen besonderen Fokus auf die historischen Transformationen von Demokratie und Entdemokratisierung legt, zeichnet er zugleich nach, wie sehr Fortschritte und Rückschritte hier seit je von jeweiligen sozialen Kräfteverhältnissen abhängig waren. Ein Novum der derzeitigen autoritären Wende macht er insbesondere darin aus, dass die Tendenz zum Abbau demokratischer Rechte diesmal nicht – wie historisch etwa im klassischen Bonapartismus oder im Faschismus – aus einer Position der Schwäche von Kapitaleliten

und aus der Angst vor einer starken Arbeiterbewegung heraus begründet werden kann, sondern vielmehr als das Produkt einer Position der Stärke nach dem Zusammenbruch der Systemalternativen des zwanzigsten Jahrhunderts erscheint. Im Anschluss hieran lässt sich möglicherweise eine zugespitzte These plausibilisieren: Während offen terroristische Diktatur das Mittel des Kapitals sein mag, eine demokratische Bewegung, die es in Frage stellt, zu unterdrücken, so ist das Fehlen einer solchen Bewegung noch lange kein Garant für die Stabilität einer auch nur bürgerlichen Demokratie. Anders formuliert: Gerade dann, wenn die Arbeiterbewegung zu schwach ist, tendiert der Kapitalismus in Krisenzeiten zu einer Form der autoritären Wende, die sich nicht putschistisch durch die Zerschlagung demokratischer Formen, sondern durch ihre sukzessive Aushöhlung vollzieht. Wie Frank Deppe eindrucksvoll zeigt, ist es derzeit nicht zuletzt die – trotz zunehmender sozialer Proteste – weitgehende Abwesenheit einer offensiv vorgetragenen Alternative, die eine wirkliche Bewältigung der Krise blockiert.

David Salomon

Georg Klaus - der wirksamste Philosoph der DDR

Die Semiotik von Georg Klaus (1912-1974). Hg. von Michael Eckardt. (Zeitschrift für Semiotik, Band 33, Heft 3-4, 2011), Stauffenburg Verlag, Tübingen 2012, 441 S., 50,- Euro

Georg Klaus, geboren am 28. Dezember 1912 in Nürnberg, gestorben am 29. Juli 1974 in Berlin, war einer der

produktivsten und vielseitigsten Philosophen in der DDR. In knapp 15 Jahren publizierte er elf Monographien. Seine Schriften erlebten in der DDR mehrfache Auflagen und wurden als Lizenzausgaben auch in der BRD vertrieben. Viele seiner Bücher sind in andere Sprachen übersetzt worden. Ohne Frage war Klaus bis zu seinem Tode der erfolgreichste und bekannteste Philosoph der DDR.

Seinem 100. Geburtstag hat die *Zeitschrift für Semiotik* ein von Michael Eckardt besorgtes thematisches Doppelheft gewidmet, das als Gedenkschrift fungiert. In zwölf Beiträgen analysieren elf Autoren aus unterschiedlichen Disziplinen – von der Philosophie über die Semiotik, Sprachwissenschaft, Psychologie, Kybernetik bis zur Theaterwissenschaft und Architekturtheorie – Dimensionen, Ergebnisse und Probleme des wissenschaftlichen Werkes von Georg Klaus. Das Buch schließt mit einem kommentierten Verzeichnis der Schriften von und über Georg Klaus, das der Herausgeber zusammengestellt hat.¹ Eckardt hatte bereits 2002 zum 90. Geburtstag einen Band mit ausgewählten Schriften von Klaus herausgegeben.²

¹ Die Leibniz-Sozietät veranstaltete am 7. und 8. Dezember 2012 zur Ehrung von Klaus eine wissenschaftliche Konferenz, deren Protokollband lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor. Vgl. den Bericht in Z 93, März 2013, S. 183 ff.

² Michael Eckardt (Hg.): Georg Klaus: Mensch-Maschine-Symbiose. Ausgewählte Schriften von Georg Klaus zur Konstruktionswissenschaft und Medientheorie (mit einem einleitenden Text des Herausgebers: Georg Klaus, Versuch einer Einführung in Leben und Werk aus medientheoretischer Perspektive, S. 9-27) Weimar 2002.

Georg Klaus hatte in Erlangen drei Semester Mathematik, Physik und Philosophie studiert. 1933 verhaftete die Gestapo den aktiven Kommunisten. Er wurde wegen Hochverrats zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und nach deren Verbüßung als „Schutzhäftling“ bis 1938 im Konzentrationslager Dachau gefangengesetzt. Ungeachtet seiner „Wehrunwürdigkeit“ wurde er 1942 von der Wehrmacht eingezogen. 1943 ist er bei Kurschwer verwundet worden. Die Haft in Dachau und die Kriegsverwundung haben Klaus für sein ganzes Leben gesundheitlich schwer geschädigt.

Nach der Befreiung und kurzer Kriegsgefangenschaft konnte er 1947 in Jena sein Studium wiederaufnehmen und 1948 mit einer Promotion bei Max Bense mit der Arbeit „Die erkenntnistheoretische Isomorphiere-lation“ abschließen. Auf der Jenenser Logik-Konferenz 1951 warb Klaus für die Förderung der mathematischen Logik. Sein späterer Vorschlag, Logik in der DDR als Schulfach einzusetzen, ist nicht realisiert worden.

In Berlin habilitierte sich Klaus 1950 mit einer Arbeit über Immanuel Kants Frühschriften. 1953 wurde er Professor für Logik und Erkenntnistheorie am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin. 1957 wechselte er an die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, wo er das Philosophische Institut aufbaute. Hier initiierte er als Herausgeber (mit Manfred Buhr) das „Philosophische Wörterbuch“, das seit 1964 zahlreiche Auflagen erlebte und zur wohl wichtigsten und wirkungsvollsten philosophischen Publikation der DDR wurde. Sein schlechter Gesundheitszustand führte

schließlich dazu, dass er mehr Zeit im Krankenhaus als im Institut verbrachte. Er hat faktisch alle seine Bücher nach 1961 vom Krankenbett aus diktiert und seiner unheilbaren Krankheit abgetrotzt.

In der Philosophie, seiner beruflichen Disziplin, hat sich Klaus von Anfang an auf Logik und Erkenntnistheorie spezialisiert. Er verhalf der modernen mathematischen Logik in der DDR zum Durchbruch.³ Seine Beschäftigung mit Mathematik und mathematischer Logik bildete für Klaus eine geeignete Basis für die Aneignung und Entwicklung von Disziplinen, die als Einzelwissenschaften am Rande oder außerhalb der Philosophie lagen, von der Kybernetik über die Semiotik bis zur Spieltheorie.⁴ Nach dem 1938 in die USA emigrierten Leipziger Philosophen Gotthard Günther (1957⁵) war Klaus der erste deutsche Philosoph, „der die Kybernetik als Herausforderung für die Philosophie aufgefaßt und sich unvoreingenommen mit ihr auseinandergesetzt hat“.⁶ Hinsichtlich der Se-

miotik gab es mit Joseph M. Bochenski (1954), Karl Steinbuch (1961) oder Max Bense (1965) mehrere deutsche philosophische Autoren, die sie wie Georg Klaus in der Nachfolge des US-amerikanischen Pragmatisten Charles Peirce den deutschsprachigen Lesern nahebrachten und selber weiterentwickelten.⁷ Doch während sich andere Autoren gewöhnlich auf Semiotik oder Kybernetik spezialisierten, schrieb Georg Klaus einflussreiche Arbeiten über die eine wie über die andere Disziplin und widmete sich als großer Schachspieler mit Hingabe der Spieltheorie.

Philosophisch repräsentierte Klaus eine an den Entwicklungen der Naturwissenschaft, der Informationstechnologie und der Kybernetik orientierte Richtung. Seinen „Kosmos der Philosophie“, der umfassend, aber einseitig profiliert war, artikuliert er selbstbewusst: „Die marxistischen Klassiker sind keine Kirchenväter, deren Thesen für alle Zeiten als unabänderliche Wahrheiten genommen werden müssen. Auf viele Fragen, die heute von uns eine Lösung verlangen, haben sie keine Antwort gegeben und konnten sie auch keine geben, da ihnen nicht einmal die Fragestellungen geläufig waren. Zur Semiotik, zur mathematischen Logik, zur Quantenphy-

³ Vgl. Georg Klaus: Einführung in die formale Logik, 1958; Moderne Logik. Abriß der formalen Logik, 1964; Spezielle Erkenntnistheorie. Prinzipien der wissenschaftlichen Theoriebildung, 1965.

⁴ Vgl. Georg Klaus: Philosophie und Einzelwissenschaften, 1958; Spieltheorie in philosophischer Sicht, 1968.

⁵ Gotthard Günther: Das Bewußtsein der Maschinen. Eine Metaphysik der Kybernetik, 1957.

⁶ Michael Franz: „Die marxistischen Klassiker sind keine Kirchenväter“. Die Zeichenspiele des Philosophen Georg Klaus. In: Weimarer Beiträge. Zeitschrift für Literaturwissenschaft, Ästhetik und Kulturwissenschaften, 59. Jg. (2013), H. 2, S. 204-223, hier S. 205. Vgl. Georg Klaus: Kyber-

netik in philosophischer Sicht, 1961; Kybernetik und Gesellschaft, 1964; Kybernetik und Erkenntnistheorie, 1966; Hg.: Wörterbuch der Kybernetik, 1967; Kybernetik – eine neue Universalphilosophie der Gesellschaft?, 1973.

⁷ Vgl. Georg Klaus: Semiotik und Erkenntnistheorie, 1963; Die Macht des Wortes, 1964; Sprache der Politik, 1971; Rationalität – Integration – Information, 1974.

sik, zur Kybernetik usw. haben die Klassiker des Marxismus-Leninismus nun einmal nichts gesagt. Es ist deshalb die Aufgabe der Vertreter der marxistischen Philosophie, hier völlig neue Entwicklungen in Gang zu bringen und – mit Hegel zu sprechen – die Anstrengung des Begriffs und nicht etwa die Anstrengung der Aufsuchung von Zitaten auf sich zu nehmen.⁸

Klaus bewegte sich nach eigener Aussage im „gemeinsamen Bereich von Kybernetik, Informationstheorie, Semiotik und Erkenntnistheorie“⁹. Er rechnete – ohne beide zu identifizieren – die philosophische Semiotik zur Erkenntnistheorie, weil sie so viele erkenntnistheoretische Fragen tangiere. Diese Position hat jedoch nur einen der Autoren der Gedächtnisschrift, Hans Christoph Rauh, dazu veranlasst, die Spezialisierung von Klaus auf Erkenntnistheorie explizit und kritisch zu untersuchen. Er wendet sich dagegen, Klaus wegen seiner tendenziell einzelwissenschaftlich akzentuierten „logisch-erkenntnistheoretischen“ Spezialisierung gleich eine positivistische Reduzierung der Philosophie zuzuschreiben. Hatte Klaus doch in seinem ersten Buch „Jesuiten, Gott, Materie“ von 1957 in der Auseinandersetzung mit der ontologisch-neothomistischen Argumentation des Jesuitenpaters Gustav Wetter sogar explizit eine marxistische Ontologie mit ihrem ganzen Kategoriengefüge gefordert, war aber nie wieder darauf zurückge-

kommen. Das spätere „Philosophische Wörterbuch“ jedenfalls, so Rauh, basierte nicht auf einer ontologischen Kategorienlehre, sondern war nur eine alphabetische Reihung. Die erkenntnistheoretische Grundlegung und Ausrichtung von Klaus aber betreffe alle seine Arbeiten, nicht nur die explizit erkenntnistheoretischen, semiotischen und wissenschaftstheoretischen Werke.

Nach einer Periode, in der Arbeiten zur Kybernetik im Vordergrund standen, begann Klaus nach dem Ende seiner universitären Lehrverpflichtungen mit der Ausarbeitung seiner erkenntnistheoretisch-semiotischen Schriften, sie erschienen zwischen 1963 und 1974. Inzwischen hatte sich das Philosophische Institut der Universität Leipzig auf Erkenntnistheorie spezialisiert. Doch die dort tätigen beiden wichtigsten Schüler und Anhänger von Klaus, Alfred Kosing und Dieter Wittich, folgten gerade nicht seinen erkenntnistheoretischen Vorarbeiten. Sie polemisierten gegen eine tendenzielle Verselbständigung in Richtung einer Einzelwissenschaft und insistierten auf eine Integration der Erkenntnistheorie als Teildisziplin in die Philosophie. Dieter Wittich warf Klaus vor, er betreibe die „Erkenntnistheorie mehr als eine Sonderdisziplin der Logik und einer entsprechend orientierten allgemeinen Methodologie, als eine Einzelwissenschaft also ...“¹⁰.

⁸ Georg Klaus: Ist Philosophie, sind Philosophen erforderlich? In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 12. Jg. 1964, H. 3, S. 327f.

⁹ Georg Klaus: Kybernetik und Erkenntnistheorie, S. 282.

¹⁰ Dieter Wittich: Was ich noch gesagt haben wollte. Zum Erinnerungs-Kolloquium an die Leipziger Erkenntnistheorie, Leipzig 30. April 2005. In: Monika Runge (Hg.): Erkenntnistheorie in Leipzig. Ein Beitrag zur Universitäts- und Philosophiegeschichte. Dieter Wittich zum 75. Geburtstag, Leipzig 2006, S. 7-21, hier S. 10.

In einem Grundsatzartikel kritisierten Kosing und Wittich auch Klaus' Auffassung der materialistischen Abbildrelation.¹¹ Auf den jährlichen Arbeitstagen des Leipziger Lehrstuhls für Erkenntnistheorie von 1967 bis 1989 wurden Arbeiten von Klaus nicht einmal erwähnt. Nach dem frühen Tod von Georg Klaus 1974 hat kein philosophischer Autor der DDR unmittelbar an sie angeknüpft.

Mehrere Beiträge des Bandes befassen sich im einzelnen mit philosophischen Auffassungen und Standpunkten von Klaus. Gleich zu Beginn widmet sich Matthias Wille von der Universität Duisburg-Essen dem Gegenstand der Dissertation, der Isomorphierelation. Klaus wollte zeigen, dass sich die marxistische Abbildtheorie auf dem Stand der aktuellen wissenschaftstheoretischen und mathematisch-logischen Forschung befindet und mit den Ergebnissen der modernen Naturwissenschaften vereinbar ist. Klaus bestimmte diese Relation als Strukturgleichheit und nicht im Sinne eines Spiegelbildes. Sein Kritiker charakterisiert nun diese Position von Klaus als „Naturalismus...“, der in einer szientistisch-affirmativen Haltung dem großen Vorbild der Kybernetik nacheifert“. (191) Er beschränkt sich jedoch aufs Aufzeigen handwerklicher Mängel und methodischer Defizite.

Der Berliner Ästhetiker Michael Franz spürt den Antike-Bezügen bei Georg Klaus nach. Seine Bücher seien gespickt mit Verweisen und Exkursen

zu konzeptionellen Ansätzen und Modellen der antiken Philosophie, deren „heuristisches Potential Klaus als keineswegs ausgeschöpft und abgegolten empfand“. Doch einzig sein Lukrez-Essay bezeuge eine explizite Beschäftigung, zu Lukrez *De rerum natura* schrieb er eine Einleitung. Bei seinen Bezügen auf Demokrit, Platon, Aristoteles und Lukrez habe sich Klaus über deren Schuldifferenzen hinweggesetzt und sein Augenmerk auf vier Problemkreise gerichtet: den Umgang mit Leiden und Tod im Hedonismus der Epikureer, die Prägung der Abbild-Vorstellungen durch das demokritisch-epikuräische *Eidola*-Modell; auf die Fragen nach der methodischen Begründung des antiken Atomismus und auf das Kybernetes-Modell der Steuerung und Regelung im Hinblick auf die Regierungskunst der Antike sowie auf das Leib-Seele-Problem. Von diesen hauptsächlichen Antikebezügen analysiert Michael Franz allerdings nur den ersten.¹²

Hans-Joachim Dahms vom Institut Wiener Kreis an der Universität Wien unternimmt eine Parallelisierung des Schaffens von Wolfgang Stegmüller in Österreich und der BRD und von Georg Klaus in der DDR im Hinblick auf Gemeinsamkeiten in der Nachkriegsentwicklung der Logik, Wissenschaftstheorie, Semiotik und Kybernetik in den deutschen Staaten. Er

¹¹ Dieter Wittich / Alfred Kosing: Über den Gegenstand der marxistischen Erkenntnistheorie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Jg. 15 (1967), H. 12, S. 1397-1417.

¹² In einem ausführlichen biographischen Artikel prüfte Franz die Anwendbarkeit von Erkenntnissen der Zeichentheorie von Klaus auf die Ästhetik: „Die marxistischen Klassiker sind keine Kirchenväter“. Die Zeichenspiele des Philosophen Georg Klaus. In: Weimarer Beiträge. Zeitschrift für Literaturwissenschaft, Ästhetik und Kulturwissenschaften, 59. Jg. (2013), H. 2, S. 204-223.

hebt besonders hervor, dass es Klaus' Verdienst war, „die mathematische Logik auch in der Philosophie durchzusetzen, wo sie von vornherein wegen weltanschaulicher Vorbehalte viel umstrittener war“ als etwa in der Mathematik. Die Kybernetik als Disziplin im Hochschulwesen der DDR zu verankern, gelang Klaus und seinen Mitstreitern gegen viele Widerstände deshalb, schreibt Dahms, „weil man in ganz Osteuropa mit der Kybernetik enorme Heilserwartungen verband“ (318). Mit der 3. Hochschulreform wurde sie ein „ausgesprochenes Modefach“. Diese „religiöse Gläubigkeit“ habe es später erleichtert, sie wie eine heiße Kartoffel wieder fallenzulassen.

Im ersten Jahrgang der *Zeitschrift für Semiotik* 1978 wurde Klaus neben Charle Peirce, Ferdinand de Saussure und Jacob von Uexküll als „semiotischer Klassiker des 20. Jahrhunderts“ genannt. Er kam allerdings, wie Michael Eckardt hervorhebt, nicht wie üblich über eine sprachwissenschaftliche Disziplin zur Semiotik, sondern von der Logik. Der Gedächtnisband von Eckardt enthält gleich mehrere Beiträge zur Semiotik von Klaus. Dieser hatte zu Syntax, Semantik und Pragmatik als vierte Dimension eine Sigmantik eingeführt, die die Beziehung des Zeichens zum Bezeichneten betraf. Diese Erneuerung wird von Johannes Heinrichs kritisch gewürdigt. Er akzeptiert eine vierte Dimension, allerdings müsse sie reflexionslogisch korrigiert und von einer objekttheoretischen zu einer vollzugstheoretischen Motivation hin präzisiert werden.

Klaus' philosophische Bücher waren auf unmittelbar praktisch wirkungsfä-

hige Erörterungen angelegt, ob er ein Netz von Schienen und Weichen im Umkreis eines Stellwerks der Eisenbahn mit logischen Verknüpfungen verglich oder die Kybernetik zur Verbesserung der Leitung der sozialistischen Gesellschaft einzusetzen vorschlug. Klaus war nicht nur theoretisch Marxist. Sein wissenschaftlicher Einsatz wollte parteilich sein. So sind zwei seiner semiotischen Schriften nicht zuletzt zu dem Zweck verfasst, Vorschläge zur Verbesserung der Wirkungsfähigkeit der politischen Agitation seiner Partei vorzulegen. Der Psychologe Helmut Metzler aus Jena hat die Genese der Bücher „Sprache der Politik“ und „Die Macht des Wortes“ analysiert und als Beitrag zu einer angewandten Semiotik untersucht. Klaus verbindet Erkenntnisse aus der Semiotik mit solchen aus der Philosophie und der Logik, aus Kybernetik, Informationstheorie, Informationspsychologie, Sozialpsychologie, Soziologie, Spieltheorie, Kommunikationsforschung für den Zweck, eine Wissenschaft von der politischen Redeweise zu entwerfen. Diese Aalgamierung getrennt betriebener Wissenschaften bezeichnet Metzler als Variante einer angewandten Semiotik, die Klaus in den öffentlichen Diskurs der DDR-Philosophie zu implementieren bemüht war.

Der von Klaus intendierte praktische Zweck seiner angewandten Semiotik, insbesondere aber seine offene politische Parteilichkeit stören den Sprachwissenschaftler Manfred Bierwisch an dem Buch von Klaus „Sprache der Politik“. Wünschbar wäre schon gewesen, dass ein Sprachwissenschaftler seinen disziplinspezifischen Zugang zur Semiotik zum phi-

losophischen Ansatz von Klaus ins Verhältnis setzt. Doch nichts davon. Bierwisch praktiziert einen fundamentalen Antikommunismus: Dass der Sozialismus von Klaus als normatives Soll-Konzept, das als theoretische Orientierung gilt, gehandhabt wird, ist dem Kritiker peinlich, ja unerträglich. Er kann das Verfahren von Klaus nur kriminalpsychologisch als Zwang deuten, seine Parteitreue zu bekunden. Bierwisch unterstellt Klaus „marxistisch-leninistische Rechtgläubigkeit“, und das ist ihm ein Horror. Nichts aber trifft weniger auf Klaus zu.

Als Philosoph kam Klaus von der Mathematik her, die mathematische Denkweise war seine zweite Natur, die Naturwissenschaften waren ihm vertraut, und er verfolgte ihre Forschungen. Vor notwendigen und hilfreichen Formalisierungen hatte er nicht die geringste Scheu. Interpretieren wie Franz meinen, er tendiere zum logischen Empirismus des Wiener Kreises. Sicher stand er diesen Philosophen aufgeschlossen gegenüber, doch Klaus umstandslos dem Positivismus bzw. der analytischen Philosophie zuzuschlagen, zeugt von gewollter Blindheit oder Voreingenommenheit.

Das nachhaltige Interesse für die Wissenschaften und ihre Wirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft ließen Klaus zu einem frühen Vertreter der Wissenschaftstheorie in der DDR werden. Doch für ihn war die Wissenschaftstheorie kein Weg aus der Philosophie heraus, keine positivistische Auflösung ihres Gegenstandes in theoretische Fragen der Einzelwissenschaften wie etwa bei der Wissenschaftsphilosophie unter Leitung von Herbert Hörz an der

Akademie der Wissenschaft der DDR. Vielmehr umgekehrt, für seinen Kosmos der philosophischen Wissenschaften fragte Klaus nach den Kategorien ihrer Ontologie.

Georg Klaus starb 1974 mit 61 Jahren. Nach seinem Tod gab Manfred Buhr, sein Nachfolger als Direktor des Akademieinstituts, 1977 einen Band mit philosophiehistorischen Abhandlungen von Klaus heraus, 1978 folgte ein Band mit Beiträgen zu philosophischen Problemen der Einzelwissenschaften, den Heinz Liebscher edierte, der auch 1982 zum 70. Geburtstag von Klaus aus dem Nachlaß einen weiteren Band zu philosophischen Problemen von Mathematik und Kybernetik herausgab.

Doch insgesamt wurde der zuvor bekannteste Philosoph der DDR ab 1975 von der Öffentlichkeit so gut wie vergessen und von seinen Fachkollegen weitgehend ignoriert. Von den Autoren des Bandes fragt einzig H. C. Rauh nach der Behandlung der Ideen und der Bücher von Klaus in den späteren Arbeiten seiner Fachkollegen. Sein Resümee, hier gezogen am Beispiel der jährlichen Leipziger Erkenntnistheoretiktagungen von 1972-1989 lautet, „daß die entsprechenden Schriften von Georg Klaus praktisch wie theoretisch keine Rolle mehr spielten“ (299). Dieser Abwendung, die sich partiell auch als Frontstellung gegen Klaus artikulierte, lagen eine strengere Einbindung dieser philosophischen Teildisziplin in das Gesamtsystem marxistischer Philosophie und eine Verlagerung des Schwerpunktes auf die Gesichtspunkte Widerspiegelung und Praxis zugrunde.

Die entscheidenden Gründe für das „Vergessen“ des weltbekannten Philosophen in der DDR aber waren politischer Natur. Begünstigt durch seine krankheitsbedingte Isolierung in den letzten Lebensjahren waren die mit der Übernahme der Funktion des Generalsekretärs der SED durch Erich Honecker 1971 verbundene Verdammung der Kybernetik und wissenschaftsfeindliche Tendenzen der Politik dieser Parteiführung, eine Blockade für sein Weiterwirken. Klaus' Arbeiten gerieten ins politische Abseits, ohne je öffentlich bekämpft worden zu sein. Seine Fragestellungen wurden nicht weitergeführt und seine Erkenntnisse verschwiegen. Einzelne Tagungen bzw. Bände zu runden Jahrestagen konnten und können diese Situation abmildern, sie aber nicht grundlegend ändern, zumal der seit 1989/91 dominierende Zeitgeist mit der Verdammung aller marxistischen Theorie auch einer erneuten Rezeption der Klausschen Ideen entgegensteht. Darum ist dieser Band von Michael Eckardt überaus verdienstvoll. Er bietet gleich mehrere Ansatzpunkte zum Weiterdenken der Ideen des schöpferischen und vielseitigen marxistischen Philosophen Georg Klaus.

Werner Röhr

Materialistische Kunsttheorie

Thomas Metscher, Ästhetik, Kunst und Kunstprozess. Theoretische Studien, Aurora Verlag, Berlin 2013, 377 S., 19,99 Euro

Der vorliegende Band Thomas Metschers, der kürzlich seinen 80. Geburtstag beging, ist zwar eine Sammlung von Texten, die zum Teil bereits

vor längerer Zeit publiziert wurden bzw. auf bereits veröffentlichte Vorarbeiten zurückgehen, dennoch ist er erkennbar von der Absicht getragen, materialistische Ästhetik in systematischer Weise zu fundieren und darzustellen.

Neben drei theoretischen Studien, die als inhaltlicher Kernbestand anzusehen sind, finden sich vier ergänzende Texte, die erläuternden Charakter haben. Argumentatives Zentrum sind „Kunst als ästhetischer Gegenstand“ (31ff.), „Welt im Spiegel“ (107ff.) sowie „Mimesis und Episteme“ (153ff.). Die Beiträge zu den ästhetiktheoretischen Entwürfen von Hegel, Lukács und Holz können als Ergänzungen zum präsentierten Entwurf aufgefasst werden und zeigen zugleich, auf welche Theorietraditionen wichtige Kategorien Metschers zurückgehen. Der Beitrag „Ästhetik und Landschaft“ (239ff.) entwirft eine Naturästhetik „unter dem besonderen Gesichtspunkt der Landschaft“ (29).

Metscher formuliert den Anspruch an Systematizität seiner Ästhetik nicht explizit, sondern spricht von einem „systematischen Entwurf, doch ohne entwickeltes System“ (30). In den theoretischen Hauptteilen wird in einiger methodischer Strenge ein Kategoriensystem entfaltet, das ontologische, anthropologische, erkenntnistheoretische, historisch-gesellschaftliche und ästhetiktheoretische Fundierungen vornimmt, die durchaus systemischen Charakters sind.

Die Basiskategorien marxistischer Ästhetik sind gegenständliche Tätigkeit, Mimesis und Poiesis, Produktion und Rezeption, Form und Inhalt,

Widerspiegelung, Historizität und Praxis. Diese Kategorien werden in großer Klarheit entfaltet und zwar so, dass auch Leser die nicht im philosophischen oder akademischen Ästhetik-Diskurs bewandert sind, eine Übersicht über die Problemstellung gewinnen und im Verlauf der Lektüre Kriterien ästhetischer Wertung kennen lernen. (Leider wurde darauf verzichtet, die lateinischen Ausdrücke zu übersetzen, was sicher manchen bei der Lektüre stört.) Da Metscher seine kunsttheoretischen Positionen meist aus der Beschäftigung mit konkreten Werken der Musik, der bildenden Künste, dem Theater und der Literatur gewonnen hat, nennt er immer wieder Beispiele zur Verdeutlichung. Insbesondere Shakespeare, Goethe, Brecht und Peter Weiss, werden häufig erwähnt, aber auch Schostakowitsch, Eisler, Nono.

Metscher versucht, den gesamten Kunstprozess begrifflich zu bestimmen: Künstler, Material, Produktion, Werk, Vermittlung, Rezeption gehen in den Begriff der „Kunstverhältnisse“ ein. „Er bezeichnet den sozialen Raum, in dem der ästhetische Gegenstand situiert ist und der Kunstprozess stattfindet und damit auch die konkreten Bedingungen künstlerischer Produktion und Rezeption.“ (73) „Kunstprozess bezeichnet die Produktion und Rezeption von Kunst samt der Verhältnisse, in denen die Produktion und Rezeption von Kunst stattfindet, die die Produktion und Rezeption von Kunst bedingen.“ (87) In der Trias ‚Künstler – Werk – Rezipient‘ sind alle Glieder gesellschaftlich determiniert und vermittelt, was nicht im Widerspruch zur „Autonomie der Künste“ steht (80).

Inhalt der Kunst, ihr Gegenstand, ist „allein die durch menschliche Erfahrung gegangene Wirklichkeit“ (171). Dieser Inhalt erscheint in künstlerischer Form, wobei der Inhalt nur genetisch Priorität hat. „So ist Form Funktion des Inhalts innerhalb der Fiktion, dass der Inhalt Funktion der Form sei.“ (167) In Kunstwerke geht menschliche Wirklichkeitserfahrung ein, die durch die künstlerische Form eine Bedeutungsveränderung erfährt („semantische Transformation“, 172). Daraus ergibt sich ein Bedeutungspotenzial, „eine eigenständige ästhetische Welt“ (ebd.), welche in der Rezeption (die ein kommunikativer Akt zwischen Werk und Rezipient ist und nicht unabhängig von den individuellen Wirklichkeitserfahrungen des Rezipienten gedacht werden kann) erschlossen wird (oder eben auch nicht). Bei großen Kunstwerken ist dieser Prozess prinzipiell unabgeschlossen – eine abschließende Interpretation gibt es nicht.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Kategorie der ästhetischen Wahrheit. Diese wird von wissenschaftlicher Wahrheit unterschieden und als „subjektiv“ bestimmt (235). „Ästhetische Wahrheit betrifft die Subjekte im Verhältnis zu Objekten: der gesellschaftlich-gegenständlichen Welt, in der sie leiden, sich freuen, tätig sind“ (ebd.). Subjektiv darf hier keinesfalls als beliebig aufgefasst werden. Metscher nennt zahlreiche Voraussetzungen, an welche ästhetische Wahrheit gebunden ist. Genannt seien hier nur Ethos und Weltanschauung, Authentizität, Katharsis, Möglichkeit (233ff.).

Wie auch in den zahlreichen vorangegangenen Veröffentlichungen zum

Thema Kunst und Ästhetik (besonders *Logos und Wirklichkeit* 2010 [siehe Rezension in Z 89, März 2012] und *Kunst. Ein geschichtlicher Entwurf* 2012 [siehe Rezension in Z 96, Dez. 2013] will der Autor keine normativen Ansprüche an die Kunstproduktion stellen. Der Anspruch allerdings, dass Kunstwerke relativ einfach verständlich sein müssen, „ohne ‚Erklärung‘“ (102), ist kritisch zu sehen. Kunst wird in einer ständig komplexer werden Realität gemacht, bildet diese auf ihre Weise ab. Gleichzeitig entwickeln sich Formen, Material, Bearbeitungsweisen usw. weiter. Sodann entstehen Werke nie ohne Beziehung auf vorangegangene. Das Postulat der Einfachheit (das schon bei Brecht auftaucht) wäre zu erläutern.

Die Stärke des Buches liegt klar auf der Seite der Produktion von Kunst und ihren Bedingungen. Hier erreicht die Analyse höchstes Niveau. Der Autor verliert dabei nie die Bindung an die Werke, argumentiert nur dort abstrakt, wo es geboten ist, bleibt bei der Definition der wichtigsten Begriff klar und prägnant. Die in den theoretischen Hauptteilen entfaltete Anschauung ist stringent argumentiert; zusammen mit den erläuternden Texten zu Hegel, Lukács und Holz ergibt sich ein umfassender Einblick in das gesamte Problemfeld. Dass die modernen Kunstformen (also die technischen und besonders die digitalen) keine Beachtung finden ist nur in Hinblick auf die „Singularität“ (208) bedeutsam, man denke besonders an die moderne Musik.

Mit den Kriterien ästhetischer Wertung verhält es sich anders. Die hier zum Teil verwendeten Begriffe sind

nicht immer deutlich. „Ideologie“ oder auch „objektive Geschmacksgesetze“ (96) sind vor allem zu nennen. Wenn Weltanschauung, sei es die des Künstlers oder die des Rezipienten, Gradmesser für das Kunstwerk oder den Erfolg der Aneignung ist, wird das gesamte Wertungsproblem lediglich verlagert: Die „Konsumtion ist produktiv, sofern der Rezipient im Akt der Rezeption eine Welterkenntnis am Werk gewinnt, sie ist ideologisch, sofern in diesem Akt allein die Affirmation bestehender Herrschaftsverhältnisse erfolgt“ (88).

Die Stellung des Rezipienten im Kunstprozess ist eine aktive. Er weist dem Werk Bedeutungen zu, was ein subjektiver, nicht aber ein beliebiger Akt ist, der als Kommunikation mit dem Werk verstanden werden kann. Tritt der Rezipient welthaltiger Kunst gegenüber, kann es zu Fehlinterpretationen oder -rezeptionen kommen. Ästhetische Weltbilder mögen in die Werke eingeschrieben sein als Bedeutungspotenzial. Was aber sind die Anforderungen an die Rezeption, um dem Werk angemessen zu begegnen, diese Bedeutungen auch – zumindest teilweise – erschließen zu können? Metscher anerkennt das subjektive Moment, „es gehört mit Notwendigkeit zum ästhetischen Urteil dazu“ (101). Gleichzeitig spricht er von „verstehender Aneignung“ (196) und von „produktiver, emanzipatorischer Rezeption“. Diese hat zur Voraussetzung den „Weltgehalt der Werke selbst, die Qualität der in ihnen gestalteten Weltsicht“ (94). Welche Voraussetzungen die Konsumenten von Kunst mitbringen müssen, wird nicht erörtert. Zumindest einige der vom Autor

immer wieder gerne beispielhaft genannte „Meisterwerke“ (105) sind nicht ohne Erläuterung und Interpretationshilfe anzueignen (z.B. die *Ästhetik des Widerstands* oder der *Doktor Faustus*).

Die gesellschaftlichen Rezeptionsbedingungen sind dem Begriff der Kunstverhältnisse implizit. Die individuellen Voraussetzungen gelungener Rezeption (Kontemplation, Bildung und Wissen, Sinnlichkeit, Bereitschaft zur Kunsterfahrung usw.) sind nicht Gegenstand der Analyse. Gerade für den marxistischen Anspruch, der Kunst auch als Mittel zur Weltveränderung begreift, ist das ein Defizit, denn „man muss auch sehen wollen“ (Paul Klee).

Edgar Radewald

Neoliberaler Antifaschismus

Michael Sommer/Susann Witt-Stahl (Hrsg.), »Antifa heißt Luftangriff!« Regression einer revolutionären Bewegung, Laika Verlag, Hamburg 2014, 216 S., 21 Euro.

Für Antifaschisten gäbe es dieser Tage viel zu tun. Angesichts des europaweiten Erstarkens rechtspopulistischer und rechtsradikaler Parteien, der Kooperation deutscher Politiker mit Ultranationalisten in der Ukraine oder der Zunahme „roher Bürgerlichkeit“ (Heitmeyer) im Zuge des nachfordistischen Abbaus sozialer Sicherungen muss die Passivität vieler bundesdeutscher Antifaschisten jedoch verwundern – über kurzfristige Tagespolitik hinaus besteht offenbar ein Mangel an politischen Analysen und strategischen Konzepten.

Schlimmer noch: Dass sich mittlerweile auch jede Menge Antifa-Gruppen und selbsternannte Ideologiekritiker mit linken und marxistischen Argumenten an der Mobilisierung für militärische Interventionen beteiligen und antikapitalistische Proteste wie z.B. *Blockupy* mit dem Verweis auf deren „verkürzte“, „personalisierte“ oder gar „strukturell antisemitische“ Kapitalismuskritik demontieren helfen, ist fatal.

„Offenbar tendiert eine radikal linke Bewegung zum Rückzug in die machtgestützte Innerlichkeit des Bürgertums“ (12), lautet der entsprechende Befund im Vorwort der Herausgeber, deren Band einige lesenswerte Streitschriften versammelt, um „grundlegende Kritik an der hegemonialen Theorie und Praxis des Antifaschismus in Deutschland zu formulieren und eine überfällige Debatte anzustoßen“ (13). Die zentrale These: Die Antifa-Bewegung entkoppelt Antifaschismus und Antikapitalismus und daraus resultiert bestenfalls strategische und politische Orientierungslosigkeit; zusehends übernimmt ihr Antifaschismus jedoch Elemente neoliberaler Ideologie und versteht Faschismus nicht mehr als Form bürgerlicher Herrschaft, sondern allein als irrationales Aufbegehren der Marginalisierten – gegen die sich der Aktivismus denn auch vorrangig richten muss.

Herausgeberin Susann Witt-Stahl macht in ihrem einleitenden Beitrag deutlich, auf was für Pfaden ein solcher Antifaschismus wandelt. Schon die Gründerväter des Neoliberalismus wie Hayek oder Lippmann hätten Faschismus wie auch Kommunismus als kollektivistischen Aufstand der Un-

terdrückten verstanden, dem man den freien Markt und bürgerliche Individualität entgegen setzen müsse. Anders als zu Zeiten rechter ‚Schlussstrich‘-Postulate würden sich deutsche Neoliberale eines solchen Antifaschismus heute für die „vergangenheitspolitische Umschuldung von oben nach unten“ (28) bedienen, die das deutsche Kapital von der Mitschuld am NS-Massenmord entlaste – Witt-Stahl erinnert darum an das sozialdarwinistische Weltbild, das Faschismus und Neoliberalismus gemein ist. Bundesdeutsche Antifaschisten hätten die bereits von Reinhard Opitz analysierte Strategie der „antikollektivistischen“ Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus jedoch verschlafen, falsch analysiert, oder sich sogar auf ihre Argumente eingelassen: Anhand diverser Beispiele übt Witt-Stahl scharfe Kritik an antifaschistischen Gruppen, die Faschismus auf falsches Bewusstsein reduzieren und sich zugunsten eines bürgerlichen Individualismus von antikapitalistischer Bewegungspolitik verabschieden.

Ein Großteil jener Antifaschisten, die Faschismus als projektive Revolte gegen die „abstrakte Herrschaft des Kapitals“ verstehen, beruft sich auf die faschismustheoretischen Thesen Moïse Postones. Diese Thesen unterzieht Mitherausgeber Michael Sommer einer detaillierten Kritik. Postone verwechselt Gegenstand und Methode in Marx' Analyse der Wertform und halte die Umschreibungen, die die methodisch gebotenen Abstraktionen in Marx' Untersuchung begleiten („gespenstige Gegenständlichkeit“ usw.) für real existierende Attribute der Erscheinungsformen des

Werts. Seine Rede von einer „Realität der Abstraktheit“ sei bar jeder Grundlage und seine Erklärung antisemitischer Ideologie beruhe auf bloßen Analogieschlüssen. Damit liefere seine Fehlinterpretation Teilen der linken und Antifa-Szene die Grundlage dafür, jede Unmutsäußerung gegen ‚konkrete‘ Übel bürgerlicher Herrschaft als ressentimentgeladen und potentiell antisemitisch zu denunzieren. Sommer fügt seinem Text einen Anhang bei, der die schrillsten Auswüchse dieser Art unterhaltsam dokumentiert.

Wird Faschismus zur antikapitalistischen Massenbewegung umgedeutet, folgt Matthias Rude zufolge nicht „nie wieder Faschismus“, sondern auch „immer wieder Krieg“ (101). Sein Beitrag zeichnet nach, wie Antifaschismus unter Beihilfe linker Stichwortgeber zur Legitimationsfigur militärischer Interventionen werden konnte. Von Enzensberger, der einst Saddam Hussein zum Wiedergänger Hitlers erklärte, über den rotgrünen Bellizismus zu Zeiten der Kosovo-Krise bis zur Pro-Kriegs-Position vermeintlich linker und antifaschistischer Gruppen nach 9/11 führe der Weg geradewegs in einen Antifaschismus, der für den kriegerischen Expansionsdrang des Kapitals längst keine Gefahr mehr darstelle.

Jürgen Lloyd führt anschließend aus, warum Faschismus als Form bürgerlicher Klassenherrschaft zu begreifen ist und wo die Fallstricke eines Antifaschismus liegen, der Bündnispolitik nur auf Grundlage von „Meinungen, moralischen Urteilen, abstrakt-menschlichen Werten und subjektiven Vorlieben“ (132) betreibt. Da das Monopolkapital nicht per se auf

parlamentarisch-demokratische Verkehrsformen angewiesen sei, sei unter Umständen eben auch die faschistische Durchsetzung seiner Interessen eine Option. Dem sollten Antifaschisten mit antimonopolistischen Bündnissen begegnen; wer Faschismus auf ideologisches Bewusstsein reduziere, verschleierte den eigentlichen Zusammenhang.

Eine reale Tendenz zur Faschisierung geht für den Rechtsanwalt Eberhard Schultz weniger von organisierten Neofaschisten, sondern vom „umfassenden Aufbau eines autoritären Sicherheitsstaates“ (139) aus, dessen Entwicklung seit den 70er Jahren sein Beitrag nachzeichnet. Anders als das klassisch offen ‚antiterroristische‘ sei dessen Instrumentarium jedoch nicht offen repressiv und werde von den Betroffenen nicht nur akzeptiert, sondern mitunter sogar selbst gefordert. Solchen Formen „postmoderner Barbarei“ (150) müsse die Kritik antifaschistischer und linker Bewegungen gelten. In einem Sicherheitsstaat, dessen Antifaschisten sich bspw. auf ein NPD-Verbot beschränkten, würde sich Antifaschismus zum nützlichen Idioten repressiver Toleranz machen.

Maciej Zurowskis kritisiert die „Volksfront-Logik wider Willen“ (162), mit der deutsche und britische Antifaschisten Symptome zum eigentlichen Problem erheben und so die tatsächlichen Ursachen gesellschaftlicher Autoritarisierung unbeachtet lassen würden. Antifaschistische Linke sollten sich nicht an einzelnen „guten Zwecken“ abarbeiten, sondern „die diversen Fäulniserscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft im Rahmen einer umfassenden

Strategie [...] behandeln, die letztlich auf eine komplette gesellschaftliche Umwälzung hinausläuft“ (ebd.). Der Text schließt mit Überlegungen zur Politik der KPD in der Weimarer Republik, die – im Kampf um die Mittelschichten – mitunter die argumentative Konfrontation mit den Hitlerfaschisten explizit gesucht hat.

Der Publizist Wolf Wetzel fragt anschließend nach der Sprach- und Hilflosigkeit der bundesdeutschen Antifa-Szene angesichts der Morde des *Nationalsozialistischen Untergrundes*. „Man müsste meinen, die Selbstbekanntmachung des NSU würde eine Hochphase antifaschistischer Bewegungen und Gruppen einläuten“ (173), doch das Gegenteil sei eingetreten. Wetzel kritisiert das linksradikale „...ums Ganze!“-Bündnis, die Antifa-Szene und das Berliner *apabiz* dafür, die wesentlichen Fragen nach dem Verhältnis von neofaschistischer Ideologie, Klassenherrschaft und Staatsinteressen nicht zu stellen; der Partei *Die Linke* bescheinigt er „freiwillige(s) Versagen“ (175) in ihrer oppositionellen Rolle.

Den Abschluss macht ein Gespräch zwischen Herausgeberin Witt-Stahl und dem israelischen Soziologen Moshe Zuckermann über den außenpolitischen „Antifaschismus“ der Bundesregierung, den Nahen Osten als deutsche Projektionsfläche und die affirmative Wendung der Kritischen Theorie, an der auch deutsche Antifaschisten rege beteiligt sind.

Der Sammelband zeigt „was Antifaschismus nicht sein darf“ (13) und übt wichtige Kritik an der bundesdeutschen Antifa-Bewegung. Wer sich

dieser Tage einmal auf Expedition in die „autonomen Zentren“ oder „Anti-fa-Cafés“ der Republik begeben hat, weiß: Die von den Herausgebern eingeforderte Debatte hat die Linke bitter nötig.

John Lütten

Historisierung der Energiefrage

Bent Sørensen, A history of energy. Northern Europe from the stone age to the present day, Abingdon, New York 2012, 536 S., br., 46,- Euro

Sørensen hängt trotz einer naturwissenschaftlich-technischen Grundsicht keinem Ideal wertfreier Wissenschaft an, setzt dagegen subjektive Interpretationen gegen objektive Analyse von Ereignissen sowie Artefakten ab (525). Energiefragen sieht er als eingelassen in ihren allgemeingesellschaftlichen Kontext. Wie in seinen energiepolitischen Interventionen seit den siebziger Jahren, z.B. gegen den Bau von Atomkraftwerken und in seinen klassischen Studien zu erneuerbaren Energien, schreckt er daher auch in diesem Buch nicht davor zurück, politisch Stellung zu nehmen und Vorschläge für eine bessere Verwaltung gemeinsamer Aufgaben zu machen.

Der vorliegende Band will analog zu dem vor wenigen Jahren etablierten Fach Umweltgeschichte zur Grundlegung eines Faches Energiegeschichte anregen. Dies geschieht am Beispiel der geschichtlich verschiedenen Art und Weise, wie die auf dem Territorium des heutigen Dänemarks ansässigen oder von ihm ausgewanderten

Menschen ihre Naturressourcen gesellschaftlich genutzt haben. Gegenüber einem disparaten, oft bruchstückhaften und im Dunkel der Vorgeschichte umstrittenen Wissen versucht Sørensen Konsistenz durch mathematische Modellierung einerseits von Bevölkerungsbewegungen, andererseits von Energiebedarfen und Energieverausgabungen in einem schrittweise entfalteten, aktivitätsbezogenen Energiemodell zu erreichen.

Historischer Ausgangspunkt ist die umstrittene Frage eines Aufenthalts von Neandertalern zur Eem-Zwischeneiszeit (mit milderem Winter) vor ca. 120.000 Jahren in Skandinavien (wenige Fundorte in Dänemark und Finnland). Bei einem dem heutigen Temperaturniveau ähnlichen Klima waren extrem kalte Winter zu überstehen, wozu der Verfasser Berechnungen über Techniken von Bekleidung und Behausung als Klimaschirm, die Logistik der Großwildjagd und -bergung sowie die Wirksamkeit von Holzfeuerung u.a. in Höhlen vorlegt. Besonderes Gewicht hat hier die Erörterung von Komponenten der Bevölkerungsentwicklung, da das Aussterben der Neandertaler unter klimatisch für sie nicht außergewöhnlichen Bedingungen vor ca. 35.000 Jahren bei ihrer relativ geringen Anzahl weder einem Mangel an Nahrungsquellen noch einer Konkurrenz mit modernen Menschen um diese geschuldet sei. Vielmehr empfiehlt Sørensen DNA-Analysen, um die Frage epidemischer Erkrankungen durch übertragene Keime zu klären, wie sie aus der Geschichte der europäischen Kolonisierung Amerikas bekannt sind (66f).

Von der Eem-Zeit bis 2009 entfaltet Sørensen für 17 Zeitpunkte eine dop-

pelte Energie-Matrix, die einerseits Bruttobeträge (angelieferte Energie) und nach Abzug von Energieverlusten Nettobeträge ausweist (Nutzenergie). Hierbei wird durchgehend zwischen menschlicher Energie in Form von Nahrungsmitteln und Energie aus Brennstoffen sowie äußeren Energieflüssen unterschieden. Letztere werden in drei Temperaturstufen dargestellt und seit der späten Steinzeit auch als mobile oder stationäre, mechanische Energie ausgewiesen. Der ursprüngliche Katalog von Aktivitätsbereichen (unmittelbarer Lebenserhalt, Nahrungs- und Wasserbeschaffung, gesundheitsbezogene Einsätze, kollektive Arbeitsleistungen und Rohstoffbeschaffung) erweitert sich bei den modernen Menschen vor 40.000 Jahren um Sozialbeziehungen und Muße; und seit 8.000 Jahren, d.h. noch vor dem Seßhaftwerden mit landwirtschaftlichem Eigentum und sozialer Differenzierung, um nach außen gewendete Gewaltpotentiale. Diese Bereiche werden dann weiter ausdifferenziert und entwickelt, so dass im einzelnen erkenntlich wird, warum die gering schwankenden Energiebeiträge des körperlichen Stoffwechsels etwa am Ende der Eisenzeit (um 600) von den extrasomatischen Netto-Energieumsätzen um das Dreifache, im 21. Jahrhundert aber um das 50fache übertroffen wurden. Bei den Brutto-Umsätzen ändert sich die Relation aufgrund energetischer Verluste von 1:4 auf 1:82.

Als Basis der Entstehung von Ungleichheit in der dänischen Agrargesellschaft vor etwa 6.000 Jahren sieht Sørensen den zur Akkumulation von Reichtum führenden Gegensatz von Landeigentümern und Bauern, der au-

toritative Regelsysteme und Ordnungsmächte, aber auch Religion als Rechtfertigungsapparat mit sich führte (132). Hiermit verbunden zeigten sich Zeichen von Gewaltanwendung sowohl kurz vor als auch nach der verzögerten, dann aber bewussten Einführung landwirtschaftlicher Methoden aus dem Südosten Europas und Westasien. Um ihr bequemes Leben zu sichern, habe schon im Bronze-Zeitalter (vor 4000 bis 2500 Jahren) den Herrschenden eine Umverteilung ermöglichende Wachstums-Strategie als Alternative zu ideologischer oder gewaltmäßiger Abpressung von Arbeit anderer zur Verfügung gestanden (159).

Die Mittel für eine agrarbasierte Wachstumsstrategie waren aber noch längst nicht in Sicht. Die Bevölkerungsmenge erreichte zwar nach der Wikinger-Periode, zu der fast die Hälfte der Bevölkerung nach England, Frankreich usw. abflossen, um 1250 nahezu eine Million Einwohner. Nach geringen Rückgängen wurde diese Marke aber z.T. aufgrund langfristig rückläufiger Arealproduktivität (266) erst im 19. Jahrhundert wieder erreicht. Dazwischen gab es nicht nur Bevölkerungsverluste durch die Pest des 14. Jahrhunderts, sondern auch teilweise Verwüstungen ökologischer Potentiale z.B. durch Sandstürme an der Küste, welche die auf Marginalböden freigelegte Vegetation angriffen und denen erst im 18. Jahrhundert durch geeignete Anpflanzungen begegnet wurde (311ff). Einer Holzkrise wurde zu dieser Zeit durch Importe zu erschwinglichen Preisen vorgebeugt, wie auch die Holzverkohlungen eine gelungene Vorbereitung auf die Kohlentechnologie darstellte (317).

Erst in der Zeit von 1800 bis 1950 unterhielt die Landwirtschaft eine Bevölkerung, die auf das Vierfache wuchs und exportierte im 20. Jahrhundert wesentliche Überschüsse (341). Sie war Ende des 19. Jahrhunderts auf animalische Produkte umgestellt worden, wobei Dampfmaschinen in die Infrastruktur genossenschaftlicher Einrichtungen eingingen. In den Städten wurden diese Technologien dagegen von Beginn an für kapitalistische Industrialisierung verwendet. Sørensen hebt als kennzeichnend eine „gestiegene Anwendung von Maschinerie“ hervor, „welche die mit dem Prozess befassten Menschen dazu zwingt, in einem von der Technologie bestimmten Takt zu arbeiten statt einer Organisation, die menschlichen Bedürfnissen nach Pausen und einer Kontrolle der Arbeitsabläufe entspreche“ (338). Ein intensiver 12-Stunden-Tag herrschte vor. Der Bevölkerungskonzentration in großen Städten folgte erst nachträglich die kommunale Hygiene (361). Bei einem um 25 Prozent gegenüber 1800 erhöhten Energieumsatz ist die Anwendung menschlicher Arbeit, gerechnet in Brutto-Energie per capita, um 1900 sieben Prozent geringer (377f). Die fast 10.000 ländlichen Windmühlen, die es seit 1700 gab und zu denen seit 1900 ca. 100 elektrizitätsproduzierende Mühlen kamen, wichen ab 1950 zusammen mit letzteren kohlebasierter städtischer Produktion. Erst nach der Ölpreiskrise von 1973 erreichten elektrizitätsproduzierende High-Tech-Windmühlen bis Ende des 20. Jahrhunderts wieder die frühere Anzahl (390). Die Strom- und Wärmeversorgung des Landes wurde dabei von einem monopolistischen Dutzend grö-

ßerer Kraftwerke um 1970 unter Zuekkoppelung dieser Windmühlen und Tausender dezentraler Heizkraftwerke bis 2009 auf ein flexibles Netz umgestellt (417).

Der Zubau von Atomkraftwerken wurde nach gründlichen Informationskampagnen, denen Sørensen als Nuklearphysiker seit 1972 zugearbeitet hatte, 1985 von einer grünen Mehrheit im dänischen Parlament verworfen. Stattdessen kam trotz liberalistischer Widerstände nach der Ölauch die Erdgasförderung zum Zuge, wobei letztere hohe Investitionen der öffentlichen Hand erforderte. Heute fragt Sørensen, wie es möglich war, dass die dänischen Regierungen gegen Ende des Ölbooms den Überschuss aus der Ausbeutung heimischer Ressourcen verschwendet haben, statt den Übergang zur begrenzten Nutzung erneuerbarer Energien umfassend vorangetrieben zu haben (511). Da er die Verschleuderung der Mittel für gestiegenen alltäglichen Verbrauch als Wahlkampfmotiv durchaus sieht, zielt seine Frage mehr auf systemische Antworten wie Änderungen im post-fordistischen gewerblichen Sektor und die Unterordnung des intellektuellen Lebens unter dessen Imperative. Politisch-strukturelle Veränderungen veranlassen ihn, Vorschläge für einen erweiterten Katalog von individuellen Menschenrechten und -pflichten vorzulegen (519f), hierunter umfassende Bildung für gemeinsame Handlungsfähigkeit. Eine zukünftige Gesellschaft könnte mit einem Arbeitstag von 1-2 Stunden auskommen (522). Was aber gründliches Umdenken und -lernen statt solcher Primitivismen wie der Rückkehr zu offener Verfeuerung von Holz und

Biomasse voraussetze. Hoffnungen setzt Sørensen auf einen fortgesetzten Dialog zwischen Vorkämpfern des Prinzips Vorsicht und wagemutigen sowie risikowilligen Akteuren (525). Wer aus den dänischen Erfahrungen zu Fragen der Energiewende lernen will, erhält hier einen geographisch-historischen Reiseführer, der zur Historisierung der Energiefrage auffordert.

Rolf Czeskleba-Dupont

Gute Arbeit als demokratische Arbeit

Klaus Pickshaus, Rücksichtslos gegen Gesundheit und Leben. Gute Arbeit und Kapitalismuskritik – ein politisches Projekt auf dem Prüfstand, VSA-Verlag, Hamburg 2014, 173 S., 14,80 Euro

Der Begriff der „Guten Arbeit“ hat in den vergangenen 15 Jahren eine erstaunliche Karriere gemacht. Den Gewerkschaften ist es gelungen, mit der Zielsetzung „Gute Arbeit“ der herrschenden Doktrin „sozial ist, was Arbeit schafft“ eine arbeitspolitische Initiative entgegen zu stellen, die die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, also qualitative Aspekte von Arbeit, in den Mittelpunkt rückt. Dass „Gute Arbeit“ im Mainstream des politischen Diskurses angekommen ist, lässt sich als erfolgreiches Agenda Setting begreifen, birgt aber auch das Risiko, dass der Begriff an Kontur verliert und der Beliebigkeit anheimfällt: Irgendwie sind jetzt alle für Gute Arbeit (wie auch für gutes Wetter), fraglich ist allerdings, was darunter verstanden wird, welche Voraussetzungen dafür notwendig sind, und welche Faktoren ei-

gentlich dazu führen, dass viele Beschäftigte unter schlechten Bedingungen arbeiten müssen.

Pickshaus hat die Debatten um Gute Arbeit in den vergangenen Jahren maßgeblich mitgeprägt. Beim Vorstand der IG Metall leitete er in den Jahren 2003 bis 2007 das Projekt Gute Arbeit und stand bis 2014 dem Bereich Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik vor. Er war zudem gewerkschaftlicher Vertreter in verschiedenen arbeitspolitisch relevanten staatlichen Gremien. Mit seinem Buch legt Pickshaus zum einen eine Zwischenbilanz der gewerkschaftlichen Kampagnen – insbesondere der IG Metall – für eine humane Gestaltung der Arbeitswelt seit den 2000er Jahren vor. Er beschränkt sich jedoch nicht auf eine Rückschau, sondern entwickelt zum anderen Überlegungen für eine strategische Neuausrichtung der Gewerkschaftspolitik, in der die demokratische Gestaltung der Arbeit einen zentralen Stellenwert einnimmt. Gerade diese Ausrichtung macht das Buch zu einem wichtigen Bezugswerk für aktuelle und künftige gewerkschaftspolitische Strategiedebatten.

Pickshaus stützt seine Ausführungen auf aktuelle Erkenntnisse der arbeits- und gesundheitswissenschaftlichen sowie industriesoziologischen Forschung zum Zusammenhang von Arbeitsbedingungen und ihren entwicklungs- und gesundheitsrelevanten Konsequenzen. Der Ausgangspunkt und rote Faden der Darstellung ist in dem Marx-Zitat enthalten, das bereits im Titel des Buches Verwendung findet, nach dem das Kapital „...rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters [ist], wo es nicht durch die Gesellschaft zur

Rücksicht gezwungen wird“. Pickshaus argumentiert, dass die Aussage nicht nur für die Phase der Industrialisierung Gültigkeit besaß, wo mit der Fabrikgesetzgebung in England dem Kapital erstmals politische Regulierungen der Arbeitsbedingungen aufgezwungen wurden. Auch aktuell zeigen sich bekannte und neuartige „zerstörerische Wirkungen“ der Arbeitswelt, die nur durch den Widerstand der Betroffenen und den entsprechenden politischen Druck einzudämmen sind. Dabei sind verschiedene Ebenen der politischen Regulierung mit je unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen und Wirkungspotentialen zu beachten. Die Realisierung von Guter Arbeit bedarf sowohl der Steuerung im Betrieb, als auch auf der tariflichen und gesetzlichen Ebene – nicht zuletzt auch im Kontext der Europäischen Union, die im Bereich des Arbeitsschutzes weitreichende Kompetenzen besitzt.

Der Bedarf an der Regulierung von Arbeitsbedingungen ist in den vergangenen Jahren angestiegen. Die Durchsetzung finanzmarktgetriebener Steuerungsmodelle und Managementkonzepte in den Unternehmen sowie die Deregulierungs- und Kommodifizierungsprogramme in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik haben den Druck auf die Beschäftigten und ihre Arbeitsbedingungen erhöht. Auch wenn dies in Abhängigkeit von Branche, Unternehmensgröße und –strategie zu unterschiedlichen Auswirkungen führen kann, lassen sich einige zentrale Entwicklungstrends benennen: Ein starker Anstieg psychosozialer Belastungen (arbeitsbedingter Stress) durch Arbeitsintensivierung und Zeitdruck,

während gleichzeitig die klassischen körperlichen Belastungen bestehen bleiben; die Zunahme qualifizierter Tätigkeiten mit relativ großer Autonomie in der Arbeitsausführung bei gleichzeitig hohem Druck hinsichtlich der zu erzielenden Ergebnisse; in anderen Bereichen eine Retaylorisierung von Arbeitsbedingungen (kurze Zeittakte, repetitive Abläufe), verbunden mit den entsprechenden Gesundheitsrisiken; die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen mit einem hohen Maß an Unsicherheit und Belastungen für die Betroffenen (30).

Unter dem Druck, kurzfristige Renditesteigerungen zu erwirtschaften, die Produktivität zu erhöhen und die Arbeitskosten zu senken, sind Beschäftigte, Interessenvertretungen und Gewerkschaften arbeitspolitisch in die Defensive geraten. Pickshaus entwirft hier das Szenario eines „gegenteiligen Projekts“, „das vor allem die gesundheitlichen, sozialen und arbeitsinhalten Interessen der Beschäftigten zu Geltung bringt“ (51). Entgegen mancher Stellungnahme z.B. aus den Krankenkassen oder den Gesundheitswissenschaften verweist Pickshaus jedoch darauf, dass es sich hierbei nicht automatisch um eine „Win-Win-Situation“ handelt, in der gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen gleichzeitig die Produktivität und Effizienz des Unternehmens erhöhen. Solche Interessenüberschneidungen und -kompromisse sind zwar denkbar, häufig ist jedoch gerade die Begrenzung des Wettbewerbsdrucks, z.B. durch branchen- und strukturpolitische Regulierungen, die Voraussetzung für die Schaffung arbeitspolitischer Gestaltungsspielräume. Dann sind nicht die „gemeinsamen wettbe-

werbspolitischen Interessen“ von Kapital und Arbeit, sondern „konfliktorische Aushandlungsprozesse“ die Voraussetzung für eine Regulierung im Sinne Guter Arbeit.

Um hier strategiefähig zu sein, schlägt Pickshaus einen Ansatz vor, der die „Arbeitskraft- und Subjektinteressen der Beschäftigten und die Stärkung von Humanisierungsstandards“ ins Zentrum rückt. (74). Dabei wird die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes als „Überlebensbedingung auf profitgesteuerten Märkten“ anerkannt, „jedoch nicht zum zentralen Strategieziel erhoben“. Die Durchsetzung arbeitspolitischer Standards geschieht in dieser Vorstellung auf der Basis gewerkschaftlicher Strategie- und Durchsetzungsfähigkeit und muss zugleich „durch das Nadelöhr von Interessenkompromissen zwischen Kapital und Arbeit zuwege gebracht werden“.

Als Herausforderungen und Beispiele für diesen anspruchsvollen arbeitspolitischen Strategieansatz der Gewerkschaften führt Pickshaus verschiedene Gestaltungsfelder und Kampagnen der IG Metall an: Die Stärkung wirtschaftsdemokratischer Einflussmöglichkeiten durch einen öffentlichen Beteiligungsfonds, mit dem Investitionsentscheidungen, aber auch arbeitspolitische Entwicklungen beeinflusst werden können; die Begrenzung des Ökonomisierungs- und Leistungsdrucks auf die Beschäftigten, u.a. durch die Einführung einer Anti-Stress-Verordnung; den beteiligungsorientierten Ausbau des Arbeitsschutzes und der Betrieblichen Gesundheitsförderung; die Intervention betrieblicher Interessenvertretungen in Restrukturierungsprozesse; eine Arbeitszeitpolitik, die der Entgrenzung

Grenzen setzt und die Zeitsouveränität der Beschäftigten stärkt; eine Anti-Prekarisierungspolitik, die die unterschiedlichen Prekaritätsrisiken im Verlaufe einer Erwerbsbiographie berücksichtigt und problemadäquate Lösungsansätze verfolgt. Für all diese Handlungsfelder benennt Pickshaus Regulierungsansätze auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene und Kampagnenbeispiele wie etwa die IG Metall-Initiative „Gute Arbeit – gut in Rente“, in deren Rahmen sowohl die alter(n)sgerechte Gestaltung von Arbeit als auch flexible Übergänge in der gesetzlichen Rentenversicherung und die nachhaltige Finanzierung lebensstandardsichernder Altersbezüge eingefordert werden.

Fast wie ein Querschnittsthema zieht sich die Frage der Beteiligungsorientierung durch den Band. Angemessene Antworten auf die formulierten Herausforderungen können nur unter Einbeziehung der Beschäftigten und ihrer (disparaten) Interessenlagen formuliert werden. Pickshaus betont daher die Notwendigkeit einer „Arbeitspolitik von unten“, bei der die Beschäftigten als Experten ihrer eigenen Arbeitssituation zu Akteuren werden. Dies macht die Aufgabe für betriebliche Interessenvertretungen und Gewerkschaften nicht leichter. Der Abschied von einer reinen Stellvertreterpolitik ist jedoch sowohl im Interesse einer arbeitskraftzentrierten strategischen Ausrichtung notwendig als auch für die Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit arbeitspolitischer Initiativen. Moderne Konzepte der Leistungssteuerung in den Unternehmen, die auf die Entfesselung der subjektiven und kreativen Potentiale der Beschäftigten setzen, bieten dabei möglicherweise Ansatz-

punkte. Wo einerseits die Aktivierung und das umfassende Engagement der Beschäftigten eingefordert wird, ihre Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten jedoch immer wieder an die Grenzen des ökonomischen Verwertungskalküls stoßen, entstehen Widersprüche und Konfliktlagen, die im Sinne einer demokratischen Gestaltung der Arbeit aufgegriffen werden können.

Klaus Pickshaus hat einen kenntnisreichen und instruktiven Text vorgelegt, der a) den aktuellen Stand der arbeits- und gesundheitswissenschaftlichen Forschung referiert, b) diesen in die Analyse der Entwicklungstendenzen des modernen Kapitalismus einbettet, c) die strategischen Herausforderungen für eine gewerkschaftliche Arbeitspolitik beschreibt und d) mit dem arbeitskraftzentrierten Ansatz eine Strategie formuliert, die den Anspruch verfolgt, den Gestaltungsanspruch der Gewerkschaften nicht auf den engen Spielraum zu beschränken, der ihnen durch die (vorgeblichen) Zwänge des Marktes zugewiesen wird. Dabei handelt es sich um ein sehr ambitioniertes Projekt, das sicherlich der weiteren Zuspitzung bedarf.

Rolf Schmucker

Ökonomie, Staat, Demokratie

Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute. Herausgegeben von Axel Weipert, NORA Verlagsgemeinschaft, Berlin 2014, 230 S., 19,- Euro

Der Band beinhaltet Beiträge einer Konferenz vom 23. Februar 2013 zum

Thema: „Demokratie – Wirtschaft – Staat: Demokratische Transformation als Strategie der Linken“. Veranstalter war der „Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Anlass für die Konferenz war der 80. Geburtstag der Historikerin Ulla Plener, die sich, wie die in den Anhang aufgenommene Publikationsliste belegt, intensiv mit der Thematik „Demokratisierung der Wirtschaft“ auseinandergesetzt hat.

Die Jubilarin stellte 14 Thesen zur Diskussion, die eine solide Basis für die folgenden Beiträge der Konferenzteilnehmer schufen. Plener ging davon aus, dass die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie von der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung seit Anfang des 20. Jahrhunderts erhoben wurde. Sie wurde vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) von 1919 bis 1933 als Konzept formuliert und verfochten. Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie bedeutete keinen Verzicht auf sozialistische Ziele und keinen Verzicht auf Sozialismus. Eine vollendete Wirtschaftsdemokratie ohne sozialistisches System könne es nicht geben. Plener geht auch darauf ein, dass die KPD das Konzept für die Wirtschaftsdemokratie als „reformistisch“ ablehnte. Im Widerspruch zu dem Beitrag von Sebastian Zehetmair im vorliegenden Band, geht Plener davon aus, dass das Konzept nicht scheiterte, es sei vielmehr infolge des Machtantritts der Nazis nicht verwirklicht worden. Der Wirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1933 folgte der gewaltsame Abbruch jeglicher Bemühungen um die Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse. Der DGB habe

nach 1945 die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie wieder aufgegriffen und in seine Programme von 1949, 1963 und 1981 aufgenommen, aber seit den 60er Jahren kaum offensiv vertreten. Immerhin wurde in der Bundesrepublik das in der Weimarer Zeit entwickelte sozialstaatliche Instrumentarium in allen wesentlichen Punkten verwirklicht. Unter Bezugnahme auf Hans Mommsen werden genannt: Das Arbeits- und Tariffrecht, das System der Arbeitslosenversicherung, die Arbeitsschutz- und Arbeitszeitregelung und der Komplex der Betriebsverfassung. Nach dem Scheitern des Realsozialismus erlahmte die Debatte um die Wirtschaftsdemokratie. Seit Beginn der Wirtschaftskrise kam in jüngster Zeit die Diskussion in den Gewerkschaften des DGB und unter den Linken erneut in Gang. In der Gegenwart gebe es kein geschlossenes Konzept der Wirtschaftsdemokratie. Allerdings zeigten solche Beispiele wie das Strike Bike System eines Fahrradherstellers in Nordhausen (Thüringen) Neuansätze einer Selbstverwaltung durch die Beschäftigten. Außerdem sei eine Vielzahl von „Einstiegsprojekten“ entstanden, so z.B. um die Energieversorgung den Konzernen zu entziehen und sie in öffentlicher, vor allem kommunaler Regie zu erhalten und auszubauen. Plener hält ein übergreifendes Bündnis für die Demokratisierung von Wirtschaft und Staat für erforderlich. Alex Demirović knüpft mit seinem Beitrag „Wirtschaft und Demokratie“ direkt an diesen Gedanken an. Der Staat mit seinem Gewalt- und Entscheidungsmonopol könne demokratische Prozesse untergraben. Er müsse in die Demokratisierung einbezogen werden; denn Wirtschafts-

demokratie ziele auf eine Einschränkung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Kapitaleigentümer.

Volkmar Schöneburg geht in seinem Beitrag „Der demokratische und soziale Rechtsstaat – Anspruch und Wirklichkeit“ bis zur französischen Revolution zurück, die den Begriff „demokratischer und sozialer Rechtsstaat“ erstmals prägte. In der Weimarer Zeit habe die durch das Kaiserreich geprägte Justiz die sozialstaatlichen Ansprüche aus dem Verfassungstext in Formeln ohne Inhalt umgedeutet. Nach dem 2. Weltkrieg hätten sich in Volksentscheiden in Sachsen und Hessen über 70 Prozent der Bevölkerung für die Enteignung und Sozialisierung ausgesprochen. Selbst die CDU habe im „Ahlener Programm“ von 1947 sich für einen „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ ausgesprochen. Die Autoren des Grundgesetzes seien sich darin einig gewesen, dass die Formel vom „demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ kein bloßes Aushängeschild ohne Inhalt ist. Michael R. Krätke sprach vom Thema „Eine andere Demokratie für eine andere Wirtschaft“. Seine Analyse mündete in dem Satz: „Der Schritt zur Wirtschaftsdemokratie bedeutet unweigerlich eine Revolution.“ (62)

Ralf Hoffrogge bietet einen kurzen Abriss der Ideen zur Wirtschaftsdemokratie in der deutschen Arbeiterbewegung. Das Augenmerk lenkte er auf die ganz neue Synthese von Planungs- und Demokratied Gedanken 1918: die Vision der Räterepublik und die Entwicklung des Konzeptes der Wirtschaftsdemokratie in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre. Eine Erweiterung des Gedankens der Wirtschaftsdemokratie sieht Hoffrogge

mit dem Regierungsantritt von Willy Brandt. Jedoch wurde in der Regierungszeit von Brandt keine grundsätzliche Erweiterung der Mitbestimmung erreicht.

Gisela Notz befasst sich mit der Genossenschaftsbewegung, wobei sie fünf Genossenschaftssektoren ausmacht: Konsumgenossenschaften, Wohnungsbaugenossenschaften, gewerbliche Genossenschaften, Genossenschaftsbanken und ländliche Genossenschaften. In der DDR sei die Genossenschaftspolitik am erfolgreichsten auf dem Landwirtschaftssektor gewesen (LPG). Bei der Herstellung der deutschen Einheit sei deren Umwandlung in Vermögensgesellschaften befördert worden; der eigentliche Genossenschaftsgedanke sei dabei in den Hintergrund getreten. Hingegen gestaltete sich die Gründung von Energiegenossenschaften als Teil der Energiewende besonders dynamisch, Ausdruck von Bürgerengagement und Partizipation der Verbraucher.

Der Herausgeber Axel Weipert erinnert an die Berliner Betriebsrätezentrale 1919/1920, die darauf abzielte, Betriebsräte perspektivisch zur Leitung von Unternehmen zu befähigen. Sebastian Zehetmaier äußert sich zu den theoretischen Voraussetzungen der wirtschaftsdemokratischen Strategie in der Weimarer Republik. Er zieht das Fazit, dass die Theoretiker des „organisierten Kapitalismus“ die andauernde Instabilität der Weltwirtschaft ebenso unterschätzt, wie sie die Stabilität der politischen Demokratie und den Einfluss der Sozialdemokratie auf den bestehenden Staat überschätzt hätten. Kamil Majchrzak und Sarah Graber

Majchrzak behandeln die begrenzte Arbeiterselbstverwaltung und Betriebsdemokratie in der Volkrepublik Polen. Dietmar Lange beleuchtet die Konzepte der Gewerkschaftslinken in den 1960er und 1970er Jahren in Italien und in der Bundesrepublik. Michael Hewener wirft die Frage nach der Möglichkeit von Wirtschaftsdemokratie im Staat des Kapitals auf. Die Falschannahme beginne dort, wo so getan werde, als ob Wirtschaftsdemokratie etwas sei, dass mit der gegenwärtigen Gesellschaft zu tun hätte. Er warnt in Anknüpfung an Johannes Agnoli vor Sozialstaatsillusionen. Abschließend lenkt Jörg Roesler den Blick auf das Entstehen von Selbstverwaltungsbetrieben in Argentinien unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds am Beginn des 21. Jahrhunderts, die allerdings trotz ihrer vergleichsweise großen Verbreitung nur ein Nischendasein in der argentinischen Wirtschafts- und Arbeitswelt führen.

Die Tagung wies auf wichtige Ansatzpunkte hin und zeigte, wie groß die Forschungslücken sind. Sie bestärkte allerdings zu der Annahme, dass vom Kapital dominierte Gesellschaften wandelbar sind. Veränderungen werden bewirkt durch die Entwicklung der Produktivkräfte und unter dem Druck demokratisch-sozialer Bewegungen. Auch eine Transformation in nicht-kapitalistische Verhältnisse ist nicht ausgeschlossen. Im Gegenteil, auf sie muss hingewirkt werden.

Siegfried Prokop

Autorinnen und Autoren, Übersetzer

Dr. Joachim Becker – Wien, Volkswirt und Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer

Matyas Benyik – Budapest, Wirtschaftswissenschaftler, Vorsitzender ATTAC Ungarn

Nico Biver – Marburg, Dipl. Volkswirt, Wahlkreismitarbeiter

Sebastian Chwala – Marburg, Diplom-Politikwissenschaftler

Dr. habil. Erhard Crome – Berlin, Politikwissenschaftler, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin

Dr. Rolf Czeskleba-Dupont – Roskilde/Dänemark, Hochschullehrer

Klaus Dräger – Köln, Autor

Thomas Ewald-Wehner – Frankfurt/M., Steuerberater, Vorstand der Heinz-Jung-Stiftung

Axel Gehring – Marburg, Politikwissenschaftler, Doktorand

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe – Freital, Historiker

Prof. Dr. Jürgen Hofmann – Berlin, Historiker

Dieter Hooge – Frankfurt/M., ehem. Landesvorsitzender des DGB Hessen

Ralf Krämer – Berlin, Gewerkschaftssekretär ver.di Bundesvorstand, Bereich Wirtschaftspolitik

Dr. Jürgen Leibiger – Radebeul, Wirtschaftswissenschaftler

John Lütten – Jena, Student der Soziologie

Dr. Regine Meyer – Heidelberg, Sozialwissenschaftlerin/Public Health, langjährige Tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit

Prof. Marcello Musto – Toronto, Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer

David X. Noack – Berlin/Mannheim, Militärhistoriker und Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Osteuropa und Zentralasien

Krzysztof Pilafski – Warschau, Journalist und Publizist

Christina Plank – Wien, Doktorandin der Politikwissenschaft

Dr. Holger Politt – Warschau, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Prof. Dr. Siegfried Prokop – Berlin, Historiker

Edgar Radewald – Krefeld, selbständig

Prof. Dr. Werner Röhr – Berlin, Historiker

Prof. Dr. Jörg Roesler – Berlin, Wirtschaftshistoriker

Dr. David Salomon – Frankfurt/M., Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer, Z-Redakteur

Dr. Rolf Schmucker – Berlin, Mitarbeiter am Institut DGB-Index Gute Arbeit

Dr. Iлона Švihlíková, Ph.D. – Prag, Wirtschaftswissenschaftlerin, Hochschullehrerin

Alan Ruben van Keeken – Siegen, Student der Musikwissenschaft, Z-Redakteur

Dr. Rolf Zilkenat – Berlin, Historiker

M&R

MELODIE UND RHYTHMUS

GEGRÜNDET 1957

POP & FREUD

TITELTHEMA

**Psycho-Pop – das Unbewusste der Kulturindustrie
Psychoanalyse des Starkults**

DISSONANZEN

Pussy Riot – demaskiert

ANALYSE

**Moshe Zuckermann nimmt sich den
„Volks-Rock'n'Roller“ Andreas Gabalier und sein
„I sing a Lied für di“ vor**

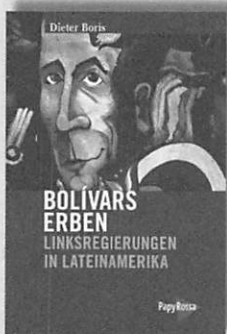
**Ab 29.8.
am Kiosk**



Frank Deppe
NICCOLÒ MACHIAVELLI
Zur Kritik der reinen Politik

Angesichts einer tiefen Krise beschwört Machiavelli einen imaginären Führer, dessen Gewaltregime die Macht zwischen den Hauptklassen ausbalancieren und den Verfall aufhalten soll. Frank Deppe widmet sich auch der neuzeitlichen Machiavelli-Rezeption auf der Rechten wie auf der Linken.

Hardcover | 529 Seiten | € 28,00



Dieter Boris
BOLÍVAR'S ERBEN
Linksregierungen in Lateinamerika

Dieter Boris bietet den ersten Gesamtüberblick über den kontinentalen Linkstrend in Lateinamerika. Dabei handelt es sich um eine einmalige historische Konstellation – und das obwohl im »Rest der Welt« nahezu ungebrochen neoliberale Prinzipien tonangebend sind.

202 Seiten | € 14,90



Lothar Peter
MARX AN DIE UNI – Die »Marburger Schule«
Geschichte, Probleme, Akteure

Die marxistisch orientierte »Marburger Schule« entfaltete wissenschaftlich und politisch intensive Wirkung. Kennzeichnend für W. Abendroth, W. Hofmann und H. Maus – und auch ihre Nachfolger – ist ein Wissenschaftsverständnis, das Lehre und Forschung mit dem Ziel gesellschaftsverändernder Praxis verknüpfte.

248 Seiten | € 14,90

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Tel. (0221) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

VSA: Die linken Themen



Stephan Lessenich/Mario Neumann/
Thomas Seibert/Andreas Ypsilanti (Redaktion)

Anders regieren?
Von einem Umbruch, der ansteht,
aber nicht eintritt

Herausgegeben von |

S. Lessenich/
M. Neumann/T. Seibert/
A. Ypsilanti (Red.)
Anders regieren?
Von einem Umbruch,
der ansteht,
aber nicht eintritt
Hrsg. vom Institut
Solidarische Moderne
220 Seiten | € 18,80
ISBN 978-3-89965-604-6



Detlef Wetzel
Jörg Hofmann
Hans-Jürgen Urban (Hrsg.)

**Industriearbeit
und Arbeitspolitik**

Kooperationsfelder
von Wissenschaft
und Gewerkschaften

VSA

Detlef Wetzel/
Jörg Hofmann/Hans-
Jürgen Urban (Hrsg.)
**Industriearbeit und
Arbeitspolitik**
Kooperationsfelder von
Wissenschaft und Ge-
werkschaften
132 Seiten | € 9,80
ISBN 978-3-89965-616-9



Guillaume Duval

**Modell Deutschland?
Nein Danke!**

Französische Anregungen
für die Zukunft Europas
und seiner Industrie

Herausgegeben
und mit einem
Vorwort von
Detlef Wetzel und
Jörg Hofmann

VSA

Guillaume Duval
**Modell Deutschland:
Nein Danke!**
Französische Anre-
gungen für die Zukunft
Europas und seiner
Industrie | Hrsg. und mit
einem Vorwort
von Detlef Wetzel und
Jörg Hofmann
160 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-89965-617-6

Der Sozialismus
kommt



kritisch
links

Analysen
Positionen
Berichte

monatlich
gedruckt
Jahresabo € 70,-
(€ 50,- ermäßigt)

täglich im Netz
www.sozialismus.de



Marianne Weg/Brigitte Stolz-Willig (Hrsg.)

**Agenda Gute Arbeit:
geschlechtergerecht!**

Mit einem Vorwort
des DGB-Vorsitzenden
Reiner Hoffmann

VSA

Marianne Weg/Brigitte
Stolz-Willig (Hrsg.)
**Agenda Gute Arbeit:
geschlechtergerecht!**
Mit einem Vorwort
des DGB-Vorsitzenden
Reiner Hoffmann
192 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-89965-632-9



Paul Schäfer (Hrsg.)

**In einer aus den Fugen
geratenden Welt**

Linke Außenpolitik:
Eröffnung einer
überfälligen Debatte

VSA

Paul Schäfer (Hrsg.)
**In einer aus den Fugen
geratenden Welt**
Linke Außenpolitik:
Eröffnung einer
überfälligen Debatte
268 Seiten | € 24,80
ISBN 978-3-89965-606-0
Vertreter_innen von
SPD, Grünen und Links-
partei sowie Wissen-
schaftler_innen loten
Gemeinsamkeiten und
Differenzen aus.



André Brie

**Frieden »kriegt«
man nicht**

Über Reisen zu
Konflikten und Kriegen

VSA

André Brie
**Frieden »kriegt«
man nicht**
Über Reisen zu
Konflikten und Kriegen
252 Seiten | € 24,80
ISBN 978-3-89965-605-3
André Brie unterstreicht
die Notwendigkeit, da-
für zu einzutreten, dass
Kriege erst gar nicht ge-
führt werden können.



joachim bischoff
**finanzgetriebener
kapitalismus**
entstehung – krise –
entwicklungstendenzen
eine flugschrift
zur einföhrung
144 Seiten | € 11,80
ISBN 978-3-89965-599-5
Was sind die Besonder-
heiten des »finanzmarkt-
getriebenen Kapitalis-
mus« und wie kann er
letztendlich überwunden
werden?

Mehr Infos unter
www.vsa-verlag.de

Postvertriebsstück D 2841 F

Gebühr bezahlt

Z-Vertrieb, Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

„Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Kooperativsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel. Aber die Herren von Grund und Boden und die Herren vom Kapital werden ihre politischen Privilegien stets gebrauchen zur Verteidigung und zur Verewigung ihrer ökonomischen Monopole. Statt die Emanzipation der Arbeit zu fordern, werden sie fortfahren, ihr jedes mögliche Hindernis in den Weg zu legen. Lord Palmerston sprach aus ihrer Seele, als er in der letzten Parlamentssitzung den Verteidigern der Rechte der irischen Pächter höhrend zuschrie: ‚Das Haus der Gemeinen ist ein Haus von Grundeigentümern!‘ Politische Macht zu erobern ist daher jetzt die große Pflicht der Arbeiterklassen.“

Karl Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, gegründet am 28. September 1864 in öffentlicher Versammlung in St. Martin's Hall, Long Acre, in London, in: MEW Bd. 16, S. 12

Internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

ISSN 0940-0648